



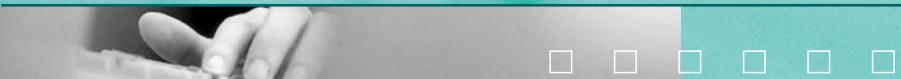
Bundesministerium
der Finanzen



F a c h b l i c k

Monatsbericht des BMF

August 2001



Monatsbericht des BMF
August 2001

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	11
Wirtschaftliche Lage	11
Finanzwirtschaftliche Lage	13
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes	20
Entwicklung der Länderhaushalte	22
Termine	24
Analysen und Berichte	27
Bericht zur wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik Deutschland	29
New Economy: Bestandsaufnahme und Implikationen für die Wirtschafts- und Finanzpolitik	35
Die „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ als zentrales Instrument der wirtschaftlichen Koordinierung in der EU	49
Entwurf des Bundeshaushalts 2002 und der Finanzplan des Bundes 2001 bis 2005	55
Bundespolitik und Kommunalfinanzen	63
18. Subventionsbericht der Bundesregierung	71
Statistiken und Dokumentationen	77
Übersichten und Grafiken zur aktuellen Wirtschaftsentwicklung	82
Übersichten und Grafiken zur aktuellen Finanzwirtschaftlichen Entwicklung	112
Übersichten und Grafiken zur aktuellen Entwicklung der Länderhaushalte	130
Statistischer Anhang	
Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de enthalten.	

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser des neuen Monatsberichts,

eine nachhaltig solide Finanz- und Wirtschaftspolitik bedarf einer klaren Analyse der gegebenen Situation. Dies zeigt sich gerade in der augenblicklichen konjunkturellen Delle. Sie ist nach den vorliegenden Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung eindeutig. Die Forderungen nach Schnellschüssen häufen sich vor diesem Hintergrund. Trotzdem gilt es kühlen Kopf zu bewahren. Meist wird bei den scheinbar wohlgemeinten Vorschlägen vernachlässigt, inwieweit diese Maßnahmen konjunkturell überhaupt zum richtigen Zeitpunkt wirken können. Noch schlimmer, die Belastungen zukünftiger Generationen durch höhere Schulden werden ignoriert. Wir brauchen aber kein kurzfristiges Strohfeuer, sondern eine langfristige Verbesserung des Wachstumspfads.

Eine verbesserte Informationsbasis kann die Diskussion über finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen versachlichen. Transparenz erleichtert die Meinungsbildung für die interessierten Bürger. Hierzu soll der „Monatsbericht“ des Bundesministeriums der Finanzen dienen, dessen erste Ausgabe ich Ihnen heute mit dem Monatsbericht August 2001 vorlege. Er bündelt und strafft auch die bisher in verschiedenen Publikationsreihen veröffentlichte Berichte, Zahlen, Daten und Fakten. Der neue Monatsbericht umfasst sowohl den monatlichen „Bericht zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland“, der über die Konjunkturlage Auskunft gibt, als auch die „Fakten zur Finanzwirtschaft“, die ebenfalls monatlich die Entwicklung des Bundeshaushaltes auf der Ausgaben- und Einnahmeseite nachzeichnen und kommentieren.

Für den eiligen Leser werden unter der Überschrift „Übersichten und Termine“ wichtige aktuelle Informationen aus der Finanz- und Wirtschaftspolitik – Haushalt, Steuern, Geld- und



Kapitalmarkt, Konjunkturlage, Länderfinanzen, wichtige nationale und internationale Termine – in knapper, übersichtlicher Form präsentiert. Im zweiten Teil – „Berichte“ – werden wichtige Themen aus dem gesamten Arbeitsfeld des Bundesministeriums der Finanzen dargestellt. Der dritte Teil besteht aus statistischen Übersichten, Tabellen und Detailinformationen zur Finanz- und Wirtschaftspolitik. Dieser Teil kann als eine Art Nachschlagewerk von den fachlich Interessierten genutzt werden.

Die vorliegenden Ausgabe verdeutlicht die Breite der Aufgaben, mit denen sich das Bundesfinanzministerium beschäftigt: Ein Bericht befasst sich mit dem Phänomen der „New Economy“. Die genaue Größenordnung der Auswirkungen dieses Wandels ist empirisch schwer fassbar. Aber eins ist offensichtlich: Wir müssen mit unseren europäischen Partnern zusammen einen stärkeren Schwerpunkt auf Forschung und Bildung setzen. Nicht nur hier zeigt sich bereits, dass die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik heute zwingend eine europäische Dimension hat. Gerade mit Blick auf die Einführung des Euro haben die vom Europäischen Rat beschlossenen „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ stetig an Bedeutung gewonnen. Für die Finanzpolitik sind neben der grundsätzlichen Solidität insbesondere die Verbesserung der Qualität und die dauerhafte Tragfähigkeit die zentralen Herausforderungen.

Diesen Herausforderungen wird die deutsche Finanzpolitik jetzt und in Zukunft voll gerecht. Der Bericht zum Finanzplan bis 2005 belegt, wir sind auf einem guten Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung. Aber wir sparen nicht nur, wir gestalten auch. Dies zeigt die verbesserte Familienförderung und das überdurchschnittliche Wachstum der Ausgaben für Bildung und Forschung. Der Subventionsbericht verdeutlicht ebenfalls, dass die Verbesserung der Haushaltstruktur kein leeres Gerede ist. Die Subventionen sinken spürbar. Die direkten Finanzhilfen werden im Zeitraum bis 2002 um 24,5 % zurückgehen. Die zukunftsorientierte Umgestaltung von Subventionen und der allgemeine Subventionsabbau bleiben aber eine Daueraufgabe. Da ist noch viel zu tun.

Der Bericht zu den Kommunalfinanzen belegt, dass der Bund sich gegenüber den Kommunen solidarisch verhält. Entgegen mancher Aussagen von kommunaler Seite gilt es zu bedenken, dass die Finanzsituation des Bundes deutlich schwieriger ist als die der Kommunen insgesamt.

Mit diesem breiten Spektrum an Themen und Informationen wendet sich der Monatsbericht an Fachleute wie an interessierte Laien. Er ist auch eine Art „Tätigkeitsbericht“ des Bundesministeriums der Finanzen.

Ich würde mich freuen, wenn der Monatsbericht Ihr Interesse geweckt hat. Setzen Sie sich dabei ruhig kritisch mit den vorgetragenen Argumenten und Thesen auseinander. Eine sachliche Diskussion zur Finanz- und Wirtschaftspolitik bringt uns alle weiter. Das Bundesministerium der Finanzen und auch ich persönlich möchte mit dem Monatsbericht dazu beitragen.



Hans Eichel
Bundesminister der Finanzen

Ein letztes Wort: Die Mitarbeiter in der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar. Die Kontaktaufnahme ist am einfachsten über unsere E-mail-Adresse:

RedaktionMonatsbericht@bmf.bund.de.

Die Postanschrift lautet:

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de>



Übersichten und Termine

Wirtschaftliche Lage	11
Finanzwirtschaftliche Lage	13
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes	20
Entwicklung der Länderhaushalte	22
Termine	24

Wirtschaftliche Lage¹

Im Gefolge der weltwirtschaftlichen Abschwächung und des Kaufkraftentzugs im Inland durch den Preisanstieg bei Energie und Nahrungsmitteln ist die deutsche Wirtschaft vorübergehend in eine Wachstumspause geraten.

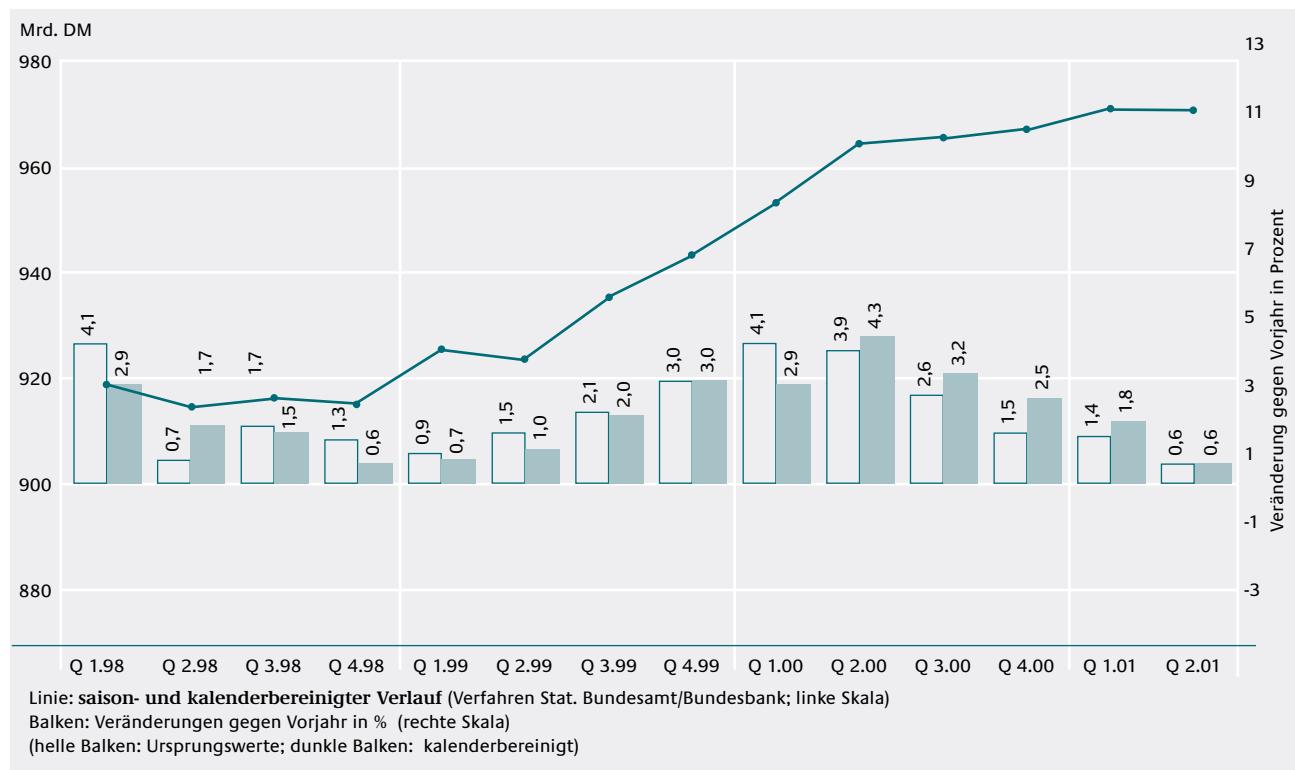
- Im zweiten Vierteljahr 2001 verharrte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) preis- und saisonbereinigt auf dem Stand des Vorquartals. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum ergab sich für das zweite Quartal 2001 ein BIP-Anstieg von 0,6% und für das gesamte erste Halbjahr von 1,0%.
- Die konjunkturelle Flaute belastet zunehmend den Arbeitsmarkt. Auch im Juli ist die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl weiter angestiegen. Insgesamt waren zuletzt in Deutschland 3,80 Mio. Arbeitslose registriert.

Dies waren nur noch 5 000 weniger als ein Jahr zuvor.

- Im Verarbeitenden Gewerbe sind Produktion und Kapazitätsauslastung im zweiten Quartal gesunken. Dabei übertraf der Output aber seinen Vorjahresstand um 1,0% und im ersten Halbjahr um 3,5%. Die Produktion wurde durch eine weitgehend stabile Auslandsnachfrage gestützt, während die Inlandsaufträge spürbar zurückgingen.
- Im Bauhauptgewerbe setzte sich die Talfahrt der Produktion zunächst noch fort. Dabei lag die Leistung im zweiten Vierteljahr um 12,7% unter dem Vorjahresergebnis. Gleichzeitig hat sich die Baunachfrage aber spürbar belebt, allerdings auf niedrigem Niveau. Vom ersten zum zweiten Quartal erhöhten sich die Bauaufträge preis- und saisonbereinigt um 5,8%, wodurch möglicherweise eine Tendenzwende der Nachfrageentwicklung eingeleitet wurde.

¹ In diesem Bericht wurden statistische Zahlen verwendet, die bis zum 23. August 2001 vorlagen.

Reale Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland 2. Quartal 2001



- Die Einzelhandelsumsätze haben sich im zweiten Vierteljahr etwas erholt, womit sie aber immer noch etwas unter dem entsprechenden Vorjahresniveau lagen. Im ersten Halbjahr insgesamt belief sich der Vorjahresabstand auf -0,4 %.
- Die deutschen Warenexporte blieben ungetagt der schwachen Weltkonjunktur stabil. Sie behaupteten im Verlauf des gesamten ersten Halbjahrs saisonbereinigt ihr Rekordniveau vom vierten Quartal 2000. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres übertrafen die Ausfuhren ihren Vorjahreswert um

11,4 %. Gleichzeitig erhöhte sich der Handelsbilanzüberschuss um 13,9 Mrd. DM. Die Leistungsbilanz schloss jedoch mit einem leichten Defizit ab.

- Der Preisauftrieb hat sich zur Jahresmitte auf allen Stufen spürbar abgeschwächt. Der jährliche Verbraucherpreisanstieg hatte im Mai mit +3,5 % einen Höhepunkt erreicht, um danach sukzessive abzubrücken. Im Juli belief sich die Teuerungsrate der Lebenshaltung sowohl in nationaler Rechnung als auch nach dem EU-weit harmonisierten Verfahren auf +2,6 %.

Konjunkturindikatoren im internationalen Vergleich

Nicht saisonbereinigte Zahlen

	Jahr												1999				2000			
	1997	1998	1999	2000	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bruttoinlandsprodukt real¹																				
Deutschland	1,4	2,0	1,8	3,0	0,9	1,5	2,1	3,0	4,1	3,9	2,6	1,5	1,4	0,6	*	*	*	*	*	
Eurozone (EUR-12) ⁴	2,3	2,8	2,5	3,4	1,8	2,0	2,5	3,3	3,5	3,7	3,3	2,9	2,6	*	*	*	*	*	*	
Europäische Union (EU-15)	2,5	2,8	2,5	3,3	1,9	2,0	2,5	3,3	3,5	3,7	3,3	2,9	2,6	*	*	*	*	*	*	
Japan	1,8	- 1,1	0,8	1,7	- 0,4	1,0	2,1	0,4	2,4	1,0	0,3	2,5	- 0,1	*	*	*	*	*	*	
Kanada	4,4	3,3	4,5	4,7	3,7	4,3	5,2	4,9	4,9	5,2	4,7	4,0	2,6	*	*	*	*	*	*	
USA	4,4	4,3	4,1	4,1	4,0	3,9	4,0	4,4	4,2	5,2	4,4	2,8	2,5	1,3	*	*	*	*	*	
Jahresdurchschnitt 2000																				
	1998	1999	2000	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Juni	Juli				
Arbeitslosenquoten in %²																				
Deutschland ³	9,3	8,6	7,9	7,9	7,8	7,8	7,7	7,7	7,7	7,7	7,7	7,7	7,8	7,8	7,8	7,8	*	*		
Eurozone (EUR-12) ^{3,4}	10,9	10,0	8,9	8,8	8,8	8,8	8,6	8,6	8,5	8,5	8,4	8,4	8,3	8,3	8,3	8,3	*	*		
Europäische Union (EU-15) ³	9,9	9,2	8,2	8,1	8,1	8,0	7,9	7,9	7,8	7,8	7,7	7,7	7,6	7,6	7,6	7,6	*	*		
Japan	4,1	4,7	4,7	4,7	4,6	4,7	4,7	4,8	4,9	4,9	4,7	4,8	4,9	5,0	5,0	5,0	*	*		
Kanada	8,3	7,6	6,8	6,8	7,1	6,8	6,9	6,9	6,8	6,9	6,9	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0		
USA	4,5	4,2	4,0	4,0	4,1	3,9	3,9	4,0	4,0	4,2	4,2	4,3	4,4	4,3	4,5	4,5	4,5	4,5		
Verbraucherpreise¹																				
Deutschland ³	0,6	0,6	2,1	2,0	1,8	2,6	2,4	2,6	2,3	2,2	2,5	2,5	2,9	3,6	3,1	2,6	*	*		
Eurozone (EUR-12) ^{3,4}	1,1	1,1	2,3	2,4	2,3	2,8	2,7	2,9	2,6	2,4	2,6	2,6	2,9	3,4	3,0	2,8	*	*		
Europäische Union (EU-15) ³	1,3	1,2	2,1	2,2	2,0	2,5	2,4	2,6	2,3	2,2	2,3	2,3	2,6	3,1	2,8	2,6	*	*		
Japan	0,6	- 0,3	- 0,7	- 0,5	- 0,8	- 0,8	- 0,9	- 0,5	- 0,2	0,1	- 0,1	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,5	*	*	*		
Kanada	1,0	1,7	2,7	3,0	2,5	2,7	2,8	3,3	3,3	3,0	2,8	2,5	3,6	3,9	3,3	3,3	*	*		
USA	1,6	2,1	3,5	3,7	3,4	3,5	3,5	3,6	3,8	3,9	3,6	2,9	3,3	3,6	3,2	2,7	*	*		

Quellen: EUROSTAT, Statistisches Bundesamt.

¹ Veränderung in % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis.

² Saisonbereinigt.

³ Harmonisiert.

⁴ Bis einschließlich Berichtsjahr 2000 EUR-11.

Finanzwirtschaftliche Lage

Entwicklung des Bundeshaushalts

Die stabile Entwicklung des Bundeshaushalts 2001 im ersten Halbjahr setzt sich auch zu Beginn des zweiten Halbjahres fort. Auf der Ausgabenseite bleibt die Veränderungsrate mit 1,1 % auf dem Niveau des Vormonats. Hier zeigt sich insbesondere der Effekt des erhöhten Finanzbedarfs der Rentenversicherung. Die Gesamteinnahmen übersteigen mit 236,3 Mrd. DM das Vorjahresergebnis um rd. 3 Mrd. DM. Dabei liegt das Steueraufkommen mit rd. 3,5 Mrd. DM unter dem Ist des Vorjahreszeitraumes (-1,7 %); hier

wirkt sich die Steuerreform aus. Die Verwaltungseinnahmen weisen mit 34,6 Mrd. DM (+6,5 Mrd. DM = 22,9 % in Relation zum Vorjahr) eine erhebliche Steigerung auf. Dies ist auf einen Sondereffekt zurückzuführen: Der Finanzierungsbedarf der Postbeamtenversorgungskasse ist früher als im vergangenen Jahr durch die Überweisung aus dem Treuhandvermögen der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation gedeckt worden.

Aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo in Höhe von 52,1 Mrd. DM können keine Rückschlüsse auf den Jahresverlauf gezogen werden.

Entwicklung des Bundeshaushalts

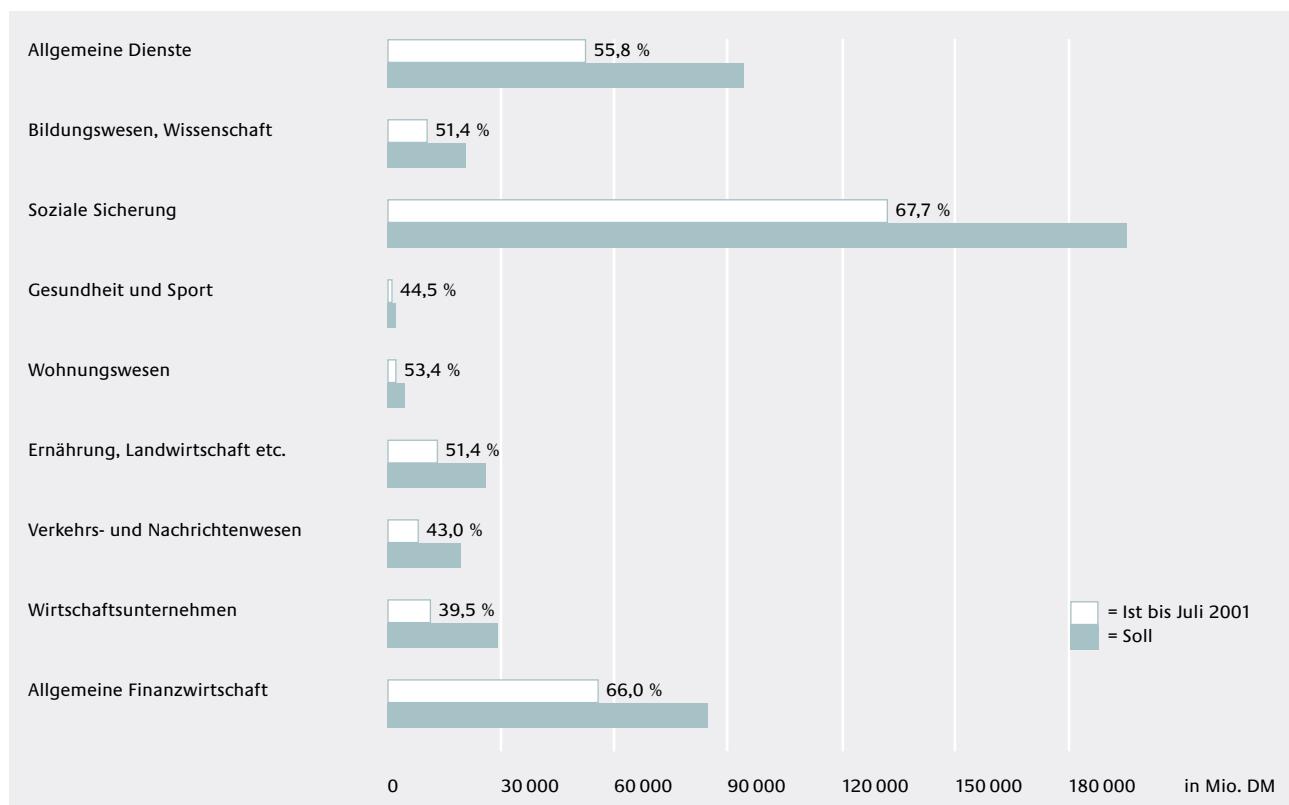
	Soll 2001	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis Juli 2001
Ausgaben (Mrd. DM) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	477,0 - 0,2	288,5 1,1
Einnahmen (Mrd. DM) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	433,2 0,4	236,3 1,2
Steuereinnahmen (Mrd. DM) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	384,6 - 1,1	201,8 - 1,7
Finanzierungssaldo (Mrd. DM) Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. DM) Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. DM)	- 43,9 - - 0,2	- 52,1 - 16,1 0,9
Nettokreditaufnahme (Mrd. DM)	- 43,7	- 36,8

¹ Buchungsergebnisse

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Soll 2001 Mio. DM	Ist-Entwicklung Januar bis Juli 2001 Mio. DM	%
Allgemeine Dienste (insb. Verteidigung, Verwaltung)	94 215	52 617	18,2
Bildungswesen, Wissenschaft	20 819	10 697	3,7
Soziale Sicherung	195 539	132 440	45,9
Gesundheit und Sport	2 262	1 006	0,3
Wohnungswesen	4 596	2 455	0,9
Ernährung, Landwirtschaft, Gewerbe und Dienstleistungen	26 089	13 420	4,7
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	19 391	8 346	2,9
Wirtschaftsunternehmen	29 281	11 560	4,0
Allgemeine Finanzwirtschaft	84 808	55 933	19,4
darunter: Schuldendienst	77 152	51 256	17,8
Versorgung	12 430	6 992	2,4
Summe	477 000	288 475	100,0

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Juli 2001



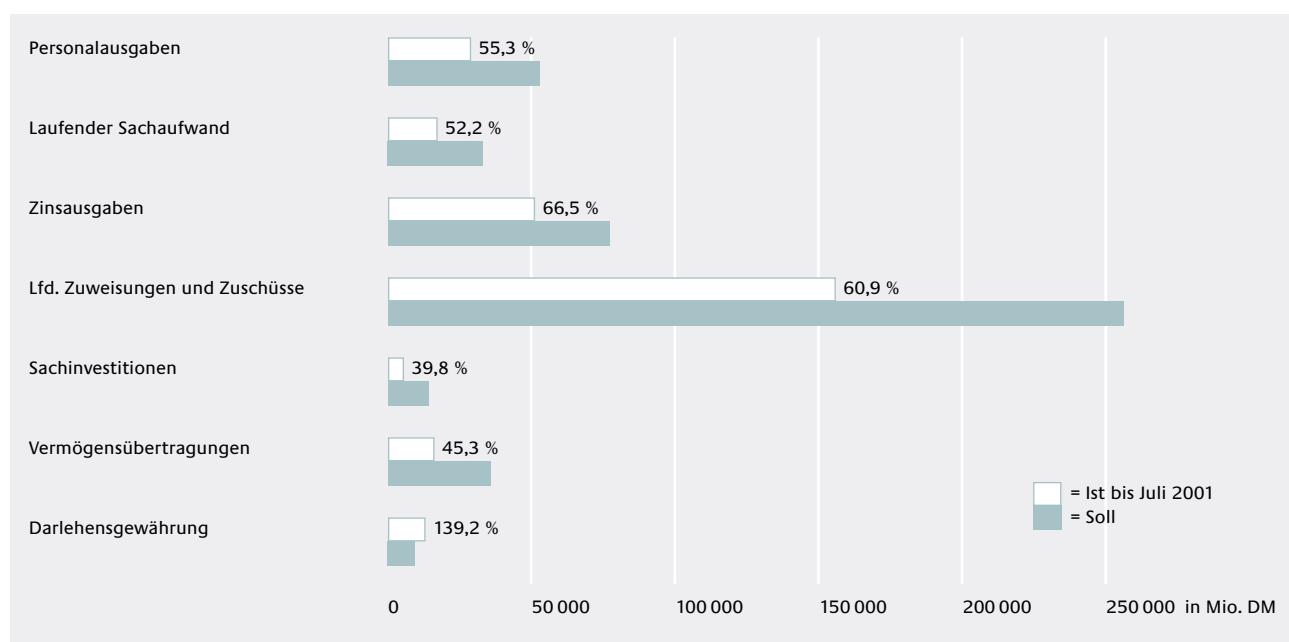
Entwicklung der Bundesausgaben nach ökonomischen Arten

	Soll 2001 Mio. DM	Ist-Entwicklung Januar bis Juli 2001 Mio. DM	%
Personalausgaben	52 812	29 203	10,1
Laufender Sachaufwand	33 104	17 287	6,0
Zinsausgaben	77 000	51 214	17,8
Lfd. Zuweisungen und Zuschüsse	256 113	155 888	54,0
Sozialversicherung	151 247	96 488	33,4
Erblastentilgungsfonds ¹	-	-	-
Bundeseisenbahnvermögen ²	-	-	-
Sachinvestitionen	14 045	5 596	1,9
Vermögensübertragungen	35 731	16 203	5,6
Darlehensgewährung	9 400	13 083	4,5
Globalposten	- 1 205	-	-
Summe:	477 000	288 475	100,0
Nachrichtlich:			
Investive Ausgaben	57 988	34 013	11,8

¹ Entfällt mit neuer Haushaltssystematik ab 2001

² Entfällt ab 2001 durch Überführung der Schulden des BEV in den Bundeshaushalt

Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Juli 2001

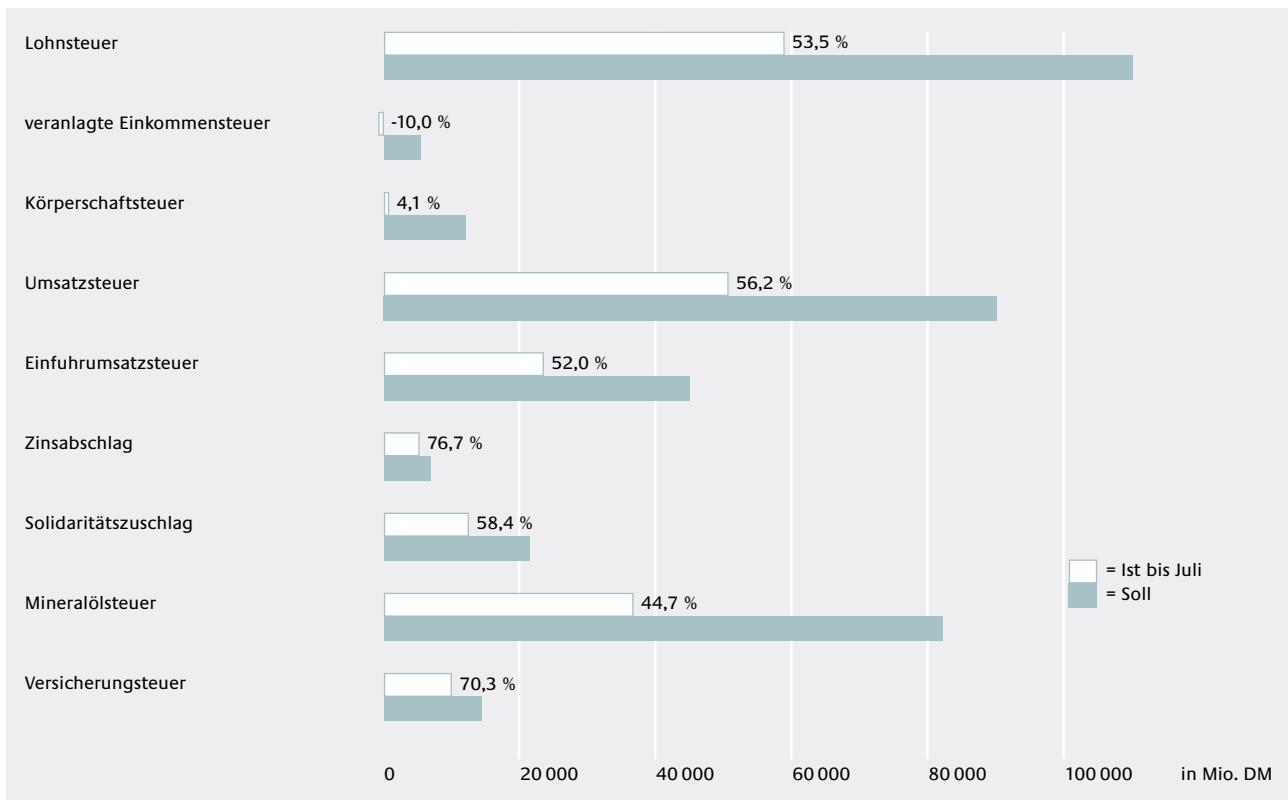


Entwicklung der Einnahmen des Bundes¹

	Soll 2001 Mio. DM	Ist-Entwicklung Januar bis Juli 2001 Mio. DM	%
Summe Einnahmen	433 150	236 349	54,6
Verwaltungseinnahmen	48 541	34 547	71,2
Steuereinnahmen	384 609	201 802	52,5
darunter:			in % der Steuereinnahmen
Lohnsteuer	110 075	58 897	29,2
veranlagte Einkommensteuer	5 401	- 540	-
Körperschaftsteuer	12 000	496	0,2
Umsatzsteuer	90 136	50 652	25,1
Einfuhrumsatzsteuer	45 280	23 524	11,7
Zinsabschlag	6 864	5 266	2,6
Solidaritätszuschlag	21 400	12 502	6,2
Mineralölsteuer	82 100	36 691	18,2
Tabaksteuer	23 400	11 844	5,9
Versicherungsteuer	14 300	10 051	5,0
Stromsteuer	8 200	4 659	2,3
abzüglich:			
Ergänzungszuweisung an Länder	- 25 089	- 12 707	-
Zuweisung an die EU nach BSP-Schlüssel	- 19 800	- 11 587	-
Zuweisung an Länder für ÖPNV	- 13 429	- 7 765	-

¹ Methodik: HKR-Buchung

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis Juli 2001



Steuereinnahmen im Juli 2001

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) lagen im Juli 2001 um +2,7% über dem Ergebnis vom Juli 2000 (Januar bis Juli 2001: -2,6%). Sowohl die reinen Bundessteuern (+16,1%) als auch die reinen Ländersteuern (+15,8%) stiegen kräftig an und konnten damit den leichten Rückgang bei den gemeinschaftlichen Steuern (-1,5%) übercompensieren. Allerdings trifft der Juli 2001 auf eine schwache Vorjahresbasis.

Die Kasseneinnahmen aus der Lohnsteuer gingen infolge der seit Jahresbeginn wirksamen Tarifsenkung um -4,6% zurück. Auch die veranlagte Einkommensteuer lag kassenmäßig unter dem vergleichbaren Vorjahreswert (ca. -230 Mio. DM). In der Bruttobetrachtung hingegen, also vor Abzug der Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer, der Investitions- und der Eigenheimzulage, nahmen die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer um rund 180 Mio. DM zu. Die Differenz ergibt sich im Wesentlichen aus einem kräftigen Anstieg der Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer (+10,2%).

Der Rückgang bei der Körperschaftsteuer um knapp 770 Mio. DM muss im Zusammenhang mit der weiterhin äußerst dynamischen Entwicklung der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag gesehen werden. Infolge hoher Ausschüttungen

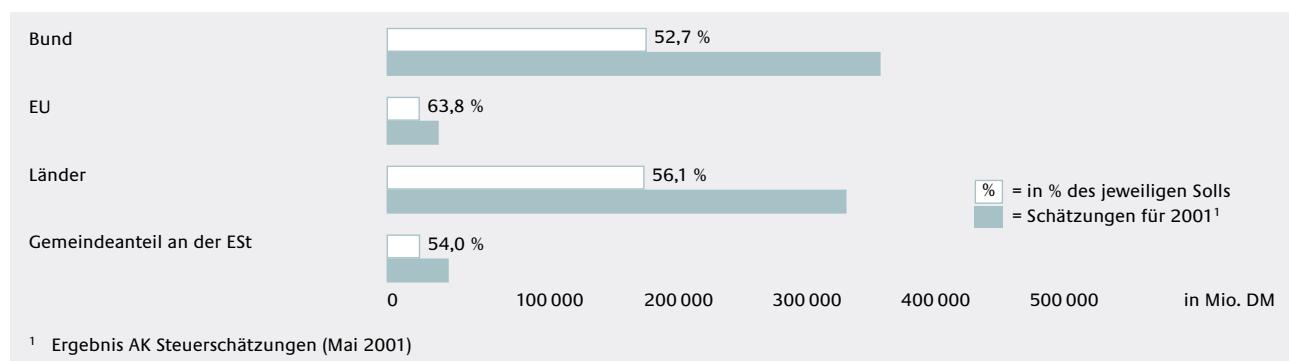
von Altkapital stiegen die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag um rund 840 Mio. DM (+26,4%) und führten zu einer entsprechend starken Minderung des Körperschaftsteueraufkommens.

Die Steuern vom Umsatz entwickelten sich mit +1,0% leicht positiv. Dabei wiederholte sich das Bild der letzten Monate: Während die Umsatzsteuer um -3,3% zurückging, stieg die Einfuhrumsatzsteuer mit +15,5% deutlich.

Die reinen Bundessteuern expandierten um +16,1%. Dabei ist rund die Hälfte der gegenüber dem Vorjahr um knapp 2 Mrd. DM höheren Bundessteuern durch einen kassentechnischen Effekt bei der Tabaksteuer bedingt (+51,2%), der das schwache Aufkommensergebnis des Vormonats ausgleicht. Die kräftige Zunahme bei Mineralölsteuer (+7,1%) und Stromsteuer (+54,6%) ist Folge der dritten Stufe der ökologischen Steuerreform. Die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag waren mit -1,1% leicht rückläufig.

Die reinen Ländersteuern verzeichneten im Vorjahresvergleich ein Plus von 15,8%. Träger der Dynamik waren insbesondere die Kraftfahrzeugsteuer (+23,1%) und die Erbschaftsteuer (+47,4%). Dagegen gingen die Einnahmen der Grunderwerbsteuer (-3,5%) und Biersteuer (-14,9%) zurück.

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis Juli 2001



Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr¹

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)

	Schätzungen für 2001 ⁴	im Juli 2001 in Mio. DM	Januar bis Juli 2001
Bund ² Veränderung gegenüber Vorjahr in %	384 391 – 1,1	29 628 5,7	202 438 – 1,6
EU Veränderung gegenüber Vorjahr in %	40 600 – 4,9	3 754 4,4	25 907 – 1,7
Länder ² Veränderung gegenüber Vorjahr in %	357 875 – 3,4	27 561 0,3	200 724 – 3,8
Gemeindeanteil an der ESt/USt Veränderung gegenüber Vorjahr in %	48 395 – 4,8	3 569 – 4,9	26 148 – 2,7
Zusammen Veränderung gegenüber Vorjahr in %	831 261 – 2,5	64 513 2,7	455 218 – 2,6
nachrichtlich:			
Lohnsteuer ³ Veränderung gegenüber Vorjahr in %	257 500 – 3,0	22 602 – 4,6	144 212 – 0,4
Veranlagte Einkommensteuer Veränderung gegenüber Vorjahr in %	12 700 – 46,9	– 2 925 –	– 1 285 –
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag Veränderung gegenüber Vorjahr in %	36 450 37,9	4 025 26,4	30 245 63,2
Zinsabschlag Veränderung gegenüber Vorjahr in %	16 750 16,8	1 149 18,1	11 968 32,2
Körperschaftsteuer Veränderung gegenüber Vorjahr in %	14 900 – 67,7	– 3 132 –	992 – 96,0
Steuern vom Umsatz Veränderung gegenüber Vorjahr in %	282 000 2,4	23 116 1,0	157 649 – 1,7
Reine Bundessteuern Veränderung gegenüber Vorjahr in %	153 995 4,3	13 690 16,1	79 380 6,2
Reine Ländersteuern Veränderung gegenüber Vorjahr in %	38 860 7,7	3 305 15,8	23 535 6,9

¹ Methodik: kassenmäßige Buchung der Einzelsteuern, rechnerische Aufteilung auf die Ebenen
² Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle 1.3 (S. 9) sind methodisch bedingt
³ Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen
⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom Mai 2001

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

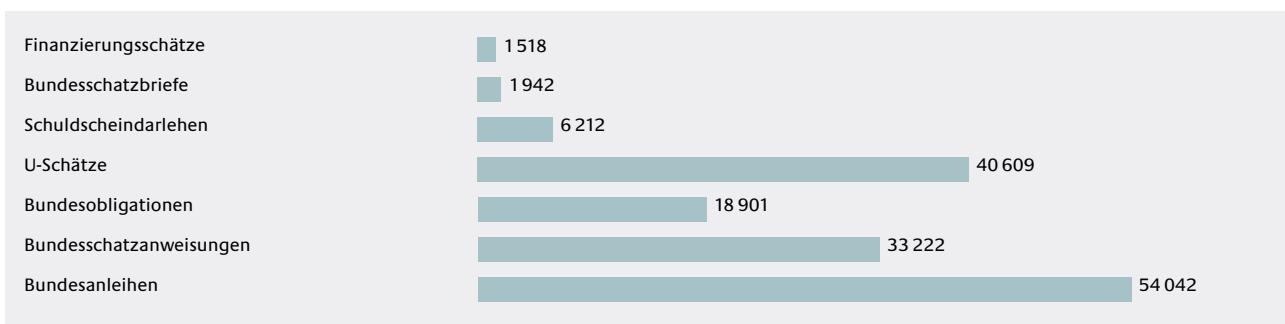
Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug im 1. Halbjahr 2001 122,8 Mrd. DM. Unter Einbeziehung der Anteile der Sondervermögen an der Gemeinsamen Wertpapierbegebung betragen die

am Kapitalmarkt beschafften Beträge insgesamt 138,3 Mrd. DM.

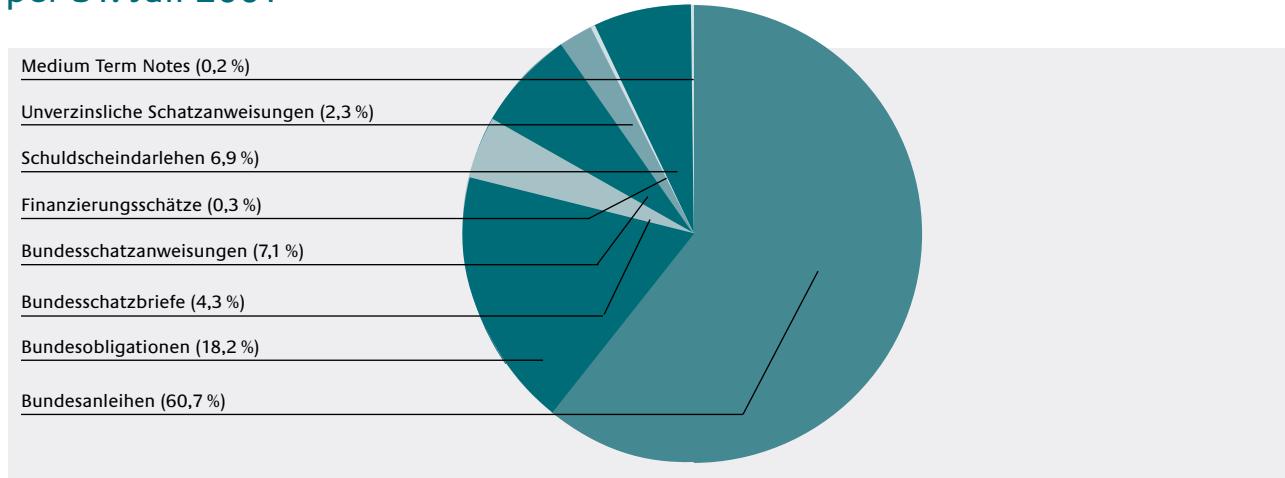
Gesamte umlaufende Schuld des Bundes per 31. Juli 2001

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2000 hat sich die umlaufende Schuld im in den ersten 7 Monaten 2001 insgesamt um ca. 1% auf 1375 508 Mrd. DM erhöht.

Bruttokreditaufnahme des Bundes von Januar bis Juli 2001 in Mio. DM



Gesamte umlaufende Schuld des Bundes per 31. Juli 2001



Emissionsvorhaben des Bundes im dritten Quartal 2001

Der Bund beabsichtigt, im dritten Quartal 2001 zur Finanzierung des Bundeshaushalts und seiner Sondervermögen unten stehende Emissio-

nen zu begeben (bis einschließlich 22. August 2001 bereits tatsächlich begebenes Volumen).

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der

Kapitalmarktsituation ergeben. Der Emissionskalender für das vierte Quartal 2001 wird in der dritten Dekade September 2001 veröffentlicht.

Tilgungen im dritten Quartal 2001

Die Tilgungen des Bundes** und seiner Sonder-

vermögen Fonds „Deutsche Einheit“ (FDE) und ERP-Sondervermögen belaufen sich im dritten Quartal 2001 auf insgesamt rund 74,5 Mrd. DM (darunter rund 9,6 Mrd. DM für die Sondervermögen). Sie teilen sich wie in der unten stehenden Tabelle auf (in Mrd. DM).

Emissionsvorhaben des Bundes im dritten Quartal 2001

Wertpapier	Tendertermin	Laufzeit	Volumen
Bundesanleihe („Bunds“) 1. Aufstockung der 5 % Anleihe von 2001 (2011) WKN 113 518 ISIN DE0001135184	4. Juli 2001	10 Jahre, fällig 4. Juli 2011 Zinslaufbeginn 25. Mai 2001 erster Zinstermin 4. Juli 2002	Aufstockung um 15,7 Mrd. DM auf 31,3 Mrd. DM
Unverzinsliche Schatzanweisungen („Bubills“) WKN 111 439 ISIN DE0001114395	11. Juli 2001	6 Monate, fällig 18. Jan. 2002	18,4 Mrd. DM
Bundesobligationen („Bobls“) Anschlussstender der 4,5 % Serie 138 von 2001 (2006) WKN 114 138 ISIN DE0001141380	22. August 2001	Restlaufzeit 5 Jahre, fällig 18. Aug. 2006, Zinslaufbeginn 14. Februar 2001, erster Zinstermin 18. August 2002	13,7 Mrd. DM*
Bundesschatzanweisungen („Schätze“) WKN 113 695 ISIN DE0001136950	12. September 2001	2 Jahre, fällig 12. September 2003, Zinslaufbeginn 12. September 2001, erster Zinstermin 12. September 2002	ca. 19,6 Mrd. DM*
Bundesanleihe („Bunds“) 2. Aufstockung der 5 % Anleihe von 2001 (2011) WKN 113 518 ISIN DE0001135184	19. September 2001	10 Jahre, fällig 4. Juli 2011 Zinslaufbeginn 25. Mai 2001 erster Zinstermin 4. Juli 2002	Aufstockung um ca. 15,7 Mrd. DM* auf ca. 46,9 Mrd. DM

* Einschließlich Marktpflegequote, bei zusätzlich einschl. Bundesobligationen Absatz aus der Daueremission.

Tilgungen im dritten Quartal 2001 in Mrd. DM

	Juli	August	September	3. Quartal 2001
Anleihen des Bundes	-	-	18	18
Bundesobligationen	-	12,9	-	12,9
Bundesschatzanweisungen	-	-	9,8	9,8
U-Schätze des Bundes	9,6	0,4	-	10
Bundesschatzbriefe	-	0,0	3,5	3,5
Finanzierungsschätze	0,2	0,4	0,2	0,8
Anleihe Deutsche Bundesbahn	3,9	-	-	3,9
Anleihen Fonds „Deutsche Einheit“	-	7	-	7
Ausgleichsforderungen, Ausgleichsfonds Währungsumstellung	2,2	-	-	2,2
Schuldcheindarlehen	2,5	0,4	3,5	6,5
Insgesamt	18,4	21,1	35	74,5

** Einschl. der seit 1. Juli 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds (darunter auch die Inhaberschuldverschreibungen des Ausgleichsfonds Währungsumstellung), Bundesseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes

Entwicklung der Länderhaushalte

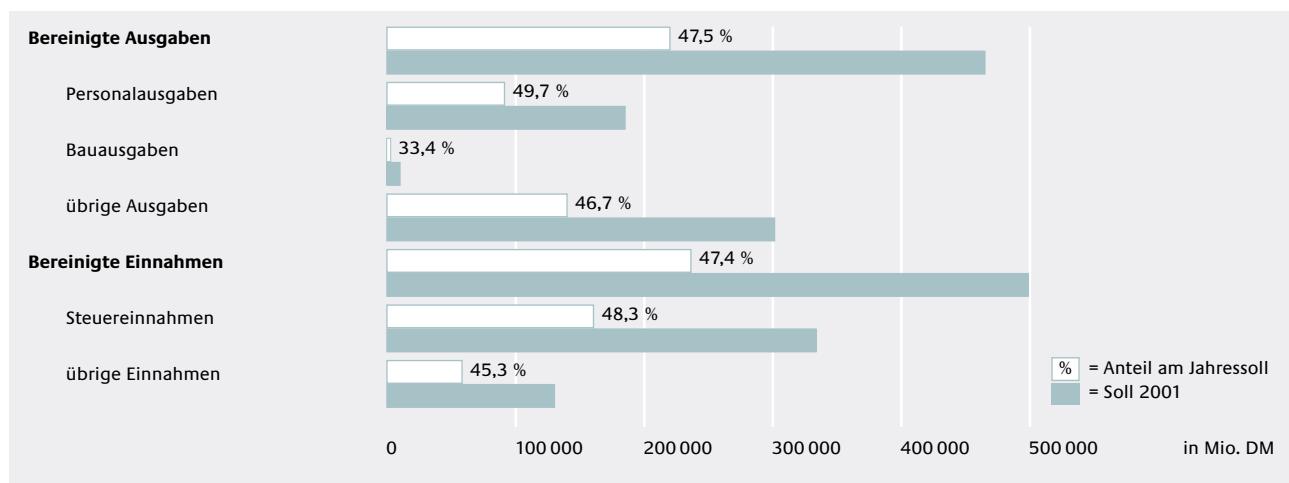
Die Haushaltsentwicklung der Länder von Januar bis einschließlich Juni 2001 stellt sich wie folgt dar:

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stiegen die bereinigten Ausgaben der Länder insgesamt um 2,2 %, während die Einnahmen 2,1 % unter dem Vorjahresniveau blieben. Entsprechend belief sich das Defizit der Länder insgesamt auf 16,3 Mrd. DM, rund 10 Mrd. DM über dem Defizit im Vergleichszeitraum 2000. Die Haushaltsplanungen der Länder gehen für das Jahr 2001 von einem Gesamtdefizit in Höhe von 33,7 Mrd. DM aus. Ausgaben und Einnahmen schöpften den Soll-Ansatz jeweils zu rund 47 % aus.

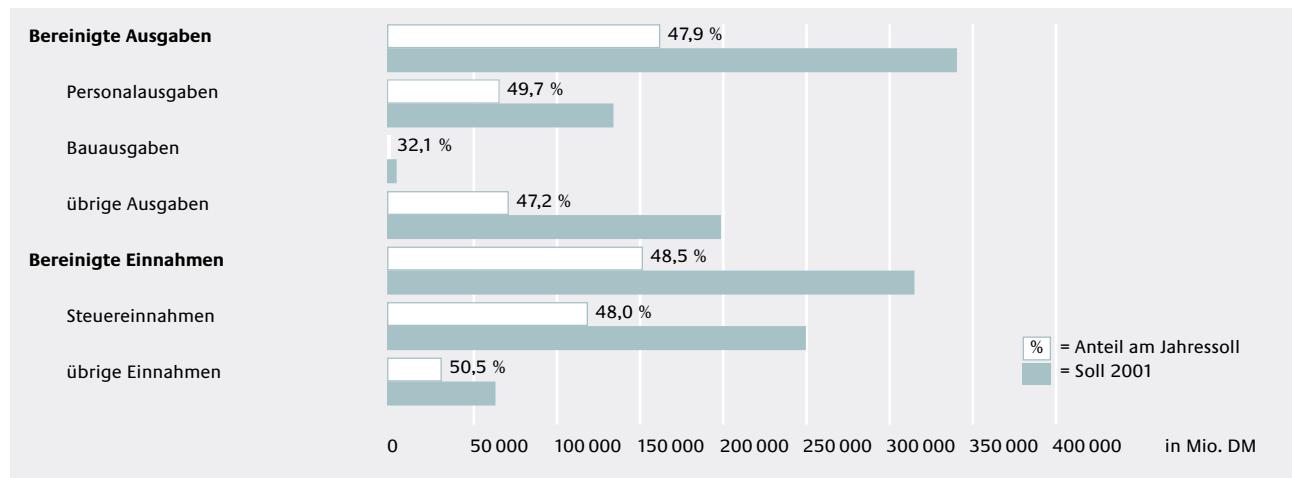
Die gegenüber dem Vorjahreszeitraum geringeren Einnahmen sind im Wesentlichen auf überproportionale Einnahmerückgänge, insbesondere bei den Steuereinnahmen, in den westdeutschen Flächenländern zurückzuführen, während die Einnahmen in den neuen Bundesländern leicht zunahmen. Das Defizit belief sich damit in den westdeutschen Flächenländern auf – 10,5 Mrd. DM (Soll 2001 – 25,5 Mrd. DM) gegenüber einem Haushaltsüberschuss in den neuen Bundesländern von +45 Mio. DM (Soll 2001 – 5,3 Mrd. DM) und – 5,9 Mrd. DM (Soll 2001 – 2,9 Mrd. DM) in den Stadtstaaten.

Allerdings besitzt die Haushaltsentwicklung zum jetzigen Zeitpunkt noch wenig Aussagekraft für den tatsächlichen Haushaltsverlauf zum Ende des Jahres. Der Vergleich zum Vorjahreszeitraum sowie zu den Haushaltsplanungen erlaubt daher noch keine weiter gehende Bewertung.

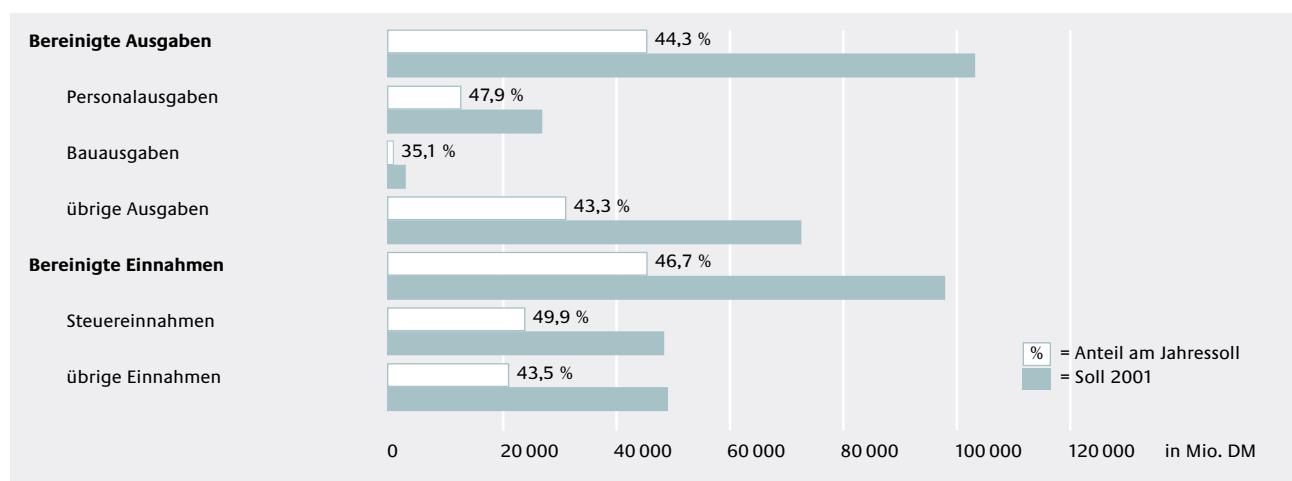
Länder insgesamt



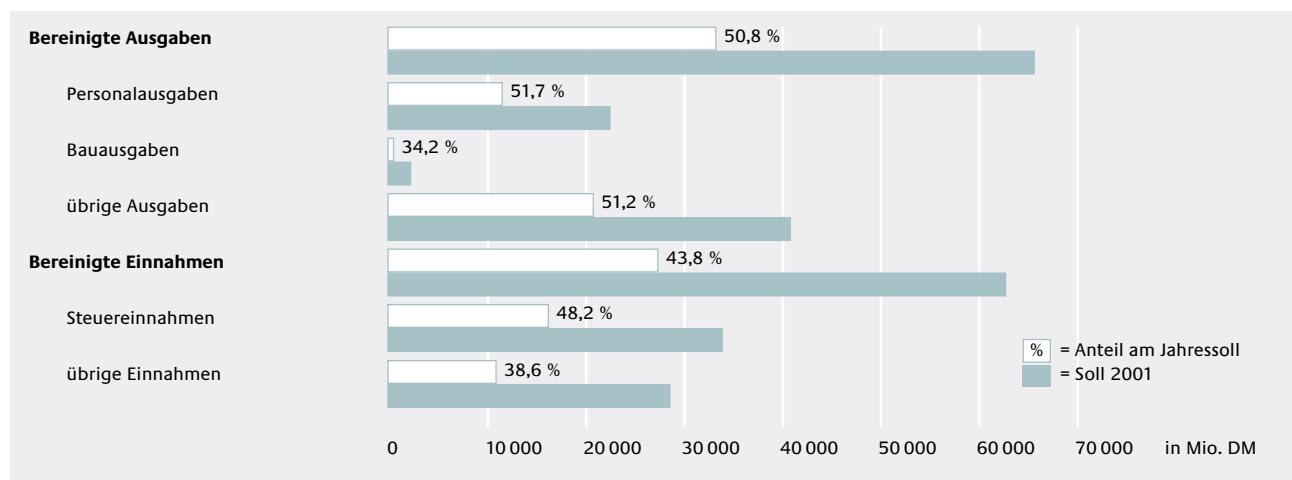
Flächenländer West



Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Termine

Finanz- und Wirtschaftspolitische Termine

- | | |
|----------------------------|---|
| 11. bis 14. September 2001 | 1. Lesung Haushalt 2002 im Bundestag |
| 21. bis 23. September 2001 | Euro-Gruppe und informeller ECOFIN in Lüttich |
| 27. September 2001 | 1. Beratung Haushalt 2002 im Bundesrat |
| 28. bis 30. September 2001 | G7-Finanzministertreffen und Jahresversammlung von IWF und Weltbank in Washington |
| 7. bis 12. Oktober 2001 | Reise von Bundesfinanzminister Eichel nach Lateinamerika (Argentinien, Brasilien, Mexico) |
| 15. bis 16. Oktober 2001 | Euro-Gruppe und ECOFIN in Luxemburg |

Tage der Offenen Tür im Bundesministerium der Finanzen

1. und 2. September 2001 von 10 bis 18 Uhr

Informationen zum Programm finden Sie im Internet:

<http://www.bundesfinanzministerium.de/Tage-der-Offenen-Tuer-.744.htm>

Hinweis auf Veröffentlichungen

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

- | |
|---|
| Innenansichten – Steuern von A – Z |
| Innenansichten – Der Euro – eine stabile Währung für ein starkes Europa |
| Fachblick – Steuerpolitik der Bundesregierung |
| Fachblick – Finanzpolitik im Spannungsfeld des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes |
| Fachblick – 5. Bericht zur Einführung des Euro in Gesetzgebung und öffentliche Verwaltung |
| Fachblick – Bundshaushalt Quartalsbericht Januar bis Juni 2001 |
| Fachblick – 18. Subventionsbericht der Bundesregierung |
| Fachblick – Finanzplan des Bundes 2001 bis 2005 |
| Schaublatt – Das Euro-Geld (Stand: 1. September 2001) |

Die Publikationen können kostenfrei bestellt werden beim

Bundesministerium der Finanzen

– Referat Bürgerangelegenheiten –

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

Telefon 0 18 88 6 82 –17 96

Telefax 0 18 88 6 82 – 46 29

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de>

Terminplanung für die Aufstellung und Beratung Haushaltsentwurf 2002

Haushaltsentwurf 2002

13. Juni 2001	Kabinettbeschluss
17. August 2001	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
13. September 2001	Finanzausschuss Bundesrat
11. bis 14. September 2001	1. Lesung Bundestag
27. September 2001	1. Beratung Bundesrat
10. Oktober bis 14. November 2001	Beratungen im Haushaltausschuss
8./9. November 2001	Steuerschätzung
15. November 2001	Bereinigungssitzung im Haushaltausschuss
26. November 2001	Finanzplanungsrat
27. bis 30. November 2001	2./3. Lesung Bundestag
6. Dezember 2001	Finanzausschuss Bundesrat
20. Dezember 2001	2. Beratung Bundesrat
Ende Dezember 2001	Verkündung im Bundesgesetzblatt



Analysen und Berichte

Bericht zur wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik Deutschland	29
New Economy: Bestandsaufnahme und Implikationen für die Wirtschafts- und Finanzpolitik	35
Die „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ als zentrales Instrument der wirtschaftlichen Koordinierung in der EU	49
Entwurf des Bundeshaushalts 2002 und der Finanzplan des Bundes 2001 bis 2005	55
Bundespolitik und Kommunalfinanzen	63
18. Subventionsbericht der Bundesregierung	71

Bericht zur wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik Deutschland¹

1. Gesamtwirtschaft	29
2. Arbeitsmarkt	29
3. Produzierendes Gewerbe	30
4. Privater Konsum	32
5. Außenwirtschaft	32
6. Preise	33

1. Gesamtwirtschaft

Unter dem Einfluss der weltweiten Konjunkturabkühlung und des Kaufkraftentzuges durch den starken Preisanstieg bei Energie und Nahrungsmitteln hat sich in jüngster Zeit das bislang noch anhaltende leichte Wirtschaftswachstum zunächst nicht mehr fortgesetzt. Nach vorläufigen Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das zweite Vierteljahr 2001 verharrte das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** in preis- und saisonbereinigter² Rechnung auf seinem zuvor erreichten Niveau. Im Vorquartal hatte es dagegen einen Anstieg um 0,4 % gegeben. Zuletzt übertraf das BIP seinen Vorjahresstand real um 0,6 % nach + 1,4 % im ersten Quartal. Trotz der im Verlauf stagnierenden Exportentwicklung belief sich der Außenbeitrag zum BIP-Anstieg gegenüber dem Vorjahr auf 1,0 %-Punkte. Überdurchschnittlich erhöhten sich binnen Jahresfrist die Privaten Konsumausgaben (+ 1,2 %), während die Anlageinvestitionen – wegen weiter rückläufiger Bauinvestitionen – insgesamt den Vorjahresstand um 2,7 % verfehlten.

Im gesamten ersten Halbjahr lag die gesamtwirtschaftliche Leistung um 1,0 % über der des Vorjahrs. Von einer Rezession kann also gegenwärtig keine Rede sein. Allerdings haben sich durch die wirtschaftliche Stagnation im zweiten

Quartal auch die Wachstumsaussichten für das gesamte Jahr 2001 verschlechtert. Andererseits sind aus den aktuellen Indikatoren auch vereinzelt positive Signale erkennbar. Dazu gehören vor allem die sich abzeichnende Entspannung des Preisklimas, die zum einen die Kaufkraft der Verbraucher stärkt, zum anderen aber auch die Rahmenbedingungen für die Geldpolitik verbessert. Hinzu kommen eine spürbare Belebung der Baunachfrage, sodass sich künftig die Belastungen aus der Baurezession verringern könnten, und nicht zuletzt die Aufhellung des ifo-Geschäftsklimas für die gesamte Gewerbliche Wirtschaft im Juli. Von der weiteren Entwicklung der Weltkonjunktur und hierbei insbesondere von der konjunkturellen Entwicklung in den USA wird es abhängen, ob auch künftig von der Auslandsnachfrage stabilisierende Impulse für die deutsche Konjunktur ausgehen. Einiges spricht zurzeit dafür, dass die Konjunktur in den USA in der zweiten Jahreshälfte wieder Tritt fassen könnte.

2. Arbeitsmarkt

Die Abschwächung der konjunkturellen Entwicklung macht sich seit Beginn des Jahres zunehmend auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Die Zahl der **Arbeitslosen** erhöhte sich im Juli gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt zum siebten Mal in Folge. Der Anstieg fiel damit zuletzt etwas geringer aus als im Durchschnitt des ersten Halbjahres. Instrumente der Arbeitsmarktpolitik haben dabei zuletzt keine nennenswerten Auswirkungen auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit gehabt. Im Verlauf dieses Jahres summiert sich der Anstieg der Arbeitslosenzahl auf saisonbereinigt 88 000 Personen. Nach den Ursprungszahlen waren zuletzt 3,80 Mio. Personen arbeitslos gemeldet. Die Vorjahresabstände sind damit sukzessive von - 200 000 im Januar über - 118 000 im April und - 30 000 im Juni auf zuletzt - 5 000 abgeschmolzen.

¹ In diesem Bericht wurden statistische Zahlen verwendet, die bis zum 23. August 2001 vorlagen.

² Wenn nicht anders vermerkt, handelt es sich bei den in diesem Bericht verwendeten saisonbereinigten Angaben um Berechnungen nach dem Census-Verfahren.

Die Zahl der **Erwerbstätigen**, für die vorläufige Ergebnisse bis Mai vorliegen, ist zuletzt saisonbereinigt um 14 000 gegenüber dem Vormonat gesunken. Damit hat sich die seit Jahresbeginn bestehende Abwärtstendenz verstärkt fortgesetzt. Nach den Ursprungszahlen gab es zuletzt 38,66 Mio. Erwerbstätige. Das Niveau des Vorjahres wurde nur noch geringfügig um + 18 000 Personen übertroffen. Bei der Beurteilung der deutlichen Verkleinerung des Vorjahresabstandes muss allerdings in Rechnung gestellt werden, dass im entsprechenden Vorjahresmonat ein kräftiger Zuwachs an Erwerbstätigen zu verzeichnen war (Basiseffekt).

Im **früheren Bundesgebiet** hat sich im Zuge der konjunkturellen Abschwächung die Zahl der Arbeitslosen im Juli erneut erhöht (saisonbereinigt + 10 000). Sie ist damit genau so stark angestiegen wie im Durchschnitt des ersten Halbjahrs. Zu berücksichtigen ist hierbei aber, dass sich durch eine Gebietsstandsänderung der Arbeitsamtsbezirke im April dieses Jahres die Zahl der Arbeitslosen im früheren Bundesgebiet statistisch erhöht und in den neuen Ländern verringert hat. Ohne diese Gebietsstandsänderung wäre im Westen der durchschnittliche monatliche Zuwachs an Arbeitslosen im ersten Halbjahr bei rund 8 000.³ Ein deutliches Zeichen der konjunkturbedingten Eintrübung des Arbeitsmarktes ist auch die Entwicklung der Kurzarbeit. Der im Juli registrierte Bestand von rund 80 100 Kurzarbeitern ist zwar immer noch vergleichsweise gering, gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat bedeutet dies jedoch einen Anstieg um rund 35 900 Personen. Der Bestand an offenen Stellen nimmt seit Dezember 2000 kontinuierlich ab. Seit Jahresbeginn 2001 gibt es saisonbereinigt insgesamt 61 000 offene Stellen weniger.

In den **neuen Ländern** erhöhte sich die Arbeitslosigkeit im Juli mit saisonbereinigt + 1 000 Personen vergleichsweise wenig; seit Anfang des Jahres hat sie nach den ausgewiese-

nen Zahlen um 18 000 Personen (nach altem Gebietsstand jedoch um rund 30 000 Personen) zugenommen. Nach den Ursprungszahlen gab es zuletzt 1,35 Mio. Arbeitslose in den neuen Ländern, 16 000 mehr als vor Jahresfrist. Auch bei diesen Vergleichen ist die erwähnte Gebietsstandsänderung in Rechnung zu stellen. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 17,3 % gegenüber 7,3 % im Westen.

3. Produzierendes Gewerbe

Die sich seit Beginn des Jahres zunehmend abzeichnende konjunkturelle Abkühlung hat im **Verarbeitenden Gewerbe** deutliche Spuren hinterlassen. So ist – ausgehend von ihrem Höchststand im Januar/Februar 2001 – die **Erzeugung** zunächst zwei Monate in Folge deutlich zurückgegangen. Eine in den letzten beiden Monaten Mai und Juni eingetretene leichte Stabilisierung der Produktion (gegenüber dem jeweils vorangegangenen Monat saisonbereinigt + 0,9 % bzw. 0 %) ist vor diesem Hintergrund zwar positiv zu werten, aber der Quartalsvergleich zeigt eine deutliche Absenkung des Produktionsniveaus (-2,7 %) gegenüber dem ersten Vierteljahr. Vom Rückgang der Produktionstätigkeit am stärksten betroffen waren dabei die Hersteller von Investitionsgütern, deren Output sich im Vergleichszeitraum um 4,9 % verringerte. Auch die Erzeugung der Vorleistungsgüterhersteller und der Gebrauchsgüterproduzenten nahm, obgleich mit jeweils -2,3 % ungleich schwächer, deutlich ab. Einen Hoffnungsschimmer auf die erwartete Belebung der Konsumkonjunktur lieferte bisher nur die Produktionsentwicklung der Verbrauchsgüterproduzenten, die gegenüber dem Vorquartal einen leichten Anstieg um 0,9 % verzeichneten. Im Durchschnitt des gesamten ersten Halbjahres übertraf das Fertigungsvolumen im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt das Vorjahresniveau noch um + 3,5 %. Allerdings hat sich der Vorjahresabstand seit Jahresbeginn sukzessive verringert und belief sich im zweiten Quartal nur noch auf + 1,0 %.

³ Durch die Neugliederung der Arbeitsamtsbezirke im Rahmen der Berliner Verwaltungsbezirksreform wurde im April 2001 ein Arbeitsamtsbezirk aus Berlin (Ost) Berlin (West) zugeschlagen und statistisch entsprechend aufbereitet. Die Umgruppierung umfasst rund 13 000 Arbeitslose.

Bei regionaler Betrachtung nahm die Erzeugung im **ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe** im zweiten Quartal 2001 saisonbereinigt mit $-2,9\%$ etwas stärker ab als im **Westen** ($-2,6\%$). Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2000 lag der Produktionszuwachs allerdings in den neuen Ländern noch deutlich (+6,3%) über dem Anstieg im früheren Bundesgebiet (+3,3%). Allerdings ist auch im Osten der Vorjahresabstand geschrumpft. Konjunkturstützende Impulse gehen, wenngleich in abnehmendem Maß, nach wie vor vom Exportgeschäft aus. Hierbei weisen seit Beginn dieses Jahres die neuen Länder eine deutlich bessere Entwicklung auf als die alten Bundesländer. So erhöhte sich der Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe in den sechs Monaten dieses Jahres im Osten gegenüber dem Vorjahr um 18,2%, im Westen betrug der Zuwachs 9,8%. Bei diesem Vergleich ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Exportquote im Osten nur etwa rund 23% beträgt, während im Westen rund 38% des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe Exporterlöse darstellen. Durch die starke Dynamik nähert sich die Exportquote der neuen Länder weiter an die der alten Länder an.

Die Abschwächung der Produktionstätigkeit hat dazu geführt, dass die **Kapazitätsauslastung** im westdeutschen Verarbeitenden Gewerbe im Verlauf dieses Jahres von 87,8% im Dezember 2000 auf 85,7% im Juni 2001 gesunken ist. Die Auslastung der Produktionskapazitäten liegt damit aber noch über dem Durchschnittsniveau der letzten zehn Jahre. In den neuen Ländern sank der Nutzungsgrad auf zuletzt 82,4%.

Die Schwäche der Industrieconjunktur in Deutschland hatte sich in der Entwicklung der vorlaufenden Indikatoren schon seit längerem angedeutet. Anders als bei der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe zeigten sich die **Auftragseingänge** bereits seit Jahresbeginn deutlich rückläufig. Im Durchschnitt des zweiten Quartals 2001 ging das Auftragseingangsvolumen gegenüber dem Vorquartal um 2,0% zurück. Trotz weiterer konjunktureller Abkühlung bei den wichtigsten

deutschen Handelspartnern gingen dennoch von den Auslandsaufträgen die maßgeblichen nachfragestützenden Impulse aus. So erhöhten sich die Exportaufträge noch leicht, während der Bestelleingang aus dem Inland deutlich abnahm. Die wirtschaftliche Abschwächung hat sich vor allem in den besonders konjunkturreagiblen Wirtschaftsbereichen ausgewirkt. Daher verringerte sich infolge eines Einbruchs bei den Inlandsbestellungen das Auftragsvolumen vor allem im Investitionsgüterbereich (-4,7%). Demgegenüber waren Vorleistungsgüterproduzenten noch von einem vergleichsweise geringen Nachfragerückgang (-0,4%) betroffen, und im Bereich der Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten stagnierte das Ordervolumen praktisch (-0,1%). Aufgrund der anhaltenden Nachfrageschwäche seit Beginn dieses Jahres werden die entsprechenden Vorjahresstände beim Auftragseingang nunmehr unterschritten. So lag im Durchschnitt des zweiten Quartals das Ordervolumen um 1,8% unter dem entsprechenden Vorjahresstand, nachdem es im ersten Quartal noch deutlich darüber gelegen hatte (+3,4%). Im gesamten ersten Halbjahr wurde das Niveau des Vorjahres allerdings noch leicht übertroffen. Dies war vor allem auf die stabilisierende Wirkung der Auftragseingänge aus dem Ausland zurückzuführen.

Die Entwicklung der konjunkturellen Frühindikatoren scheint derzeit eine weitere Abkühlung der Industrieconjunktur zu indizieren. So hatte sich nach den Umfrageergebnissen des ifo-Konjunkturtests im Juni das **Geschäftsklima** im Verarbeitenden Gewerbe sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern weiter abgekühlt. Es ist allerdings zu beobachten, dass die Verschlechterung der aktuellen Geschäftslage etwas stärker ausgeprägt ist als bei den Geschäftserwartungen. Damit nähern sich beide Einzelindikatoren tendenziell an. In der Vergangenheit hatte das Zusammentreffen der entsprechenden Kurven mit gewissen zeitlichen Verzögerungen (bis zu sechs Monate) konjunkturelle Wendepunkte indiziert. Darüber hinaus hat sich nach den Juli-Ergebnissen für die gesamte Gewerbliche Wirtschaft die

Stimmung erstmals seit Beginn dieses Jahres wieder etwas aufgehellt, weil der Pessimismus bei den Erwartungen leicht zurückgegangen ist.

Die Talfahrt in der **Bauwirtschaft** hat auch in der ersten Hälfte des laufenden Jahres zwar noch angehalten, aber Besserung ist in Sicht. Im zweiten Vierteljahr hat sich offenbar bei der Entwicklung der Baunachfrage eine Trendwende nach oben vollzogen. Die Auftragseingänge beim Bauhauptgewerbe erhöhten sich gegenüber dem Vorquartal preis- und saisonbereinigt um 5,8 %. Die Nachfragebelebung betraf mehr oder weniger alle Bausparten und auch das Baugewerbe in den neuen Ländern. Die Bauproduktion des Baugewerbes war freilich im zweiten Vierteljahr bundesweit noch abwärts gerichtet (saisonbereinigt -5,5 %). Im Mai/Juni war aber bereits eine gewisse Besserung zu verzeichnen. Zu berücksichtigen ist dabei aber das niedrige Ausgangsniveau, von dem aus die möglicherweise jetzt beginnende Aufwärtsentwicklung einsetzt. Im gesamten ersten Halbjahr 2001 lag die Erzeugung im Bauhauptgewerbe noch weit (-13,6 %) unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis. In den neuen Ländern ist die Situation dabei seit längerem schlechter als im früheren Bundesgebiet. Die Produktion unterschritt hier in den ersten sechs Monaten ihr Vorjahresniveau um 19,3 %, während im Westen ein Minus von 12,3 % zu verzeichnen war. Neben der konjunkturellen Schwäche belasten im Osten vor allem die Strukturanpassungen im Baugewerbe die Entwicklung der Produktionsstabilität.

4. Privater Konsum

Im Verlaufe des ersten Halbjahrs 2001 ist eine leichte Belebung der Konsumkonjunktur eingetreten. Die Privaten Konsumausgaben trugen überdurchschnittlich zum Wachstum des realen BIP gegenüber dem Vorjahr bei. Auf der Verbraucherseite hatten die Umfrageergebnisse der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) eine eher verhaltene Entwicklung des **Konsumklimas** signalisiert. Dabei bewegten sich aber die Einkommens-

erwartungen – dank der Steuererleichterungen – auf einem hohen Niveau. Unter den Einzelhändlern überwiegen nach den Juni-Ergebnissen des ifo-Konjunkturtests zurzeit deutlich die pessimistischen Einschätzungen. Allerdings zeigte die ifo-Umfrage dabei eine gewisse Aufhellung des insgesamt schlechten Geschäftsklimas.

Die Ergebnisse zur **Umsatzentwicklung im Einzelhandel**, der allerdings nur einen Teil der Privaten Konsumausgaben repräsentiert, bestätigen für die zurückliegenden Monate im Großen und Ganzen die o. g. Umfrageergebnisse. So zeigte sich im zweiten Quartal 2001 im Vergleich zu den vorangegangenen Monaten eine nur leichte Zunahme des Umsatzvolumens saisonbereinigt um 0,4 %. Im Vorjahresvergleich unterschritten die Umsätze beim Einzelhandel insgesamt den entsprechenden Stand leicht (-0,9 %) und im gesamten ersten Halbjahr kam es praktisch zu einer Stagnation der Umsatzentwicklung (-0,4 %). Die seit Oktober letzten Jahres tendenziell schwachen Umsätze im Gastgewerbe sind ein weiterer Indikator für die insgesamt eher verhaltene Konsumnachfrage.

Die Ursachen für die bislang noch gedämpfte Entwicklung der Konsumkonjunktur ist in erster Linie in der Belastung der Kaufkraft durch den bis zum Mai dieses Jahres zunehmenden Anstieg der Verbraucherpreise zu suchen. Dem seitdem zu beobachtenden einsetzenden Rückgang der Teuerungsraten dürfte daher hinsichtlich der Belebung der Nachfrage vonseiten der privaten Haushalte eine entscheidende Bedeutung zukommen.

5. Außenwirtschaft

Auch unter den Bedingungen einer deutlichen Abkühlung der Weltkonjunktur zeigten die deutschen **Exporte** im ersten Halbjahr 2001 eine bemerkenswert robuste Verfassung. Allerdings gingen auch keine zusätzlichen Konjunkturimpulse mehr vom Außenhandel aus. Der Wert der deutschen Warenausfuhren behauptete sowohl im zweiten Quartal als auch im gesamten ersten

Halbjahr 2001 – in saisonbereinigter Rechnung – sein im vierten Quartal 2000 erreichtes Rekordniveau von rund 104 Mrd. DM im Monatsdurchschnitt. Aus der in der aktuellen Verlaufsbetrachtung stagnierenden Entwicklung auf hohem Niveau und dem steilen Anstieg zur gleichen Zeit des Vorjahres ergeben sich tendenziell rückläufige Vorjahresabstände. Während im ersten Vierteljahr 2001 die Exporte noch um 13,5 % über Vorjahr lagen, verringerte sich diese Rate im zweiten Quartal auf +9,5 %. Im gesamten ersten Halbjahr 2001 übertrafen die Ausfuhren ihr Vorjahresniveau immerhin um 11,4 %.

Aufgrund der ebenfalls abgeschwächten Konjunktur bei den wichtigsten Handelspartnern Deutschlands in Europa erhöhten sich die Ausfuhren in die Länder der EU in den ersten sechs Monaten dieses Jahres nur unterdurchschnittlich (+7,9 %). Gleichzeitig wuchsen jedoch – begünstigt durch den niedrig bewerteten Euro – die Exporte in Drittländer überproportional an (+16,2 %). Dies hat bereits zu leichten Verschiebungen in der normalerweise außerordentlich stabilen **Länderstruktur** der deutschen **Ausfuhren** geführt. Während im ersten Halbjahr 2000 insgesamt 58,0 % der Exporte in Länder der EU gingen, verringerte sich dieser Anteil in diesem Jahr (Januar bis Mai) auf 56,3 %. Dabei blieb jedoch Frankreich mit einem Anteil von 11,4 % (nach 11,6 %) mit Abstand das wichtigste Abnehmerland. Anteilerhöhungen waren dagegen bei den kräftig steigenden Exporten (+23,1 %) in die mittel- und osteuropäischen Länder zu verzeichnen (9,7 % nach 8,9 %). Auch bei Exporten in die außereuropäischen Länder (insbesondere in die USA und nach China) wurden überdurchschnittliche Zuwachsräte erzielt, sodass sich der Anteil dieser Ländergruppe auf 27,0 % (nach 25,8 %) erhöhte.

Die **Importe** haben im zweiten Vierteljahr – nach einem deutlichen Rückgang im Vorquartal – wieder etwas zugelegt (saisonbereinigt +1,0 %). Damit blieben die Einfuhren (saisonbereinigt) – anders als die Ausfuhren – deutlich unter dem Niveau des letzten Vierteljahrs 2000 (–4,6 %). Im

gesamten ersten Halbjahr 2001 überschritten die nominalen Einfuhren ihren vor Jahresfrist erreichten Stand um 10,1 %. Umgekehrt wie beim Export entwickelten sich die Einfuhren aus den Ländern der EU überdurchschnittlich (+11,8 %), aber aus Drittländern unterdurchschnittlich (+7,9 %).

Da in den ersten sechs Monaten dieses Jahres die Exporte stärker als die Importe gestiegen sind, erhöhte sich der traditionelle Überschuss in der deutschen **Handelsbilanz** auf 77,5 Mrd. DM. Dies waren 13,9 Mrd. DM mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Noch stärker ist allerdings das Defizit bei den „**unsichtbaren Transaktionen**“ mit dem Ausland (Dienstleistungen, Erwerbs- und Vermögensseinkommen sowie unentgeltliche Leistungen) angestiegen. Im ersten Halbjahr belief sich der Passivsaldo auf 83,7 Mrd. DM (17,0 Mrd. DM mehr als im Vorjahr). Aus der Zusammenfassung der Teilbilanzen errechnet sich für die **Leistungsbilanz** ein Fehlbetrag von 6,2 Mrd. DM für die erste Jahreshälfte, nach –3,1 Mrd. DM ein Jahr zuvor.

6. Preise

Die jüngsten Daten über die Preisentwicklung deuten darauf hin, dass die Phase eines stark beschleunigten Preisauftriebs (hervorgerufen durch die Verteuerung von Energie und Nahrungsmitteln) ihren im April/Mai 2001 erreichten Höhepunkt inzwischen überschritten hat. Deutliches Indiz hierfür ist, dass die jährlichen Veränderungsraten auf den verschiedenen Preisebenen spürbar abrücken.

Die **Weltmarktpreise für Rohstoffe** auf Dollar-Basis hatten im April – nach Berechnungen des HWWA-Instituts für Weltwirtschaft – ihren Vorjahresstand noch um 4,6 % übertroffen. Im Mai lag der Index aber bereits um 1,6 % und im Juli um 9,4 % unter Vorjahr.

Diese Entwicklung hat auch auf die deutschen **Einführpreise** durchgeschlagen. Während im Mai das Preisniveau nochmals angestiegen war, und

zwar langsamer als im Vorjahr, sind die Importpreise von Mai auf Juni gesunken. Der jährliche Anstieg des Importpreisindex verringerte sich damit von +5,1 % im April auf +4,0 % im Mai und +3,6 % im Juni. Maßgeblich hierfür waren die Entwicklung bei Rohstoffen insgesamt, bei Mineralölprodukten sowie bei Chemischen Erzeugnissen.

Eine analoge Entwicklung war bei den **Erzeugerpreisen gewerblicher Produkte** zu beobachten. Hier belief sich die jährliche Veränderungsrate im Juni auf +4,3 % (April +5,0 %).

Bemerkenswert war auch, dass im Juni erstmals seit Jahresbeginn die **Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte** gesunken sind. Insgesamt ermäßigte sich die jährliche Teuerung auf +2,9 % (April +8,8 %). Dabei war Schlachtvieh bereits wieder billiger als vor Jahresfrist.

Beim **Preisindex für die Lebenshaltung** aller privaten Haushalte wirkte sich die Abflachung des Preisauftriebs in den Vorstufen erst mit einer

gewissen Verzögerung aus. Im Mai hatte es bei den Verbraucherpreisen mit +3,5 % die höchste jährliche Veränderungsrate seit 1993 gegeben. Im Juni erhöhten sich die Verbraucherpreise nur noch sehr verhalten und im Juli kam der Preisanstieg zum Stillstand. Im Ergebnis ermäßigte sich die jährliche Teuerung auf +3,1 % im Juni und +2,6 % im Juli. Ausschlaggebend war, dass Energie und Kraftstoffe zusammen im Juni und Juli billiger wurden und die in den Vormonaten deutlich angestiegenen Nahrungsmittelpreise im Juli ebenfalls nachgaben. Auch beim EU-weit **harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI)** ist der jährliche Anstieg von +3,6 % im Mai über +3,1 % im Juni auf +2,6 % im Juli gesunken. Insgesamt deuten wichtige Bestimmungsfaktoren, wie die wieder moderateren Preise für Rohöl und Nahrungsmittel sowie der befestigte Euro-Kurs darauf hin, dass sich die Teuerung in der zweiten Jahreshälfte tendenziell weiter abschwächt. Hinzu kommt, dass die Jahresraten allein wegen des Basiseffekts auf Grund des vorjährigen starken Preisanstiegs zurückgehen werden.

New Economy: Bestandsaufnahme und Implikationen für die Wirtschafts- und Finanzpolitik

1. Einleitung	35
2. Das Phänomen „New Economy“	35
3. Einige Mythen	36
4. Empirie	37
5. Ein vorläufiges Fazit	42
6. Wirtschaftspolitische Implikationen oder „New Economy“ = „New Economic Policy“?	44
Literaturverzeichnis	46

1. Einleitung

Gibt es die „New Economy“? In den USA, in der Europäischen Union (EU), in Deutschland? Diese Frage nimmt seit geraumer Zeit großen Raum in der wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Diskussion ein und hat angesichts der jüngsten weltwirtschaftlichen Entwicklung nochmals neuen Schwung erhalten.¹ Daher wird der Versuch einer Bestandsaufnahme unternommen, um abzuschätzen, welche Auswirkungen der „New Economy“ grundsätzlich denkbar sind und welche Auswirkungen der „New Economy“ sich in unterschiedlichen Volkswirtschaften empirisch nachweisen lassen.

Die Analyse bestätigt, dass es die „Traumwelt“ einer ohne Unterbrechung, mit hohen Wachstumsraten und ohne inflationäre Verspannungen expandierenden „New Economy“ nicht gibt. Eine Reihe von Faktoren deutet jedoch darauf hin, dass in einer von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) angetriebenen „New Economy“ in der Tat ein dauerhafter Anstieg des Pro-

duktivitäts- und damit auch des Potenzialwachstums ermöglicht wird. Dabei bestätigen die vorliegenden empirischen Untersuchungen – trotz aller methodischer Unwägbarkeiten –, dass Europa bei der Produktion und Anwendung der IKT einen Rückstand gegenüber den USA aufweist. Deutschland und seine europäischen Partner besitzen aber das Potenzial für einen nachhaltigen Aufholprozess. Voraussetzung hierfür ist die Umsetzung einer umfassenden wirtschafts- und finanzpolitischen Konzeption, so wie sie von der Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht für Deutschland und von der EU mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik und der Reformagenda von Lissabon für alle EU-Mitgliedstaaten angelegt worden ist.²

2. Das Phänomen „New Economy“

Der Begriff der „New Economy“ ist wohl das meist verwendete Schlagwort zur Beschreibung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen im Zusammenhang mit der raschen Verbreitung der IKT wie E-Mail und Internet. Die Auslegung dieses Begriffs ist ebenso vielfältig wie die Erklärungen über dessen Ursachen und Auswirkungen. In systematischer Hinsicht lassen sich vor allem zwei Abgrenzungen unterscheiden.

Die eine Betrachtungsweise zielt auf die Sektoren der Volkswirtschaft ab. Dort steht der Übergang von industrieller Wertschöpfung – der so genannten „Old Economy“ – hin zur Verbreitung wissensbasierter Dienstleistungen – der so genannten „New Economy“ – im Mittelpunkt der Untersuchung. Allerdings setzt sich zusehends die Auffassung durch, dass die IKT-bedingten Veränderungen alle Sektoren der Wirtschaft betreffen, nicht nur einzelne Industriezweige. Die „New Economy“ existiert nicht losgelöst und unabhängig von den traditionellen Wirtschaftsbereichen.

¹ Vgl. stellvertretend für viele Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2000), OECD (2000a); Council of Economic Advisors (2001); Europäische Zentralbank (2001).

² Vgl. Jahreswirtschaftsbericht 2001 der Bundesregierung (2001); Rat der Europäischen Union (2001); Europäischer Rat Lissabon (2000).

Vielmehr gibt es eine vielschichtige Durchdringung von traditionellen Wirtschaftszweigen mit neuen Technologien. Beispielsweise sind klassische Industriegüter wie Autos oder Waschmaschinen heutzutage ebenfalls schon Hochtechnologieprodukte. Die positiven Effekte der neuen Technologien prägen daher zunehmend auch die „klassischen“ Industriezweige.³ Die fortschreitende Integration von „Old“ und „New Economy“ zur „One Economy“ ist zugleich ein wesentlicher Bestimmungsfaktor der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und somit von erheblicher Bedeutung für die Erhaltung bestehender und Schaffung neuer zukunftsfähiger Arbeitsplätze.

Die andere Betrachtungsweise rückt die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der IKT in das Zentrum. Als empirisches Beispiel wird dann zumeist die langanhaltende, überdurchschnittliche und inflationsfreie Expansion in den USA seit Mitte der Neunzigerjahre angeführt. Dieser Aufschwung wurde von einigen Verfechtern der „New Economy“ mit der These vom Wegfall bisher gültiger wirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten wie konjunktureller Schwankungen und Inflationsmechanismen verknüpft, mündete häufiger aber in der Einschätzung, dass der Wachstumspfad des Produktionspotenzials infolge nachhaltig gestiegener Zuwachsrate der Produktivität dauerhaft über dem bisherigen Trend liege.

In diesem Beitrag soll der Begriff „New Economy“ in diesem gesamtwirtschaftlichen Sinn verstanden werden. Es soll der Frage nachgegangen werden, ob in der Tat Veränderungen gesamtwirtschaftlicher Prozesse aufgrund der zunehmenden Produktion und Diffusion von IKT im gesamten Wertschöpfungsprozess zu konstatieren sind.

3. Einige Mythen

Die Euphorie um die „New Economy“ hat im Sog der konjunkturellen Abkühlung in den USA

und den teils heftigen Turbulenzen auf den Finanzmärkten – insbesondere den Technologiebörsen – einen deutlichen Dämpfer erhalten. Dies ist insoweit zu begrüßen, als die Mythenbildung einem stärkeren Realitätssinn gewichen ist und damit Raum für eine nüchterne Bestandsaufnahme geschaffen wurde.⁴ Die meisten der bisher vorherrschenden „Mythen“ bezüglich der „New Economy“, wie ein dauerhafter Anstieg der Produktivität, das Ende konjunktureller Zyklen, keine Inflationstendenzen, stetiger Beschäftigungsaufbau und dauerhaft boomende Aktienmärkte haben sich in dem „Vorzeigestaat“ der „New Economy“, den USA, in den letzten Monaten als zumindest brüchig erwiesen. Das Wachstum der dortigen Wirtschaft hat sich von durchschnittlich real rund 4 1/2 % in den vergangenen Jahren auf nunmehr rund 1 % im Winterhalbjahr 2000/01 verlangsamt. Parallel haben die Verbraucherpreise deutlich angezogen und liegen derzeit rund 3 bis 3 1/2 % über dem Vorjahresniveau. Das Produktivitätswachstum war gleichzeitig rückläufig. Damit einher gingen ein deutlicher Anstieg der Lohnstückkosten und eine wieder zunehmende Arbeitslosigkeit, wenn auch von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau. Die Investitionen in Informationstechnologiegüter und Software sind zuletzt deutlich zurückgegangen. Viele Unternehmen scheinen nicht mehr bereit, in Anbetracht anhaltender Gewinnrückgänge und unhaltbarer Absatzerwartungen unverändert hohe Investitionen in allerneueste Technologien vorzunehmen. Auch deshalb haben sich die Aktienkurse von Software- und Hochtechnologieunternehmen, deren drastischer Kursanstieg in den vergangenen Jahren über Vermögenseffekte zu der robusten Konjunkturentwicklung in den USA beitrug, innerhalb eines Jahres mehr als halbiert. Hierzu hat zudem die deutliche Straffung der monetären Zügel durch die US-Notenbank um insgesamt 175 Basispunkte im Zeitraum von Juni 1999 bis Mai 2000 beigetragen, die mit diesen

³ Vgl. auch Klodt (2001).

⁴ Vgl. Economist (2001).

Maßnahmen ein noch stärkeres Überschießen der Aktienkurse – und der damit verbundenen Risiken für einen noch drastischeren Kurseinbruch – verhindern wollte.

Damit scheinen die Kritiker der „New Economy“ auf den ersten Blick Recht behalten zu haben: Die Durchdringung der Wirtschaft mit neuen IKT hat die bisher gültigen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten nicht außer Kraft gesetzt. Konjunkturelle Schwankungen, Produktivitätsrückgänge und inflationäre Tendenzen sind offenkundig auch in einer „New Economy“ nicht zu vermeiden. Mancher Kritiker sieht daher auch schon die Entzauberung der „New Economy“.

Allerdings stellt sich die Frage, ob nicht nunmehr – trotz der berechtigten Skepsis angesichts mancher Übertreibungen im Zusammenhang mit der „New Economy“ – in das andere Extrem verfallen wird, wenn die Existenz dauerhafter „New Economy“-Effekte grundsätzlich angezweifelt wird, zumal die aktuellen Preis- und Produktivitätsentwicklungen in den USA zu einem großen Teil auf die zyklische Abschwächung zurückzuführen sein dürften.

4. Empirie

Abseits der Mythen und trotz aktuell enttäuschter Erwartungen bleibt die Tatsache, dass in den USA eine lang anhaltende Phase kräftigen wirtschaftlichen Wachstums ohne größere inflationäre Verspannungen zu verzeichnen war, die zudem durch eine signifikante Beschleunigung des Wachstums der Arbeitsproduktivität bei anhaltendem Beschäftigungswachstum gekennzeichnet war. Die These dazu ist, dass IKT-Investitionen ein entscheidender Anteil an dieser Produktivitätsbeschleunigung zuzuschreiben sei und dass die Diffusion der IKT in andere Bereiche der Wirtschaft substanzell zum Wachstum des Produktionspotenzials beigetragen habe.

Im Mittelpunkt der empirischen Untersuchungen zu den Auswirkungen der „New-Economy“

steht der IKT-Beitrag zum Produktivitätswachstum. Ausgangspunkt der Analysen ist dabei die Überlegung, dass IKT-Investitionen über zwei Wirkungsmechanismen die Arbeitsproduktivität erhöhen können: zum einen über eine Erhöhung der Kapitalausstattung pro Beschäftigten, d. h. die Erhöhung der Kapitalintensität, zum anderen über eine Erhöhung der totalen Faktorproduktivität, die den Produktionszuwachs bei konstantem Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital misst und damit die Effizienzgewinne innerhalb der betrieblichen Produktionsabläufe widerspiegelt. Einige Untersuchungen differenzieren in ihrer Analyse darüber hinaus zwischen den Veränderungen der totalen Faktorproduktivität im IKT-Sektor und der Entwicklung in anderen Wirtschaftszweigen, um Aussagen über so genannte Spill-over-Effekte treffen zu können.

„New-Economy“ in den USA: Nachfolgende Tabelle gibt die Ergebnisse einiger häufig zitiertener Studien über die Produktivitätsentwicklung in den USA wieder (S. 38).

Die Ergebnisse weisen übereinstimmend aus, dass die Produktion und Diffusion der IKT wesentlich zum Wachstumserfolg der USA in den Neunzigerjahren beigetragen haben, und zwar sowohl über den Prozess der Kapitalintensivierung als auch über die Verbesserung der totalen Faktorproduktivität. Der allgemeine Befund überdeckt allerdings die Differenzen in den einzelnen, auf unterschiedlichen methodischen Ansätzen beruhenden Analysen. Solche Differenzen betreffen zum einen die Frage, inwieweit die Produktivitätsbeschleunigung zyklische oder strukturelle Ursachen hat, zum anderen die Frage, inwieweit sich die IT-Revolution auch in anderen Wirtschaftszweigen außerhalb des IKT produzierenden Sektors niederschlägt.

Die Antwort auf diese Fragen ist von erheblicher Relevanz, da eine ausschließlich zyklisch bedingte Beschleunigung der Produktivität nur temporärer Natur wäre; von der IKT-Produktion und Diffusion würde dann kein nachhaltiger Einfluss

Entwicklung der Arbeitsproduktivität in den USA

Ursachen des Produktivitätsfortschritts	Untersuchungen	Gordon (2000), Jorgenson & Stiroh (2000); Stiroh (2001), S. 55: 1972–1995/1995–1999	Oliner & Sichel (2000), Tab. 1: 1973–1995/1995–1998	S. 13, 17: 1991–1995/1996–1999	Council of Economic Advisors (2001), S. 28: 1973–1995/1995–2000
Beschleunigung des Wachstums der Arbeitsproduktivität insgesamt		1.33	0.95	1.04	1.63
Hier von:					
Kapitalausstattung pro Arbeitsplatz (capital Deepening)		0.33	0.29	0.48	0.38
IKT-Kapital		k. A.	0.34	0.45	0.62
andere Kapitalgüter		k. A.	- 0.05	0.03	- 0.23
Qualität des Faktors Arbeit		0.05	0.01	- 0.13	0
Veränderungen der totalen Faktorproduktivität		0.31	0.65	0.68	1.19
IKT-Sektor		0.29	0.24	0.37	0.2
andere Wirtschaftszweige		0.02	0.41	0.30	1.00
Sonstige Faktoren (insbes. Zyklische Effekte)		0.64	k. A.	k. A.	0.04

auf das Potenzialwachstum ausgehen. Würden andererseits strukturelle Determinanten dominieren und darüber hinaus noch Spill-over-Effekte auf andere Wirtschaftszweige existieren, wäre dies ein Hinweis darauf, dass IKT von nachhaltigem Einfluss auf die Produktivitätsentwicklung sein könnten und folglich – dem Charakter einer Basis-technologie entsprechend – erhebliche Breitenwirkung hätten.

Die empirische Evidenz in diesen Fragen ist nicht eindeutig. Während nach Gordon die Produktivitätsbeschleunigung in den USA weitgehend zyklisch bestimmt ist, sehen die anderen Autoren vorrangig strukturelle Faktoren am Werk. Überdies konzentrieren sich die Produktivitätseffekte nach Gordon allein auf den IKT-produzierenden Bereich, während nach den Studien von Jorgenson & Stiroh, Oliner & Sichel und dem Council of Economic Advisors auch in den IKT-anwendenden Bereichen derartige Wirkungen zu verzeichnen sind.⁵ Allerdings scheint die Diskussi-

on in jüngster Zeit zusehends von den Advokaten struktureller Effekte dominiert zu werden. So argumentiert beispielsweise der Council of Economic Advisors gegenüber Gordon, dass die Beschleunigung des Produktivitätswachstums nach 1995 bemerkenswert sei, da sie sich zu einem Zeitpunkt vollzog, in dem sich die US-Wirtschaft schon einige Jahre im Aufschwung befand und bereits eine hohe Kapazitätsauslastung verzeichnete. Ein kräftiges Produktivitätswachstum hatte sich in früheren Phasen stets kurz nach einer Rezession gezeigt, während die jüngste Beschleunigung zu einem Zeitpunkt einsetzte (1995), als die letzte Rezession (1990/91) lange überwunden war.

Bemerkenswert sind auch die Ergebnisse der jüngsten Studie von Stiroh.⁶ Er gelangt unter Auswertung disaggregierter Sektordaten zur Schlussfolgerung, dass die Beschleunigung des Produktivitätswachstums in den USA ein Breitenphänomen darstellt. Von den untersuchten

⁵ Dabei ist zu beachten, dass die geschätzte totale Faktorproduktivität nur im Idealfall den Effizienzanstieg in der Gesamtwirtschaft widerspiegelt. Statistisch handelt sich jedoch um eine Residualgröße, die alle Einflüsse enthält, die nicht über das Wachstum des Arbeits- und Kapitaleinsatzes erklärt werden. Vgl. hierzu auch EZB (2001); Matthes (2001).

⁶ Vgl. Stiroh (2001).

61 Wirtschaftszweigen wiesen rund zwei Drittel eine Produktivitätsbeschleunigung auf. Darüber hinaus ließen sich Produktivitätseffekte nicht nur für IKT-produzierende, sondern auch für IKT-anwendende Wirtschaftszweige nachweisen, während von der IT-Revolution weitgehend unberührte Sektoren praktisch keinen Beitrag zur Produktivitätsentwicklung leisteten. Stiroh folgert, dass diese Ergebnisse erhebliche Zweifel an den Thesen Gordons aufkommen lassen. Wären die Effekte tatsächlich zyklisch bedingt, so hätten sich die Produktivitätseffekte sehr viel gleichmäßiger über alle Wirtschaftszweige verteilen müssen als dies der Fall war.

„New-Economy“ auch in Europa? Oder: Wie weit liegt Europa zurück? Empirische Arbeiten über mögliche „New-Economy“-Effekte in Europa sind dünn gesät. Ausnahmen stellen die Ende 2000 von der EU-Kommission veröffentlichte EU-Wirtschaftsbilanz sowie die jüngst im Monatsbericht der Europäischen Zentralbank (EZB) veröffentlichte Analyse dar.⁷ Beide Veröffentlichungen gehen der Frage nach, inwieweit sich auch für Europa Hinweise für gesamtwirtschaftlich relevante Wachstums- und Produktivitätseffekte der IKT finden lassen. Allerdings können die Ergebnisse nicht direkt mit denen der hier zitierten US-Studien verglichen werden, da die dort einbezogenen Software-Investitionen in den Studien der Kommission bzw. der EZB wegen mangelnder Daten für die EU-15 nicht oder nur zum Teil berücksichtigt sind.

Aus der Kommissionsstudie ergibt sich, dass auch in Europa die Bedeutung des IKT-Sektors für die Gesamtwirtschaft in den letzten Jahren zugenommen hat. Allerdings zeigt sich im EU-USA-Vergleich für die Zeiträume 1992 bis 1994 bzw. 1995 bis 1999, dass der Beitrag der IKT-Investitionen zum Produktionswachstum in den USA in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre mit rund 0,9 Prozentpunkten deutlich höher lag als der vergleichbare Schätzwert für die EU, der aber

zumindest von rund 0,3 auf 0,5 Prozentpunkte gestiegen ist. Da die EU-Werte denen der USA für die erste Hälfte der Neunzigerjahre ähneln, schätzt die KOM zugleich, dass die EU gegenüber den USA in der Entwicklung um rund ein halbes Jahrzehnt hinterherhinkt.

Spiegelbildlich zu den investitionsgebundenen Effekten verdeutlichen die Ergebnisse den substanziellen Beitrag des technischen Fortschritts im IKT-Sektor zum Wachstum der totalen Faktorproduktivität in den USA, der im Zeitraum 1995 bis 1998 rund 1/2 Prozentpunkt betrug und damit doppelt so hoch lag wie im Zeitraum 1990 bis 1995. Vergleichbare Ergebnisse lassen sich aufgrund der lückenhaften Datenbasen für die EU und ihre Mitgliedstaaten nur unter zusätzlichen Prämissen ermitteln. Hier zeigt sich, dass in der EU selbst unter der optimistischen Annahme, dass sich der technische Fortschritt im IKT-Sektor mit der gleichen Rate wie in den USA vollzieht, der gesamtwirtschaftliche Beitrag des IKT-Sektors zum Wachstum der totalen Faktorproduktivität mit rund 1/2 Prozentpunkt nur halb so hoch ist wie in den USA. Die Diskrepanz erklärt sich hierbei allein durch die Tatsache, dass der Wertschöpfungsanteil des IKT-Sektors an der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den USA deutlich höher ist als in Europa. Die Differenz fällt noch höher aus, wird – nicht unplausibel – davon ausgegangen, dass auch das Tempo des technischen Fortschritts im IKT-Sektor selbst in den USA höher ist als in Europa.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch die Studie der EZB: Dort wird festgestellt, dass in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre der Beitrag der IKT zum Wirtschaftswachstum sowohl bei der Wertschöpfung als auch bei den Investitionen zugenommen hat. Damit gehen positive Impulse der IKT auf das Wirtschaftswachstum aus. Aufgrund des geringen Gewichts des IKT-produzierenden Gewerbes – gerade auch im

⁷ Vgl. European Commission (2000); Europäische Zentralbank (2001).

Vergleich zu den USA – sind die Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung allerdings bisher verhalten. Trotz des höheren absoluten Beitrags des IKT-Kapitals zum Gesamtwachstum in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre liegen bisher keine eindeutigen, quantitativ belegbaren Anzeichen dafür vor, dass vom Einsatz der IKT für den Anstieg der Gesamtproduktivität positive Impulse ausgehen.

Beide Untersuchungen bestätigen insgesamt die gängige Einschätzung, dass Europa bei der Produktion und Anwendung der IKT gegenüber den USA einen messbaren Rückstand aufweist. Dies zeigt sich sowohl bei der Produktions- und Investitionstätigkeit als auch bei den gesamtwirtschaftlichen Effekten der IKT. Im Rahmen einer Gesamtbeurteilung ist jedoch zu beachten:

- Die Untersuchungen sowohl der Kommission als auch der EZB reichen in vielen Bereichen nur bis zum Jahr 1998; damit wird die Entwicklung am aktuellen Rand nicht erfasst, die vor allem für die Performance der EU aufschlussreich sein dürfte.
- Beide Studien betonen zu recht, dass die Ergebnisse des dargestellten internationalen Vergleichs aufgrund erheblicher methodischer Probleme mit Vorsicht zu interpretieren sind. So lassen sich die gesamtwirtschaftlich ausgewiesenen „New Economy“-Effekte in nicht unerheblichem Maße auf statistische Besonderheiten bei der Deflationierung von IKT-Technologien in den USA (hedonischer Ansatz⁸) zurückführen. Die EZB weist darüber hinaus darauf hin, dass selbst innerhalb Europas zum Teil unterschiedliche statistische Ver-

fahren bei der Aggregation der Bruttowertschöpfung (Verkettung versus feste Gewichtung) sowie der Deflationierung bestehen, die zu einer Verzerrung führen, „deren genaue Höhe und Richtung jedoch unbekannt sind.“⁹

- Ein weiteres Messproblem betrifft die ausgewiesene Arbeitsproduktivität in den USA. So deutet einiges darauf hin, dass der Arbeitsstundeneinsatz im Dienstleistungssektor sehr viel stärker gestiegen (nicht erfasster Arbeitseinsatz infolge unbezahlter Überstunden) und demzufolge der Anstieg der Arbeitsproduktivität geringer ausgefallen ist als offiziell ausgewiesen.¹⁰
- Zielführende Analysen werden auch durch den Mangel an verwertbaren Daten vor allem für die Mitgliedstaaten der EU beeinträchtigt. Für vergleichende Untersuchungen ist vielfach der Rückgriff auf private Datenbanken erforderlich, deren Qualität oft schwer einzuschätzen ist.
- Von erheblichem Gewicht für die Entwicklung ist schließlich das Zusammenspiel der makroökonomischen Rahmenbedingungen mit den strukturellen Gegebenheiten der Volkswirtschaft. So hat die wachstums- und stabilitätsfördernde Makropolitik aus konsolidierungsorientierter Finanzpolitik, akkomodierender Geldpolitik und stabilitätswahrender Lohnentwicklung die Rentabilität und Absatzerwartungen für kapazitätserweiternde Unternehmensinvestitionen in den USA zweifellos gestärkt. Im Zusammenwirken von technologischer Innovation, hoher mikroökonomischer Anpassungsfähigkeit und günstigen makroökonomischen Bedingungen ist es so zu einer breiten Investitionsdynamik gekommen, die zugleich die flächendeckende Diffusion der neuen IKT begünstigt hat.¹¹

⁸ Hedonische Verfahren werden zur Preismessung von Qualitätsveränderungen bei sich rasch überholenden Produkten (z. B. Computer) angewandt. Dabei werden sie in ihre wesentlichen Komponenten (Speicherkapazität, Geschwindigkeit etc.) zerlegt und die (rechnerische) Preisveränderung des Produkts mittels ökonometrischer Verfahren geschätzt.

⁹ Europäische Zentralbank (2001), S. 46.

¹⁰ Vgl. Roach (1998).

¹¹ Allerdings zeigten sich im Zusammenhang mit der Wachstumsbeschleunigung in den USA auch einige kritische Entwicklungen. So haben die zum Teil übertriebenen Gewinnerwartungen auf dem US-Aktienmarkt zu einer Überhitzung geführt. Die mit dem allgemeinen Kursanstieg verbundenen Vermögenseffekte haben den privaten Konsum wesentlich unterstützt, gleichzeitig fiel die Sparquote auf einen historischen Tiefstand. Eine solche Entwicklung ist nicht ohne Risiken für das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht. Hinzu kommt, dass sich durch die überaus dynamische Binnennachfrage das US-Leistungsbilanzdefizit rasch ausgeweitet und im vergangenen Jahr eine Größenordnung von über 4 % des BIP erreicht hat. Bislang wurde dieses Defizit durch massive Kapitalzuflüsse aus dem Ausland „finanziert“.

Und Deutschland ? Von Deutschland wird allgemein behauptet, dass sich die „New Economy“ bisher nicht bemerkbar gemacht habe. Sofern man sich dabei auf Daten der amtlichen Statistik beruft, ist dies sicherlich richtig. Die Produktivitätsentwicklung stellt sich in der Statistik wie folgt dar: Die Arbeitsproduktivität (je Erwerbstätigenstunde) stieg in Deutschland in den Jahren 1991 bis 2000 um durchschnittlich 2,0 % pro Jahr. In den Jahren 1991 bis 1995 lag der jährliche Anstieg bei 2,6 %, in den Jahren 1995 bis 2000 dagegen nur noch bei 1,6 %. Diese Zahlen sind aufgrund statistisch-methodischer Unterschiede, die weiter unten ausgeführt werden, allerdings nur sehr eingeschränkt international vergleichbar. Auf den ersten Blick überrascht das Bild eines deutlichen Rückgangs der Arbeitsproduktivität in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre. Ein wesentlicher Erklärungsfaktor ist jedoch die in dieser Dekade sehr unterschiedliche Beschäftigungsentwicklung. So waren die ersten vier Jahre nach der Wiedervereinigung von einem massiven Beschäftigungsabbau insbesondere in Bereichen geringer Produktivität und vor allem in den neuen Ländern begleitet, der sich in einem entsprechend stärkeren Produktivitätsanstieg widerspiegelte. Seit 1997 nahm die gesamtdeutsche Beschäftigung dann wieder deutlich zu, die Arbeitsproduktivität stieg entsprechend unterproportional. Diese Einflüsse überlagern somit mögliche Produktivitätseffekte, die sich aus dem zunehmenden Einsatz von IKT-Gütern ergeben.



Allerdings ist auch zu konstatieren, dass Deutschland technischen Neuerungen und Standards der IKT, die vor allem aus den USA kommen, mit der zeitlichen Verzögerung einiger Jahre folgt. Dies galt schon in den Achtzigerjahren bei der Einführung der Personal Computer. Auch

bei der Nutzung des Internets sind in Deutschland Entwicklungen zum Teil erst jetzt beobachtbar, die in den USA schon Mitte der Neunzigerjahre eingesetzt haben. Inzwischen zeigt sich jedoch ein rascher Aufholprozess. So macht z.B. die drastische Verbilligung der Telekommunikationsdienste und -geräte durch Deregulierung die Internetnutzung für breitere Schichten erschwinglich und unterstützt eine schnelle Verbreitung in Deutschland. Die rapide Zunahme der Mobiltelefone spricht ebenfalls für eine rasante Durchdringung der gewerblichen wie der privaten Bereiche mit neuen Technologien. Dazu muss man ins Bild nehmen, dass Deutschland eine Spitzenposition in der Automation der industriellen Fertigung einnimmt. In Verbindung mit dem verstärkten Einzug der IT-Technologien auch in den Dienstleistungsbereichen und ihrer Verwendung bei den Nachfragern bestehen damit sehr gute Voraussetzungen für ein erfolgreiches Aufholen gegenwärtiger Rückstände.

Bei der Bewertung der Stellung Deutschlands darf überdies nicht die Problematik der internationalen Vergleichbarkeit gesamtwirtschaftlicher Größen im Rahmen empirischer Untersuchungen übersehen werden. Die amtliche Primärstatistik ist traditionell sehr stark auf die Erfassung der Wertschöpfung in den „klassischen“ Sektoren wie Landwirtschaft und Industrie zugeschnitten. Die primärstatistische Basis für den von der Größe her bedeutendsten Bereich der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung, die Dienstleistungen, ist dagegen deutlich weniger detailliert. Zwar wird das zum 1. Januar 2001 in Kraft getretene Dienstleistungsstatistikgesetz hier für die Zukunft wesentliche Lücken schließen, doch ist die Erfassung von Software- und Kommunikationsdienstleistungen derzeit noch unzureichend.

Darüber hinaus erschweren unterschiedliche Deflationierungs- und Zuordnungsmethoden die internationale Vergleichbarkeit gesamtwirtschaftlicher Kennziffern. So weist die Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom Mai 2001

darauf hin, dass bei einer verstärkten Anwendung US-amerikanischer Verfahren in der deutschen Statistik der Anstieg des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in den Jahren 1994 bis 1998 um durchschnittlich rund einen halben Prozentpunkt höher gelegen hätte als nach der bisherigen Methodik.¹² Dabei entfällt rund die Hälfte des Effekts – also etwa ein viertel Prozentpunkt – auf die Anwendung hedonischer Verfahren zur Erfassung von Qualitätsveränderungen. Die andere Hälfte ergibt sich aus der stärkeren Zuordnung von Ausgaben für Software als „Investitionen“ in der US-amerikanischen Statistik. In der deutschen Statistik – wie auch in den meisten anderen europäischen Ländern – werden diese eher als Vorleistungen verbucht und schlagen sich damit nicht in einem entsprechenden Anstieg des BIP nieder.

Insgesamt dürfte die amtliche Statistik in Deutschland das Ausmaß und die Durchdringung der neuen Technologien in der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung tendenziell unterschätzen. Darauf dass der Abstand zu den USA nicht so groß ist wie allgemein angenommen, deutet eine Untersuchung der OECD auf Basis harmonisierter Berechnungsmethoden hin.¹³ Danach lag der Anteil der Wertschöpfung von IKT-Sektoren (ohne Software) am BIP Mitte der Neunzigerjahre in den USA bei rund 4 1/2 %, in Deutschland lag er mit rund 3 1/2 % nicht wesentlich darunter. Auch bei der Verbreitung und Anwendung von IKT-Produkten holt Deutschland im internationalen Vergleich auf. So hat beispielsweise die Nutzung des Internet in den letzten Jahren stark zugenommen. Nach Angaben von Eurostat nutzten im April 2001 rund 39 von 100 Einwohnern das Internet; 1999 waren es rund 19, 1997 sogar nur 6 %.

Auch bei weiteren Indikatoren der Neuen Ökonomie wie Pro-Kopf-Ausgaben für Informations-technik, Personal Computer und Internet Hosts je 1000 Einwohner liegt Deutschland noch vor vie-

len anderen EU-Mitgliedsländern wie Frankreich, Italien oder Spanien.

Trotz mangelnder statistischer Datenbasis gibt es folglich genügend Hinweise darauf, dass die „New Economy“ in Deutschland mehr und mehr vordringt. Im Vergleich zu den USA gibt es zwar sicherlich eine zeitliche Verzögerung, allerdings sprechen grundsätzlich keine Argumente dagegen, warum in Deutschland in den kommenden Jahren nicht eine ähnliche Entwicklung wie in den USA in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre einzusetzen sollte.

5. Ein vorläufiges Fazit

Der jüngste Konjunkturverlauf sowie insbesondere auch die Entwicklungen auf den Kapital- und Aktienmärkten in den USA, aber auch in Europa haben zweifelsohne zu einer nüchternen Betrachtung der Auswirkungen der „New Economy“-Effekte beigetragen. Die „New Economy“ stellt weder eine Garantie gegen Schwankungen in der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials dar, noch hebt sie fundamentale ökonomische Zusammenhänge aus den Angeln. Und die Illusion von lange Zeit unverändert wachsenden Gewinnen ist ebenso vorüber wie die eines nicht zu brechenden Investitionsbooms im IKT-Bereich. Die Ökonomen Shapiro & Varian brachten diese Erkenntnis bereits 1999 treffend auf die Formel: „Die Technologie verändert sich, die ökonomischen Gesetze nicht.“¹⁴



Andererseits führt kein Weg an der Tatsache vorbei, dass die IKT in der zweiten Hälfte der

¹² Vgl. Deutsche Bundesbank (2001).

¹³ Vgl. OECD (2000b).

¹⁴ Shapiro / Varian (1999), S. 12.

Neunzigerjahre in den USA substanziell zu Produktions- und Produktivitätswachstum beigetragen haben. Das hierdurch vergrößerte Wachstumspotenzial hat mit dazu beigetragen, dass trotz des hohen, investitionsgetragenen Wachstumstempos und entgegen den Erwartungen vieler Beobachter in den USA keine inflationären Spannungen auftraten. Dies erlaubte es der amerikanischen Notenbank, ihren akkomodierenden Kurs beizubehalten, was wiederum über die anhaltend günstigen Investitionsbedingungen den Boden für die rasche IKT-Diffusion nährte.

Für Europa und Deutschland gibt es ein derartig eindeutiges Bild zurzeit nicht, die oben angesprochene Kommissionsstudie signalisiert aber zumindest, dass ähnliche Entwicklungsprozesse in der EU präsent sind, das technologische Potenzial zur IKT-Ausschöpfung vorhanden ist und die EU „lediglich“ zeitlich hinterherhinkt.

Der deutliche Rückgang des US-Produktivitätswachstums im ersten Quartal 2001 ändert an diesem Fazit nichts und er ist auch kein Beleg für die These, dass die Produktivitätsbeschleunigung in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre vor allem auf konjunkturelle Faktoren zurückzuführen ist. Die jüngste Entwicklung in den USA verdeutlicht aber, dass erst die kommenden Jahre im Zuge des fortschreitenden Konjunkturzyklus nähere Aufschlüsse darüber werden geben können, welcher Anteil der Produktivitätssteigerungen auf strukturelle Phänomene und welcher auf zyklische und damit nur relativ kurzfristig relevante Phänomene zurückzuführen ist. Diese Unsicherheiten sind von großer Bedeutung, da Schätzungen über die Entwicklung des Produktionspotenzials von erheblicher wirtschaftspolitischer Relevanz u. a. für die Geldpolitik sind.

Immerhin finden sich zunehmend Belege für die Hypothese, dass die Produktivitätsentwicklung in den USA von strukturellen Faktoren geprägt wird. Ob sie damit nachhaltiger Natur ist,

ist aber auch in diesem Fall keinesfalls sicher. Dies hängt letzten Endes davon ab, ob die hinter den strukturellen Faktoren stehenden Kräfte weiterhin wirksam sind. Die Mehrheit der Untersuchungen deutet allerdings auf eine dauerhafte Erhöhung der Produktivität hin, vor allem aufgrund der im Zusammenhang mit der Investitionstätigkeit gestiegenen Arbeitsproduktivität („capital deepening“). Zusammenfassend sprechen folgende Aspekte dafür, dass die Antriebskräfte der „New Economy“ erhalten bleiben:

- Es gibt keinen Grund, weshalb die hohe Innovationsdynamik im Bereich der IKT – günstige makroökonomische und strukturelle Rahmenbedingungen vorausgesetzt – angesichts der in diesem Bereich liegenden hohen Produktivitätspotenziale nicht noch geraume Zeit anhalten sollte.
- Diese Produktivitätspotenziale liegen offenbar in der verstärkten Anwendung der IKT in Sektoren außerhalb des eigentlichen IKT-Bereichs. So kommt auch die OECD in ihrer jüngst veröffentlichten Wachstumsstudie zum Ergebnis, dass IKT-bedingte Wachstumserfolge nicht so sehr vom Vorhandensein einer eigenen Computerindustrie, sondern vielmehr von der effizienten Anwendung der neuen Technologien abhängen – Anwendungen, die die Fähigkeit der Unternehmen widerspiegeln, die betrieblichen Produktions-, Distributions- und Organisationsabläufe effizienter zu organisieren.¹⁵
- Ein wesentlicher Bestimmungsfaktor ist auch die drastisch gestiegene Effizienz bei der Verarbeitung von Informationen. Durch den verbreiteten Einsatz von IKT sind umfassende Informationen über Absatzmärkte, Alternativangebote für Zulieferungen, Stellenangebote und -nachfragen in kürzester Zeit verfügbar. Wissenschaftliche Erkenntnisse sind ebenso wie neueste wirtschaftliche Entwicklungen weltweit abrufbar. Transparenz und Größe des Marktes nehmen zu. Dies führt zu intensi-

¹⁵ Vgl. OECD (2001).

verem Wettbewerb der Unternehmen und hält den Druck zu fortgesetzten Innovationen aufrecht. Die Effizienzgewinne aus der Informationsverarbeitung werden über niedrigere Preise an den Verbraucher weitergegeben.

- Aufgrund der Nutzung der IKT ergeben sich Synergieeffekte. Da mit der Anzahl der Nutzer der Vorteil jedes einzelnen Nutzers steigt, entsteht ein fortlaufendes, sich selbst verstärkendes Wachstum der Netzwerke – Beispiel Internet.
- Eine weitere Folge der IKT sind steigende Skalenerträge bzw. sinkende Stückkosten. Während die Programmierung eines Software-Tools einmalige und ggf. sehr hohe (Fix)-Kosten erzeugt, ist die Verbreitung weiterer Kopien für den Produzenten nahezu ohne Kosten möglich. Hinzu kommen Effizienzgewinne auch auf der Nachfrageseite. Neue Intermediäre, wie z.B. Suchmaschinen können den Nachfragern hohe Suchkosten abnehmen.
- Schließlich besitzen die IKT aufgrund ihrer vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten den Charakter einer neuen Querschnittstechnologie. Ungeachtet der Frage, ob diese nun mit einem neuen Kondratieff-Zyklus – also einer Wellenbewegung sehr langfristiger Natur von etwa 50 bis 60 Jahren – verbunden ist, bedeutet dies, dass es in einer großen Zahl von Wirtschaftsbereichen, auch in traditionellen Branchen wie z.B. der Automobilindustrie, zu fundamentalen Veränderungen der Fertigungsabläufe und Arbeitsbedingungen kommen wird. Die hierin liegenden Produktivitätspotenziale lassen sich allenfalls erahnen, sicher ist aber, dass die IKT nicht zuletzt aufgrund ihrer spezifischen Charakteristika eine zentrale Determinante des Strukturwandels bleiben werden.

6. Wirtschaftspolitische Implikationen oder „New Economy“ = „New Economic Policy“?

Es spricht viel dafür, dass die positiven Auswirkungen der „New Economy“ auf das wechselseiti-

ge Zusammenwirken eines dauerhaft günstigen makroökonomischen Umfelds und einer hohen Anpassungsfähigkeit der Märkte zurückzuführen sind. So kann – wie das Beispiel der USA belegt – ein wachstums- und stabilitätsorientierter Policy-Mix eine breite Diffusion von Basistechnologien in allen Sektoren der Wirtschaft beschleunigen und hierdurch zur Stärkung des Potenzialwachstums beitragen. Insoweit wird deutlich, dass die „New Economy“ vom Grundsatz her keine „New Economic Policy“ erfordert. Entscheidend ist ein politisches Umfeld, das einerseits hohe Anreize für eine dynamische Innovationstätigkeit setzt, und andererseits die gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen dafür schafft, dass das (zusätzliche) Produktionspotenzial ohne inflationäre Spannungen ausgeschöpft werden kann.

Dabei bringt die „New Economy“ im Fall eines dauerhaften Anstiegs des Produktivitätswachstums durchaus Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik, insbesondere für die Geld- und Lohnpolitik mit sich:

- Die Geldpolitik bleibt von der veränderten Produktivitätsentwicklung in der „New Economy“ nicht unbeeinflusst. Käme es zu einem höheren Pfad des Potenzialwachstums, so würde dies ein großzügigeres Geldmengenwachstum erlauben, ohne Preissteigerungstendenzen auszulösen. Da bislang aber nicht mit Sicherheit bestimmt werden kann, ob sich Deutschland bzw. die EU bereits auf einem neuen Pfad des Potenzialwachstums befindet, gilt es, die Veränderungen in Deutschland und den anderen Volkswirtschaften der EU genau zu analysieren, bevor die EZB auf sich abzeichnende Entwicklungen reagieren könnte.¹⁶
- Die „New Economy“ wirkt sich auch auf die Lohnpolitik aus, denn grundsätzlich bestimmen die Produktivitätszuwächse einer Volkswirtschaft den Spielraum für die Lohnverhandlungen der Tarifpartner. Kommt es durch die „New Economy“ dauerhaft zu einem höheren Pro-

¹⁶ Vgl. auch die Schlussfolgerung der Europäische Zentralbank (2001), S. 54.

duktivitätswachstum, so ermöglicht dies auch höhere reale Lohnsteigerungen, ohne einen lohninduzierten Preisanstieg hervorzurufen.

- In der Finanzpolitik nimmt auch unter „New Economy“-Gesichtspunkten die Bedeutung der Qualität und dauerhaften Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen für Wachstum und Beschäftigung zu – insbesondere um finanzpolitische Handlungsspielräume für wichtige Zukunftsausgaben vor allem in den Bereichen Bildung, Forschung und Infrastruktur (wieder) zu gewinnen.

Berücksichtigt man die oben ausgeführten Zusammenhänge, so erscheint die Strategie der Bundesregierung, die eine wachstums- und beschäftigungsorientierte gesamtwirtschaftliche Politik mit strukturellen Reformen auf den Produkt-, Kapital- und Arbeitsmärkten verbindet, gut geeignet, die Chancen der „New Economy“ ergreifen zu können. Die besonderen Schwerpunkte dieser Strategie, die zuletzt im Rahmen des Jahreswirtschaftsberichts 2001 dargelegt wurden, sind zudem schlüssig auf den Übergang zur Neuen Ökonomie hin ausgerichtet:

- Von erheblicher Bedeutung für einen erfolgreichen Übergang in die „New Economy“ sind die finanzpolitischen Leitplanken „Konsolidierung und Steuerentlastung“. Durch eine erfolgreiche Sanierung der Staatsfinanzen werden die staatlichen Zins- und Tilgungsverpflichtungen dauerhaft abgesenkt. Die daraus entstehenden finanzpolitischen Handlungsspielräume können langfristig für wichtige Zukunftsinvestitionen genutzt werden und damit zur Erhöhung des Wachstumspotenzials der Wirtschaft beitragen. Auf Basis eines konsolidierten Haushalts erweitern darüber hinaus die Steuer- und Abgabenentlastungen die finanziellen Spielräume von Arbeitnehmern und Familien und verbessern gleichzeitig die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der deutschen Unternehmen. Zugleich ermöglicht – wie das Beispiel der USA zeigt – eine von der „New Economy“ beschleunigte Wachs-

tums- und Beschäftigungsdynamik, dass der Staat Defizite schneller abbauen und auf längere Sicht auch wieder Überschüsse zur Schuldentilgung erreichen kann.

- Durch die Senkung der Steuer- und Abgabenbelastung werden die Anreize erhöht, sich dem mit der „New Economy“ verbundenen Strukturwandel offensiv zu stellen und ihn aktiv mitzugestalten. Es wird eine neue Balance zwischen der Eigenverantwortung jedes Einzelnen sowie dem Gemeinsinn und der Solidarität in der Gesellschaft hergestellt. Sie schafft mehr Freiräume für private Initiative, aber zugleich die notwendige „Sicherheit im Wandel“.
- Zur Verbesserung der Leistungs- und Innovationsfähigkeit sowie zur Sicherung gesellschaftlicher Teilhabe hat die Bundesregierung eine Vielzahl von Initiativen eingeleitet. Hierzu gehören insbesondere das Programm „Internet für alle – 10 Schritte in die Informationsgesellschaft“ sowie eine Offensive gegen den IT-Fachkräftemangel im Rahmen des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit.
- Mit verschiedenen Programmen hat die Bundesregierung einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für junge, innovative Unternehmen geleistet. Im europäischen Vergleich gehört der deutsche Markt für Wagniskapital mittlerweile zur europäischen Spitze. 40 % aller Frühphasen-Beteiligungen in Europa werden in Deutschland eingegangen.
- Mit den Veränderungen in der Unternehmensstruktur und der Arbeitsorganisation in der „New Economy“ ergeben sich starke Auswirkungen auf die beruflichen Anforderungen an die Beschäftigten. Die erfolgreiche Teilnahme an der Arbeitswelt wird zunehmend vom Wissen und Können der Menschen bei der Auswertung und Verarbeitung eines stetig steigenden Informationsangebots abhängig sein. Daher ist es essenziell, jedem die Möglichkeit zu geben, die Fähigkeiten und Qualifikation zu erwerben, die für das Leben

und die Arbeit in der Neuen Ökonomie erforderlich sind.

- Ebenso schlüssig ist es, den Bereichen Forschung und Innovation höchste Priorität einzuräumen. Denn verbunden mit der Neuen Ökonomie ist eine zunehmende Bedeutung von IKT-getragenen Prozess- und Produktinnovationen. Durch die neuen Technologien wird eine raschere Entwicklung und Diffusion von Innovationen ermöglicht, wodurch sich Produktlebenszyklen verkürzen und sich der technologische Wettbewerb verschärft. Technologiefreundliche Rahmenbedingungen werden daher für eine moderne Volkswirtschaft immer wichtiger, um im internationalen Standortwettbewerb bestehen zu können.

Deutschland handelt mit dieser Strategie im Einvernehmen mit seinen europäischen Partnern. Die EU hat sich im Rahmen des Europäischen Rats von Lissabon für die kommenden 10 Jahre die Zielsetzung gesetzt, „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.“¹⁷ Damit zielt auch die EU auf die möglichst rasche Realisierung der positiven gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der „New Economy“ ab, die in den USA bereits seit Mitte der Neunzigerjahre festzustellen sind.

Unbestritten ist jedoch, dass der entscheidende Aspekt die Frage der konsequenten Umsetzung der Politikagenda im politischen Entscheidungsprozess ist. Im nationalen Rahmen bedeutet dies für die Bundesregierung, der konsequenten Fortsetzung des begonnenen Reformkurses oberste Priorität in der Wirtschafts- und Finanzpolitik einzuräumen. Dies gilt auch und gerade angesichts der momentan schwächeren konjunkturellen Ent-

wicklung. Die Vorteile der Neuen Ökonomie, so hat auch die Analyse in diesem Papier gezeigt, lassen sich nur mittel- bis langfristig realisieren. Sie dürfen keinesfalls durch selektive und kurzfristige wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen gefährdet werden. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik sollte deshalb bei ihrer verlässlichen, auf Nachhaltigkeit abzielenden Ausrichtung bleiben. Dies wird entscheidend dazu beitragen, dass Konsumenten und Investoren jene Planungssicherheit und jenes Zukunftsvertrauen erhalten, ohne die die Entstehung und Verstärkung wirtschaftlicher Dynamik in der sich entwickelnden „New Economy“ nicht zu erwarten sind.

Literaturverzeichnis

Council of Economic Advisors (2001): The Annual Report of the Council of Economic Advisors, Washington

Deutsche Bundesbank (2001): Probleme internationaler Wachstumsvergleiche – eine ergänzende Betrachtung, Monatsbericht Mai 2001, S. 41–47

Economist (2001): What's Left?, May 12th 2001, S. 83–86

Europäischer Rat Lissabon (2000): Schlussfolgerungen des Vorsitzes

European Commission (2000): Economic Growth in the EU: Is a „New“ Pattern Emerging?, in: European Commission, European Economy, The EU Economy 2000 Review, S. 91–154

Europäische Zentralbank (2001): Neue Technologien und Produktivität im Euro-Währungsbereich, Monatsbericht Juli 2001, S. 41–54

Gordon, R. J. (2000): Does the „New Economy“ Measure Up to the Great Inventions of the Past?, in: Journal of Economic Perspectives Vol. 14(4), S. 49–74

¹⁷ Europäischer Rat Lissabon (2000), S. 2.

Jahreswirtschaftsbericht 2001 der Bundesregierung (2001): Reformkurs fortsetzen – Wachstumsdynamik stärken, Deutscher Bundestag, Bundestagsdrucksache 14/5201

Jorgenson, D. W. und K. J. Stiroh (2000): Raising the Speed Limit: U.S. Economic Growth in the Information Age, in: Brookings Papers on Economic Activity (1), S. 125–211

Klodt, H. (2001): Die Neue Ökonomie: Aufbruch und Umbruch, in: Die Weltwirtschaft: Vierteljahresschrift des Instituts für Weltwirtschaft, Nr. I/01, S. 78–98

Matthes, J. (2001): Determinanten der New Economy im internationalen Vergleich, in: iw-Trends 1/2001, S. 52–77

OECD (2000a): A New Economy? – The Changing Role of Innovation and Information Technology in Growth, Paris

OECD (2000b): Information Technology Outlook, Paris

OECD (2001): The New Economy: Beyond the Hype – Final Report on the OECD Growth Project – Executive Summary, May

Oliner, S. und D. Sichel (2000): The Resurgence of Growth in the Late 1990's: Is Information Technology the Story?, in: Journal of Economic Perspectives Vol. 14(4), S. 3–22

Rat der Europäischen Union (2001): Empfehlungen des Rates vom 15. Juni 2001 zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 2001/483/EG, S. L 179/1–L 179/45

Roach, St. S. (1998): No Productivity Boom for Workers, in: Issues in Science and Technology, Vol. XIV(4), S. 49–56

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2000): Jahresgutachten 2000/01 – Chancen auf einen höheren Wachstumspfad, Deutscher Bundestag, Bundestagsdrucksache 14/4792

Shapiro, C. und H.R. Varian (1999): Online zum Erfolg – Strategie für das Internet-Business, München

Stiroh, K. J. (2001): Information Technology and the U.S. Productivity Revival: What Do the Industry Data Say?, Working Paper, Federal Reserve Bank of New York, January

Die „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ als zentrales Instrument der wirtschaftspolitischen Koordinierung in der Europäischen Union

1. Gestiegene Bedeutung der „Grundzüge“ seit Einführung des Euro	49
2. Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik im nationalen Rahmen	49
3. Multilaterale Überwachung der Wirtschafts- und Finanzpolitik	50
4. Erstellung der „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ im Jahr 2001	50
5. Inhalt der „Grundzüge“ 2001: Wirtschaftslage in der Euro-Zone ...	50
6. ... und Herausforderungen für die europäische Wirtschaftspolitik	51
7. Allgemeine Empfehlungen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik in den Mitgliedstaaten und in der Gemeinschaft	51
8. Konkrete Empfehlungen für Deutschland	53

Die „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ sind zentrales Element der wirtschaftspolitischen Koordinierung in der EU gemäß Artikel 99 Abs. 2 EG-Vertrag (EGV). Nach Maßgabe des Artikel 98 EGV sollen die Mitgliedstaaten ihre Wirtschaftspolitik so ausrichten, dass sie zur Verwirklichung der Ziele der Europäischen Union (EU) beiträgt. Seit Beginn der zweiten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) am 1. Januar 1994 werden die „Grundzüge“ alljährlich auf Grundlage einer Empfehlung der Europäischen Kommission vom Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU (ECOFIN-Rat) verabschiedet. Die „Grundzüge“ bilden Rahmen und Orientierung für die Wirtschafts- und Finanzpolitik in den Mitgliedstaaten und auf Gemeinschaftsebene. Seit dem Jahr 2000 beinhalten sie zum einen allgemeine makroökonomische und struktur-

politische Orientierungen, zum anderen umfassen sie konkrete Empfehlungen an die Mitgliedstaaten – im Jahr 2001 für die Bereiche Haushaltspolitik, Produktmärkte und wissensbasierte Wirtschaft, Kapitalmärkte und Arbeitsmärkte. Neben dieser allgemeinen wirtschaftspolitischen Koordinierung existiert eine besondere Überwachung der staatlichen Haushaltspolitik, die in Artikel 104 EGV spezifiziert ist und mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt weiter konkretisiert wurde.

1. Gestiegene Bedeutung der „Grundzüge“ seit Einführung des Euro

Mit der Einführung des Euro am 1. Januar 1999 sind Geld- und Wechselkurspolitik als nationale Instrumente in den Teilnehmerländern der Euro-Zone entfallen. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik verbleibt grundsätzlich in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Aufgrund der zunehmenden Verflechtungen und gegenseitigen Abhängigkeiten der jeweiligen Volkswirtschaften wird die Wirtschafts- und Finanzpolitik jedoch immer mehr auch zu einer Angelegenheit gemeinsamen europäischen Interesses. Dies erfordert eine engere Zusammenarbeit und Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitiken der Mitgliedstaaten und steigert somit auch die Bedeutung der „Grundzüge“ als Koordinierungsinstrument. Dies gilt um so mehr für die Länder der Euro-Zone, deren Rolle in den „Grundzügen“ immer stärker herausgestellt wird.

2. Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik im nationalen Rahmen

Um der gestiegenen Bedeutung der wirtschaftspolitischen Koordinierung in Europa angemessen Rechnung zu tragen, setzt sich die Bundesregierung für einen intensiven Dialog mit dem Parlament und den Bundesländern über die Einbettung unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik in

das europäische Rahmenwerk ein. Ziel ist es, im politischen Raum das Verständnis für die neuen Rahmenbedingungen, die mit der Einführung der einheitlichen Währung auch für die nationale Wirtschafts- und Finanzpolitik gelten, zu verbessern.

3. Multilaterale Überwachung der Wirtschafts- und Finanzpolitik

Die „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ bilden die Basis für eine „multilaterale Überwachung“, die formell vom ECOFIN-Rat durchgeführt wird (Artikel 99 Abs. 3 EGV). Daneben befasst sich die Euro-Gruppe, der die Finanzminister der 12 Teilnehmerländer an der Währungsunion angehören, regelmäßig mit der Konjunktur- und Haushaltsslage in den Mitgliedstaaten sowie zunehmend auch mit strukturpolitischen Fragestellungen, die Einfluss auf die Haushaltsslage haben. Die Euro-Gruppe und der ECOFIN-Rat überprüfen anhand entsprechender Berichte der Europäischen Kommission die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedstaaten in kurz- und mittelfristiger Perspektive und ihre Vereinbarkeit mit den „Grundzügen“. Die Kommission erstellt regelmäßig im Frühjahr einen Bericht über die Umsetzung der „Grundzüge“ des Vorjahres, dessen Erkenntnisse zum Teil in den jeweils aktuellen „Grundzügen“ Eingang finden. Weicht die Politik in den Mitgliedstaaten von den vereinbarten „Grundzügen“ ab, kann der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister Empfehlungen für Korrekturmaßnahmen abgeben und diese erforderlichenfalls auch veröffentlichen (Artikel 99 Abs. 4 EGV). Die zentrale Rolle der „Grundzüge“ ist in diesem Frühjahr nochmals unterstrichen worden, als der ECOFIN-Rat erstmals das Instrument einer formellen Empfehlung nach Artikel 99 Abs. 4 EG-Vertrag anwandte.

4. Erstellung der „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ im Jahr 2001

Mit der Entscheidung des Europäischen Rates Lissabon, alljährlich im Frühjahr eine Tagung der

Staats- und Regierungschefs über Wirtschafts- und Sozialfragen abzuhalten, wurde der institutionelle Rahmen zur Erstellung der „Grundzüge“ verbreitert und neu gestaltet. In diesem Jahr wurden erstmals neben dem ECOFIN-Rat auch andere Ministerräte (Rat für Beschäftigung und Soziales sowie Binnenmarkrat) beteiligt. Bis Ende Januar wurden Beiträge an den ECOFIN-Rat geliefert. Auf Basis dieser Beiträge und eines von der Kommission vorgelegten Dokumentes fand am 12. Februar eine erste Orientierungsaussprache im ECOFIN-Rat statt. Auf dem ECOFIN-Rat am 12. März wurde schließlich ein Kernpunktepapier („Key Issues Paper“) beschlossen, in dem die wichtigsten Punkte für die „Grundzüge“-Debatte des Europäischen Rates Stockholm am 23./24. März festgelegt wurden.

Unter Berücksichtigung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates Stockholm und des Kernpunktepapiers legte die Europäische Kommission daraufhin am 25. April ihren diesjährigen Entwurf für die „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ vor. Der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister beriet am 7. Mai im Rahmen einer Orientierungsaussprache erstmals über den Kommissionsentwurf. Nach Überarbeitung des Kommissionsentwurfs in den zuständigen Ausschüssen und Billigung durch die ECOFIN-Minister am 5. Juni wurde der Ratsentwurf auf dem Europäischen Rat Göteborg durch die Staats- und Regierungschefs gebilligt und anschließend durch den ECOFIN-Rat am 15. Juni förmlich verabschiedet.

5. Inhalt der „Grundzüge“ 2001: Wirtschaftslage in der Euro-Zone ...

Die diesjährigen „Grundzüge“ konstatieren, dass sich trotz des deutlich weniger günstigen außenwirtschaftlichen Umfelds die Euro-Zone im Vergleich zu den anderen großen Wirtschaftsregionen der Welt relativ gut behauptet. Für die zweite Jahreshälfte ist eine konjunkturelle Erholung zu erwarten, die sich auf die guten makroökonomischen Fundamentaldaten in

der Euro-Zone stützt. Zu nennen sind beispielsweise ein weitgehend ausgeglichener Leistungsbilanzsaldo, eine angemessene Sparquote der privaten Haushalte, eine relativ hohe Kapazitätsauslastung, günstige Finanzierungsbedingungen, eine hohe Rentabilität von Investitionen, eine anhaltend moderate Lohnentwicklung sowie die stetige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht zuletzt dank des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Auch die Steuerreformen in zahlreichen Mitgliedstaaten dürften sich positiv auf Investitionen und private Nachfrage auswirken.

6. ... und Herausforderungen für die europäische Wirtschaftspolitik

Derzeit liegt die zentrale Herausforderung für die europäische Wirtschaftspolitik darin, Wirtschaftswachstum und Beschäftigungszuwachs weiter zu fördern. Die Regierungen, die Sozialpartner und die Europäische Zentralbank sind daher aufgefordert, zu einem ausgewogenen makroökonomischen Policy Mix beizutragen. Die Haushaltspolitik soll weiterhin auf das Erreichen eines nahezu ausgeglichenen Haushalts oder eines Haushaltsüberschusses ausgerichtet sein. Das verantwortliche Handeln der Sozialpartner in der Lohnpolitik soll fortdauern. Dies ist der Preisstabilität förderlich und kann geldpolitische Bedingungen begünstigen, die zu Wirtschaftswachstum und zu einer fortgesetzten Schaffung von Arbeitsplätzen führen. Darüber hinaus sind Verbesserungen der Wachstums- und Beschäftigungsgrundlagen mittels umfassender Strukturreformen auf den Arbeits-, Produkt- und Finanzmärkten vorrangig. Insbesondere gilt es, durch umfassende Reformen der Altersversorgung und Gesundheitsfürsorge, Staatsschuldenabbau und Erhöhung der Beschäftigungsquoten die Zukunftsfähigkeit der Volkswirtschaften zu sichern. Damit wird auch der demographischen Herausforderung Rechnung getragen und Vorsorge für das Altern der Bevölkerung getroffen.

7. Allgemeine Empfehlungen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik in den Mitgliedstaaten und in der Gemeinschaft

Allgemeine wirtschaftspolitische Empfehlungen der „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ vom Juni 2001:

- Wachstums- und stabilitätsorientierte makroökonomische Politik sicherstellen
- Qualität und dauerhafte Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen verbessern
- Die Arbeitsmärkte dynamischer gestalten
- Effiziente Produktmärkte für Waren und Dienstleistungen sicherstellen
- Effizienz und Integration des EU-Marktes für Finanzdienstleistungen fördern
- Unternehmerische Initiative ermutigen
- Die wissensbasierte Wirtschaft fördern
- Die ökologische Nachhaltigkeit sicherstellen

Um sicherzustellen, dass die wirtschaftspolitischen Empfehlungen tatsächlich wahrgenommen und auch konsequent umgesetzt werden, ist ihre Formulierung so konkret und operativ wie möglich ausgestaltet. Insbesondere die haushaltspolitischen Empfehlungen sind in den vergangenen Jahren immer zielgenauer ausgerichtet worden. Aber auch die Empfehlungen zu den Arbeits-, Produkt- und Kapitalmärkten wurden durch die umfassende Reformagenda des Europäischen Rates Lissabon im Frühjahr 2000 inhaltlich angeichert. In den jüngsten „Grundzügen“ wurden die folgenden allgemeinen wirtschaftspolitischen Empfehlungen ausgesprochen:

Um eine **wachstums- und stabilitätsorientierte makroökonomische Politik** sicherzustellen, sollten die Mitgliedstaaten in der Regel im Jahr 2001 einen nahezu ausgeglichenen Haushalt oder einen Haushaltsüberschuss erreichen und zusätzlich bei der Aufstellung der Haushalte 2002 eine prozyklische Politik vermeiden. Was die Lohnpolitik anbelangt, sollen die Nominallohnnerhöhungen mit Preisstabilität vereinbar sein, die Reallohnerhöhungen das Produktivitätswachstum nicht übersteigen und die jeweiligen Lohn-

findungsprozesse die Produktivitätsunterschiede berücksichtigen.

Zur Verbesserung der Qualität und dauerhaften Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sollten die Steuer- und Transfersysteme beschäftigungsfreundlicher ausgestaltet, insbesondere mit Blick auf Geringverdienende, öffentliche Ausgaben hin zu mehr Investitionen in Sach- und Humankapital umgeschichtet und durch institutionelle und strukturelle Reformen eine höhere Effizienz öffentlicher Ausgaben erzielt werden. Die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sollte durch Erhöhung der Beschäftigungsquoten, Reduzierung der Staatsschuldenquoten und weitere Reformen der Alterssicherung und im Gesundheitswesen sichergestellt werden. Zur Vermeidung unfairen Steuerwettbewerbs zwischen den einzelnen Staaten soll die Umsetzung des Steuerpakets konsequent weiter verfolgt werden.

Der Arbeitsmarkt sollte **gestärkt** werden durch

- eine höhere Erwerbsbeteiligung, wozu auch eine Reform der Vorruestandsregelungen und der Kinderbetreuung nötig ist,
- die Senkung von Steuern und Sozialabgaben und verstärkte Arbeitsanreize,
- die Beseitigung von Mobilitätshindernissen,
- eine effizientere aktive Arbeitsmarktpolitik,
- eine flexiblere Arbeitsorganisation sowie
- eine Reduzierung von geschlechtsspezifischen Diskriminierungen.

Die Erhöhung der Effizienz der Produktmärkte für Waren und Dienstleistungen sollte gewährleistet werden durch

- eine vollständige Implementierung des Binnenmarktes – insbesondere Beseitigung der Umsetzungsdefizite der Binnenmarktrichtlinien und weitere Öffnung des öffentlichen Beschaffungswesens – ,
- verstärkten Wettbewerb, insbesondere durch Beschleunigung der Liberalisierung der Netzwerkindustrien,

- die Sicherstellung effektiver Regulierungs- bzw. Wettbewerbsbehörden sowie
- eine Reduzierung der staatlichen Beihilfen.

Die Effizienz und Integration des EU-Marktes für Finanzdienstleistungen sollte gefördert werden durch die Umsetzung der Vorschläge der Gruppe der Weisen zur Schaffung eines integrierten Wertpapiermarktes (Lamfalussy-Gruppe) bis 2002. Der Aktionsplan für Finanzdienstleistungen sollte bis 2005 und der Aktionsplan für Risikokapital bis 2003 vollständig verwirklicht werden. Daraüber hinaus sollte die Finanzmarktaufsicht weiter verbessert werden, um mit den Entwicklungen an den Finanzmärkten Schritt zu halten.

Die unternehmerische Initiative sollte ermutigt werden durch

- eine weitere Verringerung der bürokratischen Hürden für Unternehmen,
- eine höhere Effizienz der öffentlichen Dienstleistungen,
- die Vereinfachung und Sicherstellung einer einheitlicheren Anwendung des Mehrwertsteuersystems sowie
- einen verbesserten Zugang zu Risikokapital, insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen.

Nicht zuletzt im Sinne der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates Lissabon sollte die **wissensbasierte Wirtschaft** gefördert werden durch

- angemessene Anreize für Forschung und Entwicklung (FuE) – insbesondere durch Stärkung intellektueller Eigentumsrechte und durch Schaffung einer Rechtsgrundlage für das Europäische Gemeinschaftspatent noch 2001 – ,
- bessere Verbindungen zwischen Universitäten und Wirtschaft,
- verstärkte europaweite Zusammenarbeit in FuE,
- ausreichende öffentliche Mittel für FuE,
- Förderung des Zugangs zum Internet und seiner Nutzung sowie

- die Verbesserung der Kenntnisse der Bevölkerung in Sachen Informations- und Kommunikationstechnologien.

Als letzte, aber keineswegs unbedeutende Empfehlung nennen die „Grundzüge“ die Sicherstellung der **ökologischen Nachhaltigkeit** mittels der Verpflichtung zur effektiven Umsetzung der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie des Europäischen Rates Göteborg. Mit dieser Strategie wird das politische Engagement der Europäischen Union für wirtschaftliche und soziale Erneuerung ergänzt und mithin der Lissabon-Strategie eine dritte Säule, die Umweltdimension, hinzugefügt. Hierzu sollen beitragen:



- die Einführung bzw. Stärkung von marktwirtschaftlichen Instrumenten, wie z.B. Steuern oder handelbaren Emissionsrechten,
- Einschränkungen von Subventionen für Sektoren, die sich negativ auf die Umwelt auswirken,
- ein intensiverer Einsatz von ökonomischen Instrumenten zur Begrenzung der Emission von Treibhausgasen und zur Einhaltung der Anforderungen des Kyoto-Protokolls sowie
- ein angemessener Rahmen für die Energiebesteuerung auf europäischer Ebene und für die Schaffung eines einheitlichen Energiebinnenmarktes.

8. Konkrete Empfehlungen für Deutschland

Vor dem Hintergrund dieser allgemeinen Empfehlungen richten sich an Deutschland ganz konkrete Empfehlungen für die Gebiete Haushaltspolitik, Arbeitsmarkt, Produkt- und Finanzmärkte.

Die **haushaltspolitischen** Empfehlungen umfassen die Erreichung eines gesamtstaatlichen Defizits von 1 1/2 % des BIP in 2001 sowie das Festhalten an der geplanten Verringerung des gesamtstaatlichen Defizits auf 1 % des BIP für 2002, sodass das mittelfristige Ziel eines ausgeglichenen Haushalts in 2004 erreicht werden kann. Diese Empfehlungen entsprechen den Angaben des aktualisierten deutschen Stabilitätsprogramms vom Herbst 2000. Außerdem sollte die Koordinierung der Haushaltspolitik zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen durch Stärkung der Rolle des Finanzplanungsrates verbessert werden. Um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu sichern, werden die Fortsetzung der Umsetzung der Rentenreform und Einleitung von Reformen im Gesundheitswesen und in der Pflegeversicherung angemahnt.

Mit Blick auf den **Arbeitsmarkt** wird eine effizientere Gestaltung der aktiven Arbeitsmarktpolitik gefordert, insbesondere in den neuen Bundesländern und mit stärkerer Zielorientierung auf Langzeitarbeitslosigkeit. Die Bemühungen um einen Lohnfindungsprozess, der die Produktivitätsentwicklung und die regionalen Arbeitsmarktbedingungen berücksichtigt, sollen fortgesetzt werden. Folgende Maßnahmen sollten ebenfalls zur Verbesserung der Situation am Arbeitsmarkt beitragen:

- Die Ergänzung der Einkommensteuerreform durch weitere Reformen des Steuer- und Transfersystems zur Erhöhung der Arbeitsanreize,
- die Senkung der Lohnnebenkosten insbesondere für Niedriglohnempfänger,
- die Flexibilisierung von Arbeitsverträgen und Arbeitsorganisation sowie
- die Verbesserung der Bedingungen für lebenslanges Lernen.

Was die **Produktmärkte** und die **wissensbasierte Wirtschaft** anbelangt, soll die Reform des Hochschulwesens vorangetrieben und dem Mangel an IT-Personal durch Aus- und Weiterbildung begegnet werden. Auch wird angemahnt, den Wettbewerb auf den Gütermärkten zu stärken

durch weitere Öffnung des öffentlichen Auftragswesens und die weitere Rückführung staatlicher Beihilfen sowie die Einleitung von Bemühungen, die regionalen Unterschiede zwischen den Entgelten für die Nutzung von Stromnetzen zu verringern. Hervorgehoben werden insbesondere die positiven Auswirkungen der Steuerreform und der Liberalisierung des Telekommunikationssektors.

Mit Blick auf die **Finanzmärkte** wird unter anderem die Einbringung des Vierten Finanzmarktförderungsgesetzes und die Reform der Finanzmarktaufsicht lobend erwähnt. Auch die Rentenreform mit ihrer privat finanzierten Komponente dürfte die Finanzmärkte positiv

beeinflussen. Als einzige Empfehlung wird die Weiterentwicklung des Risikokapitalmarkts durch Fortsetzung der Bemühungen zur Schaffung eines investitions- und unternehmerfreundlichen steuerlichen und regulatorischen Rahmens genannt.

Die Bundesregierung misst der Einhaltung der Empfehlungen der jährlichen „Grundzüge“ erhebliche Bedeutung bei. Sie ist bestrebt, diese Anregungen aufzugreifen und ihre Politik danach auszurichten. Darüber hinaus bewertet die Regierung den aus den Empfehlungen resultierenden gemeinschaftsinternen Anpassungsdruck („peer pressure“) als nützlich für eine entschlossene Durchführung notwendiger Reformen.

Entwurf des Bundeshaushalts 2002 und der Finanzplan des Bundes 2001 bis 2005

- | | |
|---|----|
| 1. Nachhaltige Finanzpolitik für einen handlungsfähigen Staat | 55 |
| 2. Die Eckwerte des Bundeshaushalts 2002 und des Finanzplans bis 2005 | 59 |
| 3. Die Ausgaben des Bundes | 60 |
| 4. Die Einnahmen des Bundes | 60 |

Der vom Bundeskabinett am 13. Juni 2001 beschlossene Entwurf des Bundeshaushalts 2002 und der Finanzplan des Bundes 2001 bis 2005 stehen für die Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik. Angesichts eingeschränkter finanzieller Handlungsspielräume erfordert dies weiterhin einen klaren Konsolidierungskurs, um durch kontinuierliche Rückführung der Nettokreditaufnahme bis 2006 das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ohne Neuverschuldung zu erreichen. Zugleich werden Spielräume bereits heute dazu genutzt, zukunftsorientierte Ausgaben insbesondere zugunsten von Investitionen, Familien mit Kindern, Forschung und Bildung und

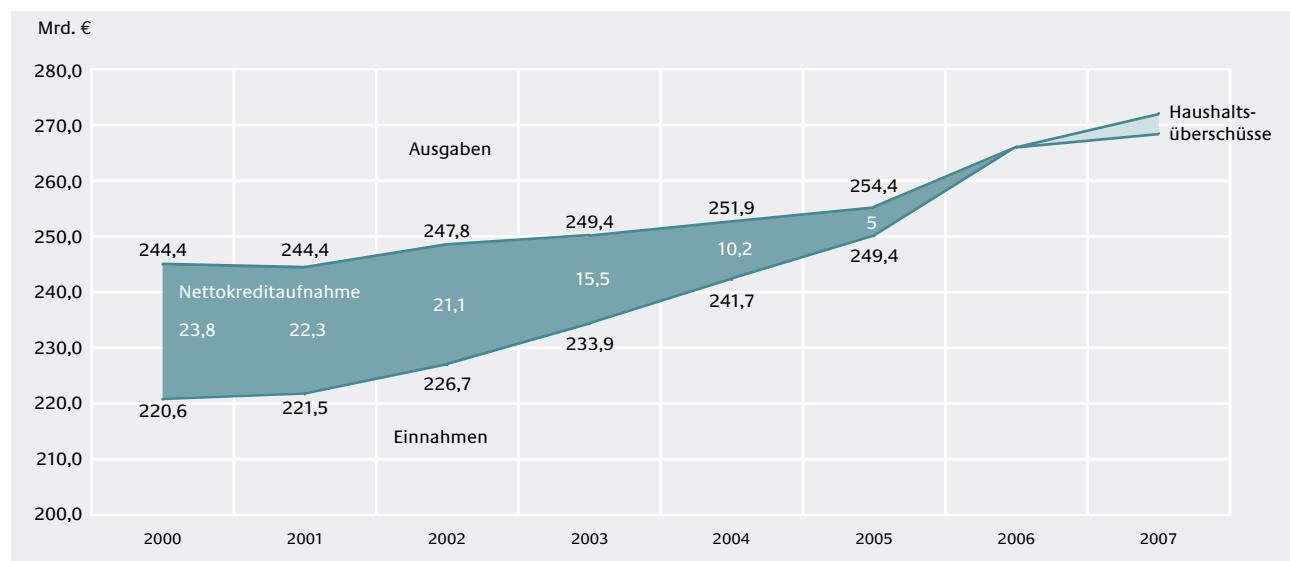
einer ökologisch orientierten Landwirtschaft zu stärken.

1. Nachhaltige Finanzpolitik für einen handlungsfähigen Staat

Erschwertes wirtschaftliches Umfeld: Das Wirtschaftswachstum im Jahr 2000 (+ 3,0 %) war das höchste seit 1991. Der Aufschwung profitierte dabei von einer kräftigen weltwirtschaftlichen Expansion. Am Arbeitsmarkt zeigte sich eine deutliche Erholung. Die Arbeitslosigkeit sank auf den niedrigsten Stand seit fünf Jahren.

Aber bereits seit den Sommermonaten 2000 hatte die Dynamik des Wirtschaftswachstums nachgelassen: Das Bruttoinlandsprodukt stieg langsamer an (1. Quartal 2001 gegenüber dem Vorjahreszeitraum: + 1,6 %) und die bisherige Hochstimmung in den Unternehmen kühlte sich ab. Die Ursache hierfür ist vor allem in der Rohölverteuerung zu sehen, die das Klima der Weltkonjunktur belastete und im Inland zu Realeinkommensverlusten führte mit negativen Folgen für den Privaten Konsum und die Unternehmensgewinne. Ungeachtet dessen wiesen noch im Januar 2001 vor allem die Produktion und Nachfrage in der Industrie sowie die deutschen Exporte respektable Zuwachsraten auf. Im Verlaufe des 1. Quartals hat sich hier die

Ziel eines ausgeglichenen Haushalts 2006



globale Konjunkturabkühlung stärker bemerkbar gemacht.

Ungeachtet der jüngsten Abschwächung dürfte sich das Wachstum in Deutschland im Zuge einer Beruhigung der Verbraucherpreise und einer Belebung der Weltkonjunktur Ende des Jahres wieder beschleunigen.

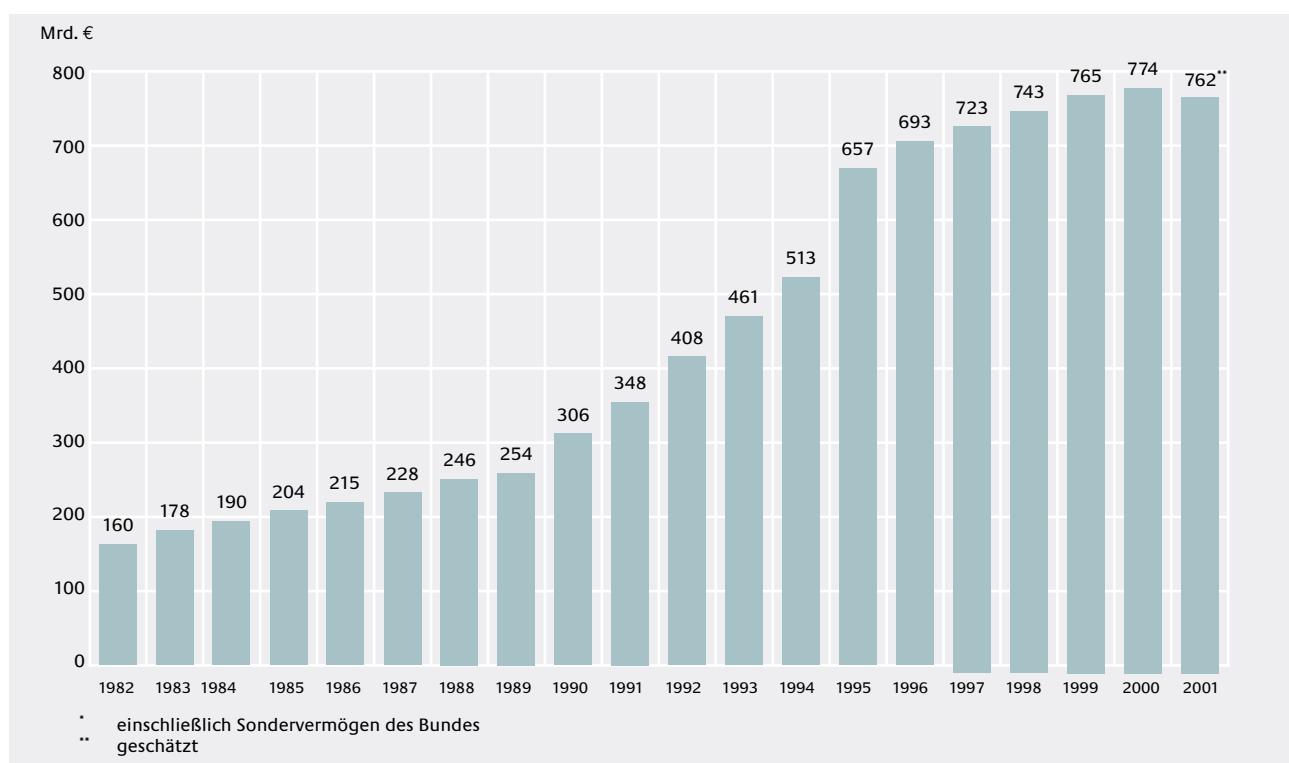
Auch in einem erschwerten wirtschaftlichen Umfeld bleibt es zentrale Aufgabe der Finanzpolitik, die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates nachhaltig zu sichern. Die Verschuldung des Bundes (einschließlich Sondervermögen) in Höhe von 774 Mio. € engt den finanzpolitischen Spielraum nach wie vor stark ein. Die damit verbundenen Zinszahlungen binden rund 20 % der Steuereinnahmen des Bundes. Nur durch die Fortsetzung der klaren Konsolidierungsstrategie können Handlungsspielräume zurückgewonnen und mehr Generationengerechtigkeit erreicht werden.

„Finanzpolitische Leitplanken“ als verlässlicher Orientierungsrahmen für künftige finanzpolitische Entscheidungen: Der Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, hat im November 2000 zwei entscheidende „finanzpolitische Leitplanken“ vorgestellt und in 7 „Wegweisern“ weiter ausgeführt. Diese müssen auch in Zukunft – und zwar weit über den Zeitrahmen der aktuellen Finanzplanung hinaus – den verlässlichen Orientierungsrahmen für künftige finanzpolitische Entscheidungen bilden:

- Der Schuldenabbau für nachhaltig solide Staatsfinanzen und mehr Generationengerechtigkeit und
- die Förderung von Wachstum und Beschäftigung durch ein tragfähiges Steuer- und Abgabensystem.

Durch eine erfolgreiche Sanierung der Staatsfinanzen werden die jährlichen staatlichen Zins- und Tilgungsverpflichtungen dauerhaft gesenkt.

Entwicklung der Schulden des Bundes*



Die wachsenden finanzpolitischen Handlungsspielräume können langfristig für wichtige Zukunftsinvestitionen genutzt werden und tragen zur Erhöhung des Wachstumspotenzials der Wirtschaft bei. Der Schuldenabbau ist zudem der wichtigste Beitrag der Finanzpolitik zur Solidarität unter den Generationen. Die nachfolgenden Generationen werden bereits mit der hohen Belastung einer „alternden“ Bevölkerung konfrontiert. Ein ausufernder Schuldenberg würde durch die Bindung von Steuereinnahmen und die Hemmung von Investitionen und Wachstum eine weitere Belastung bedeuten.

Fortsetzung des strikten Konsolidierungskurses: Notwendige Voraussetzung für einen Abbau der Staatsverschuldung und die Wiedergewinnung finanzpolitischer Handlungsspielräume ist eine strikte Haushaltskonsolidierung. Mit dem Entwurf des Bundeshaushalts 2002 und dem neuen Finanzplan 2001 bis 2005 wird der mit dem Zukunftsprogramm 2000 eingeleitete Konsolidierungskurs konsequent fortgesetzt. Das mittelfristige Ziel eines ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2006 wird damit weiter abgesichert. Mit dem Bundeshaushalt 2002 wird die Nettokreditaufnahme – wie im Zukunftsprogramm 2000 vorgesehen – weiter auf 21,1 Mrd. € zurückgeführt. Auch im Finanzplanungszeitraum bis 2005 kann die im Zukunftsprogramm 2000 beschlossene schrittweise Senkung der Nettokreditaufnahme eingehalten werden. Die durchschnittliche Nettokreditaufnahme des neuen Finanzplans wurde mit 14,8 Mrd. € gegenüber der durchschnittlichen Nettokreditaufnahme der letzten Finanzplanung der alten Bundesregierung (27,1 Mrd. € im Durchschnitt der Jahre 1998 bis 2002) nahezu halbiert. Zusatzbelastungen für den Bundeshaushalt werden kompensiert, und die Ausgabenbegrenzung wird strikt fortgesetzt. Einmalige Einnahmen stehen nicht zur Finanzierung von dauerhaft wirkenden Steuersenkungen und Ausgabenprogrammen zur Verfügung. Privatisierungseinnahmen aus den Postnachfolgeunternehmen werden zur Finanzierung der Postbeamtenversorgungskasse eingesetzt. Ist das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts

ohne Neuverschuldung im Jahr 2006 erreicht, können die Schulden des Bundes schrittweise abgebaut werden.

Aufbauen auf bisherigen Erfolgen: Die Bundesregierung hat mit ihrem klaren finanzpolitischen Kurs bereits wichtige Erfolge erzielt:

- Das Defizit des Bundes konnte deutlich reduziert werden. Im Jahr 2000 lag die Neuverschuldung mit 23,8 Mrd. € um 1,5 Mrd. € unter dem Sollansatz des Haushaltsplans. Mit strikter Ausgabendisziplin konnten zwangsläufige Mehrausgaben in Höhe von über 4 Mrd. € kompensiert werden.
- Von den umgesetzten Steuerreformmaßnahmen gehen erhebliche, die Konjunktur stützende Impulse aus. Das haben auch die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten positiv gewertet. Die Binnennachfrage wird erheblich gestärkt und entwickelt sich hiermit im Jahr 2001 zu einer wesentlichen Stütze der Konjunktur. Die Angebotsseite der Volkswirtschaft profitiert zugleich von international attraktiven Steuersätzen und einer Verbesserung der Investitionsanreize. Das Entlastungsvolumen für private Haushalte und Unternehmen beträgt allein im Jahr 2001 rund 23 Mrd. €; mittelfristig sind mit der großen Steuerreform Entlastungen von jährlich 47,8 Mrd. € verbunden. Trotz der hierdurch sinkenden Steuereinnahmen wird das Defizit des Bundes auch im Jahr 2001 weiter reduziert.
- Die Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunk-Lizenzen (UMTS) sind in vollem Umfang zur Schuldentilgung eingesetzt worden. Hierdurch wurde die Schuldenstandsquote wieder unter den Maastricht-Grenzwert von 60 % des Bruttoinlandsproduktes gesenkt.
- Die hieraus resultierenden Zinsersparnisse erweitern nachhaltig den finanzpolitischen Spielraum für zukunftsweisende Investitionen.
- Mit der Verwendung der Zinsersparnisse hat die Bundesregierung die Qualität der Staatsausgaben entscheidend verbessert: Jeweils gut

250 Mio. € pro Jahr werden zur Finanzierung der BAföG-Novelle und zur Verstärkung der Verkehrsinvestitionen eingesetzt. Zusätzlich werden im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms jährlich bis 2003 die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur mit rund 1,5 Mrd. € und die Ausgaben für Forschung und Bildung mit gut 300 Mio. € gestärkt. Energiesparende Maßnahmen werden ebenfalls mit gut 250 Mio. € gefördert.

- Die Bundesregierung hat im Rahmen der ökologischen Steuerreform Maßnahmen umgesetzt, mit denen Anreize zum sparsamen und verantwortungsvollen Umgang mit den knapper werdenden Energieressourcen geschaffen werden. Durch die Verwendung des Ökosteueraufkommens zur Senkung der Rentenversicherungsbeiträge wird der Faktor Arbeit verbilligt und ein weiterer Beitrag für die Schaffung neuer Arbeitsplätze geleistet.

Trotz des bereits Erreichten bleibt noch viel zu tun. Die Verschuldung des Bundes wird trotz sinkender Nettokreditaufnahme zunächst weiter ansteigen, wenn auch mit einer geringeren Geschwindigkeit. Die Herausforderungen der Zukunft – Stärkung von Wachstum und Beschäftigung sowie die wachsende finanzielle Belastung einer „alternden“ Bevölkerung – lassen sich nur mit einem weiterhin strikten Konsolidierungskurs meistern.

Der Auftrag zur Konsolidierung des Bundeshaushalts folgt auch aus dem Gebot der internationalen Solidarität der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Die Staaten der Euro-Zone haben sich durch den Stabilitäts- und Wachstums- pakt verpflichtet, mittelfristig ihre Haushalte nahezu auszugleichen oder Überschüsse zu erwirtschaften. Eine langfristig tragfähige Finanzlage in der Eurozone ist die Basis für eine dauerhafte Geldwertstabilität und für günstige gesamtwirtschaftliche Bedingungen. Mehrere europäische Staaten haben bereits das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts erreicht – auch Deutschland muss bald dazugehören.

Mit dieser Politik wird Deutschland auch seinen Verpflichtungen aus dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstums- pakt und den EU-Empfehlungen der „Wirtschaftspolitischen Grundzüge“ für Deutschland gerecht.

Konsolidieren und Gestalten: Der Entwurf des Bundeshaushalts 2002 und der Finanzplan 2001 bis 2005 belegen: Es ist der Bundesregierung gelungen, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen gestalterischer Politik und erforderlicher Konsolidierung herzustellen. Auch bei einer restriktiven Ausgabenpolitik, die mit einer nominalen Ausgabensteigerung von durchschnittlich 0,8 % im Finanzplanungszeitraum klar zum Ausdruck kommt, hat die Bundesregierung nicht nur eingeleitete Reformvorhaben verstetigt, sondern darüber hinaus neue Reformvorhaben auf den Weg gebracht.

Das Zweite Gesetz zur Familienförderung setzt die Steuerpolitik der Bundesregierung zugunsten von Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen konsequent fort. Mit der spürbaren Erhöhung des Kindergeldes für erste und zweite Kinder um 16 € kann die Bundesregierung auf eine Erhöhung des Kindergeldes um insgesamt mehr als 41 € in dieser Legislaturperiode verweisen. Insgesamt werden damit im Jahr 2002 rund 34,5 Mrd. € an Kindergeldleistungen gewährt. Zudem wird ab 2002 der Erziehungsbedarf angemessen im Steuerrecht berücksichtigt und damit insgesamt ein wirkungsvoller Beitrag zur Sicherung der ökonomischen Basis von Familien geleistet.

Um die Rentenversicherung auf die demografische Entwicklung einzustellen und zukunftsfähig zu gestalten, wurde eine umfassende Reform dieses Sozialversicherungszweiges in Angriff genommen. Die gesetzliche Rentenversicherung ist damit langfristig sicher und bezahlbar. Heutige und künftige Beitragszahler werden nicht überfordert und die Leistungen werden weiterhin auf einem angemessenen Niveau gehalten.

Von zentraler Bedeutung ist es, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu steigern und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu stärken. Die Bundesregierung forciert daher den Mitteleinsatz im Bereich von Bildung und Forschung. Im Jahr 2002 stehen mit rund 8,4 Mrd. € über 2,7 % mehr als im laufenden Jahr und 12 % mehr zur Verfügung als im Jahre 2000.

Im Mittelpunkt der eingeleiteten Wende in der Agrarpolitik stehen die Erzeugung von Qualitätsprodukten, die artgerechte Tierhaltung sowie der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Neben der so genannten Modulation (Umlenkung von Direktzahlungen in Maßnahmen der Strukturförderung, insbesondere Agrar- und Umwelt-Maßnahmen und Öko-Landbau), die über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ finanziert werden soll, stellt der Bund für ein Sonderprogramm zur Förderung des Öko-Landbaus sowie für die Entwicklung von Modellregionen insgesamt 48 Mio. € pro Jahr bereit.

Dem EU-weit zunehmenden Umsatzsteuerbetrug wird die Bundesregierung durch gesetzgeberische, organisatorische und technische Maßnahmen begegnen. Die einzelnen Maßnahmen sind Gegenstand eines von Bund und Ländern erarbeiteten umfassenden Maßnahmenkatalogs.

2. Die Eckwerte des Bundeshaushalts 2002 und des Finanzplans bis 2005

Folgende wesentliche Finanzkennziffern liegen dem Bundeshaushalt 2002 und dem Finanzplan bis 2005 zugrunde:

Bei den Ausgaben des Jahres 2002 ist mit 247,8 Mrd. € gegenüber dem laufenden Jahr eine Steigerung um 3,9 Mrd. € (1,6 %) zu verzeichnen. Diese Mehrausgaben beruhen im Wesentlichen auf dem gegenüber dem Vorjahr höheren Zuschussbedarf des Bundesfernsehvermögens, da sich im Jahr 2001 die Einnahmen aus dem Verkauf der Eisenbahn-Wohnungsgesellschaften in Höhe von knapp 2,4 Mrd. € einmalig ausgabereduzierend auf den Bundeshaushalt 2001 auswirken. Daneben ergeben sich im Jahr 2002 Mehrausgaben in Höhe von 2,6 Mrd. € beim zusätzlichen Zuschuss an die gesetzliche Rentenversicherung, die durch die Einnahmen aus der Ökosteuer gegenfinanziert werden und sich in der Beitragsentlastung niederschlagen. Ohne diese beiden Sonderfaktoren würden die Ausgaben für das Jahr 2002 unter denen des Jahres 2001 liegen.

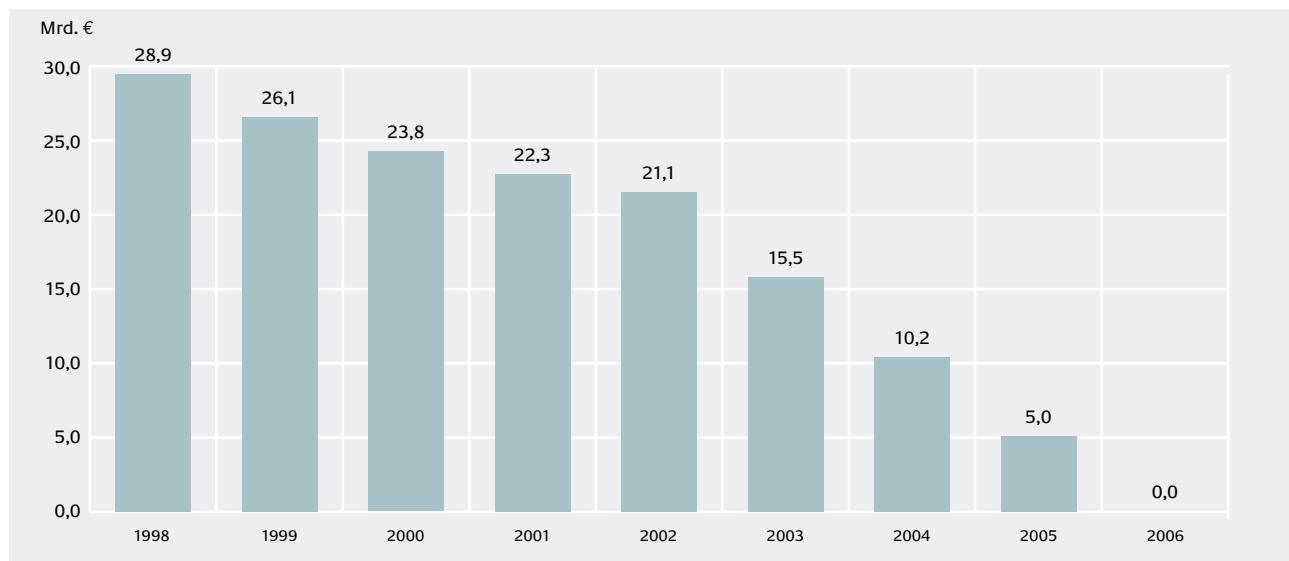
Im Finanzplanungszeitraum bis 2005 beträgt die durchschnittliche nominale Ausgabensteigerung nur 0,8 %. Dies dokumentiert die Entschlossenheit der Bundesregierung zur Fortführung der

Eckwerte zum Finanzplan des Bundes 2001 bis 2005*

	Ist 2000	Soll 2001	Entwurf 2002 Mrd. €	2003	Finanzplan 2004	2005
Ausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr in %	244,4	243,9 - 0,2	247,8 1,6	249,4 0,6	251,9 1,0	254,4 1,0
Steuereinnahmen	198,8	196,6	204,2	212,3	223,1	227,9
Sonstige Einnahmen	21,9	24,9	22,5	21,6	18,6	21,5
Nettokreditaufnahme	23,8	22,3	21,1	15,5	10,2	5,0
nachrichtlich: Investitionen (Rundungsdifferenzen möglich)	28,1	29,6	28,2	27,6	26,1	26,2

* Die finanziellen Auswirkungen der Neuregelung des Bund/Länder-Finanzausgleichs und des Solidarpakts II sowie die Neuverteilung des Umsatzsteueraufkommens im Zusammenhang mit dem Zweiten Gesetz zur Familienförderung sind nicht berücksichtigt.

Entwicklung der Nettokreditaufnahme des Bundes 1998 bis 2006



restriktiven Ausgabenpolitik. Diese Steigerungsrate liegt deutlich unter dem erwarteten Anstieg des nominalen BIP und der vom Finanzplanungsrat beschlossenen Begrenzung des Ausgabenwachstums auf maximal 2 % pro Jahr.

Die für das Jahr 2002 vorgesehene Nettokreditaufnahme von 21,1 Mrd. € entspricht exakt der im Zukunftsprogramm 2000 vorgegebenen Zielgröße. Sie unterschreitet die für das laufende Jahr vorgesehene Nettokreditaufnahme um 1,2 Mrd. €. Mit 8,5 % wird ein Niveau der über Kredite finanzierten Ausgaben erreicht, das seit 1974 nur ein einziges Mal (im Jahr 1989) unterschritten wurde. Seit 1974 hat der Bund über die jährliche Neuverschuldung seine Gesamtverschuldung um über 500 Mrd. € in die Höhe getrieben. Die Zinsausgabenquote des Bundes liegt derzeit mit 16,2 % mehr als doppelt so hoch wie die der Länder (im Durchschnitt 7,9 %). Selbst die Länder mit den höchsten Quoten (Bremen, Schleswig-Holstein, Saarland) liegen „nur“ bei etwa 12 %. Dies unterstreicht für den Bund die Notwendigkeit, mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung zu erreichen und die volle politische Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen.

Gegenüber dem im bisherigen Finanzplan vorgesehenen Wert steigen die Investitionsausgaben

im Bundeshaushalt 2002 um 1,2 Mrd. € auf 28,3 Mrd. €. Zusammen mit den bereits angegangenen Reformvorhaben dokumentiert dies die Absicht der Bundesregierung, die Qualität der Staatsausgaben zukunftsorientiert zu verbessern.

3. Die Ausgaben des Bundes

Die Ausgaben des Bundes lassen sich unter verschiedenen Aspekten ordnen. Nach ihrer prozentualen Verteilung auf die einzelnen Ministerien (bzw. Einzelpläne) ergibt sich das in der Grafik dargestellte Bild. Am gebräuchlichsten ist allerdings die Unterscheidung nach Aufgabenbereichen, wie auf Seite 62 dargestellt. Diese Untergliederung der Staatsausgaben orientiert sich weitgehend an dem Funktionenplan zum Bundeshaushalt. Es wird deutlich, wieviel Haushaltssmittel für einzelne Aufgabenbereiche vorgesehen sind, unabhängig davon, in welchem Einzelplan sie etatisiert sind.

4. Die Einnahmen des Bundes

Bei den Einnahmen des Bundes (247,8 Mrd. €) lassen sich drei große Bereiche unterscheiden. Den weitaus größten Einnahmebereich (im Jahr 2002 204,2 Mrd. €) bilden die **Steuereinnah-**

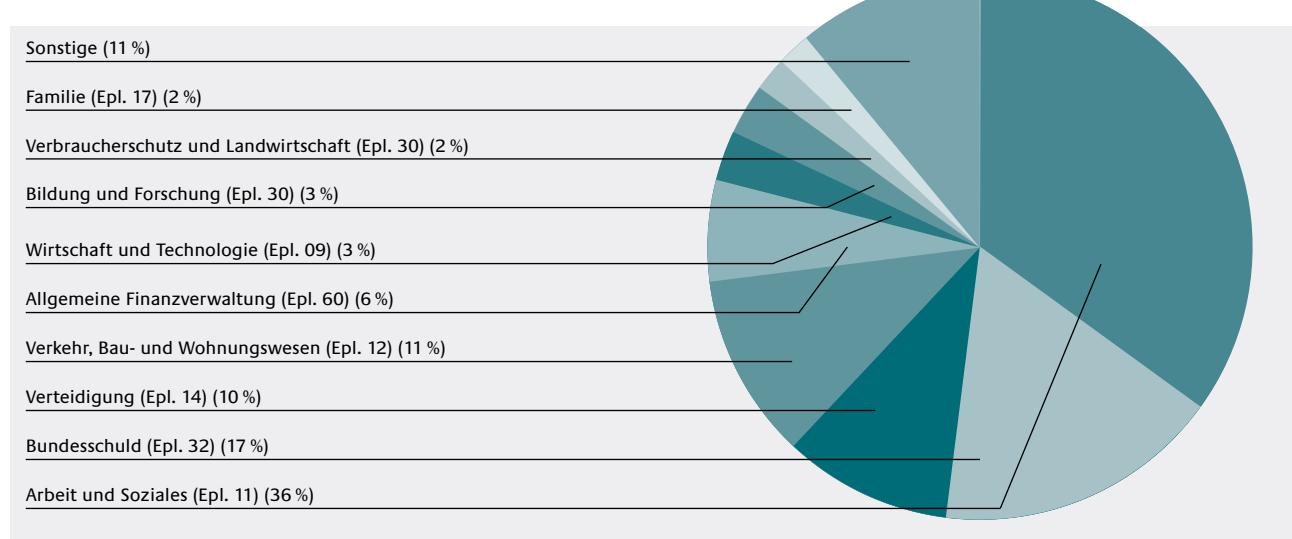
men, bestehend aus den Bundesanteilen an den großen Gemeinschaftsteuern (Lohnsteuer und veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer), speziellen Verbrauchsteuern (z. B. Mineralölsteuer, Tabaksteuer) und weiteren Bundessteuern (Stromsteuer, Solidaritätszuschlag). Die Steuern machen im Jahr 2002 rund 82 % der Gesamteinnahmen des Bundes aus.

Neben den Steuereinnahmen erzielt der Bund **Sonstige Einnahmen** in Höhe von 22,5 Mrd. € aus verschiedenen weiteren Quellen. Hierzu

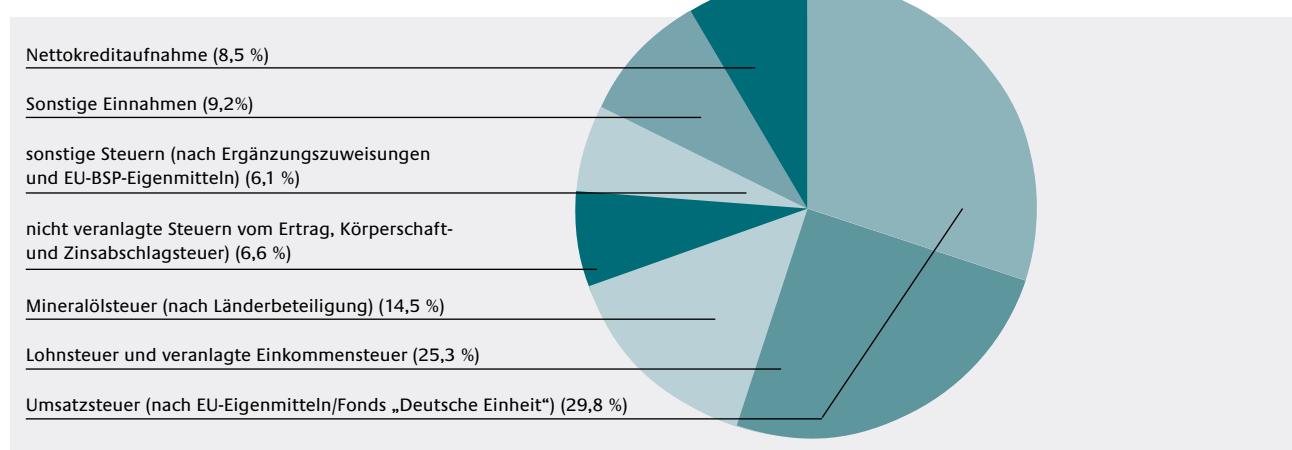
gehören beispielsweise Einnahmen aus Privatisierungen und Grundstücksveräußerungen sowie Zentralnotenbankgewinne, Zinseinnahmen und Darlehensrückflüsse.

Weiterhin ist für das Jahr 2002 eine **Nettokreditaufnahme** in Höhe von 21,1 Mrd. € geplant. Sie soll bis zum Jahr 2005 auf 5 Mrd. € zurückgeführt werden. Im Jahre 2006 wird die Bundesregierung einen in regulären Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Haushalt vorlegen, der auf die Inanspruchnahme von neuen Krediten vollständig verzichtet.

Die Ausgaben des Bundes im Jahr 2002 nach Einzelplänen Gesamtausgaben: 247,8 Mrd. €



Einnahmenstruktur des Bundes im Jahr 2002 Gesamteinnahmen: 247,8 Mrd. €



Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen

	Ist 2000	Soll 2001	Entwurf 2002 Mio.	2003	Finanzplan 2004	2005
A. Soziale Sicherung						
A.1 Rentenversicherungsleistungen	65 007	69 304	72 183	75 550	77 275	79 203
A.2 Arbeitsmarkt	15 222	12 641	12 026	11 832	11 605	11 381
A.3 Familienpolitische Leistungen (ohne steuerliche Förderung)	3 862	4 027	4 002	3 983	3 938	3 938
A.4 Wohngeld	1 707	1 994	2 100	2 509	2 477	2 452
A.5 Wohnungsbaurämie	451	511	500	500	500	500
A.6 Kriegsopferleistungen	4 395	3 968	3 787	3 664	3 366	3 155
A.7 Wiedergutmachung, Lastenausgleich	730	647	634	583	573	551
A.8 Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3 747	3 908	3 990	4 053	4 133	4 238
A.9 Sonstige Maßnahmen im Sozialbereich	5 738	2 943	2 723	2 581	2 572	2 572
B. Verteidigung						
B.1 Militärische Verteidigung	23 286	23 960	23 622	23 622	23 622	23 622
B.2 Weitere Verteidigungslasten	118	163	142	146	144	144
C. Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft						
C.1 Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	848	877	943	901	869	869
C.2 Sonstige Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft	918	637	558	542	477	476
D. Wirtschaftsförderung						
D.1 Energie	4 028	3 856	3 181	2 914	2 606	2 297
D.2 Sonstige sektorale Wirtschaftsförderung	579	729	630	573	479	456
D.3 Mittelstand, Forschung und Technologieförderung	874	738	702	774	767	755
D.4 Regionale Wirtschaftsförderung	5 233	4 575	4 396	4 379	4 261	4 211
D.5 Gewährleistungen und weitere Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung	2 574	2 599	2 541	2 559	2 759	2 951
E. Verkehr						
E.1 Eisenbahnen des Bundes	10 776	9 482	11 433	10 961	9 771	9 805
E.2 Bundesfernstraßen	5 071	5 531	5 520	5 427	4 931	4 915
E.3 Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden; Personennahverkehr	1 631	1 677	1 677	1 677	1 677	1 677
E.4 Bundeswasserstraßen	1 567	1 572	1 579	1 588	1 586	1 585
E.5 Sonstige Maßnahmen im Verkehrsbereich	689	682	666	651	639	599
F. Bauwesen						
F.1 Wohnungs- und Städtebau	2 197	2 183	1 966	1 811	1 686	1 474
F.2 Verlagerung des Parlaments- und Regierungssitzes	993	832	596	460	370	166
G. Forschung, Bildung und Wissenschaft, kulturelle Angelegenheiten						
G.1 Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen	5 873	6 355	6 450	6 674	6 594	6 671
G.2 Hochschulen	1 217	1 395	1 427	1 486	1 292	1 292
G.3 Ausbildungsförderung, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses	740	1 019	1 076	1 080	1 084	1 094
G.4 Berufliche Bildung sowie sonstige Bereiche des Bildungswesens	508	608	540	514	503	477
G.5 Kulturelle Angelegenheiten	1 408	1 473	1 453	1 401	1 396	1 415
H. Umweltschutz, Gesundheitswesen, Sport						
	1 641	1 732	2 091	994	1 243	1 033
I. Innere Sicherheit, Asyl						
	2 607	2 678	2 695	2 715	2 742	2 780
J. Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung						
	3 602	3 728	3 517	3 512	3 528	3 537
K. Allgemeine Finanzwirtschaft						
K.1 Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	487	538	485	445	678	544
K.2 Sondervermögen	3 385	3 305	3 305	3 305	4 859	4 859
K.3 Zinsausgaben	39 198	39 472	40 087	40 480	42 796	43 966
K.4 Versorgungsleistungen	12 703	13 691	14 443	14 995	15 593	16 206
K.5 Sonstiges	8 793	8 446	8 027	7 469	7 940	7 936
K.6 Globale Mehr-/Minderausgaben	-	- 588	106	90	- 1 430	- 1 402
(Rundungsdifferenzen möglich)						

Bundespolitik und Kommunalfinanzen

1. Einfluss des Bundes auf die Kommunalfinanzen	63
2. Steuerreform 2000	63
3. Zukunftsinvestitionen	64
4. Rentenreform	65
5. Kommunalfinanzen 2000	66
6. Maßnahmen des Bundes zur Entlastung der Sozialhaushalte der Kommunen	67
7. Weitere Maßnahmen des Bundes	68
8. Weitere wichtige kommunalrelevante Themen	68

1. Einfluss des Bundes auf die Kommunalfinanzen

Die vom Grundgesetz gewährleistete kommunale Selbstverwaltung gehört zum Fundament des demokratischen und sozialen Bundesstaates. Sie umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung. Diese zu sichern, zu stärken und sie zukunftsfähig zu gestalten ist eine andauernde Aufgabe der staatlichen Ebenen. Zwar ist die Steuerung der Kommunalfinanzen nach der Verfassung zunächst und vornehmlich Aufgabe der Länder – und der Gemeinden selbst –, da es um Entscheidungen geht, die regional und lokal nach ganz unterschiedlichen Gesichtspunkten zu treffen sind. Aber durch Bundesgesetze nimmt auch der Bund spürbaren Einfluss auf die Finanzen der Kommunen. Die Bundesregierung bekennt sich ausdrücklich zu ihrer Mitverantwortung für die Gestaltung der finanziellen Belange der Kommunen und hat dies im Rahmen der Reformvorhaben dieser Legislaturperiode stets unter Beweis gestellt.

Die Mitverantwortung des Bundes für die Kommunalfinanzen beginnt bei der Grundausrichtung seiner Finanzpolitik. Sie dient der Sicherung eines handlungsfähigen Staates. Nur ein finanziell gesunder Bund ist in der Lage, die Interessen auch der Kommunen voll zu wahren.

Der Schuldenstand des Bundes und seiner Sondervermögen war auf rund 1500 Mrd. DM (770 Mrd. €) im Jahr 1998 angewachsen. Damit hatte er sich innerhalb von 16 Jahren verfünfacht. 1982 waren es erst rund 300 Mrd. DM (rund 150 Mrd. €) gewesen. Finanzpolitische Handlungsspielräume waren praktisch nicht mehr vorhanden. Fast jede vierte Mark der Steuereinnahmen musste der Bund für Zinszahlungen verwenden.

Die Bundesregierung hat hierauf reagiert und eine Kehrtwende in der Finanzpolitik durchgesetzt. Die Herausforderung besteht darin, die finanzielle Basis des staatlichen Handelns nachhaltig zu sichern. Hierzu orientiert sich die Finanzpolitik in Deutschland langfristig an zwei Leitplanken:

- Schuldenabbau für dauerhaft solide Staatsfinanzen und mehr Generationengerechtigkeit;
- Förderung von Wachstum und Beschäftigung durch ein tragfähiges und gerechtes Steuer- und Abgabensystem.

Um dies zu erreichen, müssen alle staatlichen Ebenen ihre Haushalte auf Dauer ausgleichen. (Gesamtstaat in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bereits im Jahre 2004; Bund ab 2006). Längerfristig müssen in konjunktuell normalen Zeiten Überschüsse erzielt werden, die eine Tilgung der Schulden ermöglichen. Deshalb muss der eingeschlagene Weg eines verhaltenen Ausgabenkurses auf allen staatlichen Ebenen bei gleichzeitiger Verbesserung der Ausgabenstruktur nach der Devise: „Zukunftsinvestitionen statt Zinszahlungen“ fortgesetzt werden.

2. Steuerreform 2000

Die Steuerlast, aber insbesondere auch die Grenzsteuersätze in Deutschland waren zu hoch. Die Bundesregierung hat sie deshalb mit der Steuerreform 2000 reduziert. Allein in 2001 werden die Steuerzahler rund 45 Mrd. Mark weni-

ger an Steuern zahlen müssen. In zwei weiteren Schritten wird die Entlastung 2003 und 2005 gesteigert. Allein in 2005 wird die Entlastung rund 65 Mrd. Mark betragen. Berücksichtigt man die anderen Entlastungen aus den steuerpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung, ergibt sich eine Entlastung von rund 95 Mrd. DM jährlich ab 2005 (gegenüber 1998).

Mit der Steuerreform ist international die Reformfähigkeit Deutschlands unter Beweis gestellt. Für ausländische Investoren ist Deutschland als Investitionsstandort wieder interessant geworden. Gleichzeitig ist das deutsche Steuerrecht beschäftigungsorientiert, wachstumsfördernd und sozial gerecht umgestaltet worden.

Auch die Kommunalen Spitzenverbände haben die Bundesregierung bei der Steuerreform unterstützt. Die Vertreter aller Gebietskörperschaften waren und sind sich über die Notwendigkeit von Steuererleichterungen für alle Steuerzahler einig, für die privaten Haushalte ebenso wie für die Unternehmen. Die Kommunen tragen ihren Teil an den Finanzierungslasten. Ihre Bereitschaft war wichtig, um die Reform überhaupt durchsetzen zu können.

Die Einnahmeverluste der Kommunen wegen der Steuerreform 2000 halten sich in Grenzen. Mit einem Anteil von 8,9 % am Finanzierungsvolumen der Netto-Entlastung sind die Kommunen im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2006 an den Gesamtlasten nur unterproportional beteiligt. Ihr Anteil an allen Steuereinnahmen beträgt im Jahr 2000 rund 12,2 %. Insgesamt werden die Kommunen – trotz erhöhter Gewerbesteuerumlage – also geringer belastet als es ihrem Anteil am Steueraufkommen entspricht.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung ihre Zusage eingehalten, in der ersten Stufe der Unternehmenssteuerreform keine wesentlichen Änderungen des Gewerbesteuerrechts vorzunehmen. Auch die jetzt mögliche pauschalierte Teilanrechnung der Gewerbesteuer mit dem

1,8fachen Messbetrag lässt die Gewerbesteuer in ihrer Substanz unverändert, da die Unternehmen die als solche nach wie vor geschuldete Gewerbesteuer lediglich mit der Einkommensteuer verrechnen dürfen. Diese Entlastung wird daher zu 85 % von Bund und Ländern finanziert. Für die Kommunen besteht deswegen auch kein Anlass, die Gewerbesteuer-Hebesätze unter Berufung auf die Gewerbesteuer-Teilanrechnung zu erhöhen.

Durch die Anhebung der Gewerbesteuerumlage wird eine angemessene Beteiligung der Gemeinden an der Finanzierung der Nettoentlastungen der Reform sichergestellt. Von den finanzierenden Maßnahmen der Unternehmenssteuerreform, die auf den Ausgleich der Mindererinnahmen von Bund und Ländern bei der Körperschaftsteuer gerichtet sind, profitieren über die Gewerbesteuer auch die Gemeinden, die von den Mindereinnahmen bei der Körperschaftsteuer nicht betroffen sind. Ohne Anpassung der Gewerbesteuerumlage würden Bund und Länder die Reform allein finanzieren, während die Gemeinden Mehreinnahmen in Milliardenhöhe zu verzeichnen hätten.

Wichtig ist, dass den Gemeinden bei der Gewerbesteuer keine nennenswerten Mindereinnahmen entstehen. Es werden lediglich reformbedingte Mehreinnahmen für eine ausgewogene Finanzierung der Reform durch Bund, Länder und Gemeinden herangezogen. Daher ist die Anhebung der Gewerbesteuerumlage so ausgestaltet, dass den Gemeinden in etwa Einnahmen in der Größenordnung abgeschöpft werden, die an Gewerbesteuermehreinnahmen zu erwarten sind.

3. Zukunftsinvestitionen

Neben der Haushaltssanierung und Rückführung der Abgabenlast wird eine Verbesserung der Qualität der Staatsausgaben als weiteres Ziel der Finanzpolitik der Bundesregierung verfolgt. Das bedeutet, dass im Rahmen der Konsolidie-

rungsstrategie zukunftsorientierte Ausgaben einen höheren Anteil an den Gesamtausgaben bekommen müssen.

Ein wesentlicher Schritt hierbei ist zunächst die Verwendung der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung in Höhe von fast 100 Mrd. DM. Diese Einnahmen sind in vollem Umfang zur Reduzierung der Staatsschulden genutzt worden. Durch die Schuldentilgung verringern sich die Zinsausgaben des Bundes um jährlich rund 5 Mrd. DM (rund 2,6 Mrd. €). Damit finanziert die Bundesregierung Zukunftsinvestitionen wie die BAföG-Novelle, die Verstärkung der Verkehrsinvestitionen sowie ein Zukunftsinvestitionsprogramm bis 2003. Profitieren werden davon die Bereiche Verkehr, Forschung und Bildung sowie Energie.

Beim Zukunftsinvestitionsprogramm profitieren die Kommunen durch einen Investitionsschub für die Straße mit einem Ortsumgehungsprogramm. Das wird die Lebensqualität vieler Bürgerinnen und Bürger ganz entscheidend verbessern. Dafür stellt der Bund in den Jahren 2001 bis 2003 jährlich 900 Mio. DM (rund 460 Mio. €) zur Verfügung. Außerdem werden jährlich bis 2005 weitere 400 Mio. DM (rund 205 Mio. €) für das KfW-CO₂-Gebäudesanierungsprogramm zur Verfügung gestellt. Damit können insgesamt über 200 000 Wohnungen saniert werden.

Diese Programme bringen Aufträge auch für die örtlichen Unternehmen, deren Gewinne steigen werden. Ein Teil der Bundesausgaben fließt damit über die Gewerbesteuer und die Einkommensteuer auch an die Kommunen.

4. Rentenreform

Unter den großen Reformvorhaben ist neben der Steuerreform die Rentenreform von zentraler Bedeutung. Zu ihr gehört die Einführung einer sozialen Grundsicherung ab 2003 für Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben oder voll erwerbsgemindert sind.

Kernelement des Grundsicherungsgedankens ist eine Leistungsgewährung, bei der eigenes Einkommen und Vermögen der betroffenen Personen selbst vorrangig berücksichtigt, auf einen Unterhaltsrückgriff gegenüber deren Kindern und Eltern jedoch verzichtet wird.

Um einen ordnungspolitischen Systembruch zu vermeiden, hat sich die Bundesregierung bei der Wahl des Leistungssystems gegen die Rentenlösung entschieden (keine Neuauflage der Diskussion um „versicherungsfremde Leistungen“). Die Grundsicherung ist auch nicht wie ursprünglich vorgesehen im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes verankert worden. Sie ist nunmehr im Rahmen eines eigenständigen Leistungsgesetzes geregelt. Auf die Forderungen der kommunalen Ebene hat die Bundesregierung damit reagiert.

Die Leistungssystematik entspricht gleichwohl den Regelungen des Bundessozialhilfegesetzes. Wesentlicher Unterschied ist der Ausschluss eines Unterhaltsrückgriff gegenüber Eltern und Kindern der betroffenen Personen, sofern deren Jahreseinkommen unter 100 000 Euro liegt. Darüber hinaus werden die einmaligen Leistungen für Grundsicherungsempfänger angesichts ihrer typischerweise langandauernden Leistungsberechtigung pauschaliert. Dabei orientiert sich die Höhe der Pauschale am statistisch ermittelten durchschnittlichen Umfang dieser Leistungen im Sozialhilferecht.

Vorbehalte der Kommunen gegen die neue Lösung haben ihre Wurzeln wohl in befürchteten zusätzlichen Belastungen. Es stand jedoch nie in Frage, dass die Träger der Grundsicherung für ihnen durch die Einführung der Grundsicherung entstehende zusätzliche Belastungen eine volle Kompensation erhalten sollten.

Die Auswahl eines geeigneten Kompensationsinstrumentes war nicht einfach. Der Bund hat sich für eine Regelung im Rahmen des Wohngeldes entschieden, weil so im Vergleich der Länder untereinander die größtmögliche Verteilungsge rechtigkeit sichergestellt wird.

Als Ausgleichsvolumen stehen jährlich 800 Mio. DM (409 Mio. €) zur Verfügung. Um mittel-, langfristige und besonders demographische Entwicklungen berücksichtigen zu können, ist im Gesetz eine turnusmäßige Überprüfung alle zwei Jahre und erforderlichenfalls eine Anpassung der Kompensation vorgesehen. Die Kommunen als Träger der Grundsicherung werden damit im Ergebnis auch von prognostischen und demographischen Risiken weitgehend freigehalten.

5. Kommunalfinanzen 2000

Finanzierungssalden in Mrd. DM

Gebietseinheit	1998	1999	2000
Kommunen alte Länder	+ 5,58	+ 4,93	+ 3,51
Kommunen neue Länder	- 0,83	- 0,42	+ 0,26
Kommunen insgesamt:	+ 4,75	+ 4,51	+ 3,77

Quelle: Kassenstatistik

Die kommunale Ebene insgesamt und die Kommunen in den alten Ländern wiesen – nachdem 1997 noch Finanzierungsdefizite anfielen – in den Jahren 1998 bis 2000 deutliche Überschüsse aus.

Die positive Entwicklung wurde im Jahr 2000 bei den **Kommunen in den alten Ländern** bei leicht gestiegenen Einnahmen durch anhaltende Konsolidierungsbemühungen getragen. Wie in den Vorjahren erhöhten sich die Personalausgaben nur moderat. Die Maßnahmen der Bundesregierung (z. B. aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Kindergelderhöhungen) wirkten auch entlastend auf die Sozialhaushalte. Die Investitionsausgaben der Kommunen insgesamt konnten aufgrund der Finanzierungsüberschüsse der letzten drei Jahre nach 1997 auch im Jahr 2000 wieder erhöht werden. Dabei ergaben sich durchaus unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Ländern. So zeigt beispielsweise eine länderweise Betrachtung, dass die Finanzierungsüberschüsse der westdeutschen Kommunen zu 92 % auf drei Länder entfielen: 43 % auf die Kom-

munen in Baden-Württemberg (1,62 Mrd. DM), 34 % auf die Kommunen in Hessen (1,28 Mrd. DM) und 15 % auf die Kommunen in Nordrhein-Westfalen (0,57 Mrd. DM), wobei die Aufteilung der Finanzierungsüberschüsse sich in etwa in der Entwicklung der Investitionsausgaben widerspiegelt.

Die **Kommunen in den neuen Ländern** reduzierten ihre Defizite 1998 und 1999 jeweils um die Hälfte. Für das Jahr 2000 liegt – bei rückläufigen Einnahmen – erstmals ein knapp positives Ergebnis vor. Dies war in stärker rückläufigen Ausgaben – vor allem im fortgesetzten Rückgang bei den Personalausgaben – begründet. Die Ausgaben für soziale Leistungen erhöhten sich – auch aufgrund der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik der Bundesregierung – nur leicht, lagen jedoch im vergangenen Jahr je Einwohner erst bei rund 67 % des westdeutschen Wertes. Im Rahmen der Konsolidierung wurden die Investitionsausgaben stark zurückgenommen, lagen jedoch je Einwohner nach wie vor deutlich über dem westdeutschen Niveau. Im konsumtiven Bereich sind weitere Konsolidierungsbemühungen erforderlich, da nur so Spielräume für wieder zunehmende Kommunalinvestitionen eröffnet werden können.

Gemessen an Bund und Ländern befinden sich die Kommunen nach wie vor in einer besseren Finanzlage. Dazu tragen selbstverständlich die Besonderheiten des kommunalen Haushaltsrechts bei. Es darf auch nicht übersehen werden, dass sich hinter der insgesamt guten Situation der Kommunalhaushalte ein vielschichtiges Bild verbirgt, das zahlreichen Kommunen mit einer schwachen Wirtschaftsstruktur – insbesondere in den neuen Ländern – weiterhin erhebliche Konsolidierungsanstrengungen abverlangt. Der Bund kann aber trotz dieser Einschränkungen bei der Betrachtung der kommunalen Finanzen nur von den vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellten aggregierten Daten der Kommunen ausgehen. Denn nach den Grundsätzen unseres föderativen Staatsaufbaus und der Zweistufigkeit der Finanzverfassung fällt die Ausgestaltung der Finanzsituation der Kommunen ausschließlich in

die Zuständigkeit des jeweiligen Landes, das für eine aufgabengerechte Finanzausstattung und einen ausgewogenen Ausgleich unterschiedlicher Finanzentwicklungen seiner Kommunen zu sorgen hat.

6. Maßnahmen des Bundes zur Entlastung der Sozialhaushalte der Kommunen

Von kommunaler Seite wird teilweise der Vorwurf erhoben, der Bund belaste einseitig die kommunale Ebene, ohne die entsprechenden Finanzierungsmittel bereitzustellen. Dem ist nicht so. Im Folgenden werden deshalb entlastende Maßnahmen des Bundes, die seit Amtsantritt der neuen Bundesregierung zu spürbaren Entlastungen besonders auch der Sozialhaushalte der Kommunen, aber auch der Länderhaushalte geführt haben, dargestellt.

Familienleistungsausgleich: Eine Erhöhung des Kindergeldes um 10 DM monatlich entlastet die Sozialhilfe grundsätzlich um etwa 120 Mio. DM jährlich. Für die Kindergelderhöhungen der laufenden Legislaturperiode bedeutet dies:

Die zum 1. Januar 1999 vorgenommene Kindergelderhöhung (von 220 auf 250 DM für 1. und 2. Kinder) hat die Sozialhaushalte der Kommunen pro Jahr um ca. 360 Mio. DM entlastet. Da im Zusammenhang mit der zum 1. Januar 2000 erfolgten Anhebung des Kindergeldes (von 250 auf 270 DM für 1. und 2. Kinder) ein der Höhe nach identischer Betrag im Sozialhilferecht anrechnungsfrei gestellt worden ist, ist diese im Ergebnis ohne Entlastungswirkung geblieben. Die von der Bundesregierung im Zuge des Entwurfs eines Zweiten Gesetzes zur Familienförderung vorgesehene erneute Erhöhung des Kindergeldes um ca. 30 DM (von 270 auf 300 DM für 1. und 2. Kinder) wird hingegen die entlastende Wirkung auf dann jährlich insgesamt ca. 720 Mio. DM verdoppeln.

Arbeitsmarktpolitik: Die Reformpolitik der Bundesregierung hat zu einem nachhaltigen

Abbau der Arbeitslosigkeit und spürbar zunehmender Beschäftigung geführt. Die Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt stieg von 33,5 Mio. in 1998 auf 34,5 Mio. in 2000. 2001 werden 34,8 Mio. Beschäftigte erwartet. Die Zahl der Arbeitslosen sank im Zeitraum 1998 bis 2000 von 4,3 Mio. auf 3,9 Mio. 2001 wird eine weitere Abnahme auf 3,7 Mio. Arbeitslose prognostiziert. Mittelbar kommt es dadurch auch zu einer Entlastung der Sozialhaushalte der Kommunen.

Das im Rahmen des Zukunftsprogramms beschlossene Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wird mit einem Volumen von 2 Mrd. DM fortgesetzt. Dieses Programm sowie die Verfestigung der Arbeitsmarktpolitik allgemein tragen ganz wesentlich zur Begrenzung der Sozialhilfe gerade auch in den neuen Ländern bei.

Die Ausgaben für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik des Bundes (Bundesanstalt für Arbeit und Bundeshaushalt) sind von 39 Mrd. DM in 1998 (Ist) auf 44,4 Mrd. DM in 2001 (Soll) angestiegen. Von den zusätzlichen 5,4 Mrd. DM entfallen 2 Mrd. DM auf das Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. 3,4 Mrd. DM entfallen auf die übrigen aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie berufliche Weiterbildung, Lohnkostenzuschüsse bei Wiedereingliederung Arbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt, ABM und SAM (Strukturanpassungsmaßnahmen).

Mittelbar führt der Einsatz der Mittel im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik des Bundes zu einer spürbaren Entlastung der Sozialhaushalte von Ländern und Kommunen (z.B. durch Förderung von Sozialhilfeempfängern, Minderausgaben beim Wohngeld, weniger ergänzende Sozialhilfe sowie übrige soziale Leistungen). Die genaue Entlastung ist schwer zu quantifizieren. Bezogen auf das Ausgabevolumen von 44,4 Mrd. DM ist aber von einer Entlastung der Sozialhaushalte von Ländern und Kommunen in Milliardenhöhe auszugehen. Das große Interesse der Länder und Kommunen an der

Arbeitsmarktpolitik des Bundes belegt diese Entlastungseffekte.

Heizkostenzuschuss: Zur Abfederung von Mehrbelastungen durch gestiegene Ölpreise hat der Bund einen Heizölkostenzuschuss in Höhe von 1,4 Mrd. DM gewährt. Bei den Haushalten von Sozialhilfeempfängern kann dies zu Einnahmen von ca. 450 Mio. DM führen, die den Kommunen in voller Höhe als Entlastung zugute kommen.

7. Weitere Maßnahmen des Bundes

Die Beteiligungsrechte der kommunalen Spitzenverbände sind im Rahmen der gesetzgeberischen Tätigkeit des Bundes durch die seit dem 1. September 2000 geltende neue gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien deutlich verbessert worden. Wichtigste Neuerung der GGO ist, dass die kommunalen Spitzenverbände bereits im Vorfeld des Entwurfs von Referentenentwürfen zu beteiligen sind. Bei entsprechender Umsetzung und Beachtung dieser Geschäftsordnung sind ausreichende Beteiligungs- und Einbindungsmöglichkeiten der kommunalen Spitzenverbände bei Gesetzesvorhaben des Bundes gewährleistet.

Von kommunaler Seite wird die verbesserte Einbindung der kommunalen Spitzenverbände z.B. beim Steuersenkungsgesetz als positiv gewertet.

Finanzialer Ausgleich für ostdeutsche Städte: Die Städte in den neuen Ländern erhalten als Ausgleich für die von der Treuhandanstalt privatisierten Kommunalobjekte 125 Mio. DM. Gemeint sind damit Grundstücke, die den ostdeutschen Städten, Gemeinden und Landkreisen nach dem Vermögenszuordnungsgesetz zustanden, die jedoch von der Treuhandanstalt bei Unternehmensprivatisierungen veräußert worden sind.

Die Mittel des Bundes werden aufgrund einer Rahmenvereinbarung zwischen dem Bund, den

Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden an die betroffenen Städte und Gemeinden verteilt. Mit dieser Lösung konnte eine langjährige Auseinandersetzung mit dem Bund einvernehmlich beendet werden.

8. Weitere wichtige kommunalrelevante Themen

Gemeindefinanzreform: Die kommunalen Spitzenverbände fordern seit Jahren eine Diskussion zur Fortsetzung der Gemeindefinanzreform. Auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Leipzig wurde erneut eine entsprechende Resolution verabschiedet.

In der Koalitionsvereinbarung enthaltene Aussagen zu einer umfassenden Überprüfung des Gemeindefinanzsystems in dieser Legislaturperiode können nicht eingelöst werden. Die politischen Beratungen zur Neugestaltung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs lassen für die Behandlung eines so komplexen Themas wie der Gemeindefinanzreform keinen Raum.

Zukunft der Gewerbesteuer: Die Gewerbesteuer steht in der Kritik – sowohl bei der Wirtschaft als auch bei den Kommunen (z. B. als Sondersteuer für mittlere und große Betriebe; wegen ihrer Konjunkturabhängigkeit; im internationalen Kontext wird sie als Zusatzbelastung der deutschen Wirtschaft empfunden; sie führt zu einer Komplizierung des Steuerrechts).

Das BMF vertritt hierzu die Auffassung, dass ein geeigneter Ersatz für die Gewerbesteuer nur im Benehmen mit der kommunalen Seite erreicht werden kann. In diesem Sinne schlagen die Brühler Empfehlungen zur Reform der Unternehmensbesteuerung vor, mittelfristig die Möglichkeit einer Integration der Gewerbesteuer in die Unternehmensbesteuerung zu prüfen, ohne die finanziellen Interessen der Gemeinden zu beeinträchtigen und ihr Hebesatzrecht auszuhöhlen. Jede Neuregelung wird sich an Artikel 28 Abs. 2 Satz 3 GG messen lassen müssen, in dem festge-

legt ist, dass zu den Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung der Gemeinden eine mit Hebesatzrecht versehene wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle gehört.

Konnexität: Seit Jahren fordern die Kommunen (insbesondere seit dem vom Bundesgesetzgeber geschaffenen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz) auch vom Bund, jede neue Aufgabenzuordnung auf die Kommunen mit einem vollständigen finanziellen Ausgleich zu verknüpfen. Der Bund lehnt dies ab. Er ist den Kommunen aber mit verbesserten Mitwirkungsrechten der kommunalen Spitzenverbände an der Gesetzgebung des Bundes entgegekommen.

Die bestehende Finanzverfassung nimmt eine klare Zuordnung von Aufgaben- und Finanzierungskompetenz in der Weise vor, dass die Finanzierungsverantwortung einer staatlichen Ebene mit ihrer Verwaltungszuständigkeit, eine bestimmte staatliche Aufgabe auszuführen, verknüpft wird (Konnexitätsprinzip). In dieses klare System von Aufgabenzuweisung und Finanzierungsverpflichtung sind die Gemeinden als Teile der Länder einbezogen. Insbesondere unter Effizienzgesichtspunkten hat sich dieser tragende Verfassungsgrundsatz bewährt.

Im Aufgabenbereich der Länder steht es zur Disposition des Landesgesetzgebers, der kommunalen Ebene staatliche Aufgaben zuzuordnen. Die unter demselben Stichwort Konnexität laufenden finanziellen Folgefragen zwischen Ländern und Kommunen sind durch die Urteile mehrerer Staatsgerichtshöfe (Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen) in der Weise geklärt, dass die Kommunen bei Aufgabenübertra-

gungen die Bereitstellung zumindest angemessener Finanzmittel durch ihr Land beanspruchen können.

Finanzverfassungsreform: Am 16. Dezember 1999 haben die Regierungschefs von Bund und Ländern den Auftrag erteilt, Vorschläge für eine Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung einschließlich der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern sowie der Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 11. November 1999 zu entwickeln.

Entsprechend dem Ergebnis zwischenzeitlicher Besprechungen des Bundeskanzlers mit den Ministerpräsidenten der Länder haben sich die Gespräche zunächst vordringlich auf die Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs nach den Vorgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichts und den damit zusammenhängenden Fragen der Fortsetzung des Aufbaus Ost konzentriert. Die Umsetzung des Urteils ist vordringlich und steht insgesamt unter großem Zeitdruck. Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf für ein Maßstäbegesetz vorgelegt, auf dessen Grundlage gemeinsam mit den Ländern eine langfristig tragfähige Neukonzeption des bundesstaatlichen Finanzausgleichs geschaffen werden soll. Zugleich wird hiermit ein zentrales Element der Finanzverfassung gesetzlich neu geregelt.

Gleichwohl haben die Regierungschefs des Bundes und der Länder am 23. Juni 2001 die Auffassung begründigt, im Zusammenhang mit der Neuordnung des Finanzausgleichs auch über die Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung zu verhandeln und dabei zunächst die Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Mischfinanzierungen zu vereinbaren.

18. Subventionsbericht der Bundesregierung – Der Subventionsabbau schreitet voran

1. Grundsätze der Subventionspolitik	71
2. Subventionsentwicklung	72
3. Gesetzliche Grundlage und Subventionsbegriff	74
4. Fortsetzung des Subventionsabbaus	76

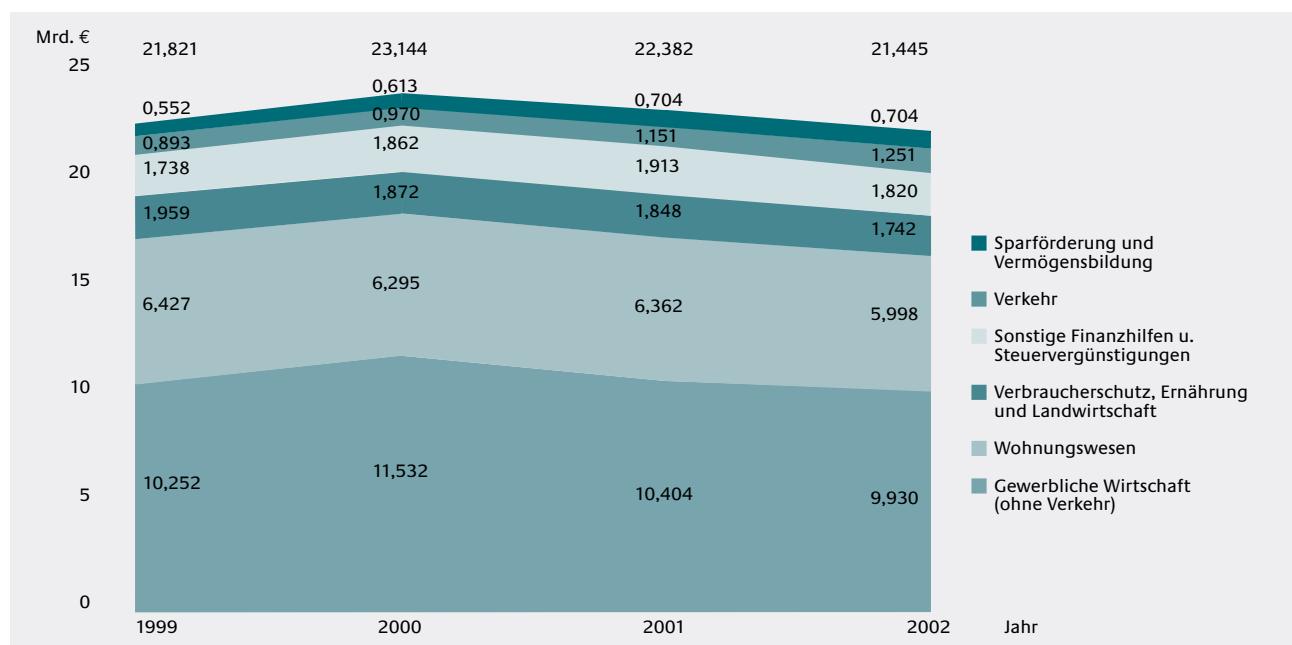
1. Grundsätze der Subventionspolitik

Die Bundesregierung treibt den konsequenten Abbau von Subventionen voran. Ziel der Bundesregierung ist dabei ein Subventionsabbau mit Augenmaß, der Impulse für notwendige Umstrukturierungen in bestimmten Wirtschaftszweigen – wie dies beispielsweise in der Landwirtschaft geschieht – mit der erforderlichen Zeit für derartige Umstrukturierungen verbindet.

Dauerhafte Subventionen können zu Verzerrungen des unternehmerischen Preis-Leistungs-wettbewerbs führen und so Fehlallokationen von Ressourcen hervorrufen. Ein verzögerter Strukturwandel sowie die Beeinträchtigung von wirtschaftlichem Wachstum und Beschäftigung wären die Folge. Subventionen sollen aus diesem Grund den nationalen und internationalen Wettbewerb möglichst nicht beeinträchtigen.

Der umfassende Abbau von Subventionen bleibt auch unter haushaltspolitischen Gesichtspunkten eine Daueraufgabe. Die Finanzierung wichtiger staatlicher Aufgaben wird durch Subventionen begrenzt. Ohne gleichzeitige Rückführung anderer Ausgaben und bei Begrenzung der Staatsverschuldung führt ein Ausbau der Subventionen zu einer erhöhten Belastung der Bürger und Unternehmen mit Steuern und Abgaben. Nur durch möglichst sparsame und zugleich wirksame Gewährung von staatlichen Hilfen können die öffentlichen Haushalte entlastet und kann die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft dauerhaft gefördert werden.

Entwicklung der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes nach Wirtschaftszweigen in den Jahren 1999 bis 2002



2. Subventionsentwicklung

Nach § 12 StWG (Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft) hat die Bundesregierung alle zwei Jahre Bundestag und Bundesrat einen Bericht über die Entwicklung der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen zusammen mit dem Entwurf des Bundeshaushalts

vorzulegen. Der 18. Subventionsbericht stellt die Finanzhilfen des Bundes und die auf den Bund entfallenden Steuervergünstigungen im Zeitraum 1999 bis 2002 dar. Er wurde am 18. Juli 2001 im Bundeskabinett verabschiedet und belegt weitere Fortschritte in der Rückführung von Subventionen – bei unterschiedlichen Entwicklungen in Einzelbereichen.

Entwicklung der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes in den Jahren 1999 bis 2002

– in Mio. €⁻¹

Bezeichnung	1999				2000				2001				2002			
	Ins- gesamt	Finanz- hilfen	Steuer- ver- günsti- gungen													
		Ist			Ist			Ist			Ist			Ist		
1. Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	1 959	1 827	132	1 872	1 754	118	1 848	1 510	338	1 742	1 347	395				
2. Gewerbliche Wirtschaft (ohne Verkehr)																
2.1. Bergbau darunter: Absatz- und Stilllegungshilfen für die Steinkohleindustrie	4 324	4 308	16	3 991	3 972	19	3 715	3 696	19	3 069	3 050	19				
	3 894	3 894	–	3 712	3 712	–	3 380	3 380	–	2 929	2 929	–				
2.2. Rationelle Energieverwendung und erneuerbare Energien	39	38	1	68	67	1	182	181	1	124	123	1				
2.3. Technologie- und Innovationsförderung	419	419	–	394	394	–	416	416	–	398	398	–				
2.4. Hilfen für bestimmte Industriebereiche	134	134	–	139	139	–	219	219	–	192	192	–				
2.5. Regionale Strukturmaßnahmen	1 687	999	688	2 023	896	1 127	1 722	812	910	1 569	700	869				
2.6. Gewerbliche Wirtschaft allgemein	3 650	647	3 003	4 918	467	4 451	4 151	283	3 868	4 577	267	4 310				
Summe 2.	10 252	6 544	3 708	11 532	5 934	5 598	10 404	5 606	4 798	9 930	4 731	5 199				
3. Verkehr	893	16	877	970	4	966	1 151	6	1 145	1 251	36	1 215				
4. Wohnungswesen	6 427	2 081	4 346	6 295	1 922	4 373	6 362	1 908	4 454	5 998	1 605	4 393				
5. Sparförderung und Vermögensbildung	552	423	129	613	451	162	704	511	193	704	500	204				
6. Sonstige Finanzhilfen und Steuervergünstigungen ²	1 738	0	1 738	1 862	0	1 862	1 913	0	1 913	1 820	0	1 820				
Ausnahmeregelungen der Ökol. Steuerreform	1 774	–	1 774	3 252	–	3 252	4 019	–	4 019	4 613	–	4 613				
Summe 1. bis 6. ohne Ausnahmeregelungen der Ökol. Steuerreform	20 048	10 892	9 156	19 892	10 065	9 827	18 364	9 542	8 822	16 832	8 219	8 613				
Summe 1. bis 6.³	21 822	10 892	10 930	23 144	10 065	13 079	22 383	9 542	12 841	21 445	8 219	13 226				

¹ Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

² Überwiegend Steuervergünstigungen, die unmittelbar privaten Haushalten zugute kommen, aber das Wirtschaftsgeschehen in wichtigen Bereichen beeinflussen.

³ Teilweise geschätzt.

- Die *Finanzhilfen* des Bundes sinken deutlich von 10,9 Mrd. € im Jahr 1999 auf rund 8,2 Mrd. € im Jahr 2002. Das bedeutet eine Reduzierung um 2,7 Mrd. € bzw. 24,5 %. Entscheidend für die Reduzierung der Finanzhilfen ist u. a. ein Rückgang bei den Zuwendungen an den Bergbau um 1,3 Mrd. € und eine Abnahme der Hilfen an das Wohnungswesen um 476 Mio. €. In der über den Berichtszeitraum 1999 bis 2002 hinausgehenden mittelfristigen Finanzplanung ist ein weiterer Abbau der Finanzhilfen auf 6,5 Mrd. € vorgesehen. Im Vergleich zum Jahr 2001 bedeutet dies eine Reduzierung um 31,6 %.
- Bei der Entwicklung der *Steuervergünstigungen* ist mit den Ausnahmeregelungen der Ökologischen Steuerreform ein Sondertatbestand zu berücksichtigen. Diese Ausnahmeregelungen wurden vor allem angesichts des Fehlens einer EU-weiten Lösung zur Besteuerung von Energieerzeugnissen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zugelassen. Die hiermit verbundenen Steuermindereinnahmen steigen von 1,8 Mrd. € im Jahr 1999 auf 4,6 Mrd. € im Jahr 2002 und damit um 2,8 Mrd. € an. Sie sind damit ausschlaggebend für den insgesamt zu verzeichnenden Anstieg der Steuervergünstigungen in dem betrachteten Zeitraum um rund 2,3 Mrd. €. Ohne Berücksichtigung der Ausnahmeregelungen bei der Ökologischen Steuerreform sinken die Steuervergünstigungen von 9,2 Mrd. € im Jahr 1999 auf 8,6 Mrd. € in 2002. Das bedeutet eine Reduzierung um 5,9 %.

Insgesamt überwiegt der Abbau der Finanzhilfen den Anstieg der Steuervergünstigungen. Die Subventionen des Bundes sinken im Zeitraum 1999 bis 2002 von rund 21,8 Mrd. € auf 21,4 Mrd. €, also um 1,7 %. Ohne Berücksichtigung der Ausnahmeregelungen bei der Ökologischen Steuerreform sinken die Subventionen des Bundes in dem betrachteten Zeitraum von 20,0 Mrd. € auf 16,8 Mrd. €. Sie sinken damit um 3,2 Mrd. € oder um 16,0 %.

Die Bundesregierung räumt dem Aufbau in den neuen Ländern weiterhin hohe Priorität ein. Eine Rückführung von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen findet im Einklang mit den Entwicklungsfortschritten in den neuen Ländern statt. Insgesamt gehen die Finanzhilfen, die ausschließlich für die neuen Länder bestimmt sind, von 2084 Mio. € auf 1596 Mio. € zurück. Die Steuervergünstigungen für die neuen Länder steigen dagegen im Zeitraum 1999 bis 2002 von 1574 Mio. € in 1999 zunächst auf 2506 Mio. € in 2000 an, bevor sie auf 1899 Mio. € absinken. Diese Entwicklung ist insbesondere auf das Investitionszulagengesetz 1999 zurückzuführen.

Der bedeutendste Subventionsempfänger insgesamt ist die *Gewerbliche Wirtschaft* einschließlich Bergbau mit 9,9 Mrd. € im Jahr 2002. Auf sie entfallen rund 46 % aller Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes. Auch hier ist jedoch von 1999 an ein Rückgang der Subventionen um 322 Mio. € zu verzeichnen, der zu einem erheblichen Teil auf die Rückführung der Absatz- und Stilllegungshilfen für die Steinkohleindustrie zurückzuführen ist. Auf das *Wohnungswesen* entfallen als zweitgrößtem Subventionsbereich in 2002, ohne Einbezug der Investitionszulage, rund 6 Mrd. € oder 28 % der Subventionen des Bundes. Die Subventionen für das Wohnungswesen sind ebenfalls rückläufig. Sie sinken in dem betrachteten Zeitraum um 429 Mio. € bzw. 6,7 %. Dies ist unter anderem auf eine Reduzierung der Anzahl im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus geförderter Wohnungen zurückzuführen. Diese Absenkung wurde durch die gute bis sehr gute Wohnungsversorgung breiter Bevölkerungsschichten möglich.

Nachrichtlich werden in dem Subventionsbericht auch die Finanzhilfen der Länder sowie die Marktordnungsausgaben der Europäischen Union und die ERP-Finanzhilfen ausgewiesen. Das so ermittelte *Gesamtvolumen der Subventionen in Deutschland* von 58,1 Mrd. € im Jahr 1999 ging auf 57,8 Mrd. € in 2001 zurück. Der Rückgang ist vor allem auf niedrigere Finanzhilfen des Bundes

(-1,4 Mrd. €) und niedrigere ERP-Finanzhilfen (-0,4 Mrd. €) zurückzuführen.

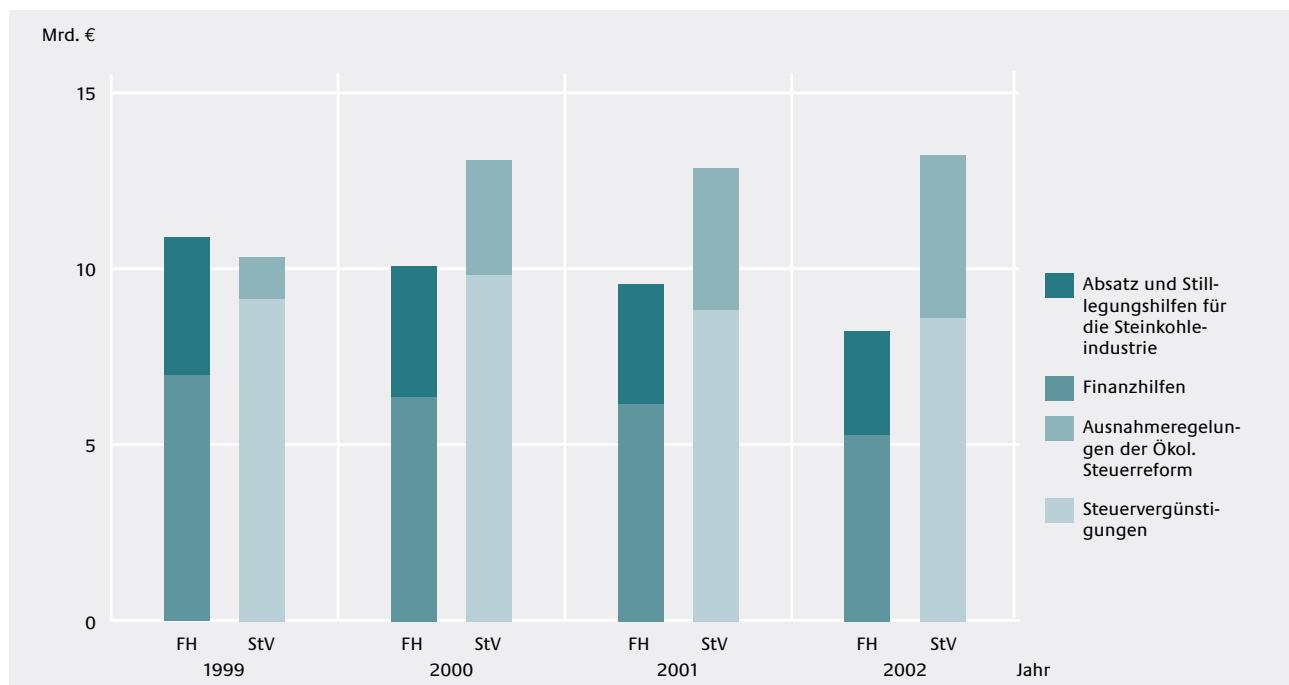
Um einen effizienten Mitteleinsatz zu gewährleisten, müssen alle Subventionen immer wieder auf ihre Effizienz und Notwendigkeit hin überprüft werden. Zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit staatlichen Handelns gehört dazu auch die Kontrolle, ob die jeweilige Maßnahme den gewünschten Erfolg erbringt. Aus diesem Grund enthält der Subventionsbericht auch ein Kapitel zur *Erfolgskontrolle*. Für alle wesentlichen Förderbereiche ist dort im Einzelnen aufgelistet, welche Maßnahmen zur Erfolgskontrolle eingesetzt werden. Diese reichen von der Überprüfung des bestimmungsgemäßen Einsatzes der Mittel durch die zuständigen Ressorts bis hin zu einer Zielerreichungskontrolle mit Soll-Ist-Vergleich. Erfolgskontrollen erleichtern den gezielten Abbau von Subventionen und sind damit wichtiger Bestandteil der Subventionspolitik der Bundesregierung. Eine umfassende Erfolgskontrolle stößt jedoch dort auf Grenzen, wo messbare Kriterien fehlen.

3. Gesetzliche Grundlage und Subventionsbegriff

Die Subventionsabgrenzung des *Bundes* konzentriert sich entsprechend dem gesetzlichen Auftrag auf Hilfen aus dem Bundeshaushalt für private Unternehmen und Wirtschaftszweige. § 12 StWG nennt ausdrücklich Anpassungs-, Erhaltungs- und Produktivitätshilfen des Bundes an Betriebe und Wirtschaftszweige. Daneben werden Sonstige Hilfen berücksichtigt, die in wichtigen volkswirtschaftlichen Bereichen bestimmte Güter und Leistungen für private Haushalte verbilligen und gleichzeitig mittelbar dem Wirtschaftsgeschehen zugerechnet werden können; dies gilt vor allem für die Hilfen im Wohnungsbau. Eine ähnliche Abgrenzung gilt für die Steuervergünstigungen, wobei sie tendenziell umso weniger als Subventionen angesehen werden, je größer der Kreis der Begünstigten ist.

Nicht zu den Subventionen rechnen dagegen finanzielle Aufwendungen des Bundes für allgemeine Staatsaufgaben – wie große Teile der allge-

Entwicklung der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes in den Jahren 1999 bis 2002



meinen Forschungs- und Entwicklungsförderung. Auch Zuweisungen, Zuschüsse und Kapitalaufstockungen bei Bundesunternehmen sowie Bundesbürgschaften sind nicht aufgeführt. Entsprechend seiner speziellen Aufgabe spiegelt der Subventionsbericht nur die Teile der staatlichen Aktivitäten wider, die mittelbar und unmittelbar die Wirtschaft beeinflussen. Über andere staatliche Aufgabenfelder – in denen zum Teil auch subventionsähnliche Zuwendungen eine Rolle spielen – geben verschiedene andere Berichte der Bundesregierung Auskunft, wie z.B. Sozial-, Agrar-, Berufsbildungs-, Wohngeld- und Mieten-, Raumordnungs- und Umweltbericht sowie der Forschungsbericht und der Bundesverkehrswegeplan.

Verschiedene Institutionen haben *andere Subventionsabgrenzungen* als der Bund entwickelt. Dies gilt für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) des Statistischen Bundesamts wie auch für die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, die sich im Rahmen der vom Bund in Auftrag gegebenen Strukturberichterstattung auf einen eigenen Subventionsbegriff geeinigt haben. Die Institute versuchen den Subventionsgrad der gesamten Volkswirtschaft zu erfassen, während der

Subventionsbericht von den Belastungen des Bundeshaushalts im jeweiligen Haushaltsjahr ausgeht.

Ein anderer Ansatz besteht darin, durch Umweltschäden verursachte „externe Kosten“ unter den Subventionsbegriff zu fassen. Wenn die Verursacher (Käufer/Hersteller eines Gutes) nicht mit den vollen Kosten ihres Handelns belastet werden, stelle dies nach derartigen Definitionen eine Subvention dar. In dieser Abgrenzung würde die Ökologische Steuerreform voraussichtlich zu einem spürbaren Abbau der Subventionen führen. Diese Definition würde allerdings von der ansonsten im Subventionsbericht vertretenen Systematik abweichen. Angesichts der Spannbreite der Kalkulationen von externen Kosten sind diese zudem quantitativ in den meisten Fällen kaum erfassbar und wären damit im Rahmen des Subventionsberichts nur sehr bedingt hilfreich.

Aufgrund der Vielzahl möglicher Abgrenzungen des Subventionsbegriffs wird auch im *internationalen Bereich* zur Betrachtung von Subventionen in der Regel eine andere Basis als im Subventionsbericht der Bundesregierung gewählt. Im April 2000 hat die EU-Kommission den achten

Gesamtvolumen der Subventionen von Bund, Ländern und Gemeinden, ERP, EU¹

– in Mrd. € –²

	1970	1975	1980	1985	1990 ³	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001 ⁴
1. Finanzhilfen												
Bund	4,0	5,2	6,4	6,1	7,3	9,4	12,4	11,7	11,4	10,9	10,1	9,5
Länder ⁵	3,0	3,7	6,2	6,2	7,2	10,7	10,9	11,7	11,0	11,3	11,2	11,2
Gemeinden ⁶	0,5	0,5	0,5	0,5	1,1	1,5	1,6	1,7	1,6	1,6	1,6	1,6
2. Steuervergünstigungen												
Bund	3,2	5,0	6,1	8,0	7,9	9,1	9,1	9,5	9,8	10,9	13,1	12,8
Länder, Gemeinden	3,4	5,9	7,2	9,3	9,2	12,9	13,2	13,2	13,1	11,5	12,0	10,5
3. ERP-Finanzhilfen ⁷	0,6	0,7	1,4	1,5	2,9	5,9	5,6	6,8	6,6	6,0	5,7	5,6
4. Marktordnungsausgaben der EU	1,5	1,1	3,2	4,1	4,9	5,4	6,0	5,8	5,6	5,9	5,6	6,6
Gesamtvolumen (Summe 1.–4.)	16,1	22,0	30,9	35,6	40,3	55,0	58,8	60,3	59,0	58,1	59,3	57,8

¹ 1970 bis 1990 altes Bundesgebiet; ab 1991 Bundesgebiet einschließlich der neuen Länder.

² Die Zahlen von 1970 bis 1998 sind zum Kurs von 1 € = 1,95583 umgerechnet.

³ Einschließlich der in den Haushaltssnachträgen veranschlagten Finanzhilfen für die neuen Länder (ohne Abschnitt B des 3. Nachtrags zum Bundeshaushalt 1990).

⁴ Finanzhilfen = Haushaltssoll.

⁵ Quelle: Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister.

⁶ Daten der Gemeinden: Schätzung auf der Grundlage der Subventionsentwicklung der Länder.

⁷ Siehe auch Anlage 6.

⁸ Haushaltsansatz für 2001: Soll.

Beihilfebericht vorgelegt, in dem die nationalen Beihilfen der EU-Länder in den Bereichen Industrie, Landwirtschaft und Fischerei, Kohle, Verkehr, Finanzdienstleistungen, Ausbildung, Tourismus, Medien und Kultur dargestellt werden. Der Subventionsabbau in den EU-Ländern ist in den Jahren 1996 bis 1998 weitgehend durch die rückläufige Beihilfeentwicklung in Deutschland und Italien geprägt.

4. Fortsetzung des Subventionsabbaus

Der konsequente Abbau der Subventionen entspricht dem im „Zukunftsprogramm zur Sicherung von Arbeit, Wachstum und sozialer Stabilität“ festgeschriebenen mehrjährigen Konzept der Bundesregierung zur notwendigen Haushalts-

konsolidierung und wird über den in diesem Subventionsbericht betrachteten Zeitraum hinaus fortgesetzt. Gemäß der *mittelfristigen Finanzplanung* sinken die Finanzhilfen von 1999 bis zum Jahr 2005 von 10,9 Mrd. € auf 6,5 Mrd. €. Im Vergleich zum Jahr 2001 bedeutet dies eine Reduzierung um rund 31,6 %. Entscheidende Bereiche für diese Rückführung sind die Hilfen für den Bergbau, sie sinken von 4,3 Mrd. € in 1999 auf 2,2 Mrd. € in 2005, sowie die Hilfen für das Wohnungswe- sen, sie gehen von 2 Mrd. € in 1999 auf 912 Mio. € in 2005 zurück. Die Steuerpolitik der Bundesregie- rung führt dazu, dass die Attraktivität von Steuer- vergünstigungen auch über das Jahr 2005 hinaus sinken wird. Damit verbessert die Steuerreform 2000 auch perspektivisch die Chancen, Steuerver- günstigungen und sonstige steuerliche Regelun- gen weiter zu reduzieren.



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur aktuellen wirtschaftlichen Lage	82
Übersichten und Grafiken zur aktuellen Finanzwirtschaftlichen Entwicklung	112
Übersichten und Grafiken zur aktuellen Entwicklung der Länderhaushalte	130
Statistischer Anhang zur aktuellen wirtschaftlichen Lage	135

Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de enthalten.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur aktuellen wirtschaftlichen Lage

1.	Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	82
2.	Arbeitsmarkt	84
2.1	Bundesrepublik Deutschland	84
2.2	Früheres Bundesgebiet	86
2.3	Neue Länder und Berlin-Ost	88
3.	Produzierendes Gewerbe	90
3.1	Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes	90
3.1.1	Bundesrepublik Deutschland	90
3.1.2	Früheres Bundesgebiet	92
3.1.3	Neue Länder und Berlin-Ost	94
3.2	Auftragseingang/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes	96
3.2.1	Bundesrepublik Deutschland	96
3.2.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	98
3.3	Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes	100
3.3.1	Bundesrepublik Deutschland	100
3.3.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	102
4.	Privater Konsum	104
5.	Außenwirtschaft	106
6.	Preise	108
6.1	Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise	108
6.2	Weltmarktpreise, Außenwert der DM, Außenhandelspreise	110

Übersichten und Grafiken zur aktuellen Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1.	Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen	112
2.	Gewährleistungen	113
3.	Veröffentlichungskalender der Monatsberichte	113
4.	Bundshaushalt 2000 bis 2005	114
5.	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005	115
6.	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Regierungsentwurf 2002	117
7.	Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1996 bis 2002	121
8.	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2001	122
9.	Steuer- und Abgabenquoten	123
10.	Entwicklung der öffentlichen Schulden	124
11.	Steueraufkommen nach Steuergruppen	125
12.	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltsalden	126
13.	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	127

14.	Steuerquote im internationalen Vergleich	128
15.	Abgabenquote im internationalen Vergleich	129

Übersichten und Grafiken zur aktuellen Entwicklung der Länderhaushalte

1.	Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2001 im Vergleich zum Jahressoll 2001	130
2.	Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2001	130
3.	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder	131
4.	Die Einnahmen und Ausgaben und Kassenlage der Länder Ende des Monats Juni 2001	132

Statistischer Anhang zur aktuellen wirtschaftlichen Lage

Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de enthalten.

*1.	Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	135
*2.	Arbeitsmarkt	136
*2.1	Früheres Bundesgebiet	136
*2.2	Neue Länder und Berlin-Ost	137
*3.	Produzierendes Gewerbe	138
*3.1	Produktion des Produzierenden Gewerbes	138
*3.1.1	Bundesrepublik Deutschland	138
*3.1.2	Früheres Bundesgebiet	140
*3.1.3	Neue Länder und Berlin-Ost	142
*3.2	Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes	144
*3.2.1	Bundesrepublik Deutschland	144
*3.2.1.1	Werte	144
*3.2.1.2	Volumen	145
*3.2.2	Früheres Bundesgebiet	146
*3.2.2.1	Werte	146
*3.2.2.2	Volumen	147
*3.2.3	Neue Länder und Berlin-Ost	148
*3.2.3.1	Werte	148
*3.2.3.2	Volumen	149
*3.3	Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes	150
*3.3.1	Bundesrepublik Deutschland	150
*3.3.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	151
*3.4	Lage in der Bauwirtschaft	152
*3.4.1	Bundesrepublik Deutschland	152
*3.4.2	Früheres Bundesgebiet	153
*3.4.3	Neue Länder und Berlin-Ost	154
*4.	Löhne und Gehälter	155
*5.	Außenwirtschaft	156
*5.1	Einfuhr nach Warengruppen	156

*5.2	Ausfuhr nach Warengruppen	157
*5.3	Einfuhr nach Ländergruppen und Ländern	158
*5.4	Ausfuhr nach Ländergruppen und Ländern	159
*5.5	Struktur des Außenhandels nach Warengruppen	160
*5.6	Index der tatsächlichen Werte, des Volumens und der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr	160
*5.7	Handelsbilanzsaldo	160
*5.8	Leistungsbilanzsaldo	161
*5.9	Zahlungsbilanz und Währungsbestände	161
*6.	Preise	162
*7.	Zinssätze	163

Übersichten und Grafiken zur aktuellen wirtschaftlichen Lage

1. Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung saisonbereinigte Zahlen¹⁾, Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %							
	1999		2000				2001	
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts								
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1995	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	0
Erwerbstätige ²⁾	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	0	+ 0,2	0	- 0,1
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen, in Preisen von 1995) ³⁾	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,5	- 0,4	- 0,1	+ 0,4	+ 0,9	- 0,6
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995								
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	0
Inlandsnachfrage	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,4	- 0,1	+ 0,7	- 0,9	+ 0,1
Private Konsumausgaben ⁴⁾	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,3	+ 1,1	- 0,3	- 0,4	+ 1,0	+ 0,9
Konsumausgaben des Staates	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,5	- 0,1	- 0,4	+ 0,9	+ 1,1	- 0,3
Ausrüstungen	+ 2,0	+ 0,7	+ 4,8	+ 1,5	+ 4,0	- 0,5	+ 0,4	- 2,7
Bauten	+ 1,9	- 0,9	- 1,2	- 0,5	- 1,1	- 1,7	- 2,4	- 0,7
Sonstige Anlagen	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,5	+ 0,7	+ 0,8	+ 3,0	+ 0,1	+ 2,8
Vorratsveränderung ^{5) 6)}	- 0,2	+ 0,2	- 0,4	+ 0,7	- 0,1	+ 0,9	- 1,4	- 0,1
Exporte	+ 3,0	+ 2,7	+ 4,4	+ 2,4	+ 3,4	+ 3,4	- 0,2	+ 0,7
Importe	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,8	+ 3,2	+ 2,8	+ 5,1	- 4,0	+ 1,1
nachrichtlich: Außenbeitrag ⁶⁾	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,8	- 0,2	+ 0,2	- 0,5	+ 1,2	- 0,1
Preisentwicklung³⁾								
Bruttoinlandsprodukt	- 0,3	0	- 0,3	- 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 1,0	+ 0,3
Inlandsnachfrage	- 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,4
Private Konsumausgaben	- 0,1	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,4
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer ^{2) 3)}	- 0,5	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	- 0,1	+ 1,1	+ 0,3
Lohnkosten je Produkteinheit ^{2) 3)}	- 1,0	- 0,9	- 0,1	+ 0,8	+ 0,6	- 0,4	+ 0,2	+ 0,9

Quellen: Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Saisonbereinigungsverfahren X12-Arima; der Kalendereinfluß ist, soweit in den Reihen nachweisbar, ebenfalls ausgeschaltet.

²⁾ Inlandskonzept.

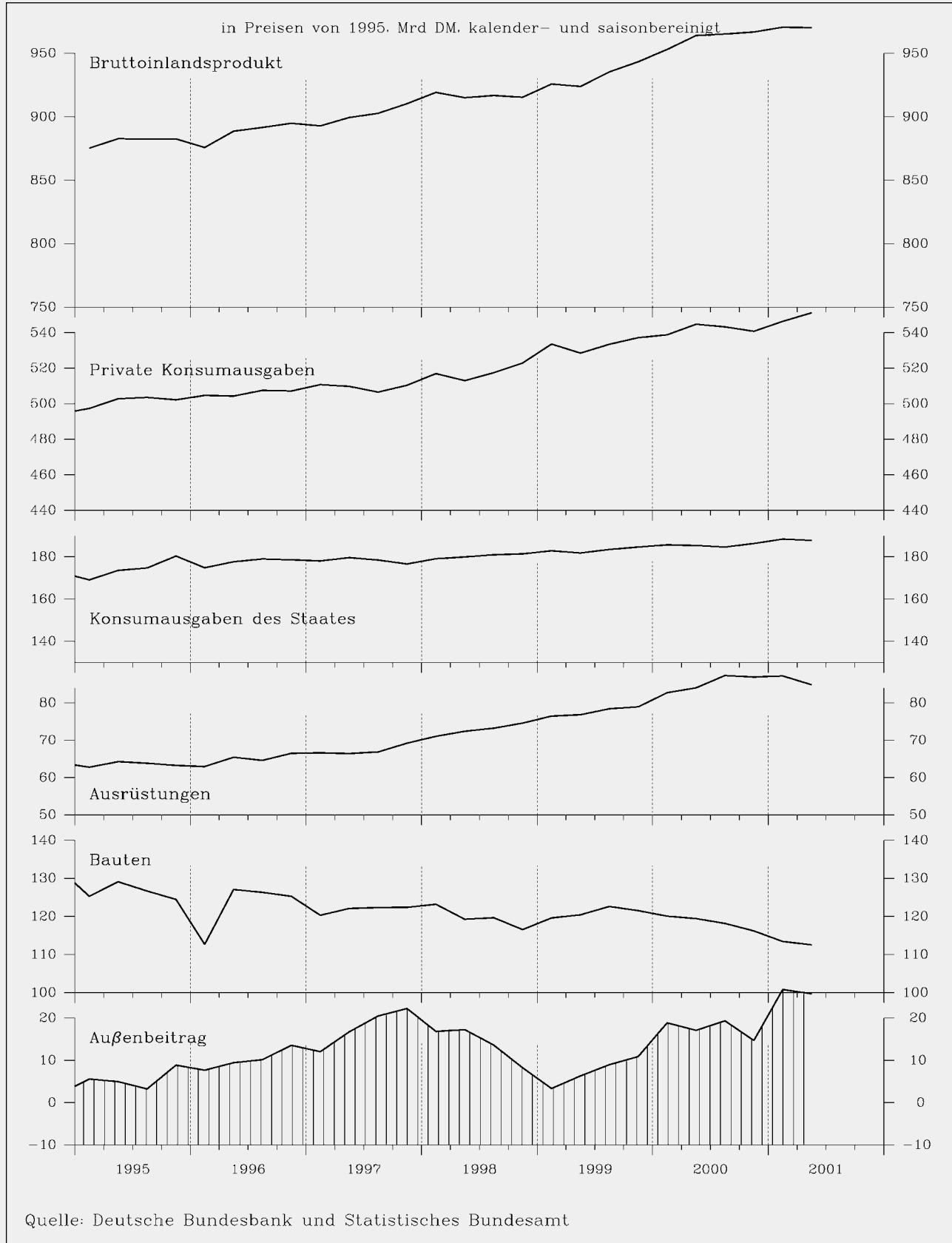
³⁾ Kalendereinfluß nicht ausgeschaltet.

⁴⁾ Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck.

⁵⁾ Einschl. Nettozugang an Wertsachen.

⁶⁾ Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt.

1. Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung saisonbereinigte Zahlen¹⁾, Bundesrepublik Deutschland



2. Arbeitsmarkt

2.1 Bundesrepublik Deutschland

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2 0 0 0			2 0 0 1		
	Mai	Juni	Juli	Mai	Juni	Juli
Erwerbstätige insgesamt ¹	38 637	38 739	38 765	38 655	.	.
Arbeitslose insgesamt	3 788	3 724	3 804	3 721	3 694	3 799
Zugänge an Arbeitslosen	483	483	662	480	526	672
Abgänge an Arbeitslosen	681	547	582	627	552	567
Arbeitslosenquote (in % ²)	9,3	9,1	9,3	9,0	8,9	9,2
Kurzarbeiter	97	81	66	111	109	102
Offene Stellen	567	560	553	559	542	522
	Veränderungen in 1.000 ³					
	gegen Vorzeitraum			gegen Vorjahreszeitraum		
	2 0 0 1					
	Mai	Juni	Juli	Mai	Juni	Juli
Erwerbstätige insgesamt ¹	+ 56	.	.	+ 18	.	.
Arbeitslose insgesamt	- 147	- 26	+ 104	- 68	- 30	- 5
Zugänge an Arbeitslosen	- 87	+ 46	+ 146	- 3	+ 43	+ 10
Abgänge an Arbeitslosen	- 71	- 75	+ 15	- 54	+ 5	- 15
Kurzarbeiter	- 8	- 2	- 6	+ 14	+ 27	+ 36
Offene Stellen	- 21	- 17	- 20	- 8	- 18	- 31
	Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 ⁴					
	2 0 0 1					
	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
	38 785	38 777	38 772	38 758	.	.
Arbeitslose insgesamt	3 792	3 806	3 814	3 832	3 852	3 863
Arbeitslosenquote (in % ²)	9,3	9,3	9,3	9,3	9,3	9,3
Offene Stellen ⁵	536	529	517	503	498	489
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt ⁴)					
	2 0 0 1					
	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
	- 6	- 8	- 5	- 14	.	.
Erwerbstätige insgesamt ¹	+ 6	+ 14	+ 8	+ 18	+ 20	+ 11
Arbeitslose insgesamt	- 3	- 7	- 12	- 14	- 5	- 9
Offene Stellen ⁵						

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

¹ Inlandskonzept.

² Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

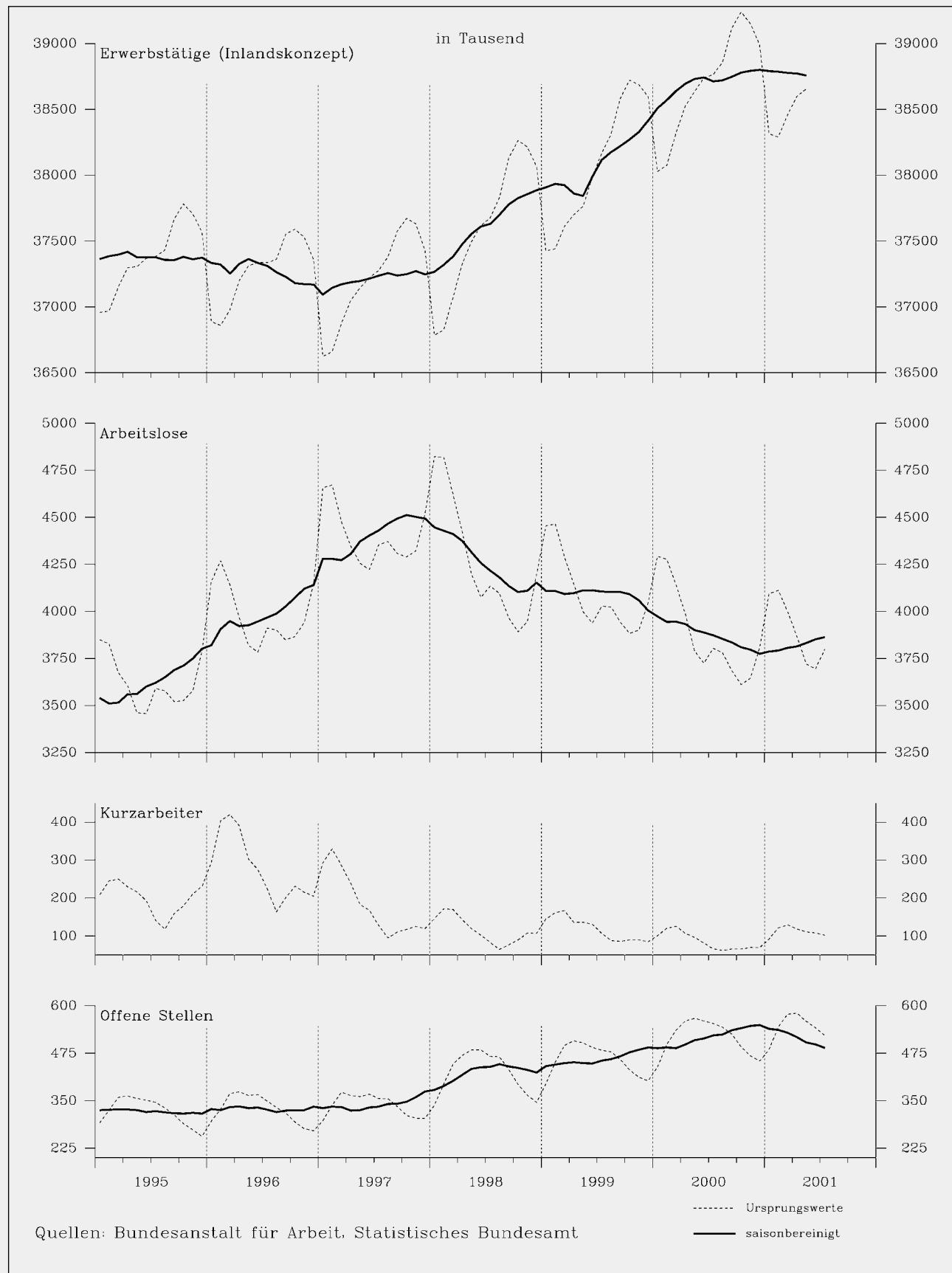
³ Ursprungszahlen.

⁴ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

⁵ Offene Stellen in Ostdeutschland nicht saisonbereinigt.

2. Arbeitsmarkt

2.1 Bundesrepublik Deutschland



2. Arbeitsmarkt

2.2 Früheres Bundesgebiet

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2 0 0 0			2 0 0 1		
	Mai	Juni	Juli	Mai	Juni	Juli
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	2 459	2 427	2 466	2 385	2 380	2 445
Zugänge an Arbeitslosen	324	328	439	325	359	453
Abgänge an Arbeitslosen	451	361	400	413	363	388
Arbeitslosenquote (in % ²)	7,5	7,4	7,5	7,1	7,1	7,3
Kurzarbeiter	67	56	45	84	83	80
Offene Stellen	497	491	488	485	469	453
Veränderungen in 1.000 ³						
gegen Vorzeitraum				gegen Vorjahreszeitraum		
2 0 0 1						
Mai	Juni	Juli	Mai	Juni	Juli	
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	- 88	- 5	+ 65	- 74	- 46	- 21
Zugänge an Arbeitslosen	- 61	+ 34	+ 95	+ 1	+ 30	+ 14
Abgänge an Arbeitslosen	- 38	- 50	+ 25	- 38	+ 3	- 11
Kurzarbeiter	- 5	0	- 3	+ 16	+ 28	+ 36
Offene Stellen	- 20	- 16	- 16	- 11	- 22	- 35
Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 ⁴						
2 0 0 1						
Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	2 430	2 438	2 453	2 465	2 478	2 488
Arbeitslosenquote (in % ²)	7,4	7,4	7,4	7,3	7,4	7,4
Offene Stellen	471	465	452	438	432	423
Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt ⁴)						
2 0 0 1						
Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	+ 2	+ 8	+ 15	+ 12	+ 13	+ 10
Offene Stellen	- 3	- 6	- 13	- 14	- 6	- 9

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

¹ Nach Umstellung der Berechnungen durch die Bundesanstalt für Arbeit ist eine Gliederung nach Gebietsständen nicht mehr möglich.

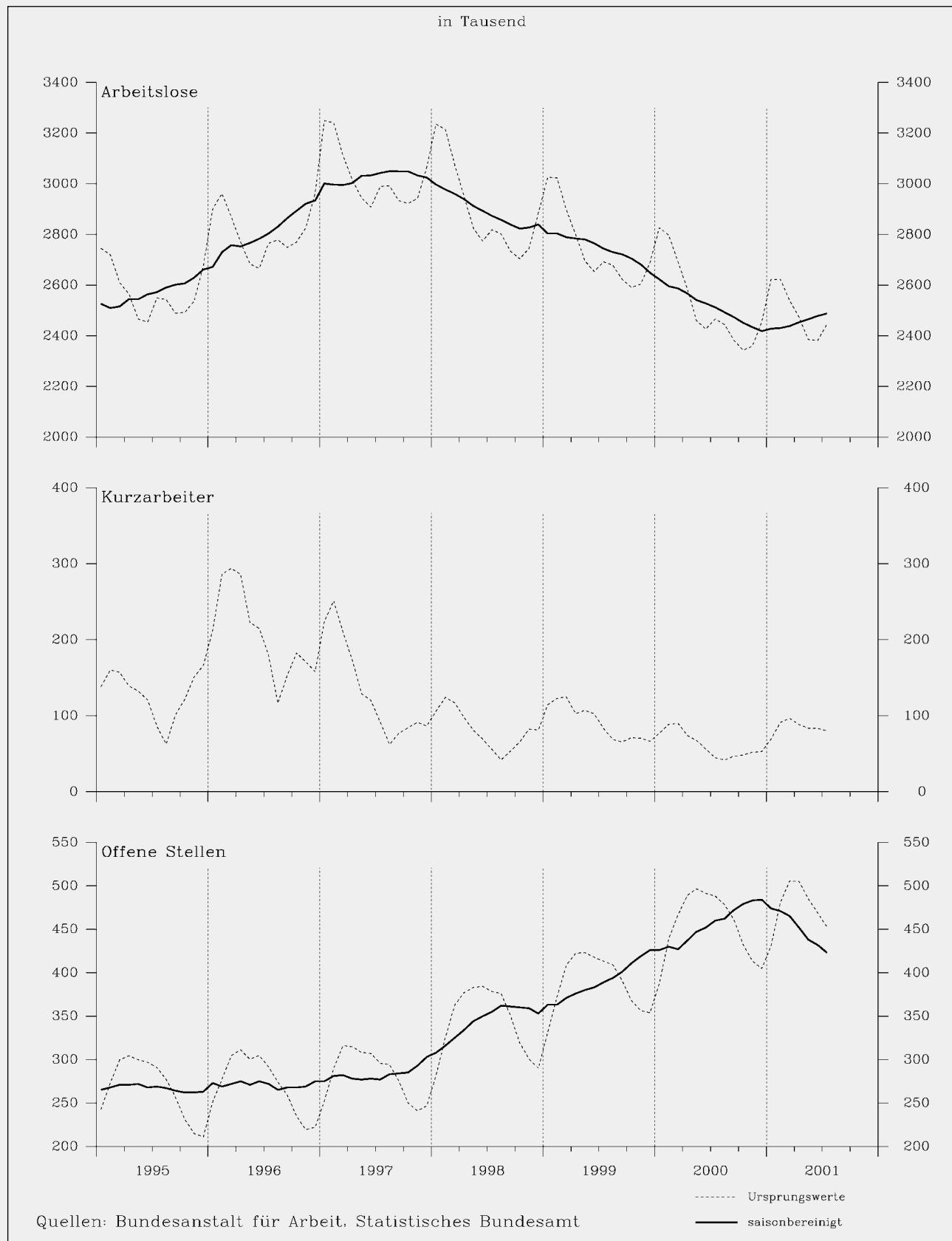
² Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

³ Ursprungszahlen.

⁴ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

2. Arbeitsmarkt

2.2 Früheres Bundesgebiet



2. Arbeitsmarkt

2.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2 0 0 0			2 0 0 1		
	Mai	Juni	Juli	Mai	Juni	Juli
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	1 329	1 298	1 337	1 336	1 314	1 354
Zugänge an Arbeitslosen	158	155	222	155	167	218
Abgänge an Arbeitslosen	230	186	183	214	189	179
Arbeitslosenquote (in % ²)	16,9	16,5	17,0	17,0	16,8	17,3
Kurzarbeiter	29	26	22	28	25	22
Offene Stellen	70	69	65	74	73	69
Veränderungen in 1.000 ³						
gegen Vorzeitraum				gegen Vorjahreszeitraum		
2 0 0 1						
	Mai	Juni	Juli	Mai	Juni	Juli
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	- 59	- 21	+ 39	+ 6	+ 16	+ 16
Zugänge an Arbeitslosen	- 25	+ 12	+ 51	- 4	+ 12	- 4
Abgänge an Arbeitslosen	- 33	- 25	- 10	- 16	+ 2	- 4
Kurzarbeiter	- 3	- 2	- 3	- 2	0	0
Offene Stellen	- 1	- 1	- 4	+ 4	+ 4	+ 4
Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 ⁴						
2 0 0 1						
	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	1 362	1 368	1 361	1 367	1 374	1 375
Arbeitslosenquote (in % ²)	17,3	17,4	17,3	17,4	17,5	17,6
Offene Stellen
Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt ⁴)						
2 0 0 1						
	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	+ 4	+ 6	- 7	+ 6	+ 7	+ 1
Offene Stellen

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

¹ Nach Umstellung der Berechnungen durch die Bundesanstalt für Arbeit ist eine Gliederung nach Gebietsständen nicht mehr möglich.

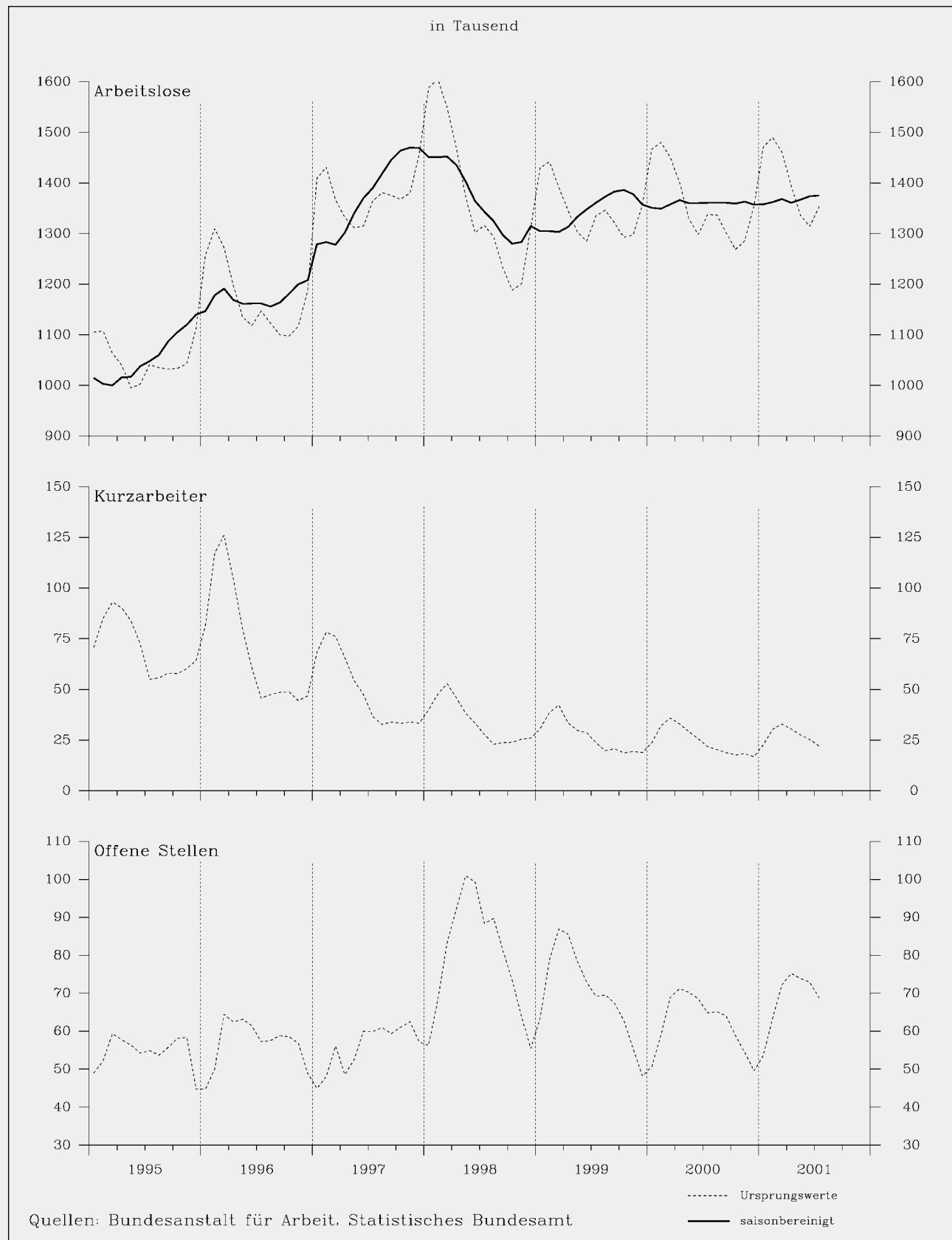
² Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

³ Ursprungszahlen.

⁴ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

2. Arbeitsmarkt

2.3 Neue Länder und Berlin-Ost



3. Produzierendes Gewerbe

3.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

3.1.1 Bundesrepublik Deutschland

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2001				
	2.Vj. p	April	Mai	Juni p	Mai/Juni p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 2,3	- 1,4	+ 1,2	- 0,4	+ 0,3
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden	+ 1,1	+ 2,2	+ 0,5	- 2,2	+ 0,5
Verarbeitendes Gewerbe ³	- 2,7	- 2,2	+ 0,9	0	- 0,2
- Vorleistungsgüterproduzenten (ohne Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden)	- 2,3	- 2,2	+ 1,8	- 0,4	+ 0,5
- Investitionsgüterproduzenten	- 4,9	- 3,6	0	- 0,7	- 2,2
- Gebrauchsgüterproduzenten	- 2,3	- 3,1	- 0,5	+ 3,5	- 0,3
- Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,9	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,5
Energieversorgung	+ 6,1	+ 7,9	+ 0,1	- 3,0	+ 2,3
Bauhauptgewerbe ⁴	- 5,5	0	+ 5,3	- 2,0	+ 4,3
Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁵				
	2001				
	2.Vj. p	April	Mai	Juni p	Jan.-Juni p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 0,4	+ 0,2	- 2,4	+ 1,0	+ 1,4
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden	- 6,2	- 6,3	- 7,7	- 4,2	- 7,2
Verarbeitendes Gewerbe ³	+ 1,0	+ 1,8	- 1,1	+ 2,2	+ 3,5
- Vorleistungsgüterproduzenten (ohne Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden)	- 0,1	+ 0,8	- 2,0	+ 1,2	+ 2,1
- Investitionsgüterproduzenten	+ 2,4	+ 3,4	+ 0,6	+ 3,1	+ 6,1
- Gebrauchsgüterproduzenten	+ 4,1	+ 4,8	- 0,4	+ 8,0	+ 7,5
- Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,6	- 0,5	- 1,8	+ 0,3	+ 0,4
Energieversorgung	+ 1,7	+ 3,6	+ 1,7	- 0,8	- 2,3
Bauhauptgewerbe ⁴	- 12,7	- 15,1	- 13,9	- 9,2	- 13,6
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt ⁶)				
	2000			2001	
	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe
	2001				
	Juni	März	April	Mai	Juni
Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe

Quellen: Statistisches Bundesamt und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² 1995 = 100.

³ Einschl. Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

⁴ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

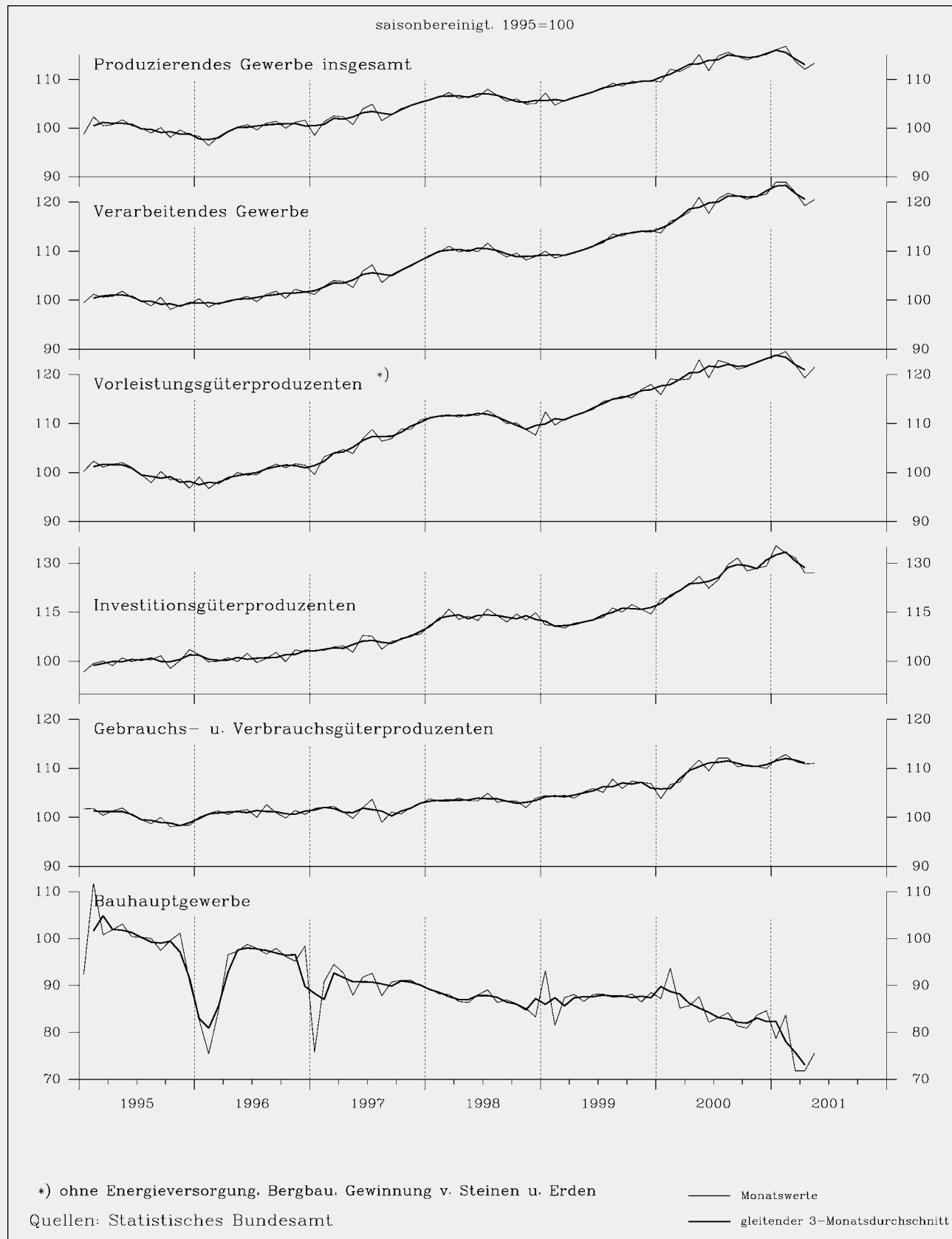
⁵ Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt.

⁶ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

3. Produzierendes Gewerbe

3.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

3.1.1 Bundesrepublik Deutschland



3. Produzierendes Gewerbe

3.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

3.1.2 Früheres Bundesgebiet

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2001				
	2.Vj. p	April	Mai	Juni p	Mai/Juni p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 2,4	- 1,6	+ 1,1	- 0,3	+ 0,2
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden	+ 1,6	+ 3,2	+ 0,3	- 2,3	+ 0,7
Verarbeitendes Gewerbe ³	- 2,6	- 2,2	+ 0,9	+ 0,1	- 0,2
- Vorleistungsgüterproduzenten (ohne Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden)	- 2,2	- 2,4	+ 1,9	- 0,3	+ 0,6
- Investitionsgüterproduzenten	- 5,1	- 3,4	- 0,2	- 0,8	- 2,4
- Gebrauchsgüterproduzenten	- 2,3	- 2,8	- 0,8	+ 4,2	- 0,2
- Verbrauchsgüterproduzenten	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,7
Energieversorgung	+ 6,1	+ 8,1	- 0,3	- 2,5	+ 2,3
Bauhauptgewerbe ⁴	- 6,0	- 1,2	+ 5,2	- 2,4	+ 3,3
Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁵				
	2001				
	2.Vj. p	April	Mai	Juni p	Jan.-Juni p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 0,3	+ 0,4	- 2,2	+ 1,0	+ 1,6
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden	- 7,8	- 7,6	- 9,8	- 5,5	- 9,3
Verarbeitendes Gewerbe ³	+ 0,9	+ 1,8	- 1,4	+ 2,0	+ 3,3
- Vorleistungsgüterproduzenten (ohne Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden)	- 0,2	+ 0,6	- 2,2	+ 0,9	+ 1,9
- Investitionsgüterproduzenten	+ 2,4	+ 4,0	+ 0,5	+ 2,8	+ 6,2
- Gebrauchsgüterproduzenten	+ 3,9	+ 4,5	- 0,8	+ 8,0	+ 7,0
- Verbrauchsgüterproduzenten	- 1,0	- 0,9	- 2,3	0	0
Energieversorgung	+ 1,6	+ 3,6	+ 1,5	- 0,8	- 2,3
Bauhauptgewerbe ⁴	- 11,4	- 13,7	- 12,4	- 7,9	- 12,3
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt ⁶)				
	2000		2001		
	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe ⁷	87,8	87,7	87,8	87,1	85,7
	2000		2001		
	Juni	März	April	Mai	Juni
Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe	61,0	63,2	61,1	61,0	60,3

Quellen: Statistisches Bundesamt und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² 1995 = 100.

³ Einschl. Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

⁴ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

⁵ Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt.

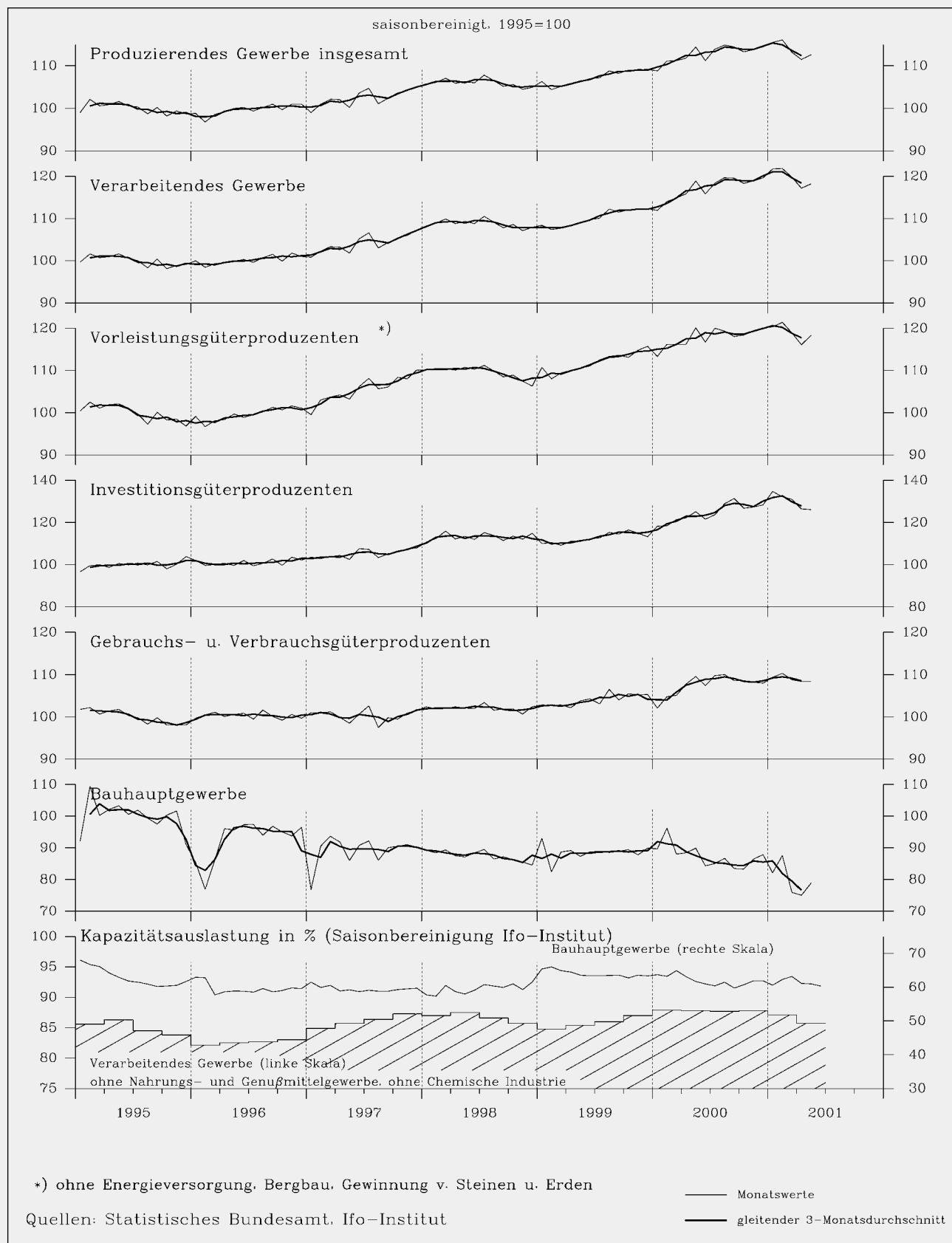
⁶ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

⁷ Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und ohne Chemische Industrie.

3. Produzierendes Gewerbe

3.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

3.1.2 Früheres Bundesgebiet



3. Produzierendes Gewerbe

3.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

3.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2001				
	2.Vj. °	April	Mai	Juni °	Mai/Juni °
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 2,2	- 0,9	+ 2,8	- 1,2	+ 1,7
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden	- 1,9	- 3,2	+ 2,4	- 2,1	- 0,3
Verarbeitendes Gewerbe ³	- 2,9	- 3,0	+ 2,2	- 1,0	+ 0,2
- Vorleistungsgüterproduzenten (ohne Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden)	- 3,7	- 2,2	+ 1,7	- 1,0	+ 0,1
- Investitionsgüterproduzenten	- 3,4	- 5,5	+ 3,9	+ 0,3	+ 1,0
- Gebrauchsgüterproduzenten	- 3,8	- 7,5	+ 4,5	- 7,7	- 3,5
- Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,5	- 0,6	+ 1,1	- 0,6	+ 0,4
Energieversorgung	+ 6,6	+ 7,4	+ 1,8	- 4,8	+ 3,0
Bauhauptgewerbe ⁴	- 2,3	+ 5,6	+ 5,5	+ 0,3	+ 8,5
Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁵				
	2001				
	2.Vj. °	April	Mai	Juni °	Jan.-Juni °
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 1,7	- 2,8	- 2,9	+ 0,6	+ 0,5
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden	+ 3,0	+ 1,4	+ 4,6	+ 3,0	+ 4,5
Verarbeitendes Gewerbe ³	+ 2,8	+ 1,6	+ 1,7	+ 5,2	+ 6,3
- Vorleistungsgüterproduzenten (ohne Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden)	+ 2,7	+ 2,9	+ 0,1	+ 5,2	+ 5,6
- Investitionsgüterproduzenten	+ 1,3	- 4,0	+ 1,7	+ 6,0	+ 5,9
- Gebrauchsgüterproduzenten	+ 10,1	+ 11,2	+ 10,9	+ 8,3	+ 19,2
- Verbrauchsgüterproduzenten	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,6	+ 5,1
Energieversorgung	+ 2,3	+ 3,1	+ 3,0	+ 0,6	- 2,5
Bauhauptgewerbe ⁴	- 18,4	- 20,5	- 20,1	- 14,7	- 19,3
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt ⁶)				
	2000		2001		
	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe	83,4	84,9	84,3	82,8	82,4
	2000		2001		
	Juni	März	April	Mai	Juni
Geräteauslastung in der Bauindustrie	65,7	61,3	63,6	64,5	64,2

Quellen: Statistisches Bundesamt und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² 1995 = 100.

³ Einschl. Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

⁴ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

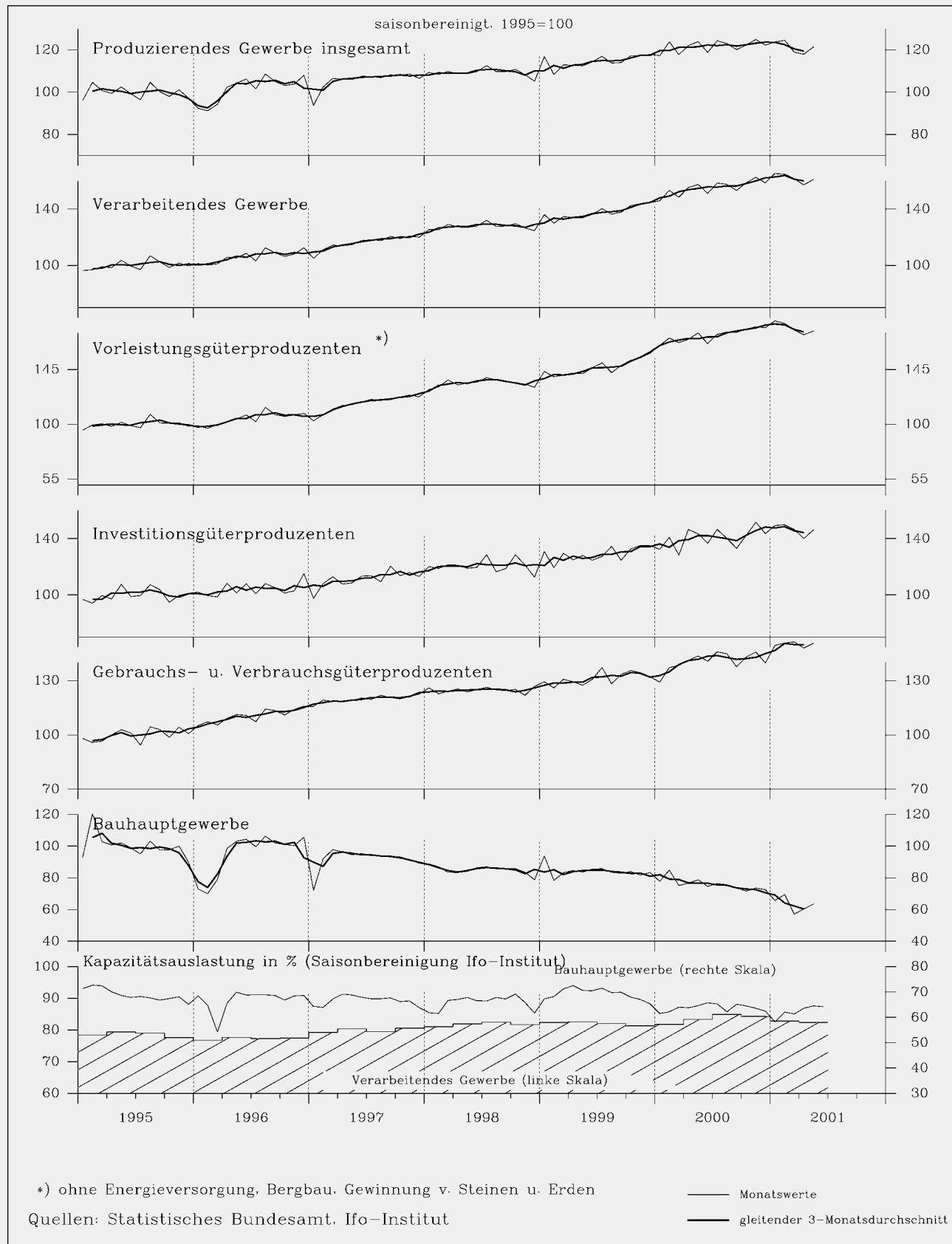
⁵ Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt.

⁶ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

3. Produzierendes Gewerbe

3.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

3.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost



3. Produzierendes Gewerbe

3.2 Auftragseingang/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

3.2.1 Bundesrepublik Deutschland

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)								
	Werte				Volumen				
	2001								
	2.Vj. ^p	Mai	Juni ^p	Mai/ Juni ^p	2.Vj. ^p	Mai	Juni ^p	Mai/ Juni ^p	
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt³	- 1,8	+ 4,7	- 2,6	+ 2,4	- 2,0	+ 4,6	- 2,5	+ 2,2	
Inland	- 3,6	+ 1,2	- 4,5	- 2,2	- 3,7	+ 1,2	- 4,5	- 2,1	
Ausland	+ 0,3	+ 9,2	- 0,3	+ 8,1	+ 0,2	+ 9,4	- 0,4	+ 8,0	
Vorleistungsgüterproduzenten	- 0,8	+ 4,0	- 3,3	+ 2,2	- 0,4	+ 4,0	- 3,3	+ 2,3	
Inland	- 2,2	+ 2,6	- 3,9	+ 0,4	- 1,7	+ 2,8	- 3,8	+ 0,7	
Ausland	+ 1,5	+ 6,1	- 2,5	+ 5,1	+ 1,6	+ 5,9	- 2,6	+ 5,0	
Investitionsgüterproduzenten	- 4,2	+ 7,7	- 3,1	+ 2,7	- 4,7	+ 7,8	- 3,1	+ 2,3	
Inland	- 7,6	- 0,4	- 8,7	- 7,9	- 8,3	- 0,6	- 8,5	- 8,3	
Ausland	- 0,7	+ 16,5	+ 1,9	+ 14,0	- 1,0	+ 16,9	+ 1,9	+ 14,1	
Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,9	+ 2,2	- 0,1	+ 0,3	+ 0,7	+ 1,8	
Inland	+ 0,6	+ 0,1	+ 2,3	+ 2,6	- 0,1	- 0,2	+ 2,0	+ 2,0	
Ausland	+ 0,5	+ 0,8	- 0,7	+ 1,8	0	+ 0,5	- 0,7	+ 1,4	
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁴									
Auftragseingang ²	Werte				Volumen				
	2001								
	2.Vj. ^p	Mai	Juni ^p	Jan.- Juni ^p	2.Vj. ^p	Mai	Juni ^p	Jan.- Juni ^p	
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt³	- 0,4	- 1,9	- 1,2	+ 2,6	- 1,8	- 3,3	- 2,5	+ 0,9	
Inland	- 3,4	- 5,6	- 5,6	+ 0,3	- 4,5	- 6,7	- 6,6	- 1,3	
Ausland	+ 3,4	+ 2,8	+ 4,0	+ 5,5	+ 1,9	+ 1,4	+ 2,5	+ 3,4	
Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,2	- 4,0	- 1,6	+ 1,6	- 2,6	- 5,4	- 2,8	- 0,8	
Inland	- 1,6	- 6,0	- 1,1	+ 1,2	- 2,9	- 7,3	- 2,0	- 0,9	
Ausland	- 0,3	- 0,6	- 2,3	+ 2,2	- 2,1	- 2,1	- 4,0	- 0,5	
Investitionsgüterproduzenten	- 2,4	- 0,9	- 4,3	+ 1,7	- 3,5	- 1,8	- 5,5	+ 0,8	
Inland	- 7,3	- 4,7	- 14,9	- 1,1	- 8,2	- 5,5	- 15,7	- 1,5	
Ausland	+ 2,7	+ 2,8	+ 6,5	+ 4,4	+ 1,4	+ 1,7	+ 5,2	+ 3,0	
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 6,9	+ 2,9	+ 8,3	+ 8,5	+ 5,3	+ 1,5	+ 6,8	+ 6,9	
Inland	- 1,3	- 6,5	+ 3,0	- 0,5	- 2,8	- 7,8	+ 1,3	- 1,8	
Ausland	+ 14,4	+ 11,5	+ 13,0	+ 17,1	+ 13,3	+ 10,5	+ 11,9	+ 15,6	
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 5,9	+ 0,6	+ 7,2	+ 4,5	+ 3,5	- 2,0	+ 4,5	+ 2,5	
Inland	+ 1,4	- 3,6	+ 2,4	+ 0,5	- 1,4	- 6,2	- 0,7	- 1,8	
Ausland	+ 14,6	+ 9,1	+ 15,8	+ 12,0	+ 12,8	+ 7,4	+ 13,7	+ 10,5	
nachrichtlich: Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten	+ 6,5	+ 2,1	+ 8,0	+ 7,1	+ 4,7	+ 0,4	+ 6,1	+ 5,5	
Inland	- 0,3	- 5,4	+ 2,9	- 0,1	- 2,3	- 7,2	+ 0,5	- 1,8	
Ausland	+ 14,5	+ 11,0	+ 13,7	+ 15,8	+ 13,2	+ 9,9	+ 12,3	+ 14,3	
Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁵)									
Auftragsbestand	1999			2000			2001		
	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	
Investitionsgüter prod. Gewerbe	
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	

Quellen: Statistisches Bundesamt und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² 1995 = 100.

³ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herst. und Verarbeit. von Spalt- und Brutstoffen.

⁴ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

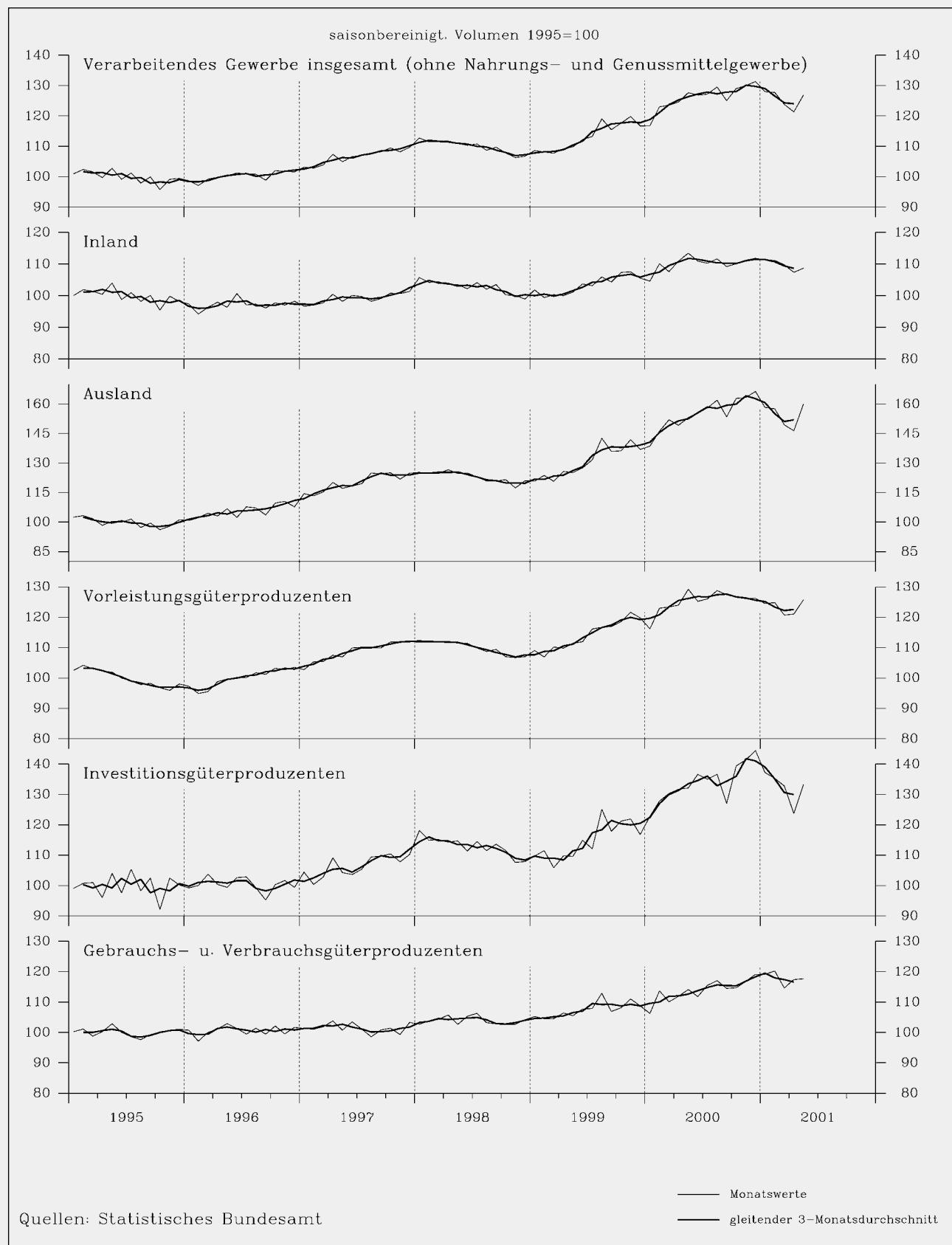
⁵ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

^p: vorläufiges Ergebnis.

3. Produzierendes Gewerbe

3.2 Auftragseingang/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

3.2.1 Bundesrepublik Deutschland



3. Produzierendes Gewerbe

3.2 Auftragseingang/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

3.2.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2001							
	2.Vj. ^p	Mai	Juni ^p	Mai/Juni ^p	2.Vj. ^p	Mai	Juni ^p	Mai/Juni ^p
Früheres Bundesgebiet								
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ³	- 1,9	+ 4,9	- 1,9	+ 2,7	- 2,1	+ 5,0	- 2,2	+ 2,5
Inland	- 3,7	+ 1,6	- 4,0	- 1,7	- 3,9	+ 1,6	- 4,1	- 1,8
Ausland	+ 0,3	+ 9,2	+ 0,2	+ 8,0	+ 0,1	+ 9,2	+ 0,1	+ 7,8
Vorleistungsgüterproduzenten	- 0,7	+ 4,1	- 3,4	+ 2,3	- 0,3	+ 4,2	- 3,5	+ 2,5
Investitionsgüterproduzenten	- 4,7	+ 8,5	- 1,7	+ 3,4	- 5,2	+ 8,5	- 1,8	+ 2,9
Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,8	+ 0,2	+ 1,4	+ 2,4	+ 0,2	- 0,2	+ 1,2	+ 1,8
Neue Länder und Berlin-Ost								
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ³	- 1,2	+ 1,1	- 8,9	- 1,5	- 1,3	+ 1,2	- 8,9	- 1,5
Inland	- 2,9	- 2,2	- 8,7	- 6,2	- 3,1	- 2,2	- 8,6	- 6,1
Ausland	+ 2,5	+ 9,1	- 9,5	+ 9,8	+ 2,6	+ 9,3	- 9,8	+ 9,8
Vorleistungsgüterproduzenten	- 3,4	+ 1,2	- 0,4	+ 0,7	- 2,9	+ 1,4	- 0,6	+ 1,1
Investitionsgüterproduzenten	+ 2,9	- 0,4	- 20,2	- 5,0	+ 2,1	- 0,8	- 20,4	- 5,6
Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten	- 3,4	+ 6,2	- 8,6	- 0,5	- 3,7	+ 6,2	- 8,9	- 0,6
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁴								
Auftragseingang ²	Werte				Volumen			
	2001							
	2.Vj. ^p	Mai	Juni ^p	Jan.-Juni ^p	2.Vj. ^p	Mai	Juni ^p	Jan.-Juni ^p
Früheres Bundesgebiet								
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ³	- 0,8	- 2,5	- 1,4	+ 2,1	- 2,3	- 3,8	- 2,8	+ 0,2
Inland	- 3,7	- 6,1	- 5,9	- 0,2	- 5,1	- 7,3	- 7,0	- 1,6
Ausland	+ 2,8	+ 2,0	+ 4,0	+ 4,8	+ 1,2	+ 0,6	+ 2,4	+ 2,8
Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,7	- 4,4	- 2,4	+ 0,9	- 3,3	- 5,7	- 3,7	- 1,5
Investitionsgüterproduzenten	- 2,7	- 2,0	- 3,8	+ 1,4	- 3,8	- 3,0	- 5,0	+ 0,5
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 6,9	+ 2,6	+ 8,5	+ 8,2	+ 5,4	+ 1,3	+ 7,0	+ 6,7
Verbrauchsgüterproduzenten nachrichtlich:	+ 5,6	0	+ 6,9	+ 4,1	+ 2,9	- 2,6	+ 4,1	+ 2,0
Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten	+ 6,4	+ 1,8	+ 8,0	+ 6,8	+ 4,6	+ 0,1	+ 6,1	+ 5,1
Neue Länder und Berlin-Ost								
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ³	+ 5,5	+ 6,5	+ 1,4	+ 9,9	+ 3,9	+ 4,9	0	+ 7,6
Inland	+ 1,3	+ 0,7	- 0,6	+ 5,3	- 0,1	- 0,7	- 1,8	+ 3,3
Ausland	+ 15,4	+ 20,5	+ 5,4	+ 20,7	+ 13,6	+ 19,2	+ 3,6	+ 18,2
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 6,6	- 0,4	+ 9,9	+ 10,8	+ 4,8	- 2,0	+ 8,4	+ 8,0
Investitionsgüterproduzenten	+ 3,0	+ 16,7	- 11,2	+ 6,8	+ 1,6	+ 15,7	- 12,5	+ 5,4
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 5,6	+ 7,8	+ 3,8	+ 13,7	+ 4,2	+ 6,8	+ 2,3	+ 11,9
Verbrauchsgüterproduzenten nachrichtlich:	+ 14,7	+ 10,3	+ 15,7	+ 15,1	+ 11,7	+ 7,4	+ 12,7	+ 12,3
Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten	+ 8,3	+ 8,5	+ 7,4	+ 14,1	+ 6,5	+ 7,0	+ 5,5	+ 12,0
Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁵)								
Auftragsbestand	1999			2000			2001	
	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Früheres Bundesgebiet								
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ^{6,7}	2,7	2,8	2,8	3,0	3,1	3,0	2,9	3,0
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ⁷	2,3	2,2	2,4	2,4	2,5	2,5	2,5	2,7
Investitionsgüter prod. Gewerbe	3,2	3,4	3,3	3,6	3,8	3,5	3,6	3,5
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	2,0	2,0	2,0	2,0	2,1	2,1	1,9	1,9
Neue Länder und Berlin-Ost								
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	3,0	2,7	2,9	2,6	3,1	3,0	3,2	3,1
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	2,0	1,8	2,2	1,8	2,0	1,9	2,0	2,3
Investitionsgüter prod. Gewerbe	4,2	3,6	3,8	3,6	4,1	4,0	4,4	4,3
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	2,0	1,8	1,9	1,7	1,9	1,9	2,1	1,9

Quellen: Statistisches Bundesamt und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² 1995 = 100.

³ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herst. und Verarbeit. von Spalt- und Brutstoffen.

⁴ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

⁵ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

⁶ Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.

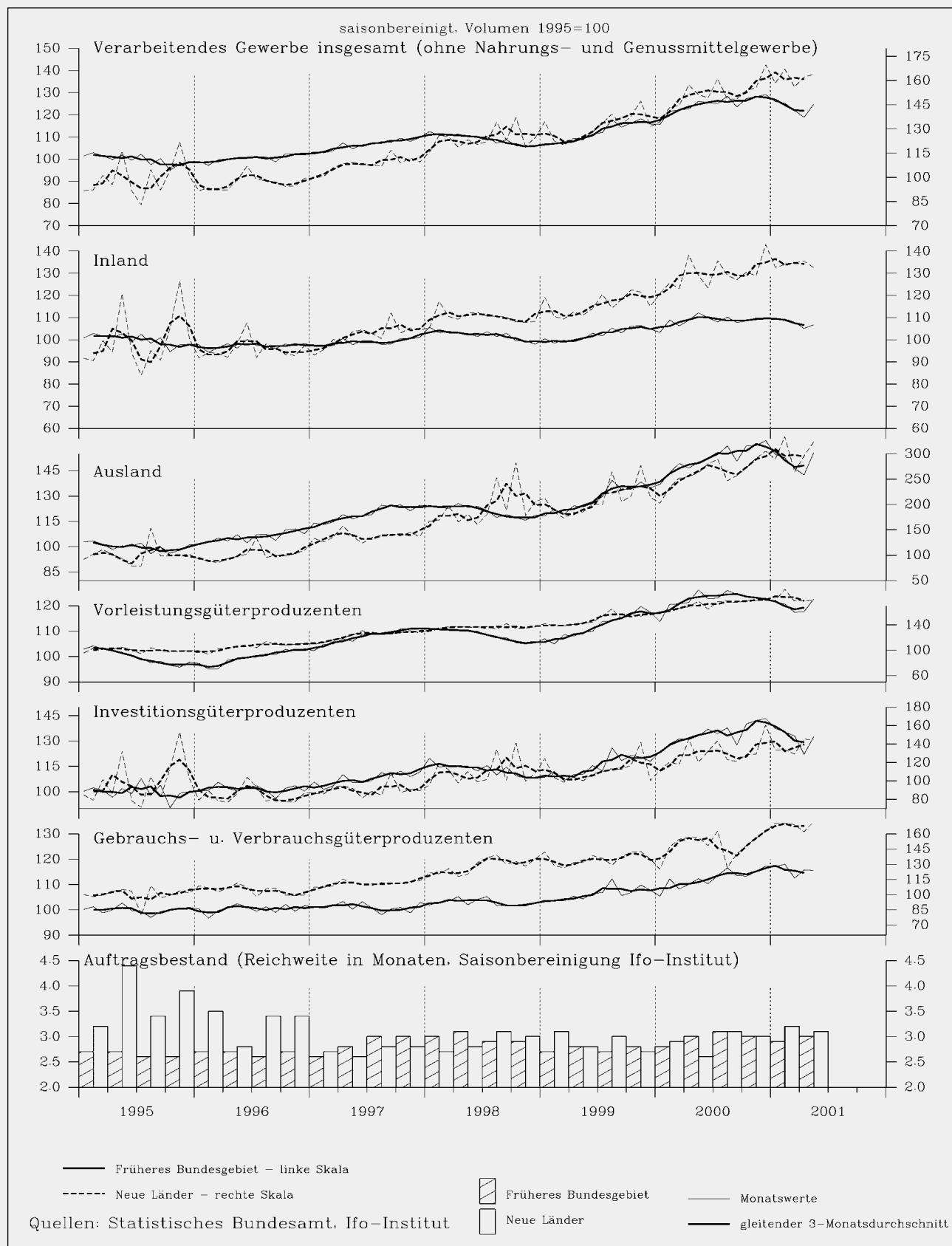
⁷ Ohne Chemische Industrie.

^p: vorläufiges Ergebnis.

3. Produzierendes Gewerbe

3.2 Auftragseingang/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

3.2.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost



3. Produzierendes Gewerbe

3.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

3.3.1 Bundesrepublik Deutschland

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)								
	Werte				Volumen				
	2001								
	2.Vj.	Mai	Juni	Mai/Juni	2.Vj. ^p	Mai	Juni ^p	Mai/Juni ^p	
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 5,5	+ 1,1	+ 1,2	+ 4,0	+ 5,8	+ 1,3	+ 1,4	+ 4,2	
Hochbau	+ 5,9	- 3,2	+ 3,9	+ 2,1	+ 6,1	- 2,9	+ 4,0	+ 2,4	
Wohnungsbau	+ 2,4	+ 2,2	+ 5,2	+ 5,5	+ 2,9	+ 2,6	+ 5,2	+ 5,9	
Hochbau ohne Wohnungsbau	+ 8,1	- 6,1	+ 3,0	+ 0,3	+ 8,1	- 6,0	+ 3,3	+ 0,4	
- Gewerblicher Hochbau	+ 4,6	- 8,2	- 6,2	- 5,3	
- Unternehmen Bahn/Post	+ 22,2	+ 3,2	+ 40,3	+ 23,6	
Tiefbau	+ 5,0	+ 7,0	- 2,3	+ 6,3	+ 5,4	+ 7,3	- 2,2	+ 6,7	
Straßenbau	+ 16,5	+ 8,1	- 5,0	+ 11,9	+ 17,1	+ 8,7	- 5,4	+ 12,4	
Tiefbau ohne Straßenbau	- 0,6	+ 6,4	- 0,6	+ 3,5	- 0,2	+ 6,6	- 0,2	+ 3,9	
- Gewerblicher Tiefbau	+ 8,6	+ 7,3	+ 4,4	+ 3,8	
- Unternehmen Bahn/Post	- 7,7	+ 5,7	- 5,3	+ 3,2	
Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³								
	Werte				Volumen				
	2001								
	2.Vj.	Mai	Juni	Jan.-Juni	2.Vj. ^p	Mai	Juni ^p	Jan.-Juni ^p	
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 1,4	- 4,2	+ 3,2	- 5,4	- 1,2	- 3,9	+ 3,6	- 5,1	
Hochbau	- 4,5	- 9,8	+ 0,8	- 7,6	- 3,8	- 8,9	+ 1,4	- 7,0	
Wohnungsbau	- 13,0	- 13,2	- 7,3	- 16,1	- 12,1	- 12,2	- 6,3	- 15,2	
Hochbau ohne Wohnungsbau	+ 1,0	- 7,5	+ 6,0	- 1,9	+ 1,8	- 6,7	+ 6,8	- 1,2	
- Gewerblicher Hochbau	- 0,3	- 8,0	- 1,6	- 1,1	
- Unternehmen Bahn/Post	+ 5,7	- 5,9	+ 31,0	- 4,9	
Tiefbau	+ 2,9	+ 3,5	+ 6,7	- 1,9	+ 2,5	+ 3,2	+ 6,4	- 2,4	
Straßenbau	+ 5,4	+ 8,6	+ 5,1	- 1,3	+ 4,1	+ 7,3	+ 3,9	- 2,8	
Tiefbau ohne Straßenbau	+ 1,3	+ 0,6	+ 7,7	- 2,3	+ 1,6	+ 0,9	+ 8,1	- 2,2	
- Gewerblicher Tiefbau	+ 2,9	+ 1,9	+ 11,6	- 7,9	
- Unternehmen Bahn/Post	+ 0,1	- 0,6	+ 4,5	+ 2,8	
Auftragsbestand	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁴)								
	2000				2001				
	März	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bauhauptgewerbe insgesamt	
Hochbau	
Tiefbau	

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹⁾ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

²⁾ Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten, 1995 = 100.

³⁾ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

⁴⁾ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

3. Produzierendes Gewerbe

3.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

3.3.1 Bundesrepublik Deutschland



3. Produzierendes Gewerbe

3.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

3.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)								
	Werte				Volumen				
	2001								
	2.Vj.	Mai	Juni	Mai/Juni	2.Vj. ^p	Mai	Juni ^p	Mai/Juni ^p	
Früheres Bundesgebiet									
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 5,4	- 1,8	+ 0,7	+ 2,2	+ 5,5	- 1,9	+ 1,1	+ 2,4	
Hochbau	+ 7,1	- 5,6	+ 2,4	+ 0,4	+ 7,3	- 5,6	+ 2,6	+ 0,5	
Wohnungsbau	+ 0,3	- 3,4	+ 8,0	+ 1,3	+ 0,7	- 3,3	+ 8,1	+ 1,4	
Hochbau ohne Wohnungsbau	+ 11,1	- 6,9	- 0,6	- 0,1	+ 11,3	- 6,9	- 0,5	- 0,1	
Tiefbau	+ 3,2	+ 4,0	- 1,5	+ 4,9	+ 3,3	+ 3,9	- 1,1	+ 5,0	
Straßenbau	+ 11,0	+ 2,3	- 1,9	+ 6,6	+ 10,9	+ 2,3	- 2,1	+ 6,5	
Tiefbau ohne Straßenbau	- 0,5	+ 4,9	- 1,3	+ 4,1	- 0,2	+ 4,9	- 0,7	+ 4,4	
Neue Länder und Berlin-Ost									
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 6,2	+ 12,9	+ 2,3	+ 10,6	+ 6,4	+ 12,8	+ 2,2	+ 10,5	
Hochbau	
Wohnungsbau	
Hochbau ohne Wohnungsbau	
Tiefbau	
Straßenbau	
Tiefbau ohne Straßenbau	
Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³								
	Werte				Volumen				
	2001								
	2.Vj.	Mai	Juni	Jan.-Juni	2.Vj. ^p	Mai	Juni ^p	Jan.-Juni ^p	
Früheres Bundesgebiet									
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 2,5	- 2,4	+ 7,7	- 1,5	+ 2,3	- 2,4	+ 7,9	- 1,5	
Hochbau	+ 1,5	- 6,1	+ 8,4	- 2,6	+ 1,7	- 5,8	+ 8,7	- 2,4	
Wohnungsbau	- 5,9	- 9,7	+ 1,4	- 8,6	- 5,4	- 9,2	+ 2,0	- 8,2	
Hochbau ohne Wohnungsbau	+ 5,9	- 4,2	+ 12,7	+ 1,0	+ 6,1	- 4,0	+ 13,0	+ 1,1	
Tiefbau	+ 3,9	+ 3,4	+ 7,0	+ 0,7	+ 3,2	+ 2,6	+ 6,7	- 0,1	
Straßenbau	+ 1,4	+ 2,3	+ 1,2	- 3,2	- 0,4	+ 0,6	- 0,5	- 5,1	
Tiefbau ohne Straßenbau	+ 5,2	+ 4,0	+ 10,8	+ 2,6	+ 5,2	+ 3,8	+ 11,4	+ 2,6	
Neue Länder und Berlin-Ost									
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 13,3	- 10,5	- 9,2	- 17,7	- 12,1	- 9,0	- 8,2	- 16,3	
Hochbau	- 24,0	- 22,7	- 20,5	- 24,3	- 22,6	- 20,9	- 19,5	- 22,7	
Wohnungsbau	- 31,8	- 23,7	- 28,5	- 36,5	- 30,2	- 21,9	- 26,9	- 35,0	
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 17,3	- 21,7	- 14,3	- 12,8	- 16,0	- 20,1	- 13,5	- 11,3	
Tiefbau	+ 0,1	+ 4,0	+ 5,8	- 9,4	+ 1,2	+ 5,1	+ 6,9	- 8,5	
Straßenbau	+ 17,6	+ 28,6	+ 16,4	+ 4,3	+ 17,7	+ 28,7	+ 16,6	+ 4,3	
Tiefbau ohne Straßenbau	- 9,5	- 9,0	- 0,6	- 16,1	- 8,0	- 7,5	+ 0,9	- 14,7	
Auftragsbestand	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁴)								
	2000				2001				
	März	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Früheres Bundesgebiet									
Bauhauptgewerbe insgesamt	2,7	2,6	2,6	2,6	2,8	2,7	2,6	2,7	
Hochbau	2,6	2,5	2,5	2,6	2,7	2,6	2,5	2,7	
Tiefbau	2,8	2,9	2,9	3,0	2,9	3,0	2,9	2,9	
Neue Länder und Berlin-Ost									
Bauindustrie insgesamt	1,9	1,9	2,0	1,9	2,0	2,1	1,9	2,0	
Hochbau	2,0	2,0	2,1	1,8	2,0	2,2	1,9	2,0	
Tiefbau	1,7	1,8	2,0	2,0	1,9	1,9	2,0	1,8	

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten, 1995 = 100.

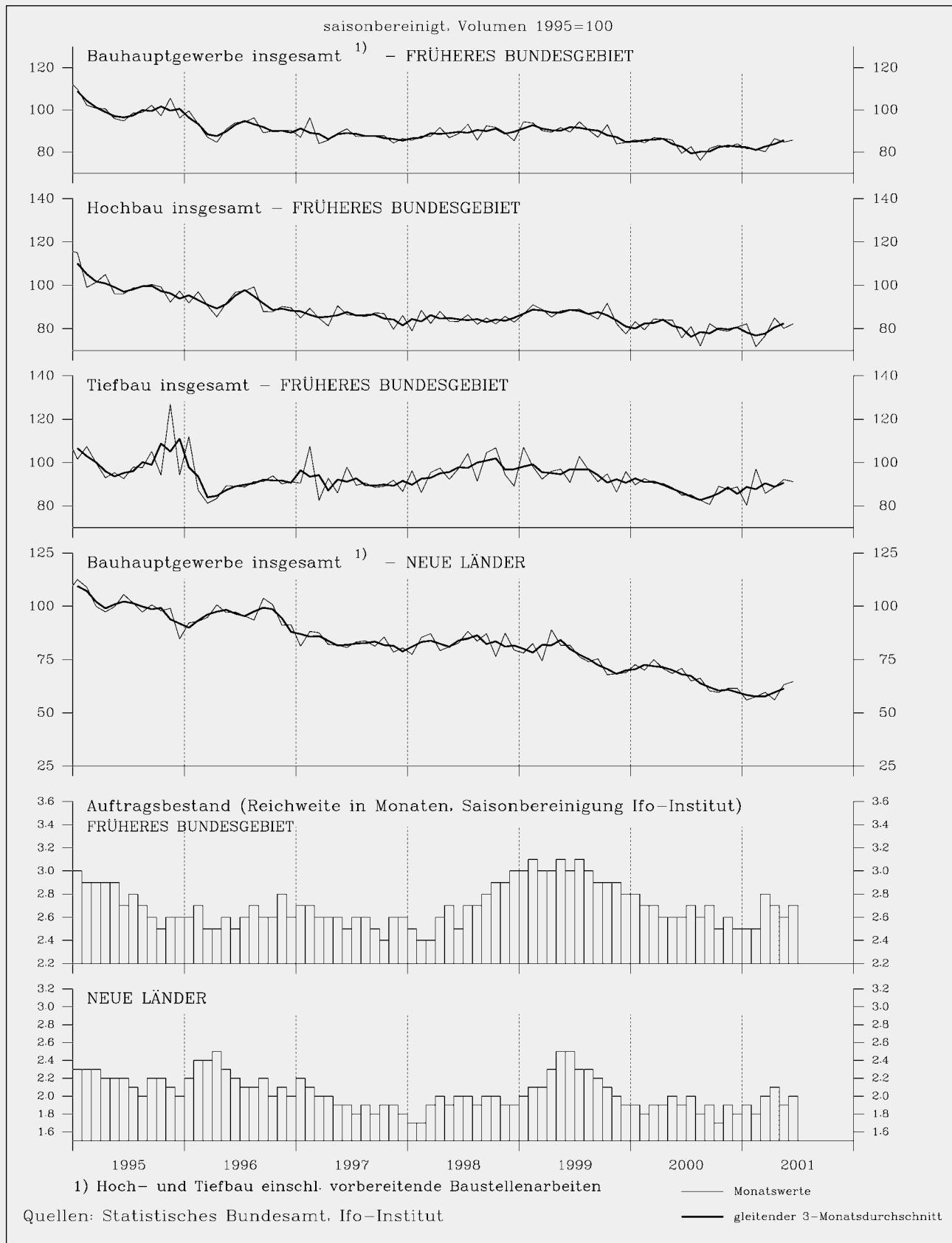
³ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

⁴ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

3. Produzierendes Gewerbe

3.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

3.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost



4. Privater Konsum (Einzelhandelsumsätze)

	Veränderung gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2001							
	2.Vj.	Mai	Juni	Mai/ Juni	2.Vj.	Mai	Juni	Mai/ Juni
Einzelhandel insgesamt	+ 1,4	+ 0,8	- 0,7	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	- 1,3	- 0,3
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)	+ 1,4	+ 0,9	- 1,0	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2	- 1,1	- 0,4
	Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in % ²							
	Werte				Volumen			
	2001							
	2.Vj.	Mai	Juni	Jan.- Juni	2.Vj.	Mai	Juni	Jan.- Juni
Einzelhandel (EH) insgesamt	+ 1,2	- 1,1	+ 2,9	+ 1,3	- 0,9	- 3,2	+ 0,6	- 0,4
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)	+ 1,6	- 0,1	+ 3,1	+ 1,7	- 0,6	- 2,4	+ 0,5	- 0,1
EH mit Waren verschiedener Art ^{3,4}	- 26,5	+ 2,5	- 89,3	- 12,7	- 0,1	- 1,0	- 0,1	+ 0,2
Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 4,0	+ 3,3	+ 3,9	+ 3,2	+ 0,4	- 0,5	- 0,2	+ 0,7
Sonstige Waren verschiedener Art	- 1,9	- 3,1	+ 1,2	- 1,5	- 2,8	- 4,1	+ 0,1	- 2,0
Fach-Einzelhandel ⁵ mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ³	- 1,0	- 1,9	- 0,6	0	- 4,5	- 5,4	- 4,4	- 2,8
Apotheken; Fach-Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ³	+ 6,7	+ 3,5	+ 7,3	+ 6,6	+ 5,5	+ 2,4	+ 5,9	+ 5,7
Sonstiger Fach-Einzelhandel ³	- 1,9	- 3,4	+ 0,7	- 1,6	- 2,7	- 4,4	- 0,1	- 2,1
darunter: Bekleidung	- 2,0	- 1,2	+ 0,2	- 0,6	- 2,4	- 1,7	- 0,2	- 0,8
Möbel, Einrichtungsgegenstände und Hausrat a.n.g.	- 0,9	- 5,3	+ 2,6	- 0,5	- 2,4	- 6,8	+ 0,9	- 1,9
Elektrische Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie Musikinstrumente	- 6,2	- 11,1	- 6,4	- 4,1	- 5,1	- 10,0	- 5,3	- 2,9
Metallwaren, Anstrichmittel, Bau- und Heimwerkerbedarf	- 2,7	- 3,2	- 0,1	- 4,4	- 3,4	- 3,9	- 0,8	- 4,9
Fach-Einzelhandel a.n.g. ⁶	- 1,9	- 3,5	+ 1,6	- 2,3	- 2,9	- 4,8	+ 0,8	- 3,0
Antiquitäten und Gebrauchtwaren ³	- 6,5	- 16,6	+ 9,3	- 0,2	- 7,3	- 17,3	+ 8,3	- 0,8
Nicht in Verkaufsräumen betriebener Einzelhandel ⁷	+ 3,5	- 2,3	+ 6,2	+ 4,6	- 1,4	- 6,3	+ 0,8	+ 0,2
Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen, Teilen und Zubehör; Tankstellen	0	- 3,9	+ 2,4	- 0,2	- 1,6	- 5,6	+ 0,9	- 1,6

Quellen: Statistisches Bundesamt

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt; Klassifikation WZ 93; 1995 = 100.

³ In Verkaufsräumen.

⁴ Breites bzw. gemischtes Warentiment z. B.: Warenhäuser, Supermärkte u. ä..

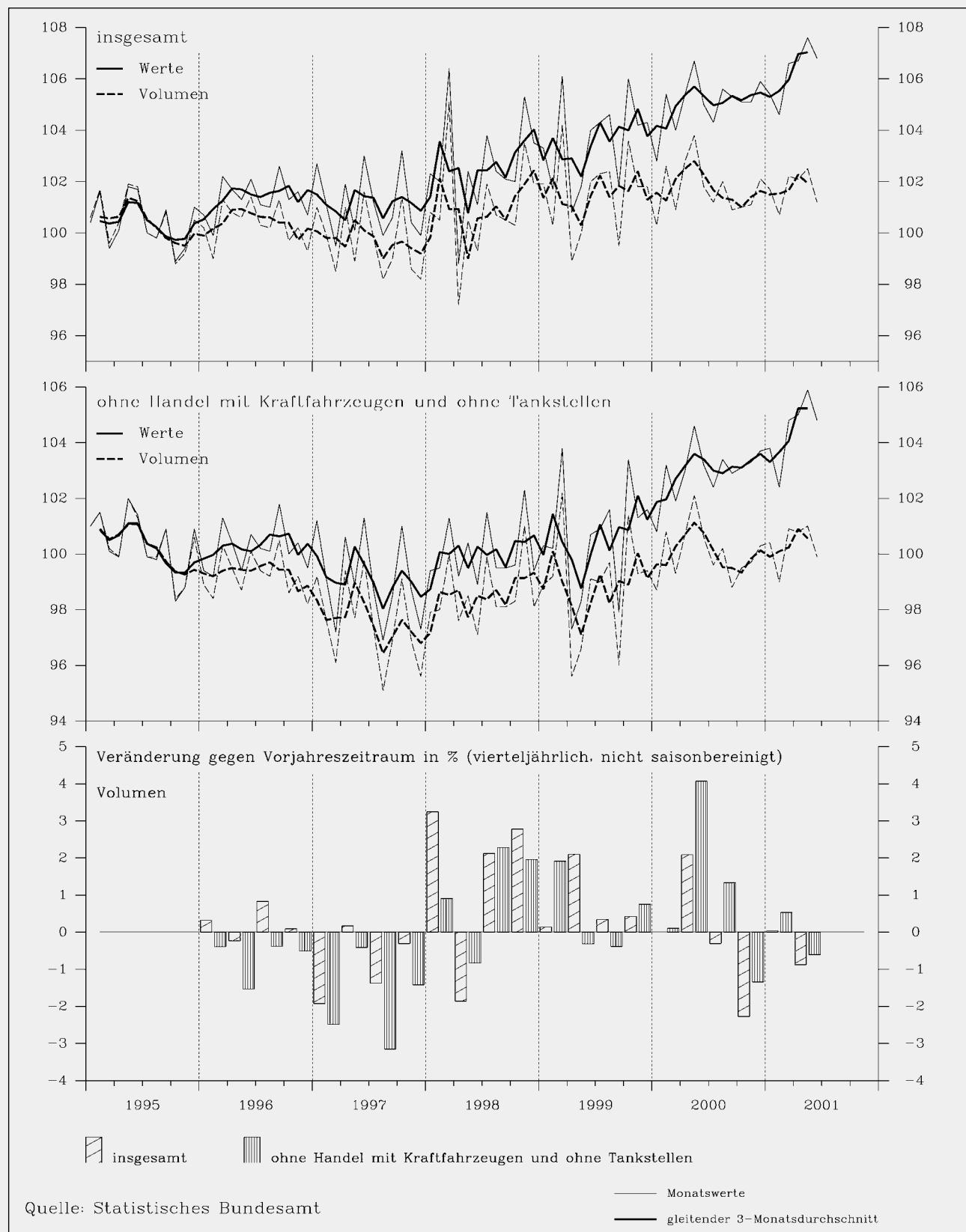
⁵ Abgegrenztes Sortiment z. B.: Fachgeschäfte.

⁶ z. B. Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Computer, Sport und Freizeitbedarf.

⁷ z. B. Versandhandel, Verkaufsstände und Märkte.

4. Privater Konsum (Einzelhandelsumsätze)

1995 = 100, saisonbereinigt



5. Außenwirtschaft

	Werte in Mrd. DM					
	2 0 0 0			2 0 0 1		
	2.Vj.	Juni	Jan.-Juni	2.Vj.	Juni	Jan.-Juni
Einfuhr	255,8	84,1	498,8	275,7	91,1	549,1
Ausfuhr	287,4	96,9	562,4	314,6	104,8	626,8
Saldo der Handelsbilanz	+ 31,6	+ 12,8	+ 63,6	+ 38,8	+ 13,7	+ 77,5
Ergänzungen zum Warenverkehr	- 2,3	- 0,6	- 5,0	- 2,7	- 0,6	- 5,9
Dienstleistungen	- 22,8	- 8,6	- 42,2	- 22,1	- 10,1	- 46,8
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	+ 3,0	+ 2,2	+ 3,8	- 3,6	- 6,0	- 5,6
laufenden Übertragungen	- 12,7	- 4,4	- 23,4	- 14,9	- 5,7	- 25,3
Leistungsbilanz	- 3,2	+ 1,4	- 3,1	- 4,4	- 8,7	- 6,1
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum ¹						
2 0 0 0 / 2 0 0 1						
	1.Vj.	2.Vj.	April	Mai	Juni	Jan.-Juni
in Mrd. DM						
Saldo der Handelsbilanz	+ 6,8	+ 7,1	+ 0,2	+ 6,0	+ 0,9	+ 13,9
Ergänzungen zum Warenverkehr	- 0,6	- 0,4	- 0,4	0	0	- 0,9
Dienstleistungen	- 5,4	+ 0,8	+ 2,0	+ 0,2	- 1,4	- 4,6
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	- 2,8	- 6,6	+ 1,8	- 0,3	- 8,1	- 9,4
laufenden Übertragungen	+ 0,3	- 2,1	+ 0,7	- 1,5	- 1,4	- 1,8
Leistungsbilanz	- 1,7	- 1,2	+ 4,4	+ 4,4	- 10,0	- 2,9
in %						
Einfuhr	+ 12,5	+ 7,8	+ 18,4	- 1,5	+ 8,3	+ 10,1
Ausfuhr	+ 13,5	+ 9,5	+ 16,5	+ 4,7	+ 8,1	+ 11,4
Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ²)						
2 0 0 1						
	Werte			Volumen ³		
	Mai	Juni	Mai / Juni	Mai	Juni	Mai / Juni
Einfuhr	- 6,2	+ 3,7	- 0,1	.	.	.
Ausfuhr	- 1,4	+ 1,2	+ 0,2	.	.	.

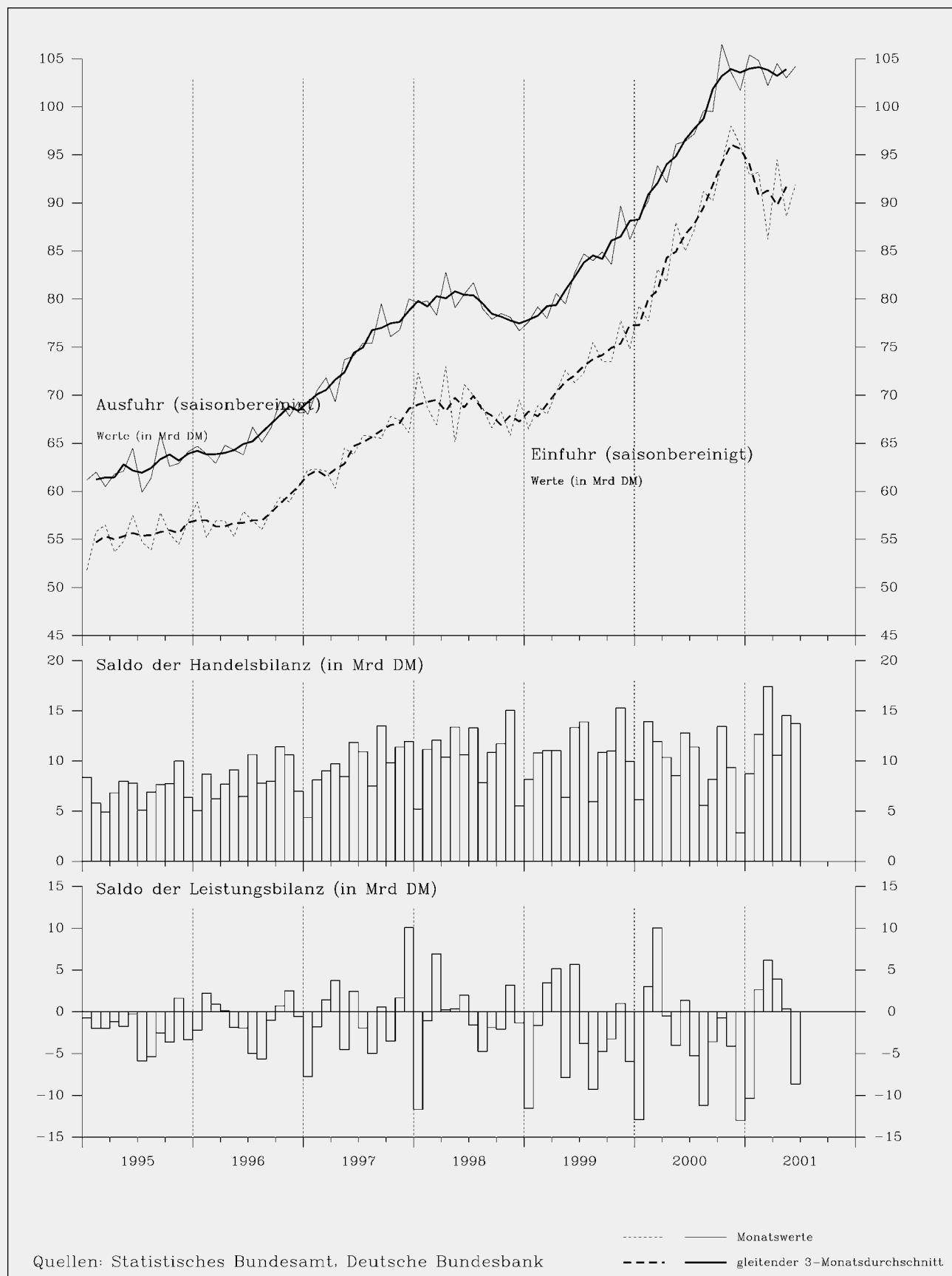
Quellen: Statistisches Bundesamt und Deutsche Bundesbank.

¹ Ursprungszahlen.

² Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

³ Mengen bewertet mit Durchschnittswerten des Jahres 1995; Schätzung der Deutschen Bundesbank.

5. Außenwirtschaft



6. Preise

6.1 Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %		
	2001					
	Mai	Juni	Juli	Mai	Juni	Juli
Preisindex für die Lebenshaltung¹						
Insgesamt	+ 0,5	+ 0,2	0	+ 3,5	+ 3,1	+ 2,6
Waren	+ 0,9	- 0,1	- 0,5	+ 4,5	+ 3,7	+ 3,1
- Verbrauchsgüter	+ 1,3	- 0,1	- 0,9	+ 6,9	+ 5,6	+ 4,7
darunter:						
Nahrungsmittel	+ 1,9	+ 0,3	- 0,5	+ 6,7	+ 6,9	+ 6,8
darunter:						
Saisonwaren ²	+ 5,3	- 0,8	- 3,0	+ 11,3	+ 10,3	+ 8,9
- Gebrauchsgüter mit mittl. Lebensdauer	+ 0,2	0	- 0,1	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0
- Langlebige Gebrauchsgüter	0	0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2
Dienstleistungen	0	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2
darunter:						
- Wohnungsmiete	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte³						
Insgesamt	+ 0,2	+ 0,1	.	+ 4,6	+ 4,3	.
darunter:						
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 0,2	0	.	+ 6,9	+ 6,2	.
- Energieproduzenten	+ 0,4	+ 0,3	.	+ 16,5	+ 15,1	.
- Vorleistungsgüterproduzenten (ohne Energie)	0	- 0,2	.	+ 1,3	+ 1,0	.
Investitionsgüterproduzenten	0	+ 0,2	.	+ 0,9	+ 1,0	.
Konsumgüterproduzenten	+ 0,4	+ 0,2	.	+ 3,3	+ 3,3	.
- Gebrauchsgüter	0	+ 0,1	.	+ 2,4	+ 2,4	.
- Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,5	+ 0,2	.	+ 3,4	+ 3,5	.
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte⁴						
Insgesamt	+ 0,1	- 3,5	.	+ 8,2	+ 2,9	.
Pflanzliche Produkte	+ 4,5	- 3,5	.	+ 6,8	+ 2,6	.
Tierische Produkte	- 2,0	- 3,5	.	+ 8,9	+ 3,1	.
	2000 / 2001					
	Nov.	Febr.	Mai	Nov.	Febr.	Mai
Baupreise³						
Wohngebäude	0	- 0,1	0	+ 0,3	+ 0,1	- 0,1
Straßenbau	+ 0,6	0	- 0,1	+ 2,8	+ 2,0	+ 1,2

Quelle: Statistisches Bundesamt

¹ Alle privaten Haushalte, 1995=100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose).

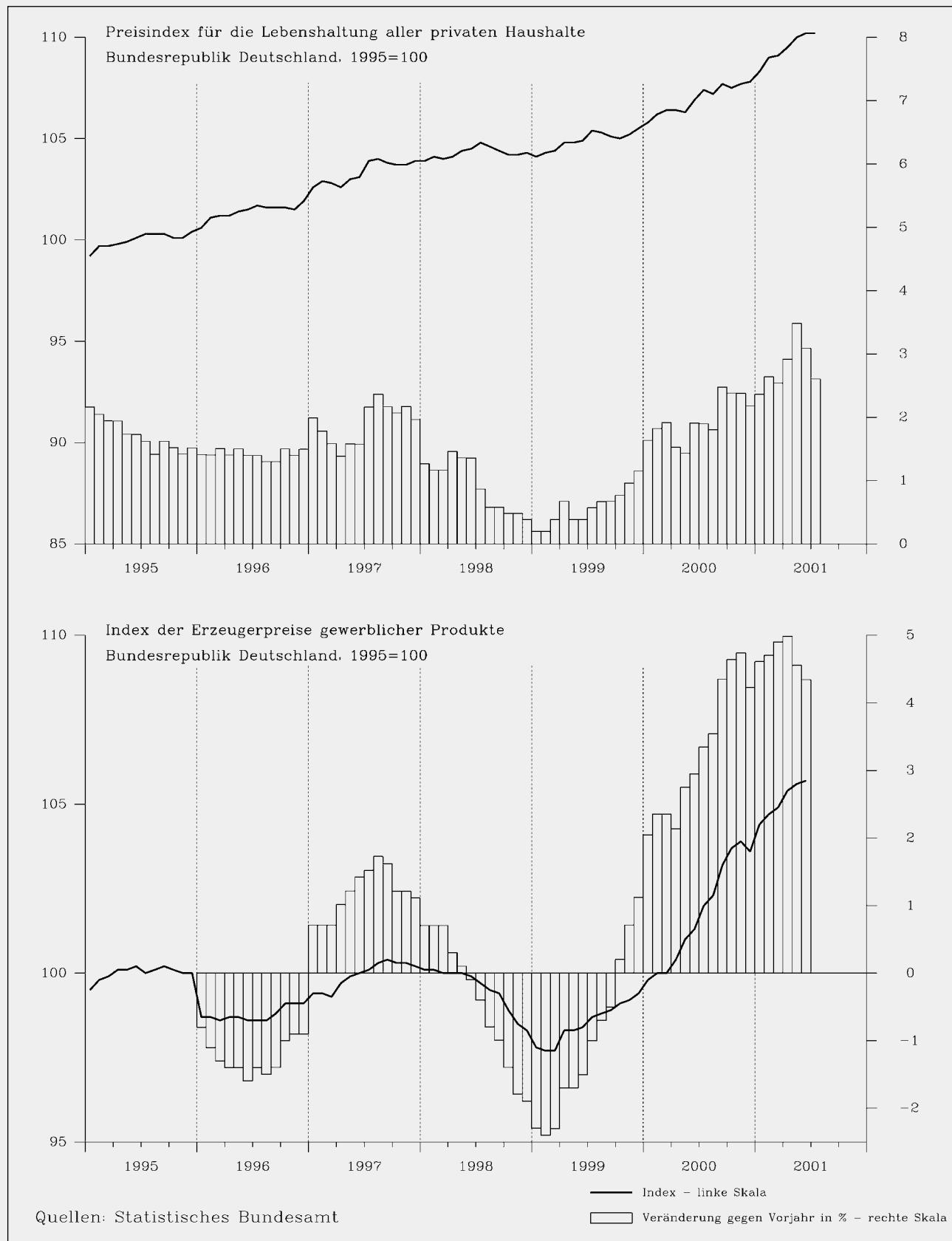
² Obst, Gemüse (einschl. Kartoffeln), Fische.

³ 1995 = 100.

⁴ 1995 = 100.

6. Preise

6.1 Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise



6. Preise

6.2 Weltmarktpreise, Außenwert der DM, Außenhandelspreise

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %		
	2 0 0 1					
	Mai	Juni	Juli	Mai	Juni	Juli
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹⁾						
Insgesamt	+ 3,3	- 2,0	- 5,0	- 1,6	- 7,0	- 9,4
- Nahrungs- und Genußmittel	+ 1,6	- 1,6	+ 1,8	- 12,6	- 10,5	- 6,4
- Industrie-Rohstoffe	- 1,6	- 2,7	- 2,4	- 5,4	- 6,9	- 10,4
- Energierohstoffe (Kohle und Rohöl)	+ 5,3	- 1,9	- 6,5	+ 1,1	- 6,7	- 9,4
Entwicklung des Außenwertes der DM						
Außenwert der DM gegenüber dem US-Dollar ²⁾	- 2,0	- 2,5	.	- 3,5	- 10,2	.
Effektiver Wechselkurs des Euro gegenüber den Währungen von 13 Ländern ³⁾	- 1,9	- 1,4	.	+ 1,7	- 3,1	.
Außenhandelspreise⁴⁾						
Einfuhrpreise insgesamt	+ 1,0	- 0,3	.	+ 4,0	+ 3,6	.
darunter:						
Güter der Ernährungswirtschaft	- 0,9	- 2,0	.	+ 5,8	+ 6,1	.
Güter der gewerblichen Wirtschaft	+ 1,2	0	.	+ 3,8	+ 3,3	.
- Rohstoffe und Halbwaren	+ 4,0	- 0,4	.	+ 10,7	+ 7,6	.
- Fertigwaren	+ 0,3	+ 0,1	.	+ 1,6	+ 2,0	.
Ausfuhrpreise insgesamt	+ 0,3	0	.	+ 1,6	+ 1,6	.
Terms of Trade	- 0,7	+ 0,3	.	- 2,3	- 1,9	.

Quellen: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt.

¹⁾ HWWA-Index auf US-Dollar-Basis, 1990 = 100.

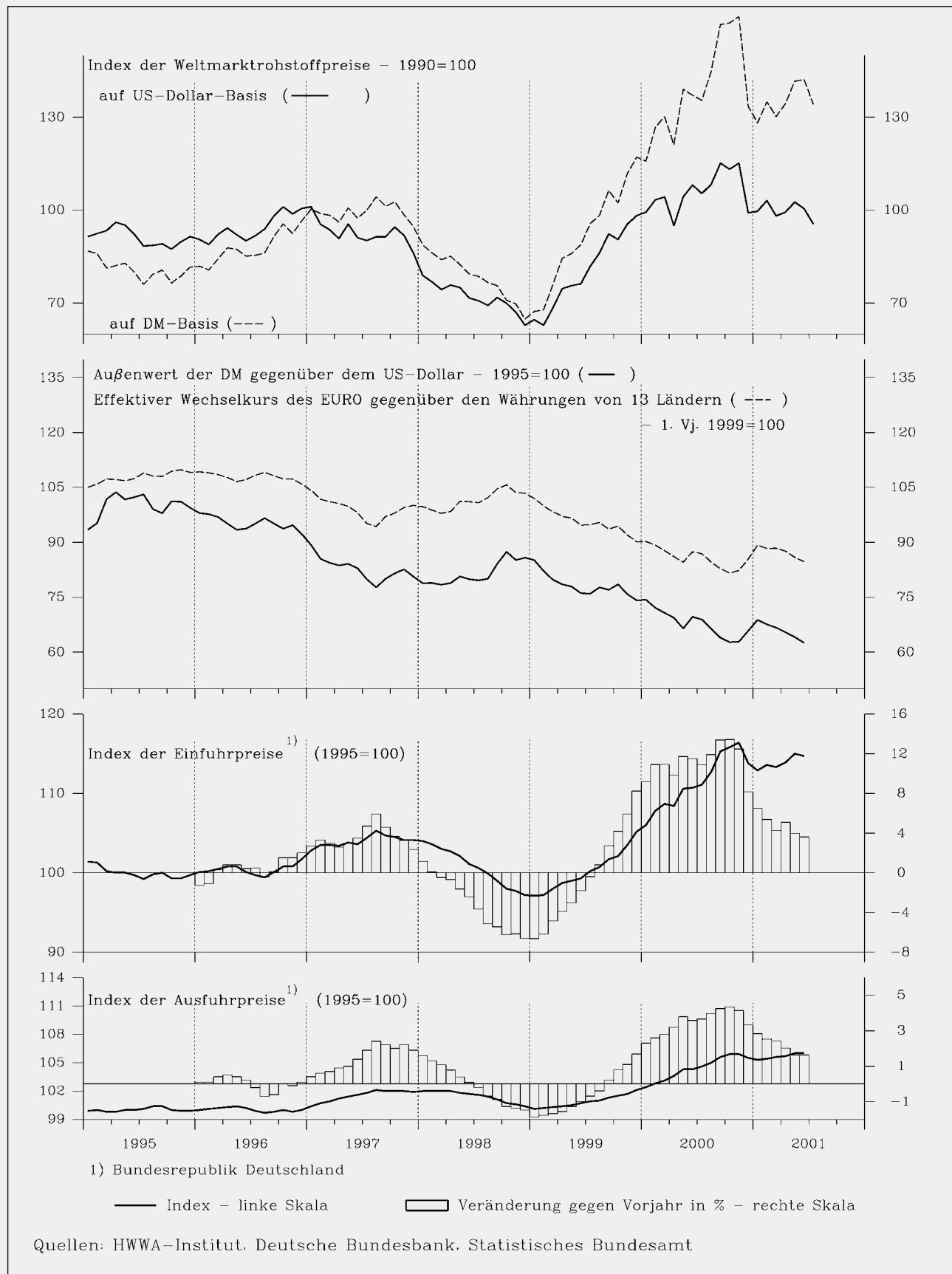
²⁾ 1995 = 100.

³⁾ 1999 = 100.

⁴⁾ Kontraktpreise 1995=100.

6. Preise

6.2 Weltmarktpreise, Außenwert der DM, Außenhandelspreise



Übersichten und Grafiken zur aktuellen Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1. Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen¹

I. Schuldenart

	Stand 30. Juni 2001	Zunahme Mio. DM	Abnahme	Stand 31. Juli 2001 ^P
Anleihen ²	824 240	15 126	4 000	835 366
Bundesobligationen	250 481	35	0	250 516
Bundesschatzbriefe ³	59 150	244	102	59 293
Bundesschatzanweisungen	98 232	0	0	98 232
Unverzinsliche Schatzanweisungen	23 001	18 019	9 660	31 360
Finanzierungsschätz ⁴	3 708	147	246	3 609
Schuldscheindarlehen ⁵	95 480	1 258	1 858	94 879
Medium Term Notes Treuhand	2 251	0	0	2 251
Gesamte umlaufende Schuld⁶	1 356 544	18 964		1 375 508

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand 30. Juni 2001	Mio. DM	Stand 31. Juli 2001 ^P
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	185 460	26 226	211 685
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	532 809		21 487
langfristig (mehr als 4 Jahre)	638 275	14 223	652 498
Gesamte umlaufende Schuld⁶	1 356 544	18 260	1 375 508

^P Vorläufig.

¹ Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundesseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

² Anleihen des Bundes, des Bundesseisenbahnvermögens und der Treuhandanstalt.

³ Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

⁴ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätz.

⁵ Schuldscheindarlehen des Bundes, des Bundesseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds Steinkohle, des Kreditabwicklungsfonds, der Treuhandanstalt und des Erblasttilgungsfonds einschließlich der Vertragskredite des Bundesseisenbahnvermögens; ohne Lastenausgleichsfonds (LAF).

⁶ Einschließlich Eigenbestände.

2. Gewährleistungen

	Soll in Mrd. DM 2001	Juni 2001	in Mrd. DM Juni 2000
Ausfuhr	230	206,4	205,9
Internationale Finanzinstitute	65	61,9	61,3
Kapitalanlagen	65	48,9	48,9
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen	151	92,9	96,2

3. Veröffentlichungskalender der Monatsberichte nach IWF-Standard SDDS

Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2001 August	01. Oktober 2001
September	31. Oktober 2001
Oktober	30. November 2001
November	02. Januar 2002
Dezember	11. Februar 2002

4. Bundeshaushalt 2000 bis 2005

- Gesamtübersicht -

Gegenstand der Nachweisung	2000 Ist	2001 Soll	2001 Soll	Reg.-Entwurf	2003		2004		2005	
					- Mrd DM -		- Mrd. € -		Finanzplanung	
1. Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in vH	478,0 - 1,0	477,0 - 0,2	243,9 - 0,2	247,8 1,6	249,4		251,9		254,4	
2. Einnahmen Veränderung gegen Vorjahr in vH	431,3 - 0,1	433,2 0,4	221,5 0,4	225,5 1,8	233,0		241,3		249,0	
<u>darunter:</u> <u>Steuereinnahmen</u> Veränderung gegen Vorjahr in vH	388,8 3,3	384,6 - 1,1	196,6 - 1,1	204,2 3,9	212,3 4,0		223,1 5,1		227,9 2,2	
3. Finanzierungsdefizit Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits	- 46,7	- 43,8	- 22,4	- 22,3	- 16,4		- 10,6		- 5,4	
4. Bruttokreditaufnahme (-)	292,8	335,0	171,3	176,0	195,8		170,8		174,5	
5. Tilgungen (+)	246,3	291,3	148,9	154,9	180,3		160,6		169,5	
6. Nettokreditaufnahme	- 46,5	- 43,7	- 22,4	- 21,1	- 15,5		- 10,2		- 5,0	
7. Münzeinnahmen	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 1,2	- 0,9		- 0,4		- 0,4	
8. Finanzierungsdefizit in vH der Ausgaben	- 46,7 9,8	- 43,8 9,2	- 22,4 9,2	- 22,3 9,0	- 16,4 6,6		- 10,6 4,2		- 5,4 2,1	
<u>Nachrichtlich:</u> <u>Investive Ausgaben</u> Veränderung gegen Vorjahr in vH	55,1 - 1,6	58,0 5,2	29,7 5,2	28,3 - 4,7	27,6		26,1		26,2	
<u>- Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen -</u>										
		7,0	7,0	3,6	3,5		2,5		2,5	
										2,0

¹ Darunter: Bundesanteil am Bundesbankgewinn.
Stand 01.08.2001.

5. Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005

- in Mio. € -

Ausgabeart	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	IST	SOLL	Reg. Entwurf	Finanzplanung		
AUSGABEN DER LAUFENDEN RECHNUNG						
PERSONALAUSGABEN	26.517	27.002	27.104	26.997	27.084	27.152
Aktivitätsbezüge	20.275	20.647	20.606	20.443	20.453	20.467
- Ziviler Bereich	8.196	8.498	8.340	8.184	8.202	8.225
- Militärischer Bereich	12.079	12.149	12.267	12.259	12.251	12.243
Versorgung	6.242	6.355	6.498	6.554	6.631	6.684
- Ziviler Bereich	2.572	2.527	2.591	2.569	2.551	2.531
- Militärischer Bereich	3.670	3.829	3.907	3.985	4.080	4.153
LAUFENDER SACHAUFWAND	20.822	16.926	16.206	15.686	15.518	15.342
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1.641	1.593	1.591	1.584	1.560	1.540
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7.335	7.654	7.340	7.385	7.440	7.489
Sonstiger laufender Sachaufwand	11.846	7.679	7.275	6.717	6.518	6.313
ZINSAUSGABEN	39.149	39.369	39.994	40.386	42.717	43.884
an andere Bereiche	39.149	39.369	39.994	40.386	42.717	43.884
- Sonstige	39.149	39.369	39.994	40.386	42.717	43.884
- für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
- an sonstigen inländischen Kreditmarkt	39.104	39.324	39.949	40.340	42.672	43.839
- an Ausland	3	4	4	4	4	4
LAUFENDE ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE	126.846	130.949	135.690	138.125	141.403	143.006
an Verwaltungen	16.106	13.492	15.728	15.526	17.541	17.250
- Länder	5.650	5.862	5.975	6.163	6.053	5.832
- Gemeinden	194	248	220	205	189	27
- Sondervermögen	10.259	7.380	9.531	9.157	11.297	11.390
- Zweckverbände	2	2	2	1	1	1
an andere Bereiche	110.740	117.457	119.963	122.599	123.862	125.756
- Unternehmen	13.275	16.984	16.777	16.738	16.523	16.492
- Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	21.455	19.554	19.408	19.065	18.575	18.217
- an Sozialversicherung	72.590	77.331	80.183	83.268	85.329	87.650
- an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	746	668	735	727	716	714
- an Ausland	2.674	2.919	2.860	2.801	2.719	2.682
SUMME AUSGABEN DER LAUFENDEN RECHNUNG	213.333	214.246	218.995	221.194	226.722	229.384
AUSGABEN DER KAPITALRECHNUNG *)						
SACHINVESTITIONEN	6.732	7.181	6.782	6.582	5.976	6.054
Baumaßnahmen	5.580	5.916	5.586	5.370	4.723	4.758
Erwerb von beweglichen Sachen	779	840	767	732	731	745
Grunderwerb	373	425	430	480	522	552

* Darunter: Investive Ausgaben.

noch 5. Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005

- in Mio. € -

Ausgabeart	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	IST	SOLL	Reg. Entwurf	Finanzplanung		
VERMÖGENSÜBERTRAGUNGEN	19.506	18.269	17.586	16.911	15.798	15.490
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	16.579	17.662	17.134	16.515	15.438	15.141
- an Verwaltungen	10.011	9.678	9.300	8.635	8.638	8.192
- Länder	9.925	9.584	9.198	8.547	8.550	8.105
- Gemeinden und Gemeindeverbände	86	94	102	87	87	88
- an andere Bereiche	6.568	7.984	7.833	7.880	6.801	6.948
- Sonstige - Inland	4.729	6.137	5.983	5.984	4.881	5.009
- Ausland	1.839	1.847	1.850	1.897	1.920	1.939
Sonstige Vermögensübertragungen	2.926	608	452	396	359	350
- an andere Bereiche	2.926	608	452	396	359	350
- Unternehmen - Inland	101	167	0	0	0	0
- Sonstige - Inland	2.542	202	202	184	167	167
- Ausland	284	239	250	213	192	183
DARLEHENSGEWÄHRUNG, ERWERB VON BETEILIGUNGEN, KAPITALEINLAGEN	4.835	4.806	4.332	4.528	4.729	4.958
Darlehensgewährung	4.205	4.123	3.742	3.951	4.152	4.380
- an Verwaltungen	197	176	159	143	128	123
- Länder	195	175	158	143	128	123
- Gemeinden	1	1	1	0	0	0
- an andere Bereiche	4.008	3.947	3.584	3.807	4.024	4.258
- Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	2.998	2.894	2.631	2.832	3.024	3.218
- Ausland	1.010	1.054	953	975	1.000	1.040
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	630	683	589	577	577	578
- Inland	19	39	6	0	0	0
- Ausland	611	644	583	577	577	578
0	0	0	0	0	0	0
DARLEHENSRÜCKZAHLUGEN AN VERWALTUNGEN	0	0	0	0	0	0
SUMME AUSGABEN DER KAPITALRECHNUNG *)	31.072	30.257	28.700	28.021	26.503	26.503
GLOBALE MEHR- / MINDERAUSGABEN	0	-616	106	185	-1.325	-1.487
AUSGABEN ZUSAMMEN	244.405	243.886	247.800	249.400	251.900	254.400
ABSCHLUß DER AUSGABEN						
SUMME AUSGABEN	244.405	243.886	247.800	249.400	251.900	254.400
- Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	213.333	214.246	218.995	221.194	226.722	229.384
- Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	31.072	30.257	28.700	28.021	26.503	26.503
- Globalansätze - soweit nicht aufgeteilt -	0	-616	106	185	-1.325	-1.487
FINANZIERUNGSRECHNUNG						
Haushaltstechnische Verrechnungen	134	0	0	0	0	0
RECHNUNGSMÄßIGE ABSCHLUßSUMME	244.539	243.886	247.800	249.400	251.900	254.400
	28.146	29.649	28.248	27.624	26.144	26.154

* Darunter: Investive Ausgaben.

6. Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Regierungsentwurf 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe / Funktion	AUSGABEN ZUSAMMEN	AUSGABEN DER LAUFENDEN RECHNUNG	PERSONAL-AUSGABEN	LAUFENDER SACH-AUFWAND	ZINS-AUSGABEN	LAUFENDE ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE
0 Algemeine Dienste	47.414	43.394	24.819	12.354	0	6.222
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	8.871	8.347	4.096	1.298	0	2.953
02 Auswärtige Angelegenheiten	5.435	2.599	431	104	0	2.064
03 Verteidigung	27.473	27.182	16.174	10.173	0	835
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2.360	2.145	1.639	489	0	18
05 Rechtsschutz	326	289	215	66	0	8
06 Finanzverwaltung	2.950	2.833	2.265	224	0	344
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	10.777	7.968	447	649	0	6.872
13 Hochschulen	2.153	1.028	7	5	0	1.016
14 Förderung von Schülern, Studenten	1.101	1.101	0	0	0	1.101
15 Sonstiges Bildungswesen	496	417	9	81	0	328
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6.611	5.180	431	558	0	4.191
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	416	242	1	6	0	235
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	102.592	101.200	165	407	0	100.628
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	77.635	77.635	0	0	0	77.635
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.ä.	6.540	6.079	0	0	0	6.079
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	4.873	4.608	0	261	0	4.347
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	12.371	12.222	41	81	0	12.101
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	99	99	0	0	0	99
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1.075	556	125	65	0	366
3 Gesundheit und Sport	999	621	237	195	0	190
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	351	300	138	98	0	63
312 Krankenhäuser und Heilstätten	0	0	0	0	0	0
319 Übrige Bereiche aus 31	351	300	138	98	0	63
32 Sport	184	81	0	5	0	76
33 Umwelt- und Naturschutz	226	139	63	39	0	37
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	239	101	35	52	0	14
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2.052	930	2	3	0	925
41 Wohnungswesen	1.601	889	0	2	0	886
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	0	0	0	0	0	0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	55	41	2	0	0	38
44 Städtebauförderung	395	0	0	0	0	0

noch 6. Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Regierungsentwurf 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe / Funktion	AUSGABEN ZUSAMMEN	AUSGABEN DER LAUFENDEN RECHNUNG	PERSONAL-AUSGABEN	LAUFENDER SACH-AUFWAND	ZINS-AUSGABEN	LAUFENDE ZUWEISUNGEN UND ZUSCHÜSSE
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1.335	715	24	118	0	572
52 Verbesserung der Agrarstruktur	946	387	0	2	0	385
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	185	185	0	55	0	130
533 Gasölverbilligung	0	0	0	0	0	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	185	185	0	55	0	130
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	204	143	24	62	0	57
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	10.711	4.079	47	246	0	3.786
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	252	234	0	110	0	124
621 Kernenergie	124	124	0	0	0	124
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	0	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	128	110	0	110	0	0
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	3.365	3.331	0	5	0	3.327
64 Handel	83	83	0	51	0	32
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	4.555	176	0	0	0	176
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	6.987	406	47	56	0	303
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	9.940	2.878	1.013	1.229	0	636
72 Straßen	6.880	895	0	765	0	130
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1.403	753	445	267	0	41
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	1	0	0	0	1
75 Luftfahrt	153	152	45	8	0	99
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1.163	1.071	523	189	0	359
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	17.529	12.865	27	283	0	12.555
81 Wirtschaftsunternehmen	10.929	6.406	27	36	0	6.343
832 Eisenbahnen	4.739	269	0	0	0	269
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6.190	6.137	27	36	0	6.074
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	6.600	6.459	0	247	0	6.212
873 Sondervermögen	6.211	6.211	0	0	0	6.211
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	389	248	0	247	0	1
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	44.451	44.345	322	723	39.994	3.306
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	3.305	3.305	0	0	0	3.305
92 Schulden	40.071	40.071	0	77	39.994	0
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	1.074	969	322	645	0	1
SUMME ALLER HAUPTFUNKTIONEN	247.800	218.995	27.104	16.206	39.994	135.690

noch 6. Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Regierungsentwurf 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe / Funktion	AUSGABEN DER KAPITALRECHNUNG *)	SACH-INVESTITIONEN	VERMÖGENSÜBERTRAGUNGEN	DARLEHENSGEWÄHRUNG, ERWERB VON BETEILIGUNGEN	*) Darunter: Investive Ausgaben
0 Algemeine Dienste	4.020	1.098	1.385	1.537	3.970
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	524	522	2	0	524
02 Auswärtige Angelegenheiten	2.836	44	1.256	1.536	2.829
03 Verteidigung	291	166	126	0	248
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	215	215	0	0	215
05 Rechtsschutz	37	37	0	0	37
06 Finanzverwaltung	117	115	1	1	117
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	2.809	89	2.720	0	2.801
13 Hochschulen	1.125	1	1.124	0	1.125
14 Förderung von Schülern, Studenten	0	0	0	0	0
15 Sonstiges Bildungswesen	78	4	75	0	78
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	1.432	83	1.348	0	1.424
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	174	0	173	0	174
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	1.392	12	1.376	4	1.022
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	0	0	0	0	0
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.ä.	460	0	460	0	460
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	265	3	260	2	15
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	148	4	142	3	28
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	0	0	0	0	0
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	519	6	513	0	519
3 Gesundheit und Sport	378	205	173	0	366
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	51	47	4	0	51
312 Krankenhäuser und Heilstätten	0	0	0	0	0
319 Übrige Bereiche aus 31	51	47	4	0	51
32 Sport	103	0	103	0	103
33 Umwelt- und Naturschutz	87	29	58	0	75
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	137	129	9	0	137
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1.122	0	939	183	1.122
41 Wohnungswesen	712	0	529	183	712
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	0	0	0	0	0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	15	0	15	0	15
44 Städtebauförderung	395	0	395	0	395

noch 6. Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Regierungsentwurf 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe / Funktion	AUSGABEN DER KAPITAL RECHNUNG *)	SACH- INVESTITION- EN	VERMÖGENS ÜBERTRAGU NGEN	DARLEHENSGEWÄHR- UNG, ERWERB VON BETEILIG- UNGEN	*) Darunter: Investive Ausgaben
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	620	4	613	3	620
52 Verbesserung der Agrarstruktur	559	0	559	0	559
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	0	0	0	0	0
533 Gasölverbilligung	0	0	0	0	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	0	0	0	0	0
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	61	4	54	3	61
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6.632	1	4.431	2.201	6.632
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	18	0	18	0	18
621 Kernenergie	0	0	0	0	0
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	18	0	18	0	18
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	34	0	34	0	34
64 Handel	0	0	0	0	0
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	4.379	0	4.379	1	4.379
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	6.580	1	4.379	2.201	6.580
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	7.062	5.245	1.817	1	7.062
72 Straßen	5.985	4.533	1.451	1	5.985
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	651	637	13	0	651
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	0	335	0	335
75 Luftfahrt	0	0	0	0	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	92	74	18	0	92
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	4.664	128	4.132	404	4.652
81 Wirtschaftsunternehmen	4.523	21	4.098	404	4.523
832 Eisenbahnen	4.470	0	4.072	398	4.470
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	53	21	26	6	53
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	141	107	34	0	129
873 Sondervermögen	0	0	0	0	0
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	141	107	34	0	129
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	0	0	0	0	0
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	0	0	0	0	0
92 Schulden	0	0	0	0	0
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	0	0	0	0	0
SUMME ALLER HAUPTFUNKTIONEN	28.700	6.782	17.586	4.332	28.248

7. Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1996 bis 2002

	1996	1997 ²⁾	1998	1999	2000 ³⁾	2001 ³⁾	2002 ³⁾
	- Milliarden EURO -						
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹⁾							
Ausgaben	609,5	571,0	580,6	596,9	597,8	601	609
Einnahmen	547,2	522,8	551,8	568,9	564,0	563 ½	573 ½
Finanzierungssaldo	- 62,3	- 48,1	- 28,8	- 27,9	- 33,7	- 37 ½	- 35
darunter:							
Bund							
Ausgaben	232,9	226,0	233,6	246,9	244,4	244	248
Einnahmen	192,8	193,5	204,7	220,6	220,5	221 ½	225 ½
Finanzierungssaldo	- 40,1	- 32,4	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22 ½	- 22 ½
Länder (West)							
Ausgaben	197,2	186,3	188,3	189,9	193,7	196 ½	199
Einnahmen	180,7	173,9	179,3	184,4	187,9	184 ½	188
Finanzierungssaldo	- 16,5	- 12,4	- 8,9	- 5,5	- 5,8	- 11 ½	- 11 ½
Gemeinden (West)							
Ausgaben	136,0	116,2	115,7	117,9	119,8	121	123
Einnahmen	132,9	114,2	118,3	120,4	121,6	119 ½	122 ½
Finanzierungssaldo	- 3,1	- 2,0	2,6	2,6	1,8	- 1 ½	- ½
Länder (Ost)							
Ausgaben	64,1	61,3	61,1	60,4	60,8	61	60 ½
Einnahmen	56,4	54,2	55,8	56,4	56,5	56 ½	57 ½
Finanzierungssaldo	- 7,7	- 7,1	- 5,3	- 4,0	- 4,4	- 4	- 3
Gemeinden (Ost)							
Ausgaben	34,7	27,7	26,8	26,2	25,3	25 ½	25 ½
Einnahmen	33,4	26,9	26,3	26,0	25,5	25	25 ½
Finanzierungssaldo	- 1,3	- 0,8	- 0,4	- 0,2	0,1	- 0	0
- Veränderung gegenüber Vorjahr in v.H. -							
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	- 0,9	*	1,7	2,8	0,1	½	1 ½
Einnahmen	- 2,1	*	5,5	3,1	- 0,9	- 0	2
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 2,0	- 3,0	3,4	5,7	- 1,0	- 0	- 1 ½
Einnahmen	- 9,0	0,4	5,8	7,8	- 0,1	½	2
Länder (West)							
Ausgaben	2,7	*	1,1	0,9	2,0	1 ½	1 ½
Einnahmen	1,9	*	3,1	2,8	1,9	- 1 ½	1 ½
Gemeinden (West)							
Ausgaben	- 1,8	*	- 0,4	1,9	1,6	1	1 ½
Einnahmen	0,6	*	3,6	1,8	0,9	- 2	2 ½
Länder (Ost)							
Ausgaben	3,4	*	- 0,3	- 1,1	0,7	0	- 1
Einnahmen	5,3	*	3,0	1,1	0,1	½	1
Gemeinden (Ost)							
Ausgaben	- 3,7	*	- 3,2	- 2,2	- 3,3	- 0	1
Einnahmen	- 4,8	*	- 2,1	- 1,3	- 1,9	- 1 ½	2
- Anteil in v.H. -							
Finanzierungssaldo							
(1) in vH des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 3,4	- 2,6	- 1,5	- 1,4	- 1,7	- 2	- 1 ½
darunter:							
Bund	- 2,2	- 1,7	- 1,5	- 1,3	- 1,2	- 1	- 1
Länder (West)	- 0,9	- 0,7	- 0,5	- 0,3	- 0,3	- ½	- ½
Gemeinden (West)	- 0,2	- 0,1	0,1	0,1	0,1	0	0
Länder (Ost)	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,2	0	0
Gemeinden (Ost)	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	0,0	0	0
(2) in vH der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 10,2	- 8,4	- 5,0	- 4,7	- 5,6	- 6	- 6
darunter:							
Bund	- 17,2	- 14,4	- 12,4	- 10,6	- 9,8	- 9	- 9
Länder (West)	- 8,4	- 6,7	- 4,8	- 2,9	- 3,0	- 6	- 5 ½
Gemeinden (West)	- 2,3	- 1,8	2,2	2,2	1,5	- 1 ½	- ½
Länder (Ost)	- 12,0	- 11,6	- 8,7	- 6,6	- 7,2	- 7	- 5
Gemeinden (Ost)	- 3,9	- 2,8	- 1,7	- 0,8	0,6	- 1	0
Ausgaben in vH des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	33,2	30,5	30,0	30,1	29,4	28 ½	28
darunter:							
Bund	12,7	12,1	12,1	12,5	12,0	11 ½	11 ½
Länder (West)	10,8	9,9	9,7	9,6	9,5	9 ½	9
Gemeinden (West)	7,4	6,2	6,0	5,9	5,9	6	5 ½
Länder (Ost)	3,5	3,3	3,2	3,0	3,0	3	3
Gemeinden (Ost)	1,9	1,5	1,4	1,3	1,2	1	1

Stand: Finanzplanungsrat Juni 2001; für 2002 aktualisiert um Regierungsentwurf des Bundeshaushalts.

¹ Mit LAF, ERP, EU, FDE, KAF, Entsch.F., ELF, BEV, Steink.F., Vers.Rücklage.

² ab 1997 ohne Krankenhäuser.

³ 2000: Ist, Länder = vorläufig Ist; 2001 und 2002 = Schätzung.

Stand: August 2001.

8. Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2001

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	- Ist - Ergebnisse -										Soll		Entwurf			
	1969	1975	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
I. Gesamtübersicht															- Mrd. € -	
Ausgaben																
- Veränderung gegen Vorjahr	82,3	156,9	275,4	289,8	380,2	401,8	427,2	457,5	471,2	464,7	455,6	441,9	456,9	482,8	478,0	247,8
Einnahmen	8,6	12,7	2,4	5,7	0,0	6,3	3,0	1,4	2,0	- 3,0	5,7	- 3,0	- 2,0	- 0,2	- 0,2	1,6
- Veränderung gegen Vorjahr	83,4	123,8	239,4	269,7	332,1	348,6	387,8	390,5	420,6	414,1	377,0	378,4	400,3	431,5	439,3	221,5
Finanzierungssaldo	17,9	0,2	- 0,7	12,7	0,0	0,0	0,0	0,7	7,7	- 1,5	- 9,0	0,4	5,8	7,8	1,8	- 1,4
darunter :																15,4
Nettokreditaufnahme	1,2	- 33,1	- 36,0	- 20,0	- 48,0	- 53,2	- 39,3	- 66,9	- 50,6	- 50,5	- 78,5	- 63,4	- 56,6	- 51,3	- 46,5	- 22,4
Münzeinnahmen	- 0,0	- 29,9	- 35,4	- 19,2	- 46,7	- 52,0 ²⁾	- 38,6	- 66,2	- 50,1	- 50,1	- 78,3	- 63,7	- 56,4	- 51,1	- 46,5	- 22,3
Rücklagenbewegung	- 0,2	- 0,8	- 0,6	- 0,8	- 1,3	- 1,2	- 0,7	- 0,8	- 0,5	- 0,4	- 0,2	0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 1,2
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	-	- 2,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten																
Personalausgaben	12,8	25,4	40,1	41,3	43,2	48,7	51,5	52,7	52,7	52,9	52,9	52,5	52,1	52,7	51,9	27,0
- Veränderung gegen Vorjahr	12,4	5,9	2,1	3,0	0,0	0,0	5,7	2,4	- 0,1	0,5	- 0,0	- 0,7	0,7	1,2	- 1,6	27,1
- Anteil an den Bundesausgaben	15,6	16,2	14,6	14,3	.	12,1	11,5	11,2	11,2	11,4	11,6	11,9	11,4	10,9	10,8	0,4
- Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts																10,9
Zinsausgaben	24,3	21,5	18,7	18,8	.	16,7	16,0	15,7	14,8	14,4	14,3	16,2	16,1	15,8	15,8	15,7
- Veränderung gegen Vorjahr	2,2	5,2	32,3	32,1	34,2	39,6	43,8	45,8	53,1	49,7	50,9	53,4	56,2	80,4	76,6	40,0
- Anteil an den Zinsausgaben	14,3	23,1	4,0	- 0,6	0,0	0,0	10,6	4,5	15,8	6,2	2,3	4,9	5,2	43,1	- 4,8	1,6
- Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts	2,7	5,3	11,7	11,1	.	9,9	10,3	10,0	11,3	10,7	11,2	12,1	12,3	16,7	16,0	16,1
Investive Ausgaben	35,1	35,9	53,5	52,6	.	51,4	43,5	44,9	46,7	38,7	39,0	40,6	42,1	59,0	58,0	58,3
- Veränderung gegen Vorjahr	14,0	25,5	33,4	36,2	39,2	61,5	65,8	65,1	61,1	66,5	61,0	56,4	57,1	56,0	55,0	28,2
- Anteil an den Bundesausgaben	10,2	11,0	0,4	8,4	0,0	0,0	15,0	15,4	14,2	13,0	14,3	13,4	12,8	12,5	11,6	1,6
- Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts	17,0	16,3	12,1	12,5	.	9,9	10,3	10,0	11,3	10,7	11,2	12,1	12,3	16,7	16,0	16,1
Steuererinnahmen ¹⁾	78,6	119,2	220,3	247,1	258,8	317,9	352,9	356,0	379,0	366,1	338,6	331,1	341,5	376,3	388,8	196,6
- Veränderung gegen Vorjahr	18,7	0,5	1,5	12,2	0,0	0,0	11,0	0,9	6,4	3,4	7,5	3,2	3,1	10,2	3,3	3,9
- Anteil an den Bundesausgaben	95,5	76,0	80,0	85,3	91,6	.	79,1	82,6	77,8	80,4	78,8	74,3	74,9	78,0	80,6	82,4
- Anteil an den Bundeserinnahmen	94,3	96,3	92,0	.	.	91,2	91,0	91,2	90,1	88,4	89,8	87,5	85,3	87,2	88,5	88,8
- Anteil am gesamten Steueraufkommen	v.H.	54,0	49,2	45,1	46,2	.	48,0	48,2	47,4	48,2	44,9	42,3	41,5	41,0	42,5	43,2
Nettokreditaufnahme	- 0,0	- 29,9	- 35,4	- 19,2	- 46,7	- 52,0	- 38,6	- 66,2	- 50,1	- 50,1	- 78,3	- 63,7	- 56,4	- 51,1	- 46,5	- 22,3
- Anteil an den Bundesausgaben	v.H.	0,0	19,1	12,9	6,6	.	12,9	9,0	14,5	10,6	10,8	17,2	14,4	12,4	11,8	10,1
- Anteil a. d. investiven Ausgaben des Bundes	v.H.	0,0	117,2	106,0	53,1	.	84,6	58,7	101,7	81,9	74,5	128,3	113,0	98,8	91,3	84,5
- Anteil a. d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts	v.H.	0,0	55,8	63,6	57,3	.	39,6	33,6	47,4	47,2	51,2	70,4	65,1	97,8	82,4	81,0
nachrichtlich : Schuldenstand öffentliche Haushalte³⁾	115,8	253,1	899,0	924,8	1048,8	1165,5	1331,5	1499,2	1976,1	2093,6	2188,7	2256,4	2313,9	2352,7	2362,5	1242,2
darunter : Bund	45,2	107,1	475,2	490,5	542,2	586,0	606,7	685,3	712,5	685,3	833,2	899,1	954,4	1385,3	1399,6	1369,5

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 9,4 Mrd DM.

³ Ab 1991 einschließlich Beitragsgebiet.
Stand: August 2001.

9. Steuer- und Abgabenquoten^{1, 2}

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ^{3) 4)}		Kassenmäßige Abgrenzung ⁵⁾	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	- Anteile am BIP in vH -			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	24,0	36,6	22,8	34,4
1975	24,8	41,0	23,6	38,6
1980	25,9	42,8	24,8	40,4
1981	25,2	42,7	24,1	40,3
1982	24,9	42,8	23,8	40,4
1983	24,9	42,3	23,7	39,9
1984	25,1	42,5	23,7	39,8
1985	25,2	42,8	24,0	40,3
1986	24,6	42,1	23,5	39,8
1987	24,7	42,3	23,5	39,9
1988	24,5	41,9	23,3	39,6
1989	25,2	42,4	24,0	40,1
1990	23,6	40,5	22,7	38,5
1991	22,4	39,6	22,5	38,8
1992	22,8	40,4	23,2	39,8
1993	22,9	41,1	23,2	40,4
1994	22,9	41,5	23,1	40,7
1995	22,5	41,3	23,1	40,9
1996 ⁶⁾	22,9	42,3	22,3	40,6
1997 ⁶⁾	22,6	42,2	21,8	40,3
1998 ⁶⁾	23,0	42,3	22,0	40,1
1999 ⁶⁾	24,1	43,1	22,9	40,7
2000 ⁶⁾	24,5	43,2	23,0	40,6
2001 ⁷⁾	23	41 1/2	21 1/2	39
2002 ⁷⁾	23 1/2	41 1/2	22	39
2003 ⁷⁾	23 1/2	41	21 1/2	38 1/2
2004 ⁷⁾	23 1/2	41	22	38
2005 ⁷⁾	23	40	21 1/2	37 1/2

¹ Steuern und Sozialversicherungsbeiträge.

² Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

³ Ab 1991 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

⁴ Einschließlich Sondersteuern der Jahre 1970 bis 1974.

⁵ Ohne Konjunkturzuschlag, Stabilitätsabgabe, Investitionssteuer.

⁶ Vorläufige Ergebnisse; Stand: März 01.

⁷ Schätzung, Stand: Mai 01.

Stand: August 2001.

10. Entwicklung der öffentlichen Schulden

	1999	2000	2001 ⁶⁾	2002 ⁶⁾	2003 ⁶⁾	2004 ⁶⁾	2005 ⁶⁾
Schulden (Mrd. €) ¹⁾							
Öffentliche Haushalte insgesamt ²⁾	1.183,1	1.198,2	1.204	1.238	1.268	1.283	1.293
Bund	708,3	715,6	700	718	733	743	748
Länder (West) ³⁾	270,9	278,4	291	303	315	322	328
Länder (Ost) ³⁾	51,8	54,8	58	61	63	64	64
Gemeinden (West) ⁴⁾	68,4	67,3	68	68	68	68	67
Gemeinden (Ost) ⁴⁾	15,6	15,6	16	16	16	16	16
Sonderrechnungen ⁵⁾	56,3	58,3	62	64	65	63	61
Schulden in v.H. der Gesamt-Schulden							
Bund	59,9	59,7	58	58	58	58	58
Länder (West) ³⁾	22,9	23,2	24	24 ½	25	25	25 ½
Länder (Ost) ³⁾	4,4	4,6	5	5	5	5	5
Gemeinden (West) ⁴⁾	5,8	5,6	5 ½	5 ½	5 ½	5 ½	5
Gemeinden (Ost) ⁴⁾	1,3	1,3	1 ½	1 ½	1	1	1
Sonderrechnungen ⁵⁾	4,8	4,9	5	5	5	5	4 ½
Schulden in v.H. des BIP							
Öffentliche Haushalte insgesamt ²⁾	59,7	58,9	57 ½	56 ½	56	54 ½	52 ½
Bund	35,7	35,2	33 ½	33	32 ½	31 ½	30 ½
Länder (West) ³⁾	13,7	13,7	14	14	14	13 ½	13 ½
Länder (Ost) ³⁾	2,6	2,7	3	3	3	2 ½	2 ½
Gemeinden (West) ⁴⁾	3,4	3,3	3	3	3	3	2 ½
Gemeinden (Ost) ⁴⁾	0,8	0,8	1	½	½	½	½
Sonderrechnungen ⁵⁾	2,8	2,9	3	3	3	2 ½	2 ½
Maastricht-Kriterium "Schuldenstand" in v.H. des BIP	61,1	60,3	rd. 58 ½	rd. 58	rd. 57	rd. 55 ½	rd. 53 ½

¹ Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

² Bund, Länder, Gemeinden einschl. Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

³ Länder (West) einschl. Berlin, Länder (Ost) ohne Berlin.

⁴ Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

⁵ ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Entschädigungsfonds, Bundesseisenbahnvermögen (bis 1998), Erblastentilgungsfonds (bis 1998) und Steinkohlefonds (bis 1998); Schulden des Bundesseisenbahnvermögens, Erblastentilgungsfonds und Steinkohlefonds sind ab 1999 beim Bund nachgewiesen.

⁶ Prognktion auf der Basis Plenum Finanzplanungsrat Juni 2001.

Stand: Juli 2001.

11. Steueraufkommen nach Steuergruppen^{*)}

Jahre	Steueraufkommen ^{1) 2)}					Anteile am Steueraufkommen insgesamt	
	insgesamt	davon			"Direkte Steuern"	"Indirekte Steuern"	
		"Direkte Steuern"	"Indirekte Steuern"	- Mrd. -			- v.H. -
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990							
1951	26,4	13,5	13,1	6,7	13,3	6,8	49,6 50,4
1955	42,3	21,6	21,7	11,1	20,6	10,5	51,3 48,7
1960	68,4	35,0	36,9	18,9	31,5	16,1	53,9 46,1
1965	105,5	53,9	57,4	29,4	48,1	24,6	54,4 45,6
1970	154,1	78,8	82,7	42,3	71,4	36,5	53,7 46,3
1971	172,4	88,2	93,6	47,9	78,8	40,3	54,3 45,7
1972	197,0	100,7	110,1	56,3	86,9	44,4	55,9 44,1
1973	224,8	114,9	131,2	67,1	93,6	47,9	58,4 41,6
1974	239,6	122,5	144,4	73,8	95,2	48,7	60,3 39,7
1975	242,0	123,7	142,5	72,9	99,5	50,9	58,9 41,1
1976	268,1	137,1	161,0	82,3	107,1	54,8	60,1 39,9
1977	299,4	153,1	185,9	95,1	113,5	58,0	62,1 37,9
1978	319,1	163,2	192,1	98,2	127,0	64,9	60,2 39,8
1979	342,8	175,3	201,4	103,0	141,4	72,3	58,8 41,2
1980	365,0	186,6	213,7	109,3	151,3	77,4	58,5 41,5
1981	370,3	189,3	212,4	108,6	157,9	80,7	57,4 42,6
1982	378,7	193,6	219,2	112,1	159,5	81,6	57,9 42,1
1983	396,6	202,8	225,3	115,2	171,3	87,6	56,8 43,2
1984	414,7	212,0	236,5	120,9	178,2	91,1	57,0 43,0
1985	437,2	223,5	258,5	132,2	178,7	91,4	59,1 40,9
1986	452,4	231,3	268,8	137,4	183,6	93,9	59,4 40,6
1987	468,6	239,6	277,4	141,8	191,2	97,8	59,2 40,8
1988	488,1	249,6	290,5	148,5	197,6	101,0	59,5 40,5
1989	535,5	273,8	318,9	163,1	216,6	110,8	59,6 40,4
1990	550,5	281,5	314,1	160,6	236,4	120,9	57,1 42,9
Bundesrepublik Deutschland							
1991	661,9	338,4	370,3	189,3	291,6	149,1	55,9 44,1
1992	731,7	374,1	410,2	209,7	321,5	164,4	56,1 43,9
1993	749,1	383,0	406,2	207,7	342,9	175,3	54,2 45,8
1994	786,2	402,0	412,1	210,7	374,1	191,3	52,4 47,6
1995	814,3	416,3	438,9	224,4	375,4	191,9	53,9 46,1
1996	800,0	409,0	418,3	213,9	381,7	195,2	52,3 47,7
1997	797,1	407,6	410,3	209,8	386,8	197,8	51,5 48,5
1998	833,0	425,9	434,0	221,9	399,0	204,0	52,1 47,9
1999 ³⁾	886,1	453,1	460,1	235,3	426,0	217,8	51,9 48,1
2000 ³⁾	913,8	467,2	476,8	243,8	437,0	223,4	52,2 47,8
2001 ³⁾	891,1	455,6	436,1	223,0	455,0	232,6	48,9 51,1
2002 ³⁾	929,0	475,0	460,4	235,4	468,6	239,6	49,6 50,4
2003 ³⁾	962,3	492,0	478,0	244,4	484,3	247,6	49,7 50,3
2004 ³⁾	1.009,8	516,3	512,9	262,2	496,9	254,1	50,8 49,2
2005 ³⁾	1.030,8	527,0	522,0	266,9	508,8	260,2	50,6 49,4

¹⁾ Da die Übersicht die jeweiligen gesamten Steuereinnahmen seit 1951 enthält und aufgliedert, umfassen die Angaben auch Steuern, die im Zeitraum 1951/2005 ausgelaufen oder abgeschafft worden sind. Danach ist zu unterscheiden:

¹⁾ Entfallen sind bis ... folgende Steuerarten:

- „Direkte Steuern“: Notopfer Berlin; für natürliche Personen (30. September 1956), für Körperschaften (31. Dezember 1957); Ergänzungsabgabe: zur Einkommensteuer (31. Dezember 1974), zur Körperschaftsteuer (31. Dezember 1976); Sonderausgaben (LAF): Kreditgewinnabgabe (31. März 1973), Vermögensabgabe (31. März 1979), Hypothekengewinnabgabe (31. Dezember 1979); Lohnsummensteuer (31. Dezember 1979); Stabilitätszuschlag (30. Juni 1974); Solidaritätszuschlag vom 1. Juli 1992 bis 31. Dezember 1994; Vermögensteuer (31. Dezember 1996).
- „Indirekte Steuern“: Essigsäuresteuer (31. Dezember 1980); Zündwarensteuer (31. Dezember 1980); Zündwarenmonopol (15. Januar 1983); Spielkartensteuer (31. Dezember 1980) Kapitalertragsteuer: Börsenumsatzsteuer (31. Dezember 1990), Gesellschaftsteuer (31. Dezember 1991); Wechselsteuer (31. Dezember 1991); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31. Dezember 1992).

²⁾ Ab 1999 geltende Zusammensetzung der Steuereinnahmen:

- „Direkte Steuern“: Einkommen- und Körperschaftsteuer; Solidaritätszuschlag; Grundsteuer A + B; Feuerschutzsteuer; Gewerbesteuer; Schankerlaubnissteuer, Erbschaftsteuer, Schenkungsteuer.
- „Indirekte Steuern“: Steuern vom Umsatz; Zölle; Tabaksteuer; Kaffeesteuern; Teesteuern; Zuckersteuer; Salzsteuer; Branntweinabgaben; Schaumweinsteuer; Mineralölsteuer; Versicherungsteuer; Kraftfahrzeugsteuer; Rennwett- und Lotteriesteuern; Biersteuer; Grunderwerbsteuer; Stromsteuer; Sonstige Steuern vom Verbrauch und Aufwand.

³⁾ Steuerschätzung vom 15. bis 17. Mai 2001 nach geltendem Steuerrecht einschließlich des Steuersenkungsgesetzes.

Stand: Mai 2001.

12. Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltsalden

	in % des BIP							
	1980	1985	1990	1995	1999	2000*	2001*	2002
Deutschland	- 2,9	- 1,2	- 2,1	-3,3	- 1,4	- 1,0	- 1,7	- 1,2
Belgien	- 8,6	- 9,0	- 5,4	-4,2	- 0,7	0,0	0,5	0,7
Dänemark	- 3,2	- 2,0	- 1,0	-2,3	3,1	2,5	2,9	2,9
Griechenland	- 2,6	- 11,6	- 15,9	-10,2	- 1,8	- 0,9	0,0	0,6
Spanien	- 2,5	- 6,1	- 4,1	- 6,9	- 1,2	- 0,4	0,1	0,2
Frankreich	0,0	- 2,8	- 1,5	- 5,5	- 1,6	- 1,3	- 1,1	- 0,8
Irland	- 11,6	- 10,2	- 2,2	- 2,5	2,1	4,5	3,9	3,6
Italien	- 8,6	- 12,5	- 11,0	- 7,6	- 1,8	- 1,5	- 1,3	- 1,0
Luxemburg	- 0,4	6,2	4,7	2,2	4,7	5,3	4,0	3,0
Niederlande	- 4,1	- 3,5	- 4,9	- 4,2	1,0	1,3	0,8	1,4
Österreich	- 1,6	- 2,4	- 2,4	- 5,1	- 2,1	- 1,5	- 0,7	0,0
Portugal	- 8,6	- 10,3	- 5,0	- 4,2	- 2,1	- 1,7	- 1,5	- 1,5
Finnland	3,3	2,8	5,3	- 3,7	1,8	6,7	5,3	5,2
Schweden	- 3,9	- 3,7	4,0	- 7,9	1,8	4,0	3,9	3,4
Großbritannien	- 3,4	- 2,9	- 0,9	- 5,8	1,3	2,0	1,0	0,9
Eurozone	- 3,4	- 4,8	- 4,2	- 4,9	- 1,2	- 0,7	- 0,8	- 0,4
EU 15	-3,4	-4,5	-3,5	-5,1	-0,6	0,0	- 0,3	0,0
Japan	-4,4	-0,8	2,9	-3,6	-7,0	-8,6	-7,7	-7,7
USA	-2,6	-5,1	-4,4	-3,1	1,0	2,0	1,9	1,8

Quelle: EU-KOM: Frühjahrsprognose 2001, April 2001.
* für die Jahre 2000 und 2001 jeweils ohne UMTS-Erlöse.
Stand: August 2001.

13. Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

	in % des BIP							
	1980	1985	1990	1995	1999	2000	2001	2002
Deutschland	31,7	41,7	43,5	57,1	61,1	60,3	58,6	57,6
Belgien	76,6	119,3	124,7	129,8	116,4	110,9	104,4	98,7
Dänemark	37,6	70,4	57,7	69,3	52,6	47,3	43,4	39,6
Griechenland	23,6	50,9	89,0	108,7	104,6	103,9	99,9	98,0
Spanien	16,8	41,9	43,2	63,2	63,4	60,6	58,1	55,8
Frankreich	19,3	30,3	34,8	51,9	58,7	58,0	56,9	55,3
Irland	67,6	98,6	92,6	80,8	50,1	39,1	33,3	26,7
Italien	57,9	81,9	97,3	123,2	114,5	110,2	105,7	102,6
Luxemburg	11,8	12,3	4,5	5,6	6,0	5,3	5,1	4,9
Niederlande	45,1	68,7	75,6	75,5	63,2	56,3	52,1	47,8
Österreich	35,8	48,8	56,8	68,0	64,7	62,8	61,5	59,4
Portugal	31,9	60,8	64,2	64,7	55,0	53,8	52,8	52,4
Finnland	11,5	16,2	14,3	56,9	46,9	44,0	41,7	39,5
Schweden	39,6	61,6	42,1	76,6	65,2	55,6	53,4	49,1
Großbritannien	54,7	54,1	35,0	52,0	45,7	42,9	38,3	35,4
Eurozone	34,6	51,8	58,0	71,4	72,0	69,7	67,7	65,6
EU 15	37,8	52,9	54,4	69,5	67,5	64,5	61,7	59,3
Japan	51,2	64,2	61,4	87,1	120,3	130,4	139,5	145,2
USA	37,0	49,4	55,3	72,9	63,2	57,3	53,8	50,6

Quelle: EU-KOM: Frühjahrsprognose 2001, April 2001;
Japan und USA für 1995 bis 2002: IWF-Frühjahrsprognose, Mai 2001.
Stand: August 2001.

14. Steuerquote im internationalen Vergleich¹⁾

Land	Steuern in % des BIP						
	1970	1980	1985	1990	1995	1998	1999 ²⁾
Deutschland ³⁾⁴⁾	22,8	24,8	24,0	22,7	23,1	22,0	22,9
Deutschland ³⁾	22,9	21,7	20,9	20,4	23,3	22,0	22,9
Belgien	24,8	30,0	31,4	28,8	30,0	31,4	31,0
Dänemark	38,8	43,2	45,7	45,7	47,8	48,2	48,5
Finnland	29,6	29,2	33,0	35,0	32,5	34,5	34,7
Frankreich	22,3	23,3	24,8	24,0	25,2	28,8	29,4
Griechenland	14,6	16,1	18,5	20,5	21,9	-	-
Irland	27,4	27,0	30,0	28,6	28,3	28,2	27,7
Italien	16,3	18,8	22,5	26,1	28,2	30,1	30,3
Japan	15,3	18,0	19,3	21,9	18,1	17,5	16,7
Kanada	28,2	28,7	28,7	31,8	30,7	32,3	-
Luxemburg	20,9	29,2	33,6	29,8	30,7	30,8	31,2
Niederlande	24,0	26,9	23,6	26,8	24,4	24,7	24,3
Norwegen	29,3	33,7	34,3	30,8	31,8	33,4	31,6
Österreich	26,0	27,3	28,4	27,0	26,5	29,2	29,2
Portugal	15,1	17,3	20,1	21,6	23,9	25,4	25,7
Schweden	33,8	33,6	36,2	39,1	33,7	37,1	38,8
Schweiz	17,2	20,1	20,9	20,9	21,2	22,6	22,6
Spanien	10,6	11,8	16,2	21,3	21,0	22,2	22,8
Vereinigtes Königreich	31,8	29,5	31,0	29,8	29,0	30,7	30,3
Vereinigte Staaten	23,2	21,1	19,5	19,8	20,7	22,1	-

¹⁾ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

²⁾ vorläufig.

³⁾ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴⁾ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 1999, Paris 2000.

Stand: November 2000.

15. Abgabenquote im internationalen Vergleich¹⁾

Land	Steuern und Sozialabgaben in v.H. des BIP						
	1970	1980	1985	1990	1995	1998	1999 ²⁾
Deutschland ³⁾⁴⁾	34,4	40,4	40,3	38,5	40,9	40,1	40,7
Deutschland ³⁾	32,9	33,1	32,9	32,6	38,2	37,0	37,7
Belgien	35,7	43,1	46,3	43,1	44,8	45,9	45,4
Dänemark	40,4	43,9	47,4	47,1	49,4	49,8	50,6
Finnland	32,5	36,2	40,0	44,7	44,9	46,2	46,5
Frankreich	35,1	40,6	43,8	43,0	44,0	45,2	46,0
Griechenland	20,9	24,0	28,6	29,4	31,7	-	-
Irland	29,9	31,5	35,1	33,6	33,1	32,2	31,9
Italien	26,1	30,3	34,4	38,9	41,2	42,7	43,0
Japan	19,7	25,4	27,6	30,9	28,4	28,4	27,7
Kanada	31,2	32,0	33,1	36,1	35,7	37,4	-
Luxemburg	28,9	40,8	45,3	40,7	41,9	41,5	42,1
Niederlande	37,1	43,4	42,4	42,8	41,9	41,0	40,3
Norwegen	34,9	42,7	43,3	41,8	41,5	43,6	41,8
Österreich	34,9	39,5	41,6	40,2	41,6	44,4	44,3
Portugal	19,8	24,6	27,1	29,6	32,7	34,2	34,5
Schweden	39,8	47,1	48,3	53,7	47,6	52,0	52,1
Schweiz	22,5	28,9	30,6	30,9	33,5	35,1	35,1
Spanien	16,9	22,9	27,6	33,0	32,8	34,2	35,1
Vereinigtes Königreich	37,0	35,3	37,7	36,0	35,2	37,2	36,6
Vereinigte Staaten	27,7	27,0	26,1	26,7	27,6	28,9	-

¹⁾ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

²⁾ vorläufig.

³⁾ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴⁾ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 1999, Paris 2000.

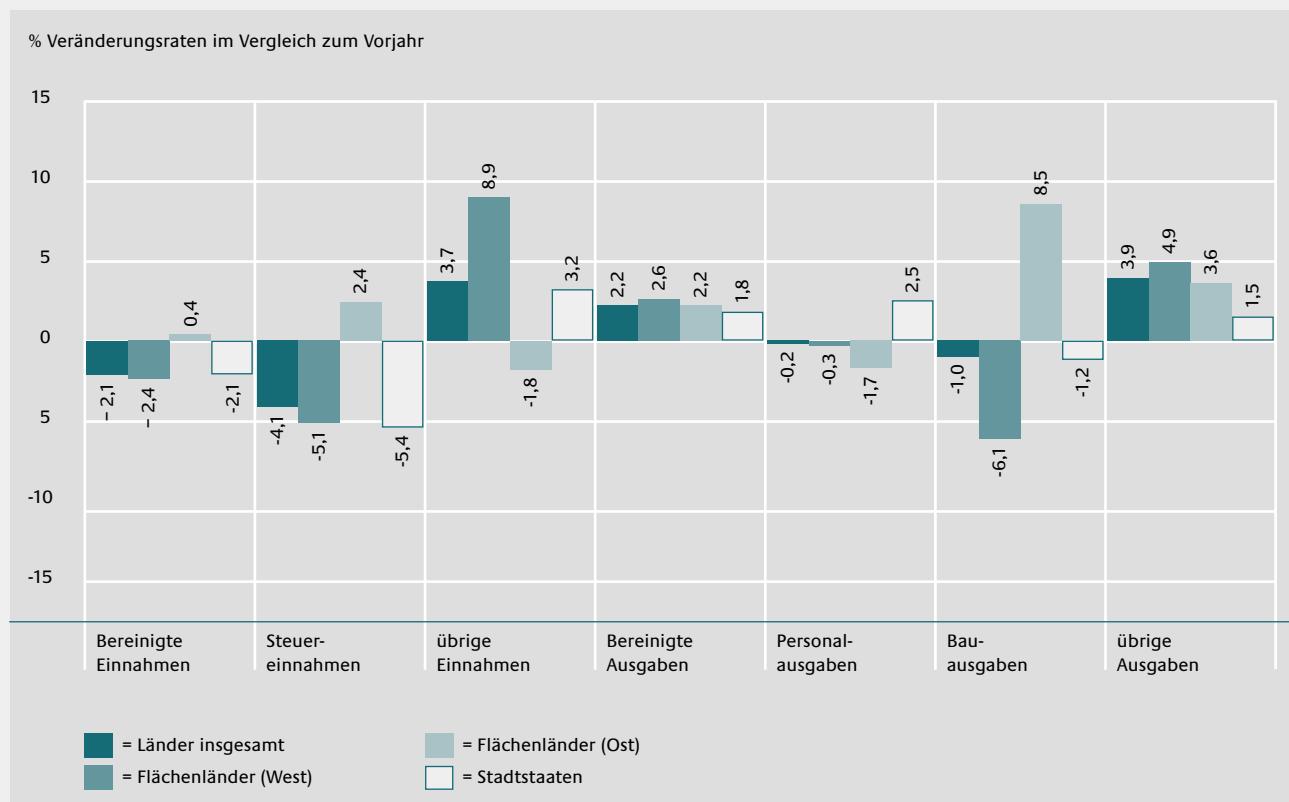
Stand: November 2000.

Übersichten und Grafiken zur aktuellen Entwicklung der Länderhaushalte

1. Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2001

in Mio. DM	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	317 112	153 800	98 436	45 969	62 982	27 593	466 259	221 211
Steuereinnahmen	251 847	120 852	48 880	24 413	34 156	16 454	334 883	161 719
übrige Einnahmen	65 265	32 947	49 557	21 556	28 825	11 139	131 376	59 493
Bereinigte Ausgaben	342 672	164 289	103 722	45 924	65 901	33 494	500 024	237 555
Personalausgaben	136 121	67 633	27 381	13 128	22 728	11 758	186 230	92 518
Bauausgaben	5 806	1 865	3 306	1 159	2 084	713	11 196	3 737
übrige Ausgaben	200 745	94 791	73 035	31 637	41 089	21 023	302 598	141 300
Finanzierungssaldo	- 25 541	- 10 489	- 5 286	45	- 2 872	- 5 900	- 33 699	- 16 344

2. Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2001



3. Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder

- Mio. DM -

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Juni 2000			Mai 2001			Juni 2001		
		Bund	Länder ³⁾	Ins- gesamt	Bund	Länder ³⁾	Ins- gesamt	Bund	Länder ³⁾	Ins- gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹⁾ für das laufende Haushaltsjahr	198.603	225.950	405.558	156.770	170.667	314.395	192.478	221.211	398.306
111	darunter: Steuereinnahmen	175.180	168.586	343.765	136.951	125.897	262.848	170.351	161.719	332.070
112	Länderfinanzausgleich ¹⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	-
113	nachr. : Kreditmarktmittel (brutto)	102.956	29.895	132.851	99.779	25.558	125.337	122.793	26.420	149.213
12	Bereinigte Ausgaben¹⁾ für das laufende Haushaltsjahr	236.675	232.380	450.061	204.727	194.750	386.435	239.177	237.555	461.350
121	darunter: Personalausgaben (incl. Versorgung)	25.797	92.666	118.463	21.573	77.873	99.445	25.613	92.518	118.131
122	Bauausgaben	3.904	3.775	7.679	2.687	2.919	5.605	3.562	3.737	7.299
123	Länderfinanzausgleich ¹⁾	-	-418	-418	-	-463	-463	-	417	417
124	nachr. : Tilgung von Kreditmarktmitteln	88.927	34.868	123.795	158.698	24.991	183.689	178.008	31.983	209.991
13	Mehrrein.(+), Mehrausg.(-) (Finanzierungssaldo)	-38.072	-6.431	-44.503	-47.957	-24.083	-72.040	-46.700	-16.344	-63.044
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	696	696	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	265	265	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	431	431	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlußnachweisung der Bundeshauptkasse / Landeshauptkassen ²⁾	14.187	-4.764	9.423	17.002	-1.855	15.147	20.259	-8.269	11.990
2	Mehrreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	741	741	-	82	82	-	-406	-406
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluß)	-	-2.585	-2.585	-	-1.746	-1.746	-	-1.370	-1.370
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	8.856	6.751	15.607	12.540	10.942	23.482	22.701	13.170	35.871
32	Vorschüsse	-	13.649	13.649	-	12.088	12.088	-	13.327	13.327
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	14.359	14.359	-	17.034	17.034	-	18.408	18.408
34	Saldo (31+32+33)	8.856	7.461	16.317	12.540	15.888	28.428	22.701	18.251	40.952
4	Kassenbestand ohne schwedende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-15.028	-5.147	-20.176	-18.416	-11.714	-30.130	-3.740	-8.137	-11.877
5	Schwedende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	15.028	3.886	18.914	18.416	13.281	31.697	3.740	6.433	10.172
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	610	610	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	400	400	-	-	-	-	104	104
56	Zusammen	15.028	4.896	19.924	18.416	13.281	31.697	3.740	6.536	10.276
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	-252	-252	0	1.567	1.567	0	-1.601	-1.601
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	-	2.269	2.269	-	3.398	3.398	-	4.655	4.655
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landes- hauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	1.905	1.905	-	2.936	2.936	-	3.568	3.568

- Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen -

¹⁾ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

²⁾ Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditabfluss.

³⁾ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland.

Stand: August 2001.

4. Die Einnahmen und Ausgaben und Kassenlage der Länder Ende des Monats Juni 2001

- Mio. DM -

Ifd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh.- Westf.	Rheinl.- Pfalz	Saarland ⁶⁾
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen ¹⁾ für das laufende Haushaltsjahr	27.177,9	30.818,1 ⁵⁾	8.479,5	18.537,6	5.723,0	19.419,7	39.578,5	10.197,2	2.981,3
111	darunter: Steuereinnahmen	20.838,4	24.790,6	4.471,9	15.111,3	3.061,9	13.449,3	33.257,6	6.763,7	1.750,9
112	Länderfinanzausgleich ¹⁾	-	-	639,6	-	531,6	882,9	-	466,9	175,1
113	nachr. : Kreditmarktmittel (brutto)	2.845,7	1.432,8 ⁷⁾	359,5	-	432,7	492,9	5.831,0	1.784,4	488,0
12	Bereinigte Ausgaben ¹⁾ für das laufende Haushaltsjahr	28.751,8	31.117,6 ⁵⁾	8.914,1	19.020,2	6.155,6	20.039,0	44.948,3	11.458,9	3.173,1
121	darunter: Personalausgaben (incl. Versorgung)	12.580,7	13.969,4	2.473,9	6.715,7	1.852,6	7.369,0 ³⁾	17.700,6 ³⁾	4.809,3	1.342,5
122	Bauausgaben	418,3	592,7	243,9	294,3	159,1	177,0	56,0 ⁴⁾	191,9	49,8
123	Länderfinanzausgleich ¹⁾	2.309,8	2.085,0	-	3.326,6	-	-	453,1	-	-
124	nachr. : Tilgung von Kreditmarktmitteln	1.926,4	594,9 ⁸⁾	1.495,6	3.947,3	454,3	2.629,6	7.029,5	2.707,6	505,8
13	Mehrrein. (+), Mehrausg. (-) (Finanzierungssaldo)	-1.573,9	-299,5 ⁵⁾	-434,6	-482,6	-432,6	-619,3	-5.369,8	-1.261,7	-191,9
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehrreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlußnachweisung der Landeshauptkasse ²⁾	961,8	631,1	-1.008,1	-3.348,2	130,2	-2.219,5	-1.197,0	-899,8	-15,5
2	Mehrreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-405,6	-	-	-	-	-
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluß)	1.256,4	-2.626,3	-	-	-	-	-	-	-
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	2.947,3	-5.032,3	374,8	2.363,3	-127,1	426,9	6.077,1	2.874,1	430,7
32	Vorschüsse	4.781,5	2.648,3	-156,8	23,2	1,0	1.595,7	472,8	813,5	1,5
33	Geldbestände der Rücklagen u. Sondervermögen	899,5	9.976,4	-	1.031,5	272,9	2.778,1	-146,4	4,5	55,3
34	Saldo (31+32+33)	-934,7	2.295,8	531,6	3.371,6	144,8	1.609,3	5.457,9	2.065,1	484,5
4	Kassenbestand ohne schwedende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-290,4	1,1	-911,1	-864,7	-157,6	-1.229,5	-1.108,9	-96,4	277,1
5	Schwedende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	825,0	699,2	-	210,9	1.054,1	97,8	-277,1
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	-	103,7	-	-	-	-
56	Zusammen	-	-	825,0	699,2	103,7	210,9	1.054,1	97,8	-277,1
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	-290,4 ⁵⁾	1,1	-86,1 ⁵⁾	-165,6 ⁵⁾	-53,9 ⁵⁾	-1.018,6	-54,8 ⁵⁾	1,4	0,0
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	-	-	-	-	-	2.778,1	-	-	-
72	Nicht zum Bestand der Landeshauptkasse/Landes- hauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	-	-	-	-	2.778,1	-153,8	-	-

- Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen -

¹⁾ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

²⁾ Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung.

³⁾ ohne Juli-Bezüge.

⁴⁾ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden.

⁵⁾ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen.

⁶⁾ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland.

⁷⁾ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. DM.

⁸⁾ Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 77,0 Mio DM.

⁹⁾ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 30.698,8 Mio. DM, die Ausgaben 30.805,1 Mio. DM und der Finanzierungssaldo – 106,3 Mio. DM.

Stand: August 2001.

4. Die Einnahmen und Ausgaben und Kassenlage der Länder Ende des Monats Juni 2001

– Mio DM –

Ifd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw.- Holst.	Thür- ingen	Berlin	Bremen ⁶⁾	Hamburg	Länder ⁶⁾ zusammen
1	Selbst dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen ¹⁾ für das laufende Haushaltsjahr	14.635,2	8.730,8	6.697,0	8.400,1	15.823,6	3.737,8	8.427,9	221.211,3
111	darunter: Steuereinnahmen	7.872,4	4.683,6	4.890,3	4.322,9	7.880,0	1.681,6	6.892,4	161.718,8
112	Länderfinanzausgleich ¹⁾	1.173,8	753,9	82,9	586,4	2.407,5	453,3	-	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	324,2	2.438,5	1.158,8	1.631,9	6.196,3	624,3	379,2	26.420,2
12	Bereinigte Ausgaben ¹⁾ für das laufende Haushaltsjahr	13.100,8	8.997,4	7.387,4	8.755,6	19.826,7	4.234,9	9.827,9	237.555,4
121	darunter: Personalausgaben (incl. Versorgung)	3.943,0	2.569,4	3.145,6	2.288,7	7.125,7	1.244,7	3.387,6	92.518,4
122	Bauausgaben	354,2	170,5	84,8	231,6	158,9	193,1	360,5	3.736,6
123	Länderfinanzausgleich ¹⁾	-	-	-	-	-	-	396,0	416,6
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	752,8	1.948,9	1.481,4	1.185,5	2.790,9	899,3	1.633,0	31.982,8
13	Mehrein. (+), Mehrausg. (-) (Finanzierungssaldo)	1.534,4	-266,5	-690,4	-355,5	-4.003,1	-497,1	-1.400,0	-16.344,1
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlußnachweisung der Landeshauptkasse ²⁾	-427,2	587,6	-275,7	446,4	-181,6	-200,9	-1.252,6	-8.269,0
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)	-	-	-	-	-	-	-	-405,6
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-	-	-	-	-1.369,9
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluß)	-	-	-	-	-	-	-	-
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	1.093,6	280,1	643,8	-132,0	514,0	377,7	57,9	13.169,9
32	Vorschüsse	2.792,0	-16,4	4,6	116,7	-	146,0	103,3	13.326,9
33	Geldbestände der Rücklagen u. Sondervermögen	569,4	178,3	452,7	165,7	78,6	378,6	1.713,2	18.408,3
34	Saldo (31+32+33)	-1.129,0	474,9	1.091,9	-83,0	592,6	610,3	1.667,8	18.251,4
4	Kassenbestand ohne schwedende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-21,8	796,0	125,8	7,9	-3.592,1	-87,7	-984,8	-8.137,1
5	Schwedende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-794,1	-	1,0	3.648,8	73,1	894,0	6.432,7
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	103,7
56	Zusammen	-	-794,1	-	1,0	3.648,8	73,1	894,0	6.536,4
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	-21,8 ⁵⁾	1,9	125,8	8,9	56,7	-14,6 ⁵⁾	-90,8 ⁵⁾	-1.600,8 ⁵⁾
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit	-	-	-	163,3	-	-	1.713,2	4.654,6
72	Nicht zum Bestand der Landeshauptkasse/Landes- hauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	-	-	2,3	78,6	-168,8	1.031,4	3.567,8

– Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen –

¹⁾ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

²⁾ Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung.

³⁾ ohne Juli-Bezüge.

⁴⁾ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden.

⁵⁾ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen.

⁶⁾ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland.

⁷⁾ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. DM.

⁸⁾ Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 77,0 Mio DM.

⁹⁾ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 30.698,8 Mio. DM, die Ausgaben 30.805,1 Mio. DM und der Finanzierungssaldo -106,3 Mio. DM.

Stand: August 2001.

Statistischer Anhang zur aktuellen wirtschaftlichen Lage

*1. Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

(Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Ursprungszahlen), Deutschland

	1998 1)	1999 1)	2000 1)	2000 1)		2001 1)				
				3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj			
Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %										
Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen										
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1995	+ 2,0	+ 1,8	+ 3,0	+ 2,6	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,6			
Erwerbstätige	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,1			
Produktivität (BIP in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen)	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,5			
Verdienst (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer)	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,0			
Sparquote (Sparen in % des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte 2))	10,3	9,9	9,8	8,1	8,6	13,7	9,5			
Nachrichtlich: Erwerbslosenquote (ILO-Abgrenzung) 3)	8,9	8,2	7,5	7,2	7,1	7,9	7,3			
Arbeitslosenquote (nationale Abgrenzung) 4)	11,1	10,5	9,6	9,2	9,0	9,9	9,3			
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts										
in Preisen von 1995										
Bruttowertschöpfung insgesamt	+ 2,3	+ 2,0	+ 3,6	+ 3,1	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,1			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 2,4	+ 3,4	- 0,2	- 0,7	- 0,2	+ 0,0	+ 0,3			
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	+ 1,6	- 1,3	+ 5,4	+ 5,2	+ 3,8	+ 3,5	+ 0,4			
Baugewerbe	- 1,9	- 0,2	- 2,7	- 5,4	- 6,0	- 9,8	- 7,6			
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	+ 2,4	+ 6,1	+ 4,6	+ 4,1	+ 3,2	+ 3,2	+ 2,6			
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	+ 4,9	+ 3,9	+ 4,6	+ 4,3	+ 3,5	+ 3,0	+ 3,0			
Öffentliche und private Dienstleister	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,3			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts										
in Preisen von 1995										
Konsum	+ 1,6	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,1	+ 1,2	+ 1,2			
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 1,7	+ 3,0	+ 1,4	+ 1,5	- 0,2	+ 1,1	+ 1,2			
Konsumausgaben der privaten Organisationen o.E.	+ 4,0	+ 6,4	+ 1,6	+ 1,0	- 0,3	+ 1,8	+ 1,3			
Konsumausgaben des Staates	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,2			
Bruttoanlageinvestitionen	+ 3,0	+ 4,2	+ 2,3	+ 0,8	- 0,1	- 1,9	- 2,7			
Ausrüstungen	+ 9,2	+ 7,2	+ 8,7	+ 9,7	+ 6,9	+ 4,7	+ 0,5			
Bauten	- 1,0	+ 1,5	- 2,5	- 4,9	- 6,0	- 7,4	- 5,7			
Sonstige Anlagen	+ 10,8	+ 13,5	+ 8,9	+ 7,0	+ 7,2	+ 4,8	+ 6,9			
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen (Wachstumsbeitrag zum BIP) 5)	+ 0,5	- 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,1	- 0,7			
Inlandsnachfrage	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,6	- 0,4			
Exporte	+ 6,8	+ 5,6	+ 13,2	+ 12,2	+ 12,2	+ 8,4	+ 7,3			
Gesamtnachfrage	+ 3,4	+ 3,3	+ 4,6	+ 4,0	+ 3,9	+ 2,6	+ 1,5			
Importe	+ 8,9	+ 8,5	+ 10,0	+ 9,0	+ 11,7	+ 6,3	+ 4,7			
nachrichtl.: Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag zum BIP) 5)	- 0,4	- 0,7	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,0			
Preisentwicklung										
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 1,1	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,2			
Inlandsnachfrage	+ 0,6	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,7			
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,1	+ 0,5	- 0,4	- 0,2	- 0,4	+ 0,9	+ 1,4			
Verteilung des Bruttonationaleinkommens										
Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt)	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,2	+ 1,7			
Volkseinkommen	+ 2,7	+ 1,5	+ 2,9	+ 2,2	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,6			
Arbeitnehmerentgelt	+ 2,1	+ 2,7	+ 2,9	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,1			
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	+ 4,1	- 1,4	+ 2,6	- 0,1	- 0,5	+ 0,4	+ 0,5			
Nachrichtlich: Verfügbares Einkommen	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,1	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,3			
dar. private Haushalte	+ 2,7	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,9	+ 1,1	+ 3,5	+ 3,9			

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis. – Rechenstand: Mai 2001.

²⁾ Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

³⁾ Abgrenzung der Erwerbslosen nach den Definitionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Die Berechnung in dieser Abgrenzung ist durch EU-Verordnung vorgeschrieben.

⁴⁾ Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit. Vierteljahreszahlenerrechnet aus den monatlichen Arbeitslosenquoten der Bundesanstalt für Arbeit in % aller Erwerbspersonen.

⁵⁾ Absolute Veränderung in % des BIP der Vorjahresperiode.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*2. Arbeitsmarkt

*2.1. Früheres Bundesgebiet

	2001											
	April	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli				
	1 000				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
Arbeitsmarkt 1)												
Arbeitslose insgesamt	2 473,5	2 385,1	2 380,2	2445,2p	-	4,3	-	3,0	-	1,9	-	0,9p
Männer	1 383,7	1 322,1	1 310,9	1337,4p	-	4,0	-	2,4	-	1,3	-	0,1p
Frauen	1 089,9	1 063,0	1 069,3	1107,7p	-	4,8	-	3,7	-	2,6	-	1,8p
Arbeitslosenquote												
Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen	8,4	7,9	7,9	8,1p	-	-	-	-	-	-	-	
Männer	8,7	8,2	8,1	8,3p	-	-	-	-	-	-	-	
Frauen	8,0	7,6	7,6	7,9p	-	-	-	-	-	-	-	
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen	7,5	7,1	7,1	7,3p	-	-	-	-	-	-	-	
Kurzarbeiter insgesamt	88,4	83,5	83,4	80,1p	+	19,7	+	23,8	+	49,4	+	79,9p
Arbeitsvermittlungen insgesamt 2).	280,4	279,1	256,5	278,6p		X		X		X		X
Offene Stellen insgesamt	505,1	485,2	468,9	452,8p	+	3,3	-	2,3	-	4,5	-	7,3p
Beschäftigte												
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 3)4)	5 761p	5 760p	+	0,6p	+	0,4p	
Vorleistungsgüterproduzenten ..	2 574p	2 572p	+	1,0p	+	0,7p	
Investitionsgüterproduzenten ..	2 003p	2 006p	+	1,7 p	+	1,7p	
Gebrauchsgüterproduzenten ..	263p	262p	-	1,4p	-	1,7p	
Verbrauchsgüterproduzenten ..	921p	920p	-	2,1p	-	2,4p	
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1000 7)	689,4	693,5	694,5	...	-	8,8	-	8,9	-	8,9	...	
Geleistete Arbeitsstunden 5)												
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 3)4)6)	449 093p	474 614p	-	23,2	-	4,9p	
Vorleistungsgüterproduzenten ..	217 212p	229 935p	-	12,1	-	4,5p	
Investitionsgüterproduzenten ..	150 034p	157 997p	-	15,3	-	4,2p	
Gebrauchsgüterproduzenten ..	20 730p	22 224p	-	1,9p	-	10,3p	
Verbrauchsgüterproduzenten ..	61 117p	64 458p	-	0,5p	-	5,9p	
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau Mill. Std. 7) ..	66,0	76,5	70,8	...	-	12,5	-	16,5	-	9,8	...	
darunter:												
Wohnungsbau Mill. Std. 7)	27,1	31,3	29,0	...	-	19,8	-	23,6	-	17,2	...	
Gewerblicher und industrieller Bau Mill. Std. 7)	20,2	23,0	21,2	...	-	6,0	-	11,0	-	4,6	...	
Öffentlicher und Verkehrsbau Mill. Std. 7)	18,7	22,2	20,6	...	-	7,0	-	10,5	-	3,2	...	

¹⁾ Falls nicht anders vermerkt, nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

²⁾ Ab Januar 2001 einschl. Vermittlung durch „Stellen-Informations-Service“ (SIS) und „Arbeitgeber-Informations-Service“ (AIS); daher mit Vorjahreswerten nur eingeschränkt vergleichbar.

³⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschl. Handwerk. Ab 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d.h. vergrößert. Die Vorjahresveränderungen sind auf der Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden.

⁴⁾ Einschl. Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

⁵⁾ 1 000 Std.

⁶⁾ Der Nachweis beschränkt sich auf tatsächlich geleistete Arbeiterstunden.

⁷⁾ Ab März 2001 vorläufige Ergebnisse.

p = vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*2. Arbeitsmarkt

*2.2. Neue Länder und Berlin-Ost

	2001											
	April	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
	1 000											
Arbeitsmarkt 1)												
Arbeitslose insgesamt	1 394,4	1 335,7	1 314,2	1353,5p	-	0,4	+	0,5	+	1,3	+	1,2p
Männer	708,2	667,6	647,0	659,3p	+	3,1	+	4,3	+	4,6	+	4,2p
Frauen	686,2	668,1	667,2	694,2p	-	3,9	-	3,0	-	1,8	-	1,5p
Arbeitslosenquote												
Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen	19,1	18,4	18,1	18,6p	-	-	-	-	-	-	-	-
Männer	19,0	17,9	17,3	17,7p	-	-	-	-	-	-	-	-
Frauen	19,2	18,9	18,9	19,7p	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen	17,7	17,0	16,8	17,3p	-	-	-	-	-	-	-	-
Kurzarbeiter insgesamt	30,5	27,5	25,3	22,1p	-	7,5	-	5,5	-	1,5	+	1,2p
Arbeitsvermittlungen insgesamt 2).	96,9	96,5	85,0	85,0p		X		X		X		X
Offene Stellen insgesamt	75,2	73,9	72,9	68,8p	+	5,6	+	5,2	+	6,2	+	6,1p
Beschäftigte												
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 3)4)	623p	625p	+	2,8p	+	2,9p
Vorleistungsgüterproduzenten	280p	281p	+	2,9p	+	3,5p
Investitionsgüterproduzenten ..	190p	190p	+	3,0p	+	3,1p
Gebrauchsgüterproduzenten ..	26p	26p	+	9,0p	+	9,8p
Verbrauchsgüterproduzenten ..	127p	128p	-	3,0p	-	0,2p
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1 000 7)	252,7	256,3	256,8	...	-	17,7	-	17,5	-	17,1
Geleistete Arbeiterstunden 5)												
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 3)4)6)	58 535p	63 106p	+	4,9p	-	2,0p
Vorleistungsgüterproduzenten	27 803p	29 866p	+	5,4p	-	2,0p
Investitionsgüterproduzenten ..	17 349p	18 736p	+	5,8p	-	1,7p
Gebrauchsgüterproduzenten ..	2 543p	2 749p	+	10,3p	+	2,0p
Verbrauchsgüterproduzenten ..	10 840p	11 755p	+	1,3p	-	3,3p
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau Mill. Std. 7) ..	24,2	28,2	27,8	...	-	20,0	-	24,0	-	17,2
darunter:												
Wohnungsbau Mill. Std. 6)	8,5	10,1	9,9	...	-	30,2	-	33,0	-	27,3
Gewerblicher und industrieller Bau Mill. Std. 7)	7,9	9,1	9,1	...	-	16,2	-	20,0	-	9,7
Öffentlicher und Verkehrsbau Mill. Std. 7)	7,9	9,1	8,8	...	-	9,9	-	15,9	-	11,1

¹⁾ Falls nicht anders vermerkt, nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

²⁾ Ab Januar 2001 einschl. Vermittlung durch „Stellen-Informations-Service“ (SIS) und „Arbeitgeber-Informations-Service“ (AIS); daher mit Vorjahreswerten nur eingeschränkt vergleichbar.

³⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschl. Handwerk. Ab 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d.h. vergrößert. Die Vorjahresveränderungen sind auf der Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden.

⁴⁾ Einschl. Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

⁵⁾ 1 000 Std.

⁶⁾ Der Nachweis beschränkt sich auf tatsächlich geleistete Arbeiterstunden.

⁷⁾ Ab März 2001 vorläufige Ergebnisse.

p = vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

*3.1.1 Bundesrepublik Deutschland

	2001						
	Mai p)	Juni p)	1. Vj.	2. Vj.	Mai p)	Juni p)	Januar - Juni p)
	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Produzierendes Gewerbe.....	111,5	111,4	+ 6,2	+ 3,5	+ 0,2	- 2,6	+ 1,5
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden und Verarbeitendes Gewerbe.....	117,0	116,4	+ 7,8	+ 6,0	+ 1,6	- 1,8	+ 3,4
Vorleistungsgüterproduzenten.....	116,7	117,6	+ 5,8	+ 3,8	+ 0,4	- 2,9	+ 1,7
Investitionsgüterproduzenten.....	123,8	121,3	+ 12,8	+ 10,2	+ 3,4	- 0,1	+ 6,6
Gebrauchsgüterproduzenten.....	126,2	124,2	+ 9,6	+ 11,0	+ 4,8	- 0,3	+ 7,4
Verbrauchsgüterproduzenten.....	101,3	100,5	+ 2,3	+ 1,5	- 0,5	- 2,2	+ 0,4
nachrichtlich:							
Vorleistungsgüterproduzenten (ohne Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden).....	119,3	120,2	+ 6,4	+ 4,4	+ 0,8	- 2,6	+ 2,2
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden.....	74,6	74,9	- 3,7	- 8,5	- 6,3	- 8,1	- 7,9
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	68,8	66,6	- 6,0	- 9,4	- 6,6	- 9,1	- 8,8
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	67,2	65,1	- 6,3	- 10,1	- 7,7	- 11,2	- 9,8
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbring. damit verb. Dienstleistungen.....	88,0	84,4	- 4,3	- 4,3	+ 4,3	+ 15,6	+ 0,3
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau.....	91,7	99,1	+ 1,4	- 5,0	- 5,3	- 5,8	- 5,2
Verarbeitendes Gewerbe.....	118,2	117,5	+ 7,9	+ 6,2	+ 1,8	- 1,7	+ 3,6
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	104,5	106,7	+ 1,6	+ 0,6	- 1,6	- 0,7	- 0,1
Ernährungsgewerbe.....	104,6	106,9	+ 1,7	0,0	- 1,7	- 0,5	- 0,5
Tabakverarbeitung.....	102,6	102,0	- 0,5	+ 13,4	+ 0,6	- 7,9	+ 6,1
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	73,2	71,9	+ 4,5	+ 2,9	- 2,0	- 7,8	- 0,1
Textilgewerbe.....	88,7	88,0	+ 6,1	+ 3,3	- 1,6	- 5,9	+ 0,4
Bekleidungsgewerbe.....	48,6	46,2	+ 0,7	+ 1,7	- 3,2	- 13,3	- 1,6
Ledergewerbe.....	76,3	76,2	- 0,8	+ 0,3	- 7,5	- 8,3	- 2,8
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln).....	95,4	95,5	- 4,3	- 5,8	- 9,0	- 10,7	- 7,5
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe	110,9	108,7	+ 2,2	+ 1,5	- 2,1	- 3,3	- 0,2
Papiergewerbe.....	100,9	105,5	+ 0,6	+ 1,8	- 3,7	- 2,0	- 0,1
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	109,6	116,0	- 0,2	- 0,4	- 11,5	- 3,5	- 3,3
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	95,3	98,7	+ 1,1	+ 3,6	+ 2,9	- 1,0	+ 2,5
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	115,4	110,1	+ 2,7	+ 1,3	- 1,4	- 3,8	- 0,2
Verlagsgewerbe.....	128,0	119,1	+ 5,1	+ 0,6	- 2,6	- 3,6	- 0,9
Druckgewerbe.....	106,0	103,1	+ 0,7	+ 1,9	- 0,5	- 4,4	+ 0,1
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen.....	94,5	95,2	- 0,2	+ 1,4	- 4,0	+ 0,2	0,0
Chemische Industrie.....	118,5	117,9	+ 2,6	+ 0,7	- 0,1	- 5,2	- 0,7
Chemische Grundstoffe.....	128,9	131,1	+ 0,2	- 1,0	- 1,2	- 5,8	- 2,0
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	109,7	106,1	+ 6,0	+ 9,5	+ 10,7	+ 2,9	+ 8,5
Chemiefasern.....	104,4	102,6	+ 1,4	- 6,6	- 5,4	- 5,4	- 6,2
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	116,5	116,1	+ 4,2	+ 3,3	+ 1,0	- 3,0	+ 1,5
Gummiwaren.....	122,7	123,7	+ 6,1	+ 1,5	+ 1,1	- 5,6	- 0,1
Kunststoffwaren.....	114,3	113,5	+ 3,5	+ 4,1	+ 0,9	- 1,9	+ 2,2

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch: *3.1.1. Bundesrepublik Deutschland

	2001						
	Mai p)	Juni p)	1. Vj.	2. Vj.	Mai p)	Juni p)	Januar - Juni p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden.....	92,0	96,9	- 1,5	- 4,4	- 8,5	- 9,5	- 6,6
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	114,3	121,0	+ 4,2	+ 7,5	+ 6,0	- 2,5	+ 4,9
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	81,2	88,0	- 6,6	- 10,3	- 18,4	- 15,3	- 13,4
Metallerzeugung u. -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	115,1	116,5	+ 6,5	+ 7,4	+ 4,6	- 0,8	+ 5,2
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	108,8	113,7	+ 5,3	+ 6,7	+ 5,4	- 3,2	+ 4,3
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u. Ferrolegierungen (EGKS).....	112,3	114,4	+ 4,0	+ 6,8	+ 4,4	- 1,1	+ 4,7
Gießereiindustrie.....	115,2	122,5	+ 8,4	+ 7,2	+ 3,7	- 8,2	+ 3,2
Metallerzeugnisse.....	118,3	117,9	+ 6,9	+ 7,8	+ 4,2	+ 0,4	+ 5,6
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	93,9	95,6	+ 2,4	+ 0,7	- 5,4	- 3,5	- 1,6
Maschinenbau.....	112,5	110,7	+ 11,1	+ 7,6	+ 2,9	- 1,0	+ 4,8
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie.....	108,8	107,9	+ 12,6	+ 4,8	+ 7,0	+ 0,6	+ 4,3
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	117,8	111,9	+ 7,6	- 0,7	- 9,3	- 8,9	- 4,4
Werkzeugmaschinen.....	124,0	121,1	+ 13,0	+ 17,0	+ 13,4	+ 13,4	+ 15,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik.....	136,7	136,0	+ 18,7	+ 13,7	+ 5,9	+ 3,1	+ 9,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen.....	210,8	201,2	+ 21,2	+ 11,1	- 2,1	+ 1,0	+ 6,5
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	117,7	120,4	+ 13,9	+ 9,7	+ 3,7	+ 0,7	+ 6,7
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	174,9	166,5	+ 36,6	+ 30,5	+ 15,3	+ 14,4	+ 24,0
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik.....	131,3	130,9	+ 14,6	+ 11,6	+ 7,8	+ 1,3	+ 8,8
Fahrzeugbau.....	149,3	145,5	+ 12,8	+ 11,4	+ 4,6	+ 0,3	+ 7,7
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	155,6	152,3	+ 13,4	+ 12,1	+ 4,8	+ 0,7	+ 8,2
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	150,7	149,3	+ 15,1	+ 15,7	+ 7,1	+ 1,6	+ 11,0
Sonstiger Fahrzeugbau.....	103,1	96,0	+ 5,6	+ 3,4	+ 2,0	- 2,8	+ 1,9
Schiffbau.....	82,7	79,1	+ 4,3	+ 3,0	+ 2,5	- 1,0	+ 2,2
Luft- u. Raumfahrzeugbau.....	126,2	116,0	+ 7,4	+ 6,9	+ 6,1	+ 2,7	+ 5,8
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	95,6	92,1	+ 1,3	+ 0,2	- 2,7	- 7,0	- 1,8
Möbel.....	91,1	85,6	- 1,0	- 1,3	- 4,7	- 9,6	- 3,6
Recycling.....	216,3	224,8	+ 25,5	+ 21,3	+ 6,8	+ 2,4	+ 14,1
Energieversorgung.....	105,6	101,3	- 0,8	- 5,6	+ 3,6	+ 4,8	- 2,1
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- u. Tiefbau.....	76,2	82,7	- 3,3	- 14,7	- 15,1	- 13,7	- 14,6
Hochbauleistungen.....	72,8	78,6	- 4,0	- 15,9	- 17,7	- 16,3	- 16,4
Tiefbauleistungen.....	82,6	90,5	- 2,1	- 12,3	- 10,1	- 8,7	- 10,8

– Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk; arbeitstäglich bereinigter Wert.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

*3.1.2 Früheres Bundesgebiet

	2001						
	Mai p)	Juni p)	1. Vj.	2. Vj.	Mai p)	Juni p)	Januar - Juni p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Produzierendes Gewerbe.....	111,0	110,7	+ 6,2	+ 3,6	+ 0,4	- 2,5	+ 1,7
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden und Verarbeitendes Gewerbe.....	115,1	114,2	+ 7,4	+ 5,7	+ 1,6	- 2,0	+ 3,3
Vorleistungsgüterproduzenten.....	114,1	114,8	+ 5,1	+ 3,5	+ 0,3	- 3,1	+ 1,4
Investitionsgüterproduzenten.....	123,3	120,4	+ 13,0	+ 10,2	+ 4,0	- 0,2	+ 6,7
Gebrauchsgüterproduzenten.....	124,2	122,1	+ 9,6	+ 10,2	+ 4,5	- 0,7	+ 6,8
Verbrauchsgüterproduzenten.....	98,4	97,4	+ 1,7	+ 1,0	- 0,9	- 2,7	- 0,2
nachrichtlich:							
Vorleistungsgüterproduzenten (ohne Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden).....	116,3	117,0	+ 5,5	+ 4,0	+ 0,6	- 2,8	+ 2,0
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden.....	74,0	74,2	- 5,1	- 10,8	- 7,6	- 10,2	- 10,0
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	66,4	64,3	- 8,6	- 12,9	- 9,2	- 12,4	- 12,1
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	64,3	62,3	- 9,1	- 13,9	- 10,6	- 14,9	- 13,4
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbring. damit verb. Dienstleistungen.....	89,9	86,4	- 4,8	- 4,6	+ 3,9	+ 15,5	0,0
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau.....	98,2	105,8	+ 3,0	- 4,4	- 4,2	- 5,7	- 4,7
Verarbeitendes Gewerbe.....	116,1	115,2	+ 7,6	+ 5,9	+ 1,8	- 1,9	+ 3,5
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	100,9	102,8	+ 1,2	+ 0,1	- 1,6	- 1,0	- 0,4
Ernährungsgewerbe.....	100,9	102,9	+ 1,2	- 0,5	- 1,7	- 0,6	- 0,8
Tabakverarbeitung.....	101,2	100,8	- 0,6	+ 13,5	+ 0,1	- 8,4	+ 5,8
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	69,6	68,0	+ 3,5	+ 2,0	- 2,8	- 9,0	- 0,9
Textilgewerbe.....	83,4	82,2	+ 4,7	+ 2,3	- 2,6	- 7,1	- 0,6
Bekleidungsgewerbe.....	48,5	46,2	+ 0,7	+ 1,8	- 3,2	- 13,5	- 1,6
Ledergewerbe.....	75,1	75,3	- 2,4	- 0,1	- 8,4	- 9,4	- 3,5
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln).....	88,5	87,8	- 5,3	- 6,3	- 9,8	- 11,2	- 8,0
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe	108,9	106,8	+ 1,4	+ 1,3	- 2,2	- 3,3	- 0,4
Papiergewerbe.....	99,0	103,5	+ 0,3	+ 1,6	- 4,3	- 2,5	- 0,4
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	109,2	115,5	- 0,6	- 0,5	- 12,1	- 4,2	- 3,6
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	92,7	96,0	+ 0,6	+ 3,4	+ 2,3	- 1,2	+ 2,1
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	113,2	108,3	+ 2,1	+ 1,2	- 1,5	- 3,6	- 0,4
Verlagsgewerbe.....	128,3	119,4	+ 4,9	- 0,2	- 3,2	- 3,7	- 1,5
Druckgewerbe.....	102,9	100,5	- 0,2	+ 2,0	0,0	- 3,9	+ 0,4
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen.....	94,0	92,7	- 0,2	+ 1,6	- 2,8	0,0	+ 0,3
Chemische Industrie.....	115,4	114,2	+ 0,9	- 0,2	- 0,3	- 5,9	- 1,4
Chemische Grundstoffe.....	125,8	127,4	- 1,9	- 2,0	- 1,1	- 6,4	- 2,8
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	106,3	102,0	+ 3,8	+ 7,6	+ 9,0	+ 1,5	+ 6,7
Chemiefasern.....	104,0	101,3	+ 1,6	- 6,7	- 4,2	- 4,7	- 5,8
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	114,3	113,8	+ 3,6	+ 2,7	+ 0,8	- 3,1	+ 1,1
Gummiharten.....	121,2	121,9	+ 5,4	+ 0,8	+ 0,7	- 6,2	- 0,7
Kunststoffwaren.....	111,9	110,9	+ 3,2	+ 3,5	+ 0,9	- 1,8	+ 1,9

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch *3.1.2 Früheres Bundesgebiet

	2001						
	Mai p)	Juni p)	1. Vj.	2. Vj.	Mai p)	Juni p)	Januar - Juni p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden.....	90,0	94,8	- 1,3	- 4,2	- 8,4	- 9,2	- 6,2
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	107,2	114,4	+ 2,8	+ 7,6	+ 6,3	- 1,5	+ 5,4
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	80,9	87,5	- 4,9	- 9,9	- 18,4	- 15,0	- 13,1
Metallerzeugung u. -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	112,4	113,7	+ 6,2	+ 6,9	+ 4,5	- 1,0	+ 4,7
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	106,6	111,4	+ 4,9	+ 6,1	+ 4,8	- 3,4	+ 3,8
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u. Ferrolegerungen (EGKS).....	108,9	111,0	+ 3,5	+ 6,4	+ 3,4	- 1,9	+ 4,0
Gießereiindustrie.....	110,1	117,3	+ 7,1	+ 5,9	+ 2,1	- 8,4	+ 2,1
Metallerzeugnisse.....	115,6	115,0	+ 6,8	+ 7,2	+ 4,4	+ 0,3	+ 5,2
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	90,0	91,8	+ 1,7	- 1,1	- 4,6	- 3,3	- 2,1
Maschinenbau.....	111,9	109,7	+ 10,7	+ 7,1	+ 2,8	- 1,4	+ 4,4
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie.....	107,4	106,3	+ 12,1	+ 3,8	+ 6,7	+ 0,5	+ 3,7
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	118,8	112,5	+ 7,1	- 1,5	- 10,3	- 9,7	- 5,3
Werkzeugmaschinen.....	122,5	120,4	+ 12,2	+ 16,4	+ 13,1	+ 14,0	+ 15,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik.....	133,0	132,4	+ 18,5	+ 13,6	+ 5,9	+ 2,8	+ 9,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen.....	205,7	195,5	+ 21,5	+ 13,3	+ 2,8	+ 3,2	+ 9,3
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	116,7	119,5	+ 14,0	+ 9,5	+ 3,2	+ 0,7	+ 6,5
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	166,4	158,3	+ 34,2	+ 31,0	+ 14,1	+ 12,7	+ 23,8
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik.....	124,7	124,2	+ 14,9	+ 10,6	+ 7,3	- 0,1	+ 7,8
Fahrzeugbau.....	148,2	144,4	+ 12,3	+ 11,1	+ 4,4	+ 0,2	+ 7,5
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	153,4	150,0	+ 12,9	+ 11,8	+ 4,6	+ 0,4	+ 8,0
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	149,7	148,2	+ 15,2	+ 15,2	+ 7,1	+ 1,4	+ 10,7
Sonstiger Fahrzeugbau.....	105,7	98,5	+ 6,2	+ 3,4	+ 2,0	- 2,0	+ 2,1
Schiffbau.....	84,8	81,5	+ 4,9	+ 3,4	+ 1,9	+ 0,6	+ 2,7
Luft- u. Raumfahrzeugbau.....	123,9	113,8	+ 7,4	+ 6,7	+ 6,1	+ 2,6	+ 5,7
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	93,1	89,6	+ 1,1	0,0	- 2,9	- 7,2	- 2,0
Möbel.....	89,1	83,3	- 0,7	- 1,6	- 4,9	- 10,1	- 4,0
Recycling.....	227,0	234,7	+ 22,7	+ 24,6	+ 10,9	+ 4,4	+ 17,4
Energieversorgung.....	105,9	101,3	- 1,0	- 5,5	+ 3,6	+ 4,6	- 2,0
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- u. Tiefbau.....	80,4	87,0	- 1,3	- 13,2	- 13,7	- 12,2	- 13,2
Hochbauleistungen.....	77,8	83,6	- 1,5	- 14,4	- 16,1	- 14,6	- 14,8
Tiefbauleistungen.....	85,2	93,4	- 0,8	- 11,1	- 9,6	- 7,8	- 10,0

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk; arbeitstäglich bereinigter Wert.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

*3.1.3. Neue Länder und Berlin-Ost

	2001						
	Mai p)	Juni p)	1. Vj.	2. Vj.	Mai p)	Juni p)	Januar - Juni p)
	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Produzierendes Gewerbe.....	116,4	120,1	+ 6,4	+ 3,1	- 2,8	- 3,2	+ 0,4
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden und Verarbeitendes Gewerbe.....	148,5	151,7	+ 12,5	+ 9,9	+ 1,6	+ 0,9	+ 6,3
Vorleistungsgüterproduzenten.....	158,1	161,6	+ 15,7	+ 8,5	+ 2,8	- 0,2	+ 5,5
Investitionsgüterproduzenten.....	132,8	137,0	+ 10,6	+ 11,0	- 4,0	+ 0,9	+ 5,7
Gebrauchsgüterproduzenten.....	191,6	191,7	+ 10,2	+ 29,1	+ 11,2	+ 10,9	+ 21,6
Verbrauchsgüterproduzenten.....	136,4	138,5	+ 8,1	+ 7,1	+ 3,1	+ 1,7	+ 5,2
nachrichtlich:							
Vorleistungsgüterproduzenten							
(ohne Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden).....	172,4	176,5	+ 16,7	+ 8,7	+ 2,9	- 0,6	+ 5,5
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden.....	78,0	78,6	+ 4,2	+ 6,1	+ 1,4	+ 4,4	+ 4,6
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	83,4	80,8	+ 9,8	+ 11,5	+ 7,8	+ 10,8	+ 10,6
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	84,2	81,7	+ 9,8	+ 11,9	+ 7,7	+ 10,7	+ 10,8
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbring. damit verb. Dienstleistungen.....	64,4	59,8	+ 8,4	+ 3,5	+ 12,2	+ 17,3	+ 7,4
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau.....	68,0	74,6	- 5,9	- 8,7	- 10,6	- 6,6	- 8,7
Verarbeitendes Gewerbe.....	154,1	157,5	+ 12,9	+ 10,0	+ 1,6	+ 0,8	+ 6,3
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	139,8	144,2	+ 5,0	+ 3,6	- 1,5	0,0	+ 1,7
Ernährungsgewerbe.....	139,6	144,2	+ 5,0	+ 3,3	- 1,8	- 0,1	+ 1,5
Tabakverarbeitung.....	149,9	142,8	+ 4,7	+ 14,8	+ 14,7	+ 3,9	+ 12,5
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	133,5	136,7	+ 15,0	+ 10,1	+ 5,6	+ 2,6	+ 7,7
Textilgewerbe.....	159,2	165,3	+ 17,4	+ 11,2	+ 6,5	+ 3,8	+ 8,8
Bekleidungsgewerbe.....	52,9	47,1	- 2,4	+ 1,7	- 2,0	- 9,2	- 0,7
Ledergewerbe.....	96,4	89,5	+ 22,9	+ 7,7	+ 6,9	+ 7,4	+ 7,5
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln).....	164,3	172,4	+ 0,8	- 2,7	- 4,1	- 8,1	- 4,2
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe	145,3	139,7	+ 11,0	+ 4,8	+ 0,6	- 3,3	+ 2,3
Papiergewerbe.....	138,2	144,9	+ 8,2	+ 5,3	+ 4,9	+ 3,7	+ 4,9
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	114,3	122,2	+ 4,9	+ 1,1	- 1,8	+ 6,8	+ 1,6
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	169,5	174,6	+ 11,3	+ 9,3	+ 11,6	+ 1,1	+ 8,0
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	147,7	138,0	+ 11,8	+ 4,7	- 0,7	- 5,5	+ 1,5
Verlagsgewerbe.....	125,3	116,4	+ 7,0	+ 8,5	+ 3,8	- 1,9	+ 5,5
Druckgewerbe.....	187,7	172,1	+ 15,6	- 0,4	- 7,6	- 11,9	- 4,1
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen.....	103,0	143,2	+ 0,4	- 3,6	- 21,0	+ 2,4	- 5,9
Chemische Industrie.....	170,9	180,3	+ 26,5	+ 12,3	+ 2,2	+ 2,0	+ 8,0
Chemische Grundstoffe.....	168,2	177,5	+ 22,4	+ 9,5	- 1,0	+ 0,1	+ 5,4
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	159,8	166,7	+ 35,7	+ 29,8	+ 29,1	+ 17,1	+ 26,9
Chemiefasern.....	111,0	125,0	- 2,0	- 6,4	- 21,3	- 14,6	- 11,1
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	163,5	167,2	+ 10,4	+ 13,1	+ 2,4	- 1,8	+ 7,6
Gummiwaren.....	169,2	183,0	+ 24,1	+ 19,6	+ 6,1	+ 8,2	+ 14,5
Kunststoffwaren.....	162,3	163,8	+ 8,0	+ 11,6	+ 1,6	- 3,9	+ 6,1

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch *3.1.3. Neue Länder und Berlin-Ost

	2001						
	Mai p)	Juni p)	1. Vj.	2. Vj.	Mai p)	Juni p)	Januar - Juni p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden.....	106,5	112,6	- 3,6	- 5,6	- 9,7	- 11,2	- 7,8
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	195,2	195,5	+ 13,2	+ 6,3	+ 3,9	- 8,3	+ 2,7
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	83,1	90,9	- 14,5	- 12,5	- 17,8	- 16,4	- 14,7
Metallerzeugung u. -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	155,4	159,1	+ 9,6	+ 14,9	+ 5,7	+ 1,7	+ 10,3
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	161,2	168,8	+ 13,2	+ 15,6	+ 15,7	+ 1,8	+ 12,6
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u.							
Ferrolegierungen (EGKS).....	186,8	190,8	+ 10,0	+ 12,1	+ 18,2	+ 12,2	+ 13,3
Gießereiindustrie.....	190,2	199,5	+ 20,5	+ 19,8	+ 19,1	- 6,7	+ 13,4
Metallerzeugnisse.....	153,6	156,2	+ 8,7	+ 14,6	+ 2,9	+ 1,6	+ 9,5
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	117,6	119,3	+ 5,3	+ 7,9	- 9,5	- 4,3	+ 1,7
Maschinenbau.....	126,7	134,7	+ 18,2	+ 19,0	+ 3,8	+ 7,0	+ 13,1
Maschinen für die Erzeugung							
u. Nutzung v. mech. Energie.....	147,9	151,0	+ 25,1	+ 26,8	+ 13,2	+ 1,6	+ 18,3
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	100,6	101,8	+ 20,6	+ 15,9	+ 18,8	+ 11,5	+ 15,5
Werkzeugmaschinen.....	161,9	138,4	+ 32,1	+ 30,5	+ 21,5	+ 1,8	+ 22,6
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik.....	230,4	228,0	+ 23,3	+ 14,6	+ 5,2	+ 8,3	+ 11,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen.....	385,2	397,0	+ 17,7	- 15,6	- 48,1	- 25,9	- 25,4
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	149,1	148,2	+ 11,6	+ 16,2	+ 17,4	+ 1,2	+ 13,2
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	375,0	359,4	+ 74,4	+ 25,1	+ 29,0	+ 33,0	+ 27,4
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik.....	241,4	240,8	+ 12,9	+ 21,6	+ 12,6	+ 15,0	+ 18,3
Fahrzeugbau.....	179,4	178,3	+ 22,7	+ 17,5	+ 5,7	+ 3,4	+ 12,1
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	259,2	262,9	+ 30,7	+ 22,4	+ 6,6	+ 7,2	+ 15,9
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	234,0	241,1	+ 8,0	+ 43,5	+ 7,1	+ 10,7	+ 28,0
Sonstiger Fahrzeugbau.....	85,3	78,5	+ 0,1	+ 2,5	+ 2,5	- 9,0	+ 0,2
Schiffbau.....	72,4	66,9	0,0	+ 0,3	+ 6,8	- 9,8	- 0,5
Luft- u. Raumfahrzeugbau.....	333,1	316,9	+ 6,3	+ 9,6	+ 4,7	+ 4,6	+ 7,6
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	135,8	132,6	+ 4,9	+ 3,5	+ 0,1	- 4,2	+ 1,2
Möbel.....	128,4	126,3	- 3,6	+ 2,6	- 1,8	- 4,8	+ 0,4
Recycling.....	184,4	195,3	+ 36,4	+ 9,8	- 5,8	- 4,1	+ 3,3
Energieversorgung.....	102,6	100,8	0,0	- 6,6	+ 3,1	+ 5,7	- 2,6
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- u. Tiefbau.....	61,2	67,3	- 11,0	- 20,3	- 20,5	- 19,6	- 20,1
Hochbauleistungen.....	54,4	60,2	- 13,9	- 22,6	- 25,8	- 24,3	- 23,7
Tiefbauleistungen.....	73,5	80,2	- 6,5	- 16,6	- 12,3	- 12,3	- 14,5

– Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk; arbeitstäglich bereinigter Wert.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.2. Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes¹⁾

*3.2.1. Bundesrepublik Deutschland

*3.2.1.1. Werte

	2001						
	Mai	Juni p)	1. Vj.	2. Vj.	Mai	Juni p)	Januar - Juni p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	132,6	127,1	+ 5,6	- 0,4	- 1,9	- 1,2	+ 2,6
davon: Inland.....	111,9	104,7	+ 3,9	- 3,4	- 5,6	- 5,6	+ 0,3
Ausland.....	169,9	167,4	+ 7,6	+ 3,4	+ 2,8	+ 4,0	+ 5,5
Vorleistungsgüterproduzenten.....	130,8	123,2	+ 4,3	- 1,2	- 4,0	- 1,6	+ 1,6
davon: Inland.....	118,9	110,1	+ 4,1	- 1,6	- 6,0	- 1,1	+ 1,2
Ausland.....	155,6	150,2	+ 4,7	- 0,3	- 0,6	- 2,3	+ 2,2
Investitionsgüterproduzenten.....	139,5	137,3	+ 5,9	- 2,4	- 0,9	- 4,3	+ 1,7
davon: Inland.....	110,5	104,6	+ 5,6	- 7,3	- 4,7	- 14,9	- 1,1
Ausland.....	182,4	185,5	+ 6,2	+ 2,7	+ 2,8	+ 6,5	+ 4,4
Gebrauchsgüterproduzenten.....	146,4	135,2	+ 10,1	+ 6,9	+ 2,9	+ 8,3	+ 8,5
davon: Inland.....	106,8	101,4	+ 0,4	- 1,3	- 6,5	+ 3,0	- 0,5
Ausland.....	205,9	185,9	+ 19,6	+ 14,4	+ 11,5	+ 13,0	+ 17,1
Verbrauchsgüterproduzenten.....	89,8	90,9	+ 3,4	+ 5,9	+ 0,6	+ 7,2	+ 4,5
davon: Inland.....	81	76,2	- 0,2	+ 1,4	- 3,6	+ 2,4	+ 0,5
Ausland.....	112,8	129,6	+ 10,2	+ 14,6	+ 9,1	+ 15,8	+ 12,0
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	77,9	74,0	+ 1,1	+ 0,4	- 6,0	+ 2,9	+ 0,8
Textilgewerbe.....	93,5	88,2	+ 1,4	- 1,9	- 8,1	+ 2,0	- 0,2
Bekleidungsgewerbe.....	56,4	54,5	+ 0,8	+ 5,5	- 1,4	+ 5,0	+ 2,2
Ledergewerbe.....	88,8	68,8	- 2,6	+ 13,1	+ 11,7	+ 10,8	+ 3,5
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	101,4	94,8	- 4,4	- 6,6	- 11,3	- 6,2	- 5,5
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	119,2	111,8	+ 3,4	- 2,6	- 4,0	- 2,2	+ 0,3
Papiergewerbe.....	120,2	111,1	+ 4,8	- 5,3	- 7,0	- 5,8	- 0,4
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	133,8	119,5	- 0,5	- 14,6	- 13,6	- 15,2	- 7,8
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	109,4	104,4	+ 10,5	+ 5,4	+ 0,5	+ 4,7	+ 7,9
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	117,6	112,9	+ 1,3	+ 1,8	+ 0,9	+ 4,0	+ 1,5
Chemische Industrie.....	118,6	120,3	+ 5,0	+ 0,9	- 4,9	+ 2,4	+ 2,9
Chemische Grundstoffe.....	126,5	126,2	+ 5,9	- 0,5	- 7,6	+ 0,6	+ 2,6
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	117,6	128,6	+ 8,9	+ 11,2	+ 7,3	+ 12,8	+ 10,0
Gummi- und Kunststoffwaren.....	137,2	115,3	+ 2,6	+ 6,8	+ 7,7	- 1,9	+ 4,8
Kunststoffwaren.....	126,3	116,3	+ 2,7	+ 0,2	- 2,0	- 1,8	+ 1,5
Glasmalerei, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	103,7	102,1	+ 0,4	- 4,7	- 9,7	- 3,4	- 2,2
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	119,2	111,6	+ 3,1	- 2,4	- 6,3	- 3,0	+ 0,3
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	118,5	108,7	0,0	- 5,1	- 9,6	- 4,3	- 2,5
Gießereiindustrie.....	141,6	123,8	+ 6,0	+ 3,6	- 0,3	+ 1,0	+ 4,8
Metallerzeugnisse.....	119,8	113,8	+ 5,9	- 0,3	- 3,5	- 2,0	+ 2,7
Stahl- und Leichtmetallbau.....	107,2	103,1	- 0,7	- 0,4	- 7,1	+ 2,6	- 0,6
Maschinenbau.....	123,0	115,7	+ 4,2	- 3,8	- 5,7	- 4,2	+ 0,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	143,8	139,0	+ 4,9	- 5,5	- 3,7	- 7,0	- 0,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	111,9	106,2	- 3,5	- 15,4	- 14,3	- 19,2	- 9,3
Geräte der Elektrizitätsversorgung, -verteilung u.ä.	142,9	134,2	+ 8,0	+ 6,7	+ 10,0	+ 6,3	+ 7,4
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	156,8	157,6	- 1,4	- 22,7	- 22,0	- 25,8	- 12,6
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	145,6	143,7	+ 12,0	+ 1,6	+ 1,5	+ 3,2	+ 6,7
Fahrzeugbau, Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	177,1	174,2	+ 12,0	+ 5,4	+ 6,4	+ 3,9	+ 8,7
Sonstiger Fahrzeugbau.....	187,3	171,2	+ 13,4	+ 8,8	+ 5,2	+ 9,7	+ 11,1
Schiffbau.....	121,5	190,4	+ 2,2	- 12,9	+ 17,7	- 17,8	- 6,5
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	66,2	37,4	- 61,2	- 47,9	+ 157,6	- 57,2	- 55,3
Möbel.....	194,9	414,2	+ 1,9	- 18,0	- 6,1	- 16,1	- 10,3

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk; ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.2. Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes¹⁾

*3.2.1. Bundesrepublik Deutschland

*3.2.1.2. Volumen

	2001						
	Mai	Juni p)	1. Vj.	2. Vj.	Mai	Juni p)	Januar -Juni p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	117,6	127,7	+ 8,1	+ 3,4	+ 0,6	- 3,3	+ 1,4
davon: Inland.....	103,8	109,3	+ 2,1	+ 2,2	- 0,1	- 6,7	- 0,2
Ausland.....	142,4	160,7	+ 16,2	+ 5,1	+ 1,4	+ 1,2	+ 3,6
Vorleistungsgüterproduzenten.....	118,2	127,6	+ 3,2	+ 1,1	+ 0,8	- 5,8	- 0,5
davon: Inland.....	109,8	117,0	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,2	- 7,7	- 0,8
Ausland.....	135,7	149,6	+ 7,7	+ 1,1	0,0	- 2,4	+ 0,1
Investitionsgüterproduzenten.....	119,1	133,4	+ 15,7	+ 5,1	- 2,9	- 2,0	+ 2,1
davon: Inland.....	102,8	107,8	+ 6,7	+ 5,5	- 2,5	- 5,3	+ 1,7
Ausland.....	143,4	171,3	+ 25,8	+ 4,8	- 3,4	+ 1,2	+ 2,5
Gebrauchsgüterproduzenten.....	129,5	136,5	+ 7,8	+ 8,3	+ 8,2	+ 2,0	+ 6,9
davon: Inland.....	98,6	101,0	+ 0,9	- 0,9	- 1,1	- 7,6	- 2,3
Ausland.....	176,2	189,8	+ 14,6	+ 17,7	+ 17,7	+ 11,3	+ 16,4
Verbrauchsgüterproduzenten.....	87,8	86,4	- 0,7	+ 1,8	+ 8,0	- 0,5	+ 2,5
davon: Inland.....	77,1	78,1	- 7,0	- 2,0	+ 3,4	- 4,6	- 1,6
Ausland.....	115,7	108,1	+ 12,9	+ 8,7	+ 17,1	+ 8,6	+ 10,1
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	78,0	78,3	- 0,8	+ 0,3	+ 4,1	- 5,2	- 0,1
Textilgewerbe.....	86,7	92,8	+ 4,0	- 0,3	0,0	- 8,8	- 2,0
Bekleidungsgewerbe.....	66,2	58,4	- 10,2	+ 0,9	+ 13,0	+ 3,7	+ 2,7
Ledergewerbe.....	101,9	89,6	+ 4,4	- 4,9	+ 12,7	+ 15,3	+ 1,0
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	96,7	103,0	- 8,8	- 5,7	- 2,4	- 11,4	- 6,3
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	105,0	115,3	+ 1,6	- 2,1	- 5,1	- 6,9	- 3,7
Papiergewerbe.....	105,7	115,8	+ 2,3	- 3,7	- 8,2	- 10,9	- 6,1
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	115,9	131,0	+ 3,0	- 10,3	- 19,7	- 16,5	- 13,5
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	97,5	103,6	+ 1,3	+ 4,1	+ 6,2	- 4,3	+ 2,6
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	104,0	114,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,1	- 0,2	+ 0,4
Chemische Industrie.....	111,3	114,0	+ 2,8	+ 0,1	+ 2,6	- 7,6	- 1,1
Chemische Grundstoffe.....	121,9	123,6	+ 2,1	- 2,0	+ 1,9	- 10,6	- 3,1
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	107,2	107,9	+ 4,6	+ 5,8	+ 10,2	+ 4,2	+ 6,3
Gummi- und Kunststoffwaren.....	126,6	134,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 12,8	+ 5,2	+ 4,1
Kunststoffwaren.....	115,0	123,0	+ 2,1	+ 0,7	+ 2,9	- 4,6	- 0,1
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	95,9	104,4	+ 0,1	- 1,7	- 2,2	- 11,6	- 4,1
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	106,8	114,4	+ 2,3	0,0	+ 1,4	- 7,4	- 1,3
Metallerzeugung und -bearbeitung, Gießereiindustrie.....	107,8	114,6	- 5,5	- 5,3	- 2,3	- 10,7	- 5,9
Metallerzeugnisse.....	130,9	136,7	+ 6,1	+ 2,1	+ 9,4	- 1,3	+ 2,8
Stahl- und Leichtmetallbau.....	106,0	114,2	+ 9,2	+ 4,7	+ 4,6	- 4,7	+ 2,7
Maschinenbau.....	95,1	102,3	+ 3,6	- 1,7	+ 3,8	- 7,9	- 2,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	102,5	114,7	+ 10,2	+ 2,6	- 2,6	- 7,4	- 0,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	124,0	145,2	+ 14,5	+ 5,0	- 6,6	- 4,8	+ 0,8
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	142,0	143,3	+ 16,2	+ 0,5	- 10,4	- 10,9	- 3,8
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	109,2	138,1	+ 10,0	+ 6,9	+ 2,7	+ 8,7	+ 6,5
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	149,4	167,8	+ 20,5	+ 0,4	- 19,2	- 21,7	- 8,4
Fahrzeugbau.....	120,4	136,5	+ 13,2	+ 10,8	- 1,3	+ 0,1	+ 6,2
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	156,4	167,0	+ 14,8	+ 10,8	+ 5,0	+ 5,9	+ 8,6
Sonstiger Fahrzeugbau.....	166,0	175,6	+ 10,4	+ 12,1	+ 10,6	+ 4,3	+ 10,2
Schiffbau.....	104,1	120,5	+ 41,6	+ 1,4	- 27,3	+ 20,7	- 2,3
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	14,2	68,9	+ 94,0	- 61,4	- 87,1	+ 176,7	- 53,8
Möbel.....	159,8	191,9	+ 27,7	+ 1,0	- 32,4	- 4,1	- 7,8
	87,3	91,4	- 3,4	- 5,3	- 2,8	- 8,9	- 5,6

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk; ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.2. Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes¹⁾

*3.2.2 Früheres Bundesgebiet

*3.2.2.1 Werte

	2001						
	Mai	Juni p)	1. Vj.	2. Vj.	Mai	Juni p)	Januar - Juni p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	130,4	125,2	+ 4,9	- 0,8	- 2,5	- 1,4	+ 2,1
davon: Inland.....	109,9	103,1	+ 3,4	- 3,7	- 6,1	- 5,9	- 0,2
Ausland.....	165,4	163,0	+ 6,7	+ 2,8	+ 2,0	+ 4,0	+ 4,8
Vorleistungsgüterproduzenten.....	127,5	119,6	+ 3,4	- 1,7	- 4,4	- 2,4	+ 0,9
davon: Inland.....	115,6	106,4	+ 3,7	- 2,1	- 6,1	- 2,1	+ 0,8
Ausland.....	151,2	145,7	+ 3,0	- 1,2	- 1,6	- 3,1	+ 0,8
Investitionsgüterproduzenten.....	138,8	137,7	+ 5,6	- 2,7	- 2,0	- 3,8	+ 1,4
davon: Inland.....	110,6	106,0	+ 5,0	- 7,8	- 5,9	- 14,7	- 1,5
Ausland.....	177,9	181,4	+ 6,2	+ 2,1	+ 1,6	+ 7,0	+ 4,1
Gebrauchsgüterproduzenten.....	143,8	133,4	+ 9,4	+ 6,9	+ 2,6	+ 8,5	+ 8,2
davon: Inland.....	105,0	100,8	- 0,2	- 1,8	- 7,7	+ 3,1	- 1,0
Ausland.....	199,6	180,2	+ 18,7	+ 14,9	+ 11,9	+ 13,3	+ 16,8
Verbrauchsgüterproduzenten.....	87,9	89,3	+ 3,0	+ 5,6	0,0	+ 6,9	+ 4,1
davon: Inland.....	79,0	74,0	- 0,8	+ 0,9	- 4,0	+ 1,6	0,0
Ausland.....	110,5	128,2	+ 9,7	+ 13,8	+ 8,0	+ 15,5	+ 11,5
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	75,0	71,1	+ 0,4	+ 0,1	- 6,1	+ 2,3	+ 0,4
Textilgewerbe.....	89,4	84,0	+ 0,3	- 2,4	- 8,2	+ 1,0	- 1,0
Bekleidungsgewerbe.....	56,0	54,0	+ 0,5	+ 5,7	- 1,4	+ 5,1	+ 2,0
Ledergewerbe.....	87,7	67,6	- 2,8	+ 13,5	+ 11,9	+ 10,8	+ 3,5
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	91,1	86,6	- 6,3	- 8,2	- 13,3	- 6,7	- 7,2
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	116,1	108,0	+ 2,8	- 3,5	- 4,5	- 3,5	- 0,4
Papiergewerbe.....	116,7	108,1	+ 4,0	- 6,2	- 7,9	- 6,3	- 1,2
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	131,4	117,5	- 1,3	- 15,4	- 14,6	- 15,8	- 8,6
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	105,3	100,8	+ 10,0	+ 4,5	- 0,1	+ 4,3	+ 7,3
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	115,1	107,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,9
Chemische Industrie.....	116,4	117,7	+ 4,3	+ 0,5	- 4,6	+ 1,8	+ 2,4
Chemische Grundstoffe.....	124,0	122,6	+ 5,0	- 1,1	- 6,8	- 1,0	+ 1,9
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	115,4	127,2	+ 8,3	+ 10,7	+ 6,5	+ 12,9	+ 9,5
Gummi- und Kunststoffwaren.....	134,2	111,0	+ 1,8	+ 6,5	+ 7,9	- 3,1	+ 4,1
Kunststoffwaren.....	122,4	111,7	+ 2,0	- 0,6	- 2,5	- 2,9	+ 0,7
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	97,3	96,6	- 0,1	- 4,8	- 9,8	- 3,0	- 2,6
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	116,4	108,4	+ 2,8	- 2,6	- 6,3	- 3,9	0,0
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	115,4	105,1	- 0,8	- 5,3	- 9,6	- 5,5	- 2,9
Gießereiindustrie.....	133,9	114,2	+ 2,6	+ 2,2	- 1,4	- 2,6	+ 2,4
Metallerzeugnisse.....	117,2	110,9	+ 6,0	- 0,6	- 3,5	- 2,9	+ 2,6
Stahl- und Leichtmetallbau.....	101,7	97,5	+ 0,5	+ 0,1	- 6,9	+ 3,1	+ 0,3
Maschinenbau.....	122,5	115,0	+ 3,6	- 4,2	- 5,9	- 4,9	- 0,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	140,6	136,9	+ 4,3	- 6,5	- 4,9	- 7,5	- 1,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	106,2	103,0	- 2,3	- 13,9	- 14,1	- 18,8	- 7,9
Geräte der Elektrizitätsproduktion, -verteilung u.ä.	142,8	134,0	+ 6,4	+ 5,8	+ 9,3	+ 5,5	+ 6,1
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	149,7	153,4	- 1,9	- 24,3	- 24,3	- 26,1	- 13,7
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	141,1	139,9	+ 12,4	+ 1,3	+ 0,7	+ 2,6	+ 6,8
Fahrzeugbau.....	176,3	175,1	+ 11,3	+ 5,1	+ 4,8	+ 5,2	+ 8,2
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	184,3	168,6	+ 12,6	+ 8,8	+ 5,3	+ 9,8	+ 10,7
Sonstiger Fahrzeugbau.....	122,0	219,1	+ 1,2	- 16,8	+ 0,2	- 13,4	- 8,9
Schiffbau.....	67,3	46,9	- 62,3	- 33,8	+ 119,9	- 1,9	- 52,2
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	170,6	377,3	+ 9,4	- 23,9	- 17,1	- 22,9	- 11,8
Möbel.....	100,2	97,1	- 3,4	- 0,7	- 6,5	+ 5,8	- 2,0

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk; ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.2. Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes¹⁾

*3.2.2 Früheres Bundesgebiet

*3.2.2.2 Volumen

	2001						
	Mai	Juni p)	1. Vj.	2. Vj.	Mai	Juni p)	Januar - Juni p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	125,6	120,5	+ 2,8	- 2,3	- 3,8	- 2,8	+ 0,2
davon: Inland.....	107,3	100,7	+ 1,6	- 5,1	- 7,3	- 7,0	- 1,6
Ausland.....	156,7	154,5	+ 4,3	+ 1,2	+ 0,6	+ 2,4	+ 2,8
Vorleistungsgüterproduzenten.....	124,8	117,1	+ 0,3	- 3,3	- 5,7	- 3,7	- 1,5
davon: Inland.....	114,2	105,3	+ 0,8	- 3,4	- 7,3	- 3,1	- 1,3
Ausland.....	145,8	140,4	- 0,6	- 3,0	- 3,0	- 4,7	- 1,7
Investitionsgüterproduzenten.....	132,9	131,8	+ 4,8	- 3,8	- 3,0	- 5,0	+ 0,5
davon: Inland.....	107,6	103,2	+ 5,0	- 8,5	- 6,8	- 15,4	- 1,9
Ausland.....	167,9	171,3	+ 4,7	+ 0,8	+ 0,6	+ 5,6	+ 2,8
Gebrauchsgüterproduzenten.....	133,4	123,7	+ 7,8	+ 5,4	+ 1,3	+ 7,0	+ 6,7
davon: Inland.....	99,0	94,9	- 1,5	- 3,3	- 9,0	+ 1,4	- 2,3
Ausland.....	182,8	165,2	+ 16,9	+ 13,6	+ 11,0	+ 12,2	+ 15,3
Verbrauchsgüterproduzenten.....	83,3	84,3	+ 1,2	+ 2,9	- 2,6	+ 4,1	+ 2,0
davon: Inland.....	74,9	70,1	- 2,7	- 1,9	- 6,7	- 1,4	- 2,4
Ausland.....	104,8	120,5	+ 8,3	+ 12,0	+ 6,4	+ 13,4	+ 9,9
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	74,1	70,2	- 0,3	- 0,7	- 6,9	+ 1,3	- 0,4
Textilgewerbe.....	88,3	82,9	- 1,3	- 3,7	- 9,4	- 0,4	- 2,5
Bekleidungsgewerbe.....	55,3	53,3	+ 0,8	+ 5,6	- 1,1	+ 4,7	+ 2,3
Ledergewerbe.....	82,9	63,7	- 5,0	+ 9,8	+ 8,1	+ 6,5	+ 0,6
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	92,3	88,0	- 7,6	- 8,6	- 13,7	- 6,7	- 8,1
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	113,0	105,3	- 2,5	- 6,0	- 6,8	- 5,1	- 4,3
Papiergewerbe.....	112,8	104,9	- 4,4	- 9,9	- 11,3	- 8,6	- 7,2
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	128,8	116,7	- 11,1	- 18,3	- 17,4	- 16,3	- 14,6
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	100,3	95,7	+ 3,5	+ 0,1	- 4,2	+ 0,3	+ 1,9
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	113,2	105,9	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,5
Chemische Industrie.....	112,2	113,5	- 0,4	- 1,9	- 6,9	- 0,4	- 1,2
Chemische Grundstoffe.....	121,4	120,6	- 2,7	- 4,0	- 9,5	- 3,1	- 3,4
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	105,6	115,9	+ 5,3	+ 7,2	+ 3,1	+ 9,0	+ 6,2
Gummi- und Kunststoffwaren.....	132,6	109,8	- 0,1	+ 4,8	+ 6,3	- 4,2	+ 2,4
Kunststoffwaren.....	120,4	110,1	0,0	- 2,1	- 4,1	- 3,9	- 1,0
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	97,7	96,4	- 2,1	- 7,0	- 11,7	- 5,4	- 4,7
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	112,1	104,6	- 0,5	- 3,4	- 7,0	- 4,5	- 2,0
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	112,1	102,8	- 6,2	- 6,0	- 10,2	- 5,4	- 6,1
Gießereiindustrie.....	130,3	111,3	- 1,2	+ 1,7	- 1,7	- 2,7	+ 0,2
Metallerzeugnisse.....	112,1	106,0	+ 4,8	- 1,4	- 4,4	- 3,7	+ 1,7
Stahl- und Leichtmetallbau.....	97,1	93,0	- 0,4	- 0,8	- 7,7	+ 2,3	- 0,6
Maschinenbau.....	114,8	107,4	+ 2,1	- 5,4	- 7,0	- 6,2	- 1,7
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	142,3	138,5	+ 4,4	- 7,1	- 5,8	- 8,4	- 1,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	136,3	132,4	+ 2,0	- 10,9	- 10,6	- 15,5	- 4,3
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	138,6	129,6	+ 5,4	+ 5,0	+ 8,5	+ 4,7	+ 5,2
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	160,8	164,9	0,0	- 23,7	- 23,8	- 25,5	- 12,6
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	132,2	131,1	+ 11,2	- 0,2	- 0,7	+ 1,2	+ 5,5
Fahrzeugbau.....	165,4	164,4	+ 10,0	+ 4,0	+ 3,8	+ 4,0	+ 7,0
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	172,6	157,8	+ 11,3	+ 7,6	+ 4,3	+ 8,6	+ 9,5
Sonstiger Fahrzeugbau.....	117,0	209,1	+ 0,4	- 17,6	- 0,6	- 14,5	- 9,8
Schiffbau.....	64,4	44,9	- 62,6	- 34,5	+ 116,8	- 3,0	- 52,6
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	163,2	359,5	+ 8,4	- 24,7	- 17,7	- 23,9	- 12,6
Möbel.....	89,2	86,5	- 6,5	- 3,9	- 9,6	+ 2,5	- 5,3

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk; ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.2. Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes¹⁾

*3.2.3. Neue Länder und Berlin-Ost

*3.2.3.1 Werte

	2001						
	Mai	Juni p)	1. Vj.	2. Vj.	Mai	Juni p)	Januar - Juni p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	171,0	159,8	+ 14,5	+ 5,5	+ 6,5	+ 1,4	+ 9,9
davon: Inland.....	137,7	126,0	+ 9,5	+ 1,3	+ 0,7	- 0,6	+ 5,3
Ausland.....	337,9	329,4	+ 26,4	+ 15,4	+ 20,5	+ 5,4	+ 20,7
Vorleistungsgüterproduzenten.....	187,9	185,3	+ 15,2	+ 6,6	- 0,4	+ 9,9	+ 10,8
davon: Inland.....	164,1	161,0	+ 7,2	+ 3,0	- 5,7	+ 9,6	+ 5,1
Ausland.....	305,0	304,2	+ 40,5	+ 17,7	+ 17,9	+ 10,7	+ 28,7
Investitionsgüterproduzenten.....	148,7	130,8	+ 11,2	+ 3,0	+ 16,7	- 11,2	+ 6,8
davon: Inland.....	109,9	90,1	+ 13,2	- 3,0	+ 10,1	- 17,9	+ 4,6
Ausland.....	337,1	329,2	+ 7,3	+ 14,9	+ 28,8	- 0,3	+ 11,2
Gebrauchsgüterproduzenten.....	212,4	181,0	+ 22,2	+ 5,6	+ 7,8	+ 3,8	+ 13,7
davon: Inland.....	138,5	111,5	+ 9,4	+ 6,4	+ 13,6	+ 2,4	+ 8,0
Ausland.....	704,3	644,0	+ 41,5	+ 4,7	+ 1,0	+ 5,6	+ 21,5
Verbrauchsgüterproduzenten.....	138,5	133,8	+ 15,6	+ 14,7	+ 10,3	+ 15,7	+ 15,1
davon: Inland.....	123,4	122,9	+ 12,0	+ 8,6	+ 2,7	+ 13,4	+ 10,2
Ausland.....	222,9	194,4	+ 29,6	+ 40,3	+ 43,4	+ 24,9	+ 34,7
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	140,3	137,8	+ 12,5	+ 3,3	- 5,5	+ 11,5	+ 8,0
Textilgewerbe.....	159,5	155,4	+ 12,8	+ 3,4	- 5,7	+ 12,0	+ 8,1
Bekleidungsgewerbe.....	72,7	75,9	+ 11,0	+ 3,3	- 3,8	+ 8,0	+ 7,7
Ledergewerbe.....	118,0	102,2	+ 2,8	+ 5,3	+ 9,8	+ 12,1	+ 4,1
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	241,5	206,1	+ 6,6	+ 3,1	+ 1,1	- 3,4	+ 4,8
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	177,7	183,7	+ 11,7	+ 8,6	+ 1,6	+ 14,9	+ 10,0
Papiergewerbe.....	179,0	161,0	+ 13,6	+ 5,4	+ 3,1	- 0,7	+ 9,4
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	166,8	146,5	+ 10,7	- 2,5	- 0,6	- 8,3	+ 3,7
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	193,4	178,1	+ 16,6	+ 14,4	+ 7,1	+ 8,1	+ 15,5
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	174,9	230,6	+ 7,8	+ 14,7	- 1,5	+ 48,3	+ 11,4
Chemische Industrie.....	165,1	174,0	+ 15,7	+ 5,7	- 8,5	+ 11,3	+ 10,5
Chemische Grundstoffe.....	165,6	182,3	+ 17,7	+ 6,4	- 15,0	+ 21,0	+ 11,8
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	175,8	166,4	+ 18,3	+ 21,8	+ 23,0	+ 13,6	+ 20,1
Gummi- und Kunststoffwaren.....	186,7	186,6	+ 13,3	+ 10,9	+ 5,1	+ 11,3	+ 12,1
Kunststoffwaren.....	186,9	189,1	+ 10,7	+ 9,3	+ 3,4	+ 9,3	+ 10,0
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	156,5	147,4	+ 3,7	- 3,3	- 8,8	- 5,2	- 0,1
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	156,7	154,6	+ 7,1	- 0,1	- 6,1	+ 8,0	+ 3,5
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	162,8	160,5	+ 9,1	- 3,2	- 9,9	+ 8,7	+ 2,9
Gießereiindustrie.....	235,5	239,7	+ 33,6	+ 13,6	+ 8,6	+ 27,8	+ 23,5
Metallerzeugnisse.....	152,4	150,5	+ 5,5	+ 2,5	- 2,9	+ 7,4	+ 4,0
Stahl- und Leichtmetallbau.....	145,3	142,1	- 6,6	- 2,4	- 8,2	+ 0,9	- 4,4
Maschinenbau.....	131,5	129,3	+ 15,1	+ 1,4	- 4,4	+ 8,8	+ 8,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	207,8	180,2	+ 13,7	+ 8,3	+ 17,3	+ 0,8	+ 11,1
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	278,2	200,3	- 14,4	- 29,8	- 16,8	- 25,1	- 21,3
Geräte der Elektrizitätsversorgung, -verteilung u.ä.	145,4	136,2	+ 30,6	+ 22,7	+ 23,4	+ 17,5	+ 26,9
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	373,4	288,5	+ 7,2	+ 7,9	+ 26,1	- 18,5	+ 7,5
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	255,6	233,0	+ 7,6	+ 6,6	+ 14,1	+ 9,6	+ 7,1
Fahrzeugbau.....	191,6	159,3	+ 28,0	+ 10,6	+ 37,6	- 15,3	+ 18,2
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	279,1	249,1	+ 33,3	+ 8,7	+ 5,2	+ 8,0	+ 20,1
Sonstiger Fahrzeugbau.....	119,7	85,6	+ 11,6	+ 14,8	+ 236,2	- 44,2	+ 13,5
Schiffbau.....	62,8	6,3	- 16,7	- 76,6	+ 561,1	- 97,1	- 71,2
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	3704,2	5747,9	- 65,5	+ 339,7	+ 692,7	+ 412,2	+ 18,0
Möbel.....	139,5	130,6	+ 11,1	+ 5,5	+ 4,1	+ 3,4	+ 8,4

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk; ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.2. Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes¹⁾

*3.2.3. Neue Länder und Berlin-Ost

*3.2.3.2. Volumen

	2001						
	Mai	Juni p)	1. Vj.	2. Vj.	Mai	Juni p)	Januar - Juni p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	166,1	154,7	+ 11,6	+ 3,9	+ 4,9	0,0	+ 7,6
davon: Inland.....	135,1	123,4	+ 7,0	- 0,1	- 0,7	- 1,8	+ 3,3
Ausland.....	322,2	312,7	+ 23,1	+ 13,6	+ 19,2	+ 3,6	+ 18,2
Vorleistungsgüterproduzenten.....	185,6	182,7	+ 11,3	+ 4,8	- 2,0	+ 8,4	+ 8,0
davon: Inland.....	163,4	160,3	+ 3,9	+ 1,4	- 7,2	+ 8,4	+ 2,7
Ausland.....	296,2	293,7	+ 35,2	+ 15,4	+ 16,2	+ 8,5	+ 25,0
Investitionsgüterproduzenten.....	142,9	124,8	+ 9,8	+ 1,6	+ 15,7	- 12,5	+ 5,4
davon: Inland.....	106,5	86,6	+ 12,1	- 4,1	+ 9,5	- 19,0	+ 3,4
Ausland.....	320,0	310,7	+ 5,3	+ 13,2	+ 27,5	- 1,9	+ 9,4
Gebrauchsgüterproduzenten.....	197,6	167,3	+ 20,0	+ 4,2	+ 6,8	+ 2,3	+ 11,9
davon: Inland.....	131,1	104,5	+ 7,5	+ 4,7	+ 12,2	+ 0,4	+ 6,1
Ausland.....	641,1	585,5	+ 39,1	+ 3,7	+ 0,2	+ 4,6	+ 19,9
Verbrauchsgüterproduzenten.....	130,8	126,5	+ 12,8	+ 11,7	+ 7,4	+ 12,7	+ 12,3
davon: Inland.....	116,9	116,5	+ 9,5	+ 5,6	- 0,2	+ 10,1	+ 7,6
Ausland.....	208,6	182,1	+ 26,2	+ 38,1	+ 41,4	+ 23,1	+ 31,8
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	138,8	136,5	+ 10,6	+ 2,0	- 6,8	+ 10,3	+ 6,4
Textilgewerbe.....	158,0	154,1	+ 10,5	+ 1,8	- 7,2	+ 10,7	+ 6,2
Bekleidungsgewerbe.....	71,1	74,5	+ 11,2	+ 3,4	- 3,8	+ 7,8	+ 7,7
Ledergewerbe.....	111,6	97,4	+ 0,3	+ 2,3	+ 6,3	+ 9,3	+ 1,3
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	247,6	210,5	+ 6,2	+ 3,1	+ 1,1	- 3,2	+ 4,6
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	173,7	180,0	+ 5,5	+ 6,2	- 0,3	+ 13,7	+ 5,9
Papiergewerbe.....	175,9	159,2	+ 4,9	+ 2,6	+ 0,5	- 1,4	+ 3,8
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	167,9	149,2	+ 0,4	- 3,3	- 1,4	- 6,3	- 1,5
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	185,4	170,9	+ 9,7	+ 9,5	+ 2,7	+ 4,3	+ 9,6
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	169,2	223,1	+ 6,6	+ 13,7	- 2,1	+ 47,0	+ 10,3
Chemische Industrie.....	159,0	167,0	+ 7,6	+ 0,7	- 13,1	+ 7,5	+ 4,2
Chemische Grundstoffe.....	160,6	176,2	+ 6,4	+ 0,2	- 19,7	+ 15,9	+ 3,3
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	160,6	151,9	+ 14,5	+ 17,6	+ 18,8	+ 9,4	+ 16,0
Gummi- und Kunststoffwaren.....	184,4	184,4	+ 11,1	+ 9,3	+ 3,5	+ 9,8	+ 10,1
Kunststoffwaren.....	184,4	186,7	+ 8,3	+ 7,6	+ 1,7	+ 7,8	+ 7,9
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	157,5	148,3	+ 1,4	- 5,8	- 11,1	- 7,2	- 2,4
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	151,8	149,7	+ 4,5	- 0,3	- 6,1	+ 7,7	+ 2,1
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	159,1	156,9	+ 4,2	- 3,4	- 9,4	+ 8,8	+ 0,5
Gießereiindustrie.....	228,2	232,5	+ 29,8	+ 12,8	+ 8,2	+ 27,3	+ 21,3
Metallerzeugnisse.....	146,6	144,6	+ 4,9	+ 2,0	- 3,4	+ 6,9	+ 3,4
Stahl- und Leichtmetallbau.....	138,9	135,9	- 7,2	- 2,8	- 8,6	+ 0,5	- 5,0
Maschinenbau.....	122,9	120,8	+ 13,4	- 0,2	- 6,0	+ 7,2	+ 6,3
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	211,8	181,9	+ 12,5	+ 6,7	+ 16,3	- 0,9	+ 9,7
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	345,7	248,0	- 11,3	- 28,6	- 14,0	- 23,3	- 19,0
Geräte der Elektrizitätsversorgung, -verteilung u.ä.	143,8	134,5	+ 29,1	+ 21,9	+ 22,8	+ 16,8	+ 25,8
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	395,8	303,2	+ 7,6	+ 7,3	+ 25,9	- 19,3	+ 7,5
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	239,0	217,8	+ 6,3	+ 5,0	+ 12,3	+ 7,9	+ 5,6
Fahrzeugbau.....	182,0	150,8	+ 26,3	+ 9,9	+ 37,3	- 16,1	+ 17,1
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	263,5	234,8	+ 31,5	+ 8,0	+ 4,7	+ 7,3	+ 18,9
Sonstiger Fahrzeugbau.....	114,9	81,7	+ 10,4	+ 13,7	+ 231,1	- 44,7	+ 12,4
Schiffbau.....	60,3	6,1	- 17,3	- 76,7	+ 555,4	- 97,1	- 71,2
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	3536,6	5476,2	- 65,8	+ 334,7	+ 682,8	+ 406,4	+ 16,8
Möbel.....	124,8	116,8	+ 7,8	+ 2,2	+ 0,9	+ 0,3	+ 5,1

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk; ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.3. Umsatz der Verarbeitenden Gewerbes¹⁾

*3.3.1 Bundesrepublik Deutschland

	2001						
	Mai	Juni p)	1. Vj.	2. Vj.	Mai	Juni p)	Januar - Juni p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	132,7	129,5	+ 8,8	+ 3,2	- 1,1	+ 2,0	+ 5,9
davon: Inland.....	114,2	110,1	+ 5,1	+ 1,0	- 3,4	+ 0,7	+ 3,0
Ausland.....	166,7	165,0	+ 13,8	+ 6,2	+ 2,0	+ 3,5	+ 10,0
Vorleistungsgüterproduzenten.....	129,5	125,2	+ 8,0	+ 2,4	- 2,4	+ 2,5	+ 5,1
davon: Inland.....	117,7	112,2	+ 6,5	+ 1,3	- 3,8	+ 2,7	+ 3,9
Ausland.....	154,2	152,6	+ 10,6	+ 4,0	- 0,3	+ 2,1	+ 7,2
Investitionsgüterproduzenten.....	140,5	140,8	+ 10,0	+ 3,4	+ 0,6	- 0,6	+ 6,5
davon: Inland.....	117,8	116,7	+ 4,8	+ 0,5	- 1,8	- 3,2	+ 2,6
Ausland.....	174,2	176,9	+ 15,4	+ 6,4	+ 3,0	+ 2,1	+ 10,7
Gebrauchsgüterproduzenten.....	149,1	136,9	+ 11,6	+ 6,0	0,0	+ 6,7	+ 8,7
davon: Inland.....	111,3	102,3	+ 2,1	+ 0,6	- 5,8	+ 2,9	+ 1,3
Ausland.....	207,1	189,8	+ 20,4	+ 10,9	+ 5,4	+ 10,0	+ 15,5
Verbrauchsgüterproduzenten.....	92,7	92,3	+ 3,3	+ 4,0	- 2,4	+ 5,5	+ 3,7
davon: Inland.....	80,8	79,9	- 0,8	+ 0,6	- 4,8	+ 1,9	- 0,1
Ausland.....	125,2	126,1	+ 10,9	+ 10,6	+ 2,1	+ 12,6	+ 10,7
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	78,1	79,4	+ 1,6	+ 0,9	- 7,2	+ 2,8	+ 1,2
Textilgewerbe.....	95,6	90,6	+ 3,8	+ 0,4	- 6,0	+ 1,7	+ 2,1
Bekleidungsgewerbe.....	53,2	63,3	- 1,2	+ 1,8	- 10,1	+ 5,0	- 0,1
Ledergewerbe.....	91,6	97,8	- 2,8	+ 6,0	- 3,3	+ 7,8	+ 0,9
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	95,7	93,5	- 6,7	- 8,3	- 12,8	- 5,5	- 7,6
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	113,3	108,1	+ 6,7	+ 1,9	- 1,4	+ 0,7	+ 4,3
Papiergewerbe.....	116,0	108,2	+ 9,6	+ 2,0	- 0,8	- 0,6	+ 5,8
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	127,3	115,8	+ 8,2	- 3,0	- 4,2	- 7,4	+ 2,4
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	106,6	101,8	+ 11,2	+ 7,7	+ 3,1	+ 7,2	+ 9,4
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	109,0	107,9	+ 2,3	+ 1,2	- 2,7	+ 2,8	+ 1,8
Chemische Industrie.....	123,2	118,9	+ 6,4	+ 1,5	- 3,7	+ 2,0	+ 3,9
Chemische Grundstoffe.....	129,2	127,0	+ 8,5	+ 0,6	- 5,6	+ 0,4	+ 4,5
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	130,4	124,8	+ 8,7	+ 8,8	+ 3,7	+ 10,8	+ 8,8
Gummi- und Kunststoffwaren.....	122,0	116,1	+ 4,0	+ 1,6	- 2,9	+ 1,8	+ 2,8
Kunststoffwaren.....	121,7	116,4	+ 4,5	+ 0,4	- 3,3	+ 0,4	+ 2,4
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	106,1	102,3	+ 0,2	- 2,0	- 7,2	+ 0,1	- 1,0
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	119,2	115,7	+ 8,5	+ 1,8	- 1,2	- 1,1	+ 5,1
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	119,9	113,6	+ 10,4	+ 3,9	- 0,2	+ 1,3	+ 7,1
Gießereiindustrie.....	142,9	134,8	+ 15,0	+ 9,3	+ 4,3	+ 9,3	+ 12,2
Metallerzeugnisse.....	118,6	117,5	+ 6,8	+ 0,3	- 2,0	- 2,9	+ 3,4
Stahl- und Leichtmetallbau.....	99,5	105,3	+ 0,1	- 0,6	- 5,1	+ 3,6	- 0,2
Maschinenbau.....	123,5	127,5	+ 7,9	+ 5,6	+ 3,1	+ 4,2	+ 6,6
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	141,1	140,4	+ 10,3	+ 1,7	- 0,4	- 3,7	+ 6,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	116,9	108,5	+ 3,0	- 8,0	- 10,3	- 14,7	- 2,5
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä. Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	129,0	132,0	+ 6,1	+ 1,3	+ 0,4	- 2,0	+ 3,6
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	176,9	168,4	+ 17,8	+ 1,4	- 0,8	- 9,1	+ 9,4
Fahrzeugbau.....	140,6	143,8	+ 12,3	+ 7,2	+ 3,2	+ 5,3	+ 9,8
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	185,2	174,5	+ 15,0	+ 6,9	+ 0,3	+ 6,8	+ 10,8
Sonstiger Fahrzeugbau.....	189,9	174,5	+ 15,2	+ 8,1	+ 1,6	+ 9,5	+ 11,6
Schiffbau.....	150,3	174,2	+ 12,6	- 2,9	- 10,9	- 9,6	+ 4,0
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	69,5	75,7	+ 6,5	- 43,4	- 34,2	- 59,1	- 26,2
Möbel.....	206,5	249,9	+ 22,5	+ 8,7	- 6,4	+ 4,5	+ 15,1
	105,4	100,4	+ 1,6	+ 0,1	- 7,9	+ 6,4	+ 1,0

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk; ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.3. Umsatz der Verarbeitenden Gewerbes¹⁾

*3.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

	2001						
	Mai	Juni p)	1. Vj.	2. Vj.	Mai	Juni p)	Januar - Juni p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Früheres Bundesgebiet							
Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	130,0	126,5	+ 8,4	+ 2,9	- 1,4	+ 1,4	+ 5,6
davon: Inland.....	111,5	107,4	+ 4,5	+ 0,5	- 3,8	0,0	+ 2,5
Ausland.....	162,3	159,9	+ 13,3	+ 5,9	+ 1,8	+ 3,1	+ 9,5
Vorleistungsgüterproduzenten.....	125,7	121,4	+ 7,5	+ 1,9	- 2,9	+ 1,8	+ 4,7
davon: Inland.....	113,9	108,3	+ 6,0	+ 0,9	- 4,0	+ 2,1	+ 3,3
Ausland.....	149,6	147,7	+ 9,7	+ 3,4	- 1,3	+ 1,5	+ 6,5
Investitionsgüterproduzenten.....	139,2	138,7	+ 9,9	+ 3,3	+ 0,7	- 1,1	+ 6,4
davon: Inland.....	117,1	115,6	+ 4,6	+ 0,1	- 2,2	- 3,9	+ 2,3
Ausland.....	170,1	171,1	+ 15,1	+ 6,4	+ 3,5	+ 1,6	+ 10,6
Gebrauchsgüterproduzenten.....	146,5	134,9	+ 11,0	+ 5,8	- 0,3	+ 6,6	+ 8,4
davon: Inland.....	109,4	101,5	+ 1,7	0,0	- 6,7	+ 2,7	+ 0,8
Ausland.....	200,8	183,7	+ 19,3	+ 11,0	+ 5,6	+ 10,1	+ 15,1
Verbrauchsgüterproduzenten.....	90,8	90,5	+ 2,6	+ 3,4	- 3,1	+ 4,7	+ 3,0
davon: Inland.....	78,4	77,6	- 1,5	- 0,1	- 5,5	+ 0,8	- 0,9
Ausland.....	123,4	124,7	+ 10,5	+ 10,1	+ 1,3	+ 12,2	+ 10,2
darunter:							
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	74,9	76,4	+ 0,9	+ 0,3	- 8,0	+ 2,3	+ 0,6
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	109,9	104,8	+ 6,2	+ 1,3	- 2,0	+ 0,3	+ 3,7
Chemische Industrie.....	121,0	116,2	+ 5,8	+ 1,0	- 3,5	+ 1,0	+ 3,4
Gummi- und Kunststoffwaren.....	118,0	111,8	+ 3,2	+ 0,9	- 3,7	+ 1,1	+ 2,1
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	116,4	112,5	+ 7,9	+ 1,4	- 1,5	- 1,9	+ 4,6
Maschinenbau.....	122,3	126,2	+ 7,4	+ 5,3	+ 2,7	+ 4,1	+ 6,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	137,6	137,2	+ 10,4	+ 1,6	- 0,9	- 4,5	+ 5,9
Fahrzeugbau.....	182,5	171,0	+ 14,5	+ 6,5	+ 0,3	+ 6,3	+ 10,4
Neue Länder und Berlin-Ost							
Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	179,2	180,8	+ 14,3	+ 7,4	+ 2,0	+ 9,2	+ 10,7
davon: Inland.....	148,6	145,4	+ 9,6	+ 6,0	+ 0,3	+ 8,1	+ 7,7
Ausland.....	342,5	369,6	+ 26,4	+ 10,9	+ 6,1	+ 11,8	+ 18,1
Vorleistungsgüterproduzenten.....	190,9	188,8	+ 14,8	+ 7,7	+ 2,7	+ 10,6	+ 11,2
davon: Inland.....	168,1	164,3	+ 11,1	+ 5,8	- 2,0	+ 9,9	+ 8,3
Ausland.....	307,8	315,1	+ 26,3	+ 13,6	+ 18,6	+ 12,7	+ 19,7
Investitionsgüterproduzenten.....	161,2	175,0	+ 10,7	+ 5,6	- 1,1	+ 7,1	+ 8,0
davon: Inland.....	125,9	128,8	+ 6,4	+ 4,7	+ 1,9	+ 4,5	+ 5,6
Ausland.....	348,0	418,8	+ 19,6	+ 7,3	- 6,1	+ 11,2	+ 12,8
Gebrauchsgüterproduzenten.....	214,3	185,5	+ 24,1	+ 9,0	+ 6,5	+ 6,9	+ 16,3
davon: Inland.....	142,8	115,1	+ 8,9	+ 8,6	+ 9,5	+ 5,3	+ 8,8
Ausland.....	683,9	647,8	+ 48,1	+ 9,4	+ 2,6	+ 8,6	+ 26,9
Verbrauchsgüterproduzenten.....	140,5	135,8	+ 15,7	+ 15,4	+ 9,1	+ 17,7	+ 15,6
davon: Inland.....	129,2	126,8	+ 12,8	+ 12,2	+ 4,4	+ 16,5	+ 12,4
Ausland.....	208,2	189,7	+ 28,3	+ 29,2	+ 30,8	+ 22,5	+ 28,7
darunter:							
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	141,7	138,3	+ 11,2	+ 7,1	+ 0,5	+ 9,2	+ 9,1
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	178,2	172,3	+ 14,0	+ 8,5	+ 6,6	+ 7,6	+ 11,2
Chemische Industrie.....	166,1	171,2	+ 15,6	+ 7,6	- 6,6	+ 16,8	+ 11,5
Gummi- und Kunststoffwaren.....	185,0	184,2	+ 14,8	+ 9,2	+ 5,3	+ 8,4	+ 11,8
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	155,4	158,8	+ 14,3	+ 5,5	+ 1,4	+ 7,5	+ 9,7
Maschinenbau.....	145,9	153,3	+ 17,2	+ 7,2	+ 10,0	+ 3,8	+ 11,7
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	208,7	202,5	+ 8,0	+ 3,7	+ 6,9	+ 7,0	+ 5,9
Fahrzeugbau.....	239,3	245,8	+ 22,8	+ 12,9	- 0,7	+ 14,4	+ 17,6

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk; ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.4. Lage in der Bauwirtschaft

*3.4.1. Bundesrepublik Deutschland

	Einheit	2001							Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
		Mai	Juni	2. VJ	April	Mai	Juni	Januar – Juni	
Baugenehmigungen 1)									
Wohn- und Nichtwohngebäude									
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Wohngebäude									
Wohnungen	Anzahl
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Nichtwohngebäude									
Öffentliche Bauherren									
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)									
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Auftragseingang 2)									
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau	1995 = 100	86,1	93,1	– 1,2	– 3,4	– 3,9	+ 3,6	– 5,1	
Hochbau	1995 = 100	77,2	84,3	– 3,8	– 3,9	– 8,9	+ 1,4	– 7,0	
Wohnungsbau	1995 = 100	67,1	75,4	– 12,1	– 17,9	– 12,2	– 6,3	– 15,2	
Hochbau ohne Wohnungsbau	1995 = 100	84,5	90,7	+ 1,8	+ 6,6	– 6,7	+ 6,8	– 1,2	
Gewerblicher Hochbau	1995 = 100	
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100	
Öffentlicher Hochbau	1995 = 100	
Tiefbau	1995 = 100	100,7	107,5	+ 2,5	– 2,7	+ 3,2	+ 6,4	– 2,4	
Straßenbau	1995 = 100	129,7	137,2	+ 4,1	+ 0,7	+ 7,3	+ 3,9	– 2,8	
Tiefbau ohne Straßenbau	1995 = 100	88,5	95,0	+ 1,6	– 4,4	+ 0,9	+ 8,1	– 2,2	
Gewerblicher Tiefbau	1995 = 100	
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100	
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100	
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 3)									
Insgesamt	1995 = 100	82,5p	84,4p	– 12,7p	– 15,1p	– 13,9p	– 9,2p	– 13,6p	
Hochbauleistungen	1995 = 100	78,2p	79,9p	– 15,7p	– 17,7p	– 16,7p	– 12,8p	– 15,8p	
Tiefbauleistungen	1995 = 100	90,4p	92,7p	– 7,3p	– 10,1p	– 8,8p	– 3,1p	– 9,3p	
Baufertigstellungen 1)									
Wohnungen	Anzahl	
Rauminhalt: Wohngebäude	1 000 m ³	
Nichtwohngebäude	1 000 m ³	
Beschäftigte									
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000	949,8	951,4	...	– 11,3	– 11,4	– 11,0	...	
Offene Stellen (Bauberufe) 5)	1 000	16,3	15,2	– 18,5	– 16,0	– 18,1	– 18,8	– 17,7	
Arbeitslose (Bauberufe) 5)	1 000	252,1	235,6	+ 7,5	+ 9,3	+ 10,0	+ 8,3	+ 8,3	

¹⁾ Errichtung neuer Gebäude.

²⁾ Volumen.

³⁾ Arbeitstäglich bereinigter Wert.

⁴⁾ Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

⁵⁾ Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = vorläufiges Ergebnis.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.4. Lage in der Bauwirtschaft

*3.4.2. Früheres Bundesgebiet

	Einheit	2001						
		Mai	Juni	2. VJ	April	Mai	Juni	Januar – Juni
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
Baugenehmigungen 1)								
Wohn- und Nichtwohngebäude								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Wohngebäude								
Wohnungen	Anzahl
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Nichtwohngebäude								
Öffentliche Bauherren								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Auftragseingang 2)								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau	1995 = 100	93,3	99,2	+ 2,3	- 1,8	- 2,4	+ 7,9	- 1,5
Hochbau	1995 = 100	88,0	93,4	+ 1,7	- 3,1	- 5,8	+ 8,7	- 2,4
Wohnungsbau	1995 = 100	75,4	85,1	- 5,4	- 9,0	- 9,2	+ 2,0	- 8,2
Hochbau ohne Wohnungsbau	1995 = 100	96,5	99,0	+ 6,1	- 11,4	- 4,0	+ 13,0	+ 1,1
Gewerblicher Hochbau	1995 = 100
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Öffentlicher Hochbau	1995 = 100
Tiefbau	1995 = 100	101,8	108,5	+ 32	- 0,1	2,6	+ 6,7	- 0,1
Straßenbau	1995 = 100	123,2	130,3	- 0,4	- 1,3	0,6	- 0,5	- 5,1
Tiefbau ohne Straßenbau	1995 = 100	92,4	99,0	+ 5,2	+ 0,5	3,8	+ 11,4	+ 2,6
Gewerblicher Tiefbau	1995 = 100
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100
Vorbereitende Baustellenarbeiten, hoch- und Tiefbau 3)								
Insgesamt	1995 = 100	86,8p	88,0p	- 11,4p	- 13,7p	- 12,4p	- 7,9p	- 12,3p
Hochbauleistungen	1995 = 100	83,3p	84,3p	- 14,0p	- 16,1p	- 14,9p	- 11,1p	- 14,2p
Tiefauleistungen	1995 = 100	93,3p	94,9p	- 6,6	- 9,6p	- 7,9p	- 2,3p	- 8,5p
Baufertigstellungen 1)								
Wohnungen	Anzahl
Rauminhalt: Wohngebäude	1 000 m ³
Nichtwohngebäude	1 000 m ³
Beschäftigte								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000	693,5	694,5	...	- 8,8	- 8,9	- 8,6	...
Offene Stellen (Bauberufe) 5)	1 000	9,9	9,4	- 18,6	- 18,3	- 24,9	- 24,6	- 20,2
Arbeitslose (Bauberufe) 5)	1 000	114,1	107,4	+ 2,8	+ 8,2	+ 8,7	+ 7,0	+ 5,0

¹⁾ Errichtung neuer Gebäude.

²⁾ Volumen.

³⁾ Arbeitstäglich bereinigter Wert.

⁴⁾ Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

⁵⁾ Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = vorläufiges Ergebnis.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.4. Lage in der Bauwirtschaft

*3.4.3. Neue Länder und Berlin-Ost

	Einheit	2001							Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
		Mai	Juni	2. VJ	April	Mai	Juni	Januar – Juni	
Baugenehmigungen 1)									
Wohn- und Nichtwohngebäude									
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Wohngebäude									
Wohnungen	Anzahl
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Nichtwohngebäude									
Öffentliche Bauherren									
Rauminhalt in 1000 m ¹⁴	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)									
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Auftragseingang 2)									
Vorbereitende Baustellenarbeiten,									
Hoch- und Tiefbau	1995 = 100	67,7	77,9	–	21,6	–	20,2	–	9,0
Hochbau	1995 = 100	50,2	61,6	–	22,7	–	28,4	–	20,9
Wohnungsbau	1995 = 100	48,8	54,6	–	40,3	–	41,5	–	21,9
Hochbau ohne Wohnungsbau	1995 = 100	51,4	67,4	–	5,2	–	14,5	–	20,1
Gewerblicher Hochbau	1995 = 100
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Öffentlicher Hochbau	1995 = 100
Tiefbau	1995 = 100	98,3	106,4	–	20,3	–	10,1	–	5,1
Straßenbau	1995 = 100	149,2	158,0	–	15,8	–	6,8	–	28,7
Tiefbau ohne Straßenbau	1995 = 100	78,4	86,3	–	22,1	–	18,6	–	7,5
Gewerblicher Tiefbau	1995 = 100
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 3)									
Insgesamt	1995 = 100	66,9p	71,4p	–	18,4p	–	20,5p	–	20,1p
Hochbauleistungen	1995 = 100	59,6p	64,0p	–	23,5p	–	25,8p	–	25,0p
Tiefbauleistungen	1995 = 100	80,2p	84,8p	–	10,4p	–	12,3p	–	12,3p
Baufertigstellungen 1)									
Wohnungen	Anzahl
Rauminhalt: Wohngebäude	1 000 m ³
Nichtwohngebäude	1 000 m ³
Beschäftigte	
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000	256,3	256,8	...	–	17,7	–	17,5	–
Offene Stellen (Bauberufe) 5)	1 000	6,4	5,8	–	18,2	–	11,5	–	4,8
Arbeitslose (Bauberufe) 5)	1 000	138,0	128,2	+	12,4	+	10,3	+	11,1

¹⁾ Errichtung neuer Gebäude.

²⁾ Volumen.

³⁾ Arbeitstäglich bereinigter Wert.

⁴⁾ Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

⁵⁾ Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = vorläufiges Ergebnis.

*4. Löhne und Gehälter

	2001									
	Februar	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai		
	1995 = 100				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Bundesrepublik Deutschland										
Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)										
auf Stundenbasis	103,7	103,8	104,2	104,9	+ 2,3	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,9		
auf Monatsbasis	103,1	103,2	103,6	104,3	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,8		
Tariflohn- und -gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)										
auf Stundenbasis	104,0	104,0	104,3	105,9	+ 2,0	+ 0,5	+ 0,3	+ 2,0		
auf Monatsbasis	102,6	102,6	102,9	104,4	+ 2,0	+ 0,5	+ 0,4	+ 2,0		
Früheres Bundesgebiet										
Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)										
auf Stundenbasis	102,3	102,4	102,8	103,5	+ 2,2	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,8		
auf Monatsbasis	101,9	102,0	102,4	103,1	+ 2,2	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,8		
Tariflohn- und -gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)										
auf Stundenbasis	102,8	102,8	103,1	104,7	+ 2,1	+ 0,5	+ 0,3	+ 2,0		
auf Monatsbasis	101,5	101,5	101,8	103,4	+ 2,1	+ 0,5	+ 0,3	+ 2,0		
Neue Länder und Berlin-Ost										
Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)										
auf Stundenbasis	111,2	111,3	111,7	112,1	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,4		
auf Monatsbasis	110,1	110,1	110,6	110,9	+ 2,8	+ 2,3	+ 1,9	+ 2,3		
Tariflohn- und -gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)										
auf Stundenbasis	111,2	111,3	112,0	112,8	+ 1,3	+ 0,4	+ 1,0	+ 2,1		
auf Monatsbasis	109,6	109,7	110,3	111,2	+ 1,3	+ 0,4	+ 1,0	+ 2,1		

¹⁾ Bei der Berechnung des Tariflohn- und -gehaltsniveaus wurden Pauschalzahlungen sowie lineare Erhöhungssätze zusammengefaßt und auf die gesamte Laufzeit der Tarifverträge umgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

*5. Außenwirtschaft

*5.1. Einfuhr nach Warengruppen¹⁾²⁾

Warengruppen	2000	2001	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2001					Anteil in %
	Januar - Mai	Januar - Mai		März	April	Mai	Januar - Mai		
	Mill. DM		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteil in %		
Einfuhr insgesamt	419 775	458 040	+ 38 264	+ 0,9	+ 17,0	- 2,7	+ 9,1	100	
Güter der Ernährungswirtschaft.....	29 769	31 566	+ 1 797	+ 5,8	+ 12,2	+ 3,6	+ 6,0	6,9	
Güter der gewerblichen Wirtschaft.....	345 070	383 219	+ 38 149	+ 2,3	+ 19,1	- 1,4	+ 11,1	83,7	
Rohstoffe und Halbwaren.....	59 067	66 428	+ 7 361	+ 7,1	+ 28,0	- 12,7	+ 12,5	14,5	
Rohstoffe.....	23 241	24 728	+ 1 487	- 6,2	+ 42,7	- 21,9	+ 6,4	5,4	
Halbwaren.....	35 826	41 700	+ 5 874	+ 16,3	+ 20,0	- 6,2	+ 16,4	9,1	
Fertigwaren.....	286 003	316 791	+ 30 788	+ 1,4	+ 17,3	+ 1,1	+ 10,8	69,2	
Vorzeugnisse.....	42 163	45 622	+ 3 458	+ 4,3	+ 12,5	+ 1,6	+ 8,2	10,0	
Enderzeugnisse.....	243 840	271 170	+ 27 330	+ 0,9	+ 18,1	+ 1,0	+ 11,2	59,2	
Vorleistungsgüter.....	162 912	183 705	+ 20 792	+ 7,6	+ 21,6	- 2,4	+ 12,8	40,1	
Investitionsgüter.....	114 344	130 326	+ 15 982	- 0,3	+ 19,6	+ 0,8	+ 14,0	28,5	
Gebrauchsgüter.....	20 851	20 951	+ 100	- 7,6	+ 12,9	- 10,7	+ 0,5	4,6	
Verbrauchsgüter.....	56 684	60 860	+ 4 176	+ 3,0	+ 16,5	+ 2,3	+ 7,4	13,3	
Landwirtschaftsgüter.....	12 663	12 876	+ 213	+ 3,4	- 2,4	- 0,3	+ 1,7	2,8	
Waren, die nicht zugeordnet werden konnten 3).....	52 322	49 322	- 2 999	- 15,7	+ 4,0	- 13,8	- 5,7	10,8	
Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd...	11 770	12 031	+ 261	+ 4,5	- 3,4	+ 1,6	+ 2,2	2,6	
Forstwirtschaftliche Erzeugnisse.....	483	447	- 36	- 20,0	+ 21,5	- 33,6	- 7,5	0,1	
Fische und Fischereierzeugnisse.....	409	397	- 12	+ 7,2	+ 6,2	- 9,5	- 2,9	0,1	
Kohle und Torf.....	669	1 137	+ 468	+ 67,2	+ 130,4	+ 68,0	+ 70,0	0,2	
Erdöl und Erdgas.....	24 823	28 948	+ 4 126	+ 12,6	+ 34,8	- 18,1	+ 16,6	6,3	
Uran- und Thoriumerze.....	-	-	-	-	-	-	-	-	
Erze.....	1 993	2 214	+ 220	- 0,0	+ 93,8	- 19,0	+ 11,0	0,5	
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse.....	908	891	- 17	+ 3,5	- 3,9	- 5,3	- 1,9	0,2	
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes.....	18 506	20 121	+ 1 615	+ 6,2	+ 24,5	+ 4,2	+ 8,7	4,4	
Tabakerzeugnisse.....	559	542	- 17	+ 18,1	- 12,7	- 7,2	- 3,1	0,1	
Textilien.....	9 745	10 068	+ 323	- 0,4	+ 10,8	- 0,4	+ 3,3	2,2	
Bekleidung.....	13 616	14 450	+ 834	+ 0,1	+ 11,2	- 4,5	+ 6,1	3,2	
Leder und Lederwaren.....	5 138	5 265	+ 128	- 3,1	+ 20,4	- 3,4	+ 2,5	1,1	
Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren,									
Flecht- und Korbmacherwaren (ohne Möbel).....	4 164	3 540	- 625	- 20,6	- 3,7	- 19,6	- 15,0	0,8	
Papier.....	9 190	10 369	+ 1 179	+ 7,8	+ 19,5	+ 4,1	+ 12,8	2,3	
Verlags- und Druckerzeugnisse.....	2 301	2 302	+ 1	+ 6,6	+ 4,8	- 17,4	+ 0,1	0,5	
Kokereierzeugnisse, Mineralerzeugnisse,									
Spalt- und Bruststoffe.....	7 649	8 597	+ 948	- 3,6	+ 4,5	- 13,3	+ 12,4	1,9	
Chemische Erzeugnisse.....	36 772	44 303	+ 7 531	+ 7,3	+ 34,1	+ 16,3	+ 20,5	9,7	
Gummi- und Kunststoffwaren.....	10 075	10 432	+ 357	- 0,1	+ 11,6	+ 3,4	+ 3,5	2,3	
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden.....	5 128	5 281	+ 153	+ 0,9	+ 7,9	- 0,8	+ 3,0	1,2	
Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle									
und -erzeugnisse.....	21 652	23 963	+ 2 312	+ 9,9	+ 20,4	- 0,8	+ 10,7	5,2	
Metallerezeugnisse.....	9 150	9 786	+ 636	+ 5,2	+ 11,3	+ 3,4	+ 7,0	2,1	
Maschinen.....	28 492	31 481	+ 2 989	+ 4,1	+ 20,4	+ 5,4	+ 10,5	6,9	
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte									
und -einrichtungen.....	22 509	24 321	+ 1 812	- 8,8	+ 6,7	- 1,7	+ 8,0	5,3	
Geräte der Elektrizitätsproduktion und									
-verteilung u. ä.....	17 964	20 253	+ 2 289	+ 10,2	+ 14,9	- 4,4	+ 12,7	4,4	
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernseh-									
geräte sowie elektronische Bauelemente.....	25 124	30 509	+ 5 385	+ 12,5	+ 23,9	+ 14,0	+ 21,4	6,7	
Medizin-, meß-, steuerungs-, regelungs-									
technische und optische Erzeugnisse; Uhren.....	11 719	13 339	+ 1 620	+ 8,4	+ 20,7	- 0,1	+ 13,8	2,9	
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	39 269	41 594	+ 2 326	- 8,4	+ 13,9	- 5,6	+ 5,9	9,1	
Sonstige Fahrzeuge.....	17 879	21 965	+ 4 086	+ 4,8	+ 21,9	- 18,7	+ 22,9	4,8	
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte,									
Spielwaren und sonstige Erzeugnisse.....	10 136	10 539	+ 403	+ 4,0	+ 8,7	- 7,0	+ 4,0	2,3	
Energie.....	432	645	+ 213	+ 61,5	+ 249,6	- 59,0	+ 49,4	0,1	
Sonstige Waren 3) 4).....	51 551	48 309	- 3 243	- 16,2	+ 1,1	- 13,6	- 6,3	10,5	

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

²⁾ Ernährungswirtschaft und Gewerbliche Wirtschaft. – Ab Position „Vorleistungsgüter“ Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1995).

³⁾ Einschl. nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis u. Zuschätzung f. Befreiungen.

⁴⁾ Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

*5. Außenwirtschaft

*5.2. Ausfuhr nach Warengruppen¹⁾²⁾

Warengruppen	2000	2001	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2001					Anteil in %
	Januar - Mai	Januar - Mai		März	April	Mai	Januar - Mai		
	Mill. DM		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteil in %		
Ausfuhr insgesamt.....	465 555	521 861	+ 56 306	+ 7,2	+ 16,5	+ 4,5	+ 12,1	100	
Güter der Ernährungswirtschaft.....	19 102	21 217	+ 2 115	+ 6,8	+ 10,6	+ 5,8	+ 11,1	4,1	
Güter der gewerblichen Wirtschaft.....	421 688	474 351	+ 52 663	+ 7,6	+ 17,0	+ 4,6	+ 12,5	90,9	
Rohstoffe und Halbwaren.....	25 489	28 276	+ 2 788	+ 10,3	+ 15,2	+ 11,3	+ 10,9	5,4	
Rohstoffe.....	3 349	3 435	+ 87	+ 8,2	- 9,7	+ 7,2	+ 2,6	0,7	
Halbwaren.....	22 140	24 841	+ 2 701	+ 10,6	+ 19,4	+ 12,0	+ 12,2	4,8	
Fertigwaren.....	396 199	446 075	+ 49 876	+ 7,5	+ 17,2	+ 4,2	+ 12,6	85,5	
Vorerzeugnisse.....	62 584	67 779	+ 5 195	+ 0,7	+ 11,1	+ 2,8	+ 8,3	13,0	
Enderzeugnisse.....	333 615	378 296	+ 44 681	+ 8,7	+ 18,3	+ 4,5	+ 13,4	72,5	
Vorleistungsgüter.....	171 023	189 110	+ 18 087	+ 3,9	+ 14,3	+ 5,0	+ 10,6	36,2	
Investitionsgüter.....	190 222	217 515	+ 27 293	+ 11,0	+ 18,0	+ 4,2	+ 14,3	41,7	
Gebrauchsgüter.....	16 627	18 608	+ 1 981	+ 2,8	+ 17,5	- 0,3	+ 11,9	3,6	
Verbrauchsgüter.....	44 432	49 948	+ 5 516	+ 8,1	+ 16,6	+ 7,5	+ 12,4	9,6	
Landwirtschaftsgüter.....	4 002	3 887	- 114	- 7,1	- 12,6	- 1,9	- 2,9	0,7	
Waren, die nicht zugeordnet werden konnten 3).....	39 249	42 792	+ 3 543	+ 6,5	+ 21,9	+ 3,4	+ 9,0	8,2	
Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd...	3 316	3 346	+ 30	- 6,7	- 13,6	+ 6,2	+ 0,9	0,6	
Forstwirtschaftliche Erzeugnisse.....	470	406	- 64	- 9,9	- 14,3	- 3,9	- 13,5	0,1	
Fische und Fischereierzeugnisse.....	215	135	- 80	- 9,9	+ 14,3	- 65,9	- 37,2	0,0	
Kohle und Torf.....	206	205	- 1	- 4,2	- 18,1	+ 9,2	- 0,3	0,0	
Erdöl und Erdgas.....	1 230	2 607	+ 1 377	+ 195,4	+ 64,4	+ 454,5	+ 112,0	0,5	
Uran- und Thoriumerze.....	-	-	-	-	-	-	-	-	
Erze.....	45	54	+ 10	+ 40,9	+ 74,9	- 31,1	+ 22,0	0,0	
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse.....	604	655	+ 51	- 9,9	+ 30,8	- 2,6	+ 8,4	0,1	
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes.....	15 392	17 131	+ 1 739	+ 6,9	+ 13,8	+ 3,9	+ 11,3	3,3	
Tabakerzeugnisse.....	1 207	1 700	+ 493	+ 28,3	+ 40,6	+ 66,3	+ 40,9	0,3	
Textilien.....	8 822	9 614	+ 792	+ 10,5	+ 11,5	+ 6,0	+ 9,0	1,8	
Bekleidung.....	5 296	5 763	+ 467	+ 10,6	+ 22,1	- 12,3	+ 8,8	1,1	
Leder und Lederwaren.....	2 149	2 251	+ 102	+ 7,9	+ 23,8	- 6,9	+ 4,7	0,4	
Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren (ohne Möbel).....	2 642	2 879	+ 237	+ 6,0	+ 14,7	- 3,0	+ 9,0	0,6	
Papier.....	10 398	11 105	+ 707	- 0,7	+ 4,8	- 0,3	+ 6,8	2,1	
Verlags- und Druckerzeugnisse.....	3 338	3 665	+ 327	+ 1,2	+ 0,1	+ 20,2	+ 9,8	0,7	
Kokereierzeugnisse, Mineralerzeugnisse.....	4 284	4 640	+ 356	+ 24,2	+ 18,5	+ 15,7	+ 8,3	0,9	
Chemische Erzeugnisse.....	59 061	64 220	+ 5 159	- 3,4	+ 15,8	+ 2,5	+ 8,7	12,3	
Gummi- und Kunststoffwaren.....	14 526	15 568	+ 1 042	+ 4,6	+ 9,3	+ 6,9	+ 7,2	3,0	
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden.....	6 176	6 556	+ 381	+ 3,8	+ 14,0	- 0,5	+ 6,2	1,3	
Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse.....	22 551	25 131	+ 2 580	+ 3,6	+ 10,0	+ 9,2	+ 11,4	4,8	
Metallerzeugnisse.....	13 904	15 038	+ 1 134	+ 8,1	+ 8,6	+ 2,4	+ 8,2	2,9	
Maschinen.....	65 365	73 480	+ 8 114	+ 11,0	+ 15,0	+ 7,1	+ 12,4	14,1	
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	13 183	13 972	+ 789	+ 5,4	+ 2,6	- 10,5	+ 6,0	2,7	
Geräte der Elektrizitätsproduktion und -verteilung u. ä.....	23 113	26 206	+ 3 094	+ 9,3	+ 13,3	+ 9,3	+ 13,4	5,0	
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente.....	23 730	29 033	+ 5 303	+ 14,3	+ 34,2	+ 24,4	+ 22,3	5,6	
Medizin-, meß-, steuerungs-, Regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren.....	17 227	19 850	+ 2 623	+ 9,1	+ 16,2	+ 10,9	+ 15,2	3,8	
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	84 945	96 014	+ 11 069	+ 5,2	+ 13,6	+ 5,8	+ 13,0	18,4	
Sonstige Fahrzeuge.....	17 991	23 549	+ 5 558	+ 38,6	+ 58,9	- 25,6	+ 30,9	4,5	
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse.....	7 864	8 330	+ 466	+ 5,4	+ 11,9	+ 0,6	+ 5,9	1,6	
Energie.....	444	645	+ 202	+ 172,3	+ 134,2	- 50,4	+ 45,4	0,1	
Sonstige Waren 3) 4).....	35 866	38 113	+ 2 247	+ 2,2	+ 17,9	+ 0,9	+ 6,3	7,3	

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

²⁾ Ernährungswirtschaft und Gewerbliche Wirtschaft. – Ab Position „Vorleistungsgüter“ Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1995).

³⁾ Einschl. nicht aufgliederbare Intrahandelsergebnis u. Zuschätzung f. Befreiungen.

⁴⁾ Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

*5. Außenwirtschaft

5.3. Einfuhr nach Ländergruppen und Ländern)

Ländergruppe Ursprungsland	2000	2001	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Mill. DM	2001						Anteil in %
	Januar - Mai	Januar - Mai		März	April	Mai	Januar - Mai			
	Mill. DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
Einfuhr insgesamt	419 775	458 040	+ 38 264	+ 0,9	+ 17,0	- 2,7	+ 9,1	100,0		
EU-Länder	220 261	239 780	+ 19 518	- 1,2	+ 19,6	- 0,2	+ 8,9	52,3		
Frankreich	40 997	43 438	+ 2 440	- 8,9	+ 8,1	- 4,2	+ 6,0	9,5		
Niederlande	37 397	39 192	+ 1 795	+ 3,8	+ 9,7	- 11,3	+ 4,8	8,6		
Italien	29 209	29 586	+ 376	- 10,8	+ 4,6	- 2,2	+ 1,3	6,5		
Vereinigtes Königreich	29 977	31 854	+ 1 877	- 9,4	+ 35,3	- 4,0	+ 6,3	7,0		
Irland	5 918	11 553	+ 5 634	+ 6,9	+ 245,9	+ 76,0	+ 95,2	2,5		
Dänemark	6 621	7 168	+ 548	+ 31,1	+ 15,6	- 7,7	+ 8,3	1,6		
Griechenland	1 386	1 516	+ 130	- 13,9	+ 3,3	+ 27,0	+ 9,4	0,3		
Portugal	4 432	4 344	- 89	+ 6,7	+ 9,0	- 40,1	- 2,0	0,9		
Spanien	13 944	13 991	+ 47	- 5,4	+ 3,6	- 7,5	+ 0,3	3,1		
Schweden	7 999	8 109	+ 110	+ 1,0	- 8,0	- 11,2	+ 1,4	1,8		
Finnland	4 245	6 559	+ 2 314	+ 20,4	+ 104,3	+ 166,5	+ 54,5	1,4		
Österreich	16 462	17 015	+ 553	+ 0,2	+ 12,7	- 0,3	+ 3,4	3,7		
Belgien	20 471	24 059	+ 3 588	+ 18,4	+ 23,3	+ 1,4	+ 17,5	5,3		
Luxemburg	1 202	1 398	+ 195	+ 20,2	+ 56,7	+ 3,5	+ 16,2	0,3		
EFTA-Länder	22 804	26 214	+ 3 410	+ 11,5	+ 23,2	+ 5,3	+ 15,0	5,7		
Island	285	318	+ 33	+ 1,2	+ 39,7	- 15,8	+ 11,5	0,1		
Norwegen	7 678	9 715	+ 2 038	+ 21,7	+ 38,9	+ 9,3	+ 26,5	2,1		
Liechtenstein	240	281	+ 41	+ 22,6	+ 23,3	- 13,3	+ 17,0	0,1		
Schweiz	14 602	15 900	+ 1 298	+ 6,4	+ 14,3	+ 4,0	+ 8,9	3,5		
Andere europäische Länder ¹⁾	53 580	61 297	+ 7 717	+ 11,4	+ 20,7	+ 0,7	+ 14,4	13,4		
darunter:										
Türkei	4 850	5 157	+ 307	+ 2,8	+ 12,2	+ 5,3	+ 6,3	1,1		
Russische Föderation	10 526	12 149	+ 1 622	- 0,5	+ 17,5	- 7,3	+ 15,4	2,7		
Ukraine	633	633	- 0	+ 2,5	- 12,8	- 21,5	- 0,0	0,1		
Belarus	226	247	+ 21	+ 17,2	+ 6,0	- 18,1	+ 9,2	0,1		
Estland	299	240	- 59	- 16,8	- 5,4	- 10,6	- 19,8	0,1		
Lettland	318	375	+ 57	+ 18,1	+ 33,2	+ 11,0	+ 17,9	0,1		
Litauen	466	563	+ 97	+ 14,4	+ 20,6	+ 1,1	+ 20,9	0,1		
Polen	9 016	10 661	+ 1 645	+ 17,3	+ 22,2	+ 12,8	+ 18,2	2,3		
Tschechische Republik	9 798	11 051	+ 1 254	+ 14,5	+ 19,7	- 9,4	+ 12,8	2,4		
Slowakei	2 835	3 175	+ 340	+ 13,5	+ 9,7	+ 12,9	+ 12,0	0,7		
Ungarn	8 116	9 736	+ 1 620	+ 12,4	+ 38,8	+ 10,6	+ 20,0	2,1		
Rumänien	1 516	1 775	+ 259	+ 28,7	+ 6,1	+ 14,0	+ 17,1	0,4		
Bulgarien	412	536	+ 124	+ 35,9	+ 43,2	+ 6,4	+ 30,2	0,1		
Slowenien	2 197	2 083	- 115	+ 8,4	+ 8,1	- 29,1	- 5,2	0,5		
Kroatien	534	567	+ 33	+ 13,1	+ 14,9	- 4,4	+ 6,1	0,1		
Außereuropäische Länder	123 130	130 750	+ 7 620	- 1,9	+ 9,5	- 9,7	+ 6,2	28,5		
darunter:										
Vereinigte Staaten	36 012	39 858	+ 3 845	+ 0,8	+ 7,0	- 2,1	+ 10,7	8,7		
Kanada	2 745	2 856	+ 111	- 20,4	+ 11,9	- 16,4	+ 4,0	0,6		
Südafrika	2 189	2 663	+ 474	+ 17,5	+ 53,7	- 8,6	+ 21,6	0,6		
China	13 352	15 027	+ 1 675	+ 6,0	+ 23,0	- 4,5	+ 12,5	3,3		
Japan	21 660	20 403	- 1 257	- 16,6	- 0,2	- 15,6	- 5,8	4,5		
Australien	934	1 056	+ 121	+ 45,3	+ 65,3	+ 10,2	+ 13,0	0,2		
Neuseeland	330	401	+ 72	- 1,0	+ 63,1	- 2,6	+ 21,7	0,1		
Nachrichtlich:										
Mittel- und osteurop. Länder ²⁾	45 351	52 668	+ 7 317	+ 12,1	+ 22,1	+ 1,6	+ 16,1	11,5		
Entwicklungsländer	45 406	47 897	+ 2 491	+ 0,8	+ 9,2	- 14,8	+ 5,5	10,5		
Afrika	6 470	6 488	+ 17	- 1,9	+ 2,5	- 14,2	+ 0,3	1,4		
Amerika	8 071	8 366	+ 295	- 6,6	+ 11,3	- 9,5	+ 3,7	1,8		
Asien	30 734	32 800	+ 2 066	+ 1,7	+ 10,3	- 16,8	+ 6,7	7,2		
Ozeanien	131	243	+ 112	+ 855,6	- 2,5	+ 47,0	+ 86,0	0,1		
OECD-Länder ³⁾	344 700	375 560	+ 30 860	+ 0,1	+ 17,4	- 1,1	+ 9,0	82,0		
Ostasiatische Schwellenländer ⁴⁾	14 149	14 722	+ 574	+ 1,0	+ 8,6	- 19,8	+ 4,1	3,2		
OPEC-Länder ⁵⁾	7 250	6 693	- 557	- 11,2	+ 2,0	- 35,9	- 7,7	1,5		
NAFTA-Länder ⁶⁾	39 934	44 071	+ 4 137	- 1,0	+ 8,6	- 3,0	+ 10,4	9,6		
ASEAN-Länder ⁷⁾	11 940	13 466	+ 1 526	+ 5,5	+ 15,1	- 9,3	+ 12,8	2,9		

¹⁾ Einschl. nicht aufgeliertbares Intrahandelsergebnis, einschl. Zusatzschätzung für Befreiungen.

²⁾ Ohne EFTA-Länder, einschl. Mittel- u. osteurop. Länder.

³⁾ Ehem. Staatshandelsländer.

⁴⁾ EU, EFTA, Polen, Ungarn, Tsch. Rep., Slowak., Türkei, Vereinigte Staaten, Kanada, Japan, Australien, Neuseeland.

⁵⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan.

⁶⁾ Algerien, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Lybien, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

⁷⁾ Verein. Staaten, Kanada, Mexiko.

⁸⁾ Myanmar, Thailand, Laos, Vietnam, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*5. Außenwirtschaft

5.4. Ausfuhr nach Ländergruppen und Ländern

Ländergruppe Bestimmungsland	2000	2001	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Mill. DM	2001				
	Januar - Mai	Januar - Mai		März	April	Mai	Januar - Mai	Januar - Mai
	Mill. DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteil in %
Ausfuhr insgesamt	465 555	521 861	+ 56 306	+ 7,2	+ 16,5	+ 4,5	+ 12,1	100,0
EU-Länder	271 104	293 675	+ 22 571	+ 3,4	+ 12,2	+ 0,1	+ 8,3	56,3
Frankreich	54 276	59 754	+ 5 478	+ 8,8	+ 17,3	- 6,1	+ 10,1	11,5
Niederlande	31 145	33 065	+ 1 920	- 3,3	+ 11,9	+ 2,7	+ 6,2	6,3
Italien	36 078	40 039	+ 3 961	+ 9,4	+ 8,4	+ 1,6	+ 11,0	7,7
Vereinigtes Königreich	40 103	43 569	+ 3 467	+ 1,5	+ 15,5	+ 5,9	+ 8,6	8,3
Irland	2 893	3 429	+ 536	+ 2,9	+ 21,5	+ 13,8	+ 18,5	0,7
Dänemark	7 306	8 308	+ 1 002	+ 12,3	+ 12,3	+ 13,0	+ 13,7	1,6
Griechenland	3 823	4 073	+ 250	- 5,6	+ 27,4	- 7,0	+ 6,5	0,8
Portugal	5 310	5 212	- 97	+ 1,1	+ 0,6	- 0,6	- 1,8	1,0
Spanien	21 854	23 561	+ 1 707	+ 2,8	+ 13,4	- 2,3	+ 7,8	4,5
Schweden	10 938	10 816	- 122	- 7,0	- 3,1	- 8,4	- 1,1	2,1
Finnland	5 492	5 652	+ 160	- 10,6	+ 6,5	+ 0,5	+ 2,9	1,1
Österreich	25 161	26 731	+ 1 571	+ 6,8	+ 6,0	- 1,6	+ 6,2	5,1
Belgien	24 802	27 112	+ 2 310	- 1,8	+ 14,7	+ 1,1	+ 9,3	5,2
Luxemburg	1 924	2 354	+ 430	+ 25,7	+ 11,2	+ 29,3	+ 22,3	0,5
EFTA-Länder	23 601	26 953	+ 3 353	+ 11,8	+ 16,0	+ 12,9	+ 14,2	5,2
Island	249	240	- 9	- 9,9	- 12,2	- 25,2	- 3,8	0,0
Norwegen	3 370	3 679	+ 309	+ 6,2	+ 8,2	+ 5,1	+ 9,2	0,7
Liechtenstein	335	255	- 80	+ 25,7	- 51,0	- 52,0	- 23,8	0,0
Schweiz	19 646	22 779	+ 3 133	+ 12,9	+ 19,5	+ 16,7	+ 15,9	4,4
Andere europäische Länder ¹⁾	50 955	60 107	+ 9 152	+ 15,3	+ 20,2	+ 11,1	+ 18,0	11,5
darunter:								
Türkei	5 718	4 786	- 931	- 21,3	- 26,7	- 37,4	- 16,3	0,9
Russische Föderation	4 372	6 756	+ 2 384	+ 56,7	+ 63,5	+ 56,9	+ 54,5	1,3
Ukraine	908	1 426	+ 518	+ 49,8	+ 59,7	+ 41,7	+ 57,1	0,3
Belarus	424	493	+ 69	+ 31,0	+ 19,7	- 3,5	+ 15,3	0,1
Estland	311	407	+ 96	+ 19,2	+ 44,0	+ 40,6	+ 30,8	0,1
Lettland	437	567	+ 130	+ 19,2	+ 37,6	+ 34,4	+ 29,8	0,1
Litauen	615	859	+ 244	+ 42,5	+ 51,0	+ 35,8	+ 39,8	0,2
Polen	11 071	11 991	+ 920	+ 8,8	+ 7,1	+ 2,6	+ 8,3	2,3
Tschechische Republik	9 406	12 067	+ 2 661	+ 27,2	+ 33,4	+ 18,3	+ 28,3	2,3
Slowakei	2 508	3 113	+ 604	+ 17,6	+ 37,5	+ 19,4	+ 24,1	0,6
Ungarn	7 828	8 673	+ 845	+ 7,8	+ 11,9	+ 5,7	+ 10,8	1,7
Rumänien	1 704	2 299	+ 595	+ 29,6	+ 32,9	+ 36,9	+ 35,0	0,4
Bulgarien	592	748	+ 156	39,1	+ 22,1	+ 20,7	+ 25,3	0,1
Slowenien	1 811	1 955	+ 144	+ 5,3	+ 8,1	+ 7,1	+ 7,9	0,4
Kroatien	959	1 237	+ 277	+ 19,8	+ 36,2	+ 34,5	+ 28,9	0,2
Außereuropäische Länder	119 895	141 126	+ 21 231	+ 11,3	+ 25,6	+ 9,2	+ 17,7	27,0
darunter:								
Vereinigte Staaten	47 973	55 585	+ 7 613	+ 6,1	+ 25,3	+ 3,4	+ 15,9	10,7
Kanada	3 573	3 818	+ 245	+ 6,7	- 4,1	+ 31,7	+ 6,8	0,7
Südafrika	2 716	3 421	+ 706	+ 25,4	+ 13,5	+ 54,0	+ 26,0	0,7
China	6 435	9 106	+ 2 672	+ 36,2	+ 64,9	+ 27,1	+ 41,5	1,7
Japan	9 847	10 680	+ 833	+ 5,4	+ 8,6	+ 1,7	+ 8,5	2,0
Australien	2 708	2 741	+ 33	- 0,9	+ 4,9	+ 0,3	+ 1,2	0,5
Neuseeland	336	395	+ 58	+ 5,9	+ 25,7	+ 10,1	+ 17,3	0,1
Nachrichtlich:								
Mittel- und osteurop. Länder ²⁾	40 965	50 443	+ 9 478	+ 21,4	+ 26,8	+ 18,5	+ 23,1	9,7
Entwicklungsländer	45 143	54 232	+ 9 089	+ 15,2	+ 29,1	+ 10,9	+ 20,1	10,4
Afrika	5 259	6 064	+ 805	+ 9,4	+ 46,2	+ 1,6	+ 15,3	1,2
Amerika	11 209	13 436	+ 2 227	+ 13,4	+ 29,7	+ 7,7	+ 19,9	2,6
Asien	28 608	34 596	+ 5 988	+ 16,9	+ 25,0	+ 14,2	+ 20,9	6,6
Ozeanien	68	137	+ 69	+ 24,5	+ 265,1	- 30,4	+ 101,7	0,0
OECD-Länder ³⁾	402 510	442 582	+ 40 072	+ 5,0	+ 13,7	+ 1,9	+ 10,0	84,8
Ostasiatische Schwellenländer ⁴⁾	13 082	14 515	+ 1 433	+ 8,2	+ 13,7	+ 5,7	+ 11,0	2,8
OPEC-Länder ⁵⁾	7 523	10 103	+ 2 580	+ 25,3	+ 43,7	+ 31,5	+ 34,3	1,9
NAFTA-Länder ⁶⁾	55 092	63 843	+ 8 751	+ 6,8	+ 22,8	+ 5,3	+ 15,9	12,2
ASEAN-Länder ⁷⁾	7 609	10 051	+ 2 442	+ 34,0	+ 27,2	+ 31,5	+ 32,1	1,9

¹⁾ Einschl. nicht aufgeliertbares Intrahandelsergebnis, einschl. Zusatzschätzung für Befreiungen.

²⁾ Ohne EFTA-Länder, einschl. Mittel- u. osteurop. Länder.

³⁾ Ehem. Staatshandelsländer.

⁴⁾ EU, EFTA, Polen, Ungarn, Tsch. Rep., Slowak., Türkei, Vereinigte Staaten, Kanada, Japan, Australien, Neuseeland.

⁵⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan.

⁶⁾ Algerien, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Lybien, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

⁷⁾ Verein. Staaten, Kanada, Mexiko.

⁷⁾ Myanmar, Thailand, Laos, Vietnam, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*5. Außenwirtschaft

*5.5. Struktur des Außenhandels nach Warengruppen (Warenverzeichnis für den Außenhandel)¹⁾

Warengruppen	2000			2001			2000			2001		
	Jahr	April	Mai	Januar - Mai	Jahr	April	Mai	Januar - Mai				
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						Anteil an der gesamten Einfuhr/Ausfuhr in %					
Einfuhr insgesamt	+ 22,3	+ 17,0	- 2,7	+ 9,1	100	100	100	100	100	100	100	100
Ernährungswirtschaft	- 4,0	+ 12,2	+ 3,6	+ 6,0	6,9	7,1	7,2	6,9	6,9	6,9	6,9	6,9
Gewerbliche Wirtschaft	+ 18,3	+ 19,1	- 1,4	+ 11,1	82,6	83,4	83,3	83,7	83,7	83,7	83,7	83,7
Rohstoffe	+ 66,1	+ 42,7	- 22,0	+ 6,4	5,8	5,9	5,0	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4
Halbwaren	+ 50,6	+ 20,0	- 6,2	+ 16,4	8,9	9,1	8,5	9,1	9,1	9,1	9,1	9,1
Fertigwaren	+ 12,3	+ 17,3	+ 1,1	+ 10,8	67,9	68,4	69,9	69,2	69,2	69,2	69,2	69,2
Vorzeuge	+ 10,4	+ 12,5	+ 1,6	+ 8,2	9,8	9,9	10,1	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
Enderzeugnisse	+ 12,7	+ 18,1	+ 1,0	+ 11,2	58,1	58,5	59,8	59,2	59,2	59,2	59,2	59,2
Ausfuhr insgesamt	+ 17,0	+ 16,5	+ 4,5	+ 12,1	100	100	100	100	100	100	100	100
Ernährungswirtschaft	+ 4,6	+ 10,6	+ 5,8	+ 11,1	4,2	4,0	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1
Gewerbliche Wirtschaft	+ 14,3	+ 17,0	+ 4,6	+ 12,5	90,6	90,8	91,1	90,9	90,9	90,9	90,9	90,9
Rohstoffe	+ 13,2	- 9,7	+ 7,2	+ 2,6	0,7	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Halbwaren	+ 30,2	+ 19,4	+ 12,0	+ 12,2	4,8	5,1	4,5	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8
Fertigwaren	+ 13,5	+ 17,2	+ 4,2	+ 12,6	85,1	85,1	85,8	85,5	85,5	85,5	85,5	85,5
Vorzeuge	+ 17,2	+ 11,1	+ 2,8	+ 8,3	13,4	12,8	13,2	13,0	13,0	13,0	13,0	13,0
Enderzeugnisse	+ 12,8	+ 18,3	+ 4,5	+ 13,4	71,7	72,4	72,6	72,5	72,5	72,5	72,5	72,5

¹⁾ Einschl. nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis u. Zuschätzung für Befreiungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*5.6. Index der tatsächlichen Werte, des Volumens und der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr¹⁾

Index	2000			2001			2000			2001		
	Jahr	März	April	Mai	Jahr	März	April	Mai				
	1995 = 100						Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Einfuhr												
Index der tatsächlichen Werte	160,2	166,1	167,2	166,4	+ 22,3	+ 0,9	+ 17,0	- 2,6				
Index des Volumens	149,2	154,6	153,1	151,4	+ 10,3	- 2,6	+ 10,4	- 5,6				
Index der Durchschnittswerte	107,4	107,5	109,2	109,9	+ 11,0	+ 3,7	+ 5,9	+ 3,2				
Ausfuhr												
Index der tatsächlichen Werte	155,7	175,1	165,1	170,7	+ 17,0	+ 7,2	+ 16,5	+ 4,5				
Index des Volumens	156,0	169,8	159,5	163,2	+ 12,5	+ 0,7	+ 11,5	- 0,8				
Index der Durchschnittswerte	99,8	103,1	103,5	104,6	+ 4,1	+ 6,4	+ 4,5	+ 5,3				
Terms of Trade ^{a)}	92,9	96,0	94,8	95,2	- 6,3	+ 2,1	- 1,3	+ 2,1				

¹⁾ Einschl. nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis u. Zuschätzung für Befreiungen.

²⁾ Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in % des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*5.7 Handelsbilanzsaldo¹⁾, (in Mill. DM)

Monat, Vierteljahr, Halbjahr, Jahr	1998		1999		2000		2001	
	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ
Januar	+ 5 197	-	+ 8 156	-	+ 5 195	-	+ 8 711	-
Februar	+ 11 151	+ 16 347	+ 10 799	+ 18 955	+ 12 998	+ 18 192	+ 12 642	+ 21 353
März	+ 12 068	+ 28 415	+ 11 008	+ 29 962	+ 10 817	+ 29 009	+ 17 387	+ 38 740
1. Vierteljahr	+ 28 415	x	+ 29 962	x	+ 29 009	x	+ 38 740	x
April	+ 10 373	+ 38 788	+ 11 016	+ 40 978	+ 9 385	+ 38 393	+ 10 571	+ 49 311
Mai	+ 13 364	+ 52 152	+ 6 354	+ 47 332	+ 7 387	+ 45 780	+ 14 510	+ 63 821
Juni	+ 10 606	+ 62 759	+ 13 326	+ 60 658	+ 11 777	+ 57 557		
2. Vierteljahr	+ 34 344	x	+ 30 696	x	+ 28 548	x		
Juli	+ 13 298	+ 76 056	+ 13 892	+ 74 550	+ 10 346	+ 67 903		
August	+ 7 830	+ 83 886	+ 5 916	+ 80 466	+ 4 528	+ 72 431		
September	+ 10 826	+ 94 712	+ 10 845	+ 91 311	+ 7 123	+ 79 554		
3. Vierteljahr	+ 31 953	x	+ 30 653	x	+ 21 997	x		
Oktober	+ 11 716	+ 106 428	+ 11 025	+ 102 337	+ 12 247	+ 91 801		
November	+ 15 036	+ 121 465	+ 15 266	+ 117 603	+ 8 854	+ 100 655		
Dezember	+ 5 506	+ 126 970	+ 9 939	+ 127 542	+ 2 379	+ 103 034		
4. Vierteljahr	+ 32 258	x	+ 36 230	x	+ 23 481	x		
2. Halbjahr	+ 64 212	x	+ 66 884	x	+ 45 478	x		
Jahr	+ 126 970	x	+ 127 542	x	+ 103 034	x		

¹⁾ Einschl. nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis u. Zuschätzung für Befreiungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*5. Außenwirtschaft

*5.8. Leistungsbilanzsaldo, (in Mill. Euro)

	1998		1999		2000		2001	
	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ
Januar	- 13 790	- 13 790	- 4 419	- 4 419	- 7 943	- 7 943	- 5 309	- 5 309
Februar	- 812	- 14 602	- 264	- 4 683	+ 765	- 7 178	+ 1 336	- 3 973
März	+ 7 361	- 7 241	+ 1 651	- 3 032	+ 3 913	- 3 265	+ 3 140	- 833
1. Vierteljahr	- 7 241	x	- 3 032	x	- 3 265	x	- 833	x
April	+ 2 186	- 5 055	+ 2 681	- 351	- 1 710	- 4 975	+ 1 989	+ 1 156
Mai	+ 1 225	- 3 830	- 3 778	- 4 129	- 3 241	- 8 216	+ 170	+ 1 326
Juni	+ 3 493	- 337	+ 2 846	- 1 283	+ 191	- 8 025	- 4 428	- 3 102
2. Vierteljahr	+ 6 904	x	+ 1 749	x	- 4 760	x	- 2 269	x
Juli	- 1 107	- 1 444	- 1 158	- 2 441	- 3 027	- 11 052		
August	- 4 780	- 6 224	- 4 379	- 6 820	- 5 936	- 16 988		
September	- 2 566	- 8 790	- 2 585	- 9 405	- 2 035	- 19 023		
3. Vierteljahr	- 8 453	x	- 8 122	x	- 10 998	x		
Oktober	- 1 476	- 10 266	- 1 708	- 11 113	- 591	- 19 614		
November	+ 3 653	- 6 613	- 179	- 11 292	- 2 313	- 21 927		
Dezember	- 1 196	- 7 809	- 3 127	- 14 419	- 6 683	- 28 610		
4. Vierteljahr	+ 981	x	- 5 014	x	- 10 929	x		
2. Halbjahr	- 7 472	x	- 13 136	x	- 21 927	x		
Jahr	- 7 809	x	- 14 419	x	- 32 856	x		

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*5.9. Zahlungsbilanz und Währungsbestände

	2000		2001											
	Jahr	Mll. DM	Januar	Februar	März	April	Mai							
			Mill. Euro											
Zahlungsbilanz														
Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten ¹⁾														
(Zunahme: +)														
Leistungsbilanz	+ 5 844	+ 1 400	+ 1 180	+ 1 492	+ 1 205	+ 508	+ 326							
Außenhandel ²⁾	- 20 996	- 5 309	+ 1 336	+ 3 140	+ 1 989	+ 170	- 4 428							
Ergänzungen zum Warenverkehr ³⁾	+ 58 444	+ 4 454	+ 6 464	+ 8 890	+ 5 405	+ 7 419	+ 7 004							
Dienstleistungsbilanz	- 6 384	- /01	- 638	- 309	- 544	- 524	- 304							
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	44 694	4 331	2 969	5 378	2 337	3 791	5 148							
Laufende Übertragungen	- 1 238	- 4 324	+ 702	+ 2 617	+ 1 655	- 450	- 3 052							
Vermögensübertragungen	- 27 123	- 407	- 2 222	- 2 680	- 2 189	- 2 485	- 2 928							
Kapitalbilanz (Nettokapital alexport: -)	- 15 296	+ 527	+ 119	- 81	- 148	- 738	+ 292							
Direktinvestitionen	+ 138 385	- 4 939	+ 8 643	- 14 924	+ 677	- 36 898	+ 8 224							
Wertpapiere	- 164 239	- 30 913	- 9 979	- 6 266	- 27 375	+ 28 382	+ 21 914							
Finanzderivate	3 839	3 324	+ 220	+ 4 277	+ 3 884	+ 3 187	4 448							
Kreditverkehr ⁴⁾	+ 41 493	+ 30 152	- 2 540	+ 21 428	+ 22 140	+ 21 942	- 48 410							
Sonstige Kapitalanlagen	- 1 995	- 167	- 63	+ 12	- 147	- 41	- 94							
Saldo der gesamten Kapitalbilanz	+ 9 804	- 9 191	- 3 720	+ 4 477	- 821	+ 16 572	- 22 813							
Restposten der Zahlungsbilanz	- 9 947	+ 12 574	+ 1 085	- 9 028	- 2 225	- 16 512	+ 26 624							
Bestandsangaben														
Auslandsposition der Deutschen Bundesbank														
Bruttowährungsreserven							
Kredite und sonstige Forderungen an das Ausland							
Auslandsverbindlichkeiten							
Netto-Auslandspositionen	94 170	99 763	104 094	109 364	99 746	104 347	92 934							
Saldo der kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten inländischer Kreditinstitute														
Kreditinstitute	- 191 150	- 221 122	- 234 636	- 269 021	- 2/9 311	- 298 861	- 240 5/1							

¹⁾ Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

²⁾ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Ausfuhr (fob.), Einfuhr (cif).

³⁾ Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren.

⁴⁾ Einschl. Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern.

⁵⁾ Enthält die Salden im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr der Deutschen Bundesbank innerhalb des Eurosystems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden.

⁶⁾ Vgl. Anmerkung 5).

⁷⁾ Vorläufiges Ergebnis auf der Basis der bislang vorliegenden Angaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*6. Preise

	2001								
	Juli	2. Vj.	Mai	Juni	Juli	2. Vj.	Mai	Juni	Juli
	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem vorhergehenden Vierteljahr bzw. dem Vormonat in %				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	110,2	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,0	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,1	+ 2,6
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	107,4	+ 3,6	+ 1,7	+ 0,3	- 0,6	+ 5,4	+ 5,8	+ 6,1	+ 5,9
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	109,5	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,1
Bekleidung und Schuhe	102,4	- 0,5	+ 0,2	+ 0,0	- 0,4	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und anderer Brennstoffe	114,5	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4	- 0,1	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,8	+ 3,3
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	103,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1
Gesundheitspflege	112,4	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3
Verkehr	117,6	+ 2,0	+ 1,3	- 0,6	- 1,0	+ 5,3	+ 6,8	+ 3,8	+ 2,6
Nachrichtenübermittlung	82,1	- 1,6	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,2	- 2,7	- 2,6	- 2,5	- 2,3
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	107,8	+ 1,0	- 0,1	+ 0,8	+ 1,9	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,3
Bildungswesen	121,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen.....	110,8	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,2	+ 1,7
Andere Waren und Dienstleistungen	109,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,8
Index der Einzelhandelspreise	104,9	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,0
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte 1)	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,1	...	+ 4,6	+ 4,6	+ 4,3	...
Erzeugnisse der									
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,0	...	+ 6,9	+ 6,9	+ 6,2	...
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,2	...	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,0	...
Konsumgüterproduzenten	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,2	...	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,3	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	+ 3,9	+ 0,7	+ 1,4	...	+ 15,5	+ 15,7	+ 15,7	...
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	- 0,6	+ 0,2	+ 0,0	...	+ 2,3	+ 2,3	+ 1,9	...
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser	+ 1,9	+ 0,1	+ 0,3	...	+ 17,3	+ 17,0	+ 17,1	...
Preisindex für Wohngebäude	•	- 0,0 3)	+ 0,0	•	•	- 0,1 3)	- 0,1	•	•
Preisindex für Straßenbau	•	+ 0,0 3)	+ 0,0	•	•	+ 1,2 3)	+ 1,2	•	•
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 1)	+ 2,8p	+ 0,1p	- 3,5p	...	+ 6,6p	+ 8,2p	+ 2,9p	...
Pflanzliche Produkte	+ 4,3	+ 4,5p	- 3,5	...	- 3,6	+ 6,8	+ 2,6	...
Tierische Produkte	+ 2,0p	- 2,0p	- 3,5p	...	+ 8,2p	+ 8,9p	+ 3,1p	...
Index der Einfuhrpreise	+ 1,1	+ 1,0	- 0,3	...	+ 4,2	+ 4,0	+ 3,6	...
Güter der Ernährungswirtschaft	+ 0,7	- 0,9	- 2,0	...	+ 6,1	+ 5,8	+ 6,1	...
Güter der gewerblichen Wirtschaft	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,0	...	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,3	...
Rohstoffe und Halbwaren	+ 3,1	+ 4,0	- 0,4	...	+ 11,0	+ 10,7	+ 7,6	...
Fertigwaren	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,1	...	+ 1,8	+ 1,6	+ 2,0	...
Index der Ausfuhrpreise	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,0	...	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,6	...
dar. Fertigwaren	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	...	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3	...
HWWA-Index der Weltmarktpreise 2)	104,6	+ 0,6	+ 3,3	- 2,0	- 5,0	- 1,5	- 1,6	- 7,0	- 9,4

¹⁾ Ohne Umsatzsteuer.

²⁾ Index des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung; berechnet auf Dollarbasis.

³⁾ Ergebnis für Februar 2000.

p = vorläufiges Ergebnis .

*7 Zinssätze

	2000				2001			
	März	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
	in % p.a.							
Bundesbankzinsen								
Diskontsatz
Lombardsatz
Pensionssatz ¹⁾
Geldmarktzinsen								
Dreimonatsgeld, Frankfurt/								
Main ²⁾	3,73	3,90	4,34	4,48	4,69	4,66	4,62	4,43
Dreimonatsgeld, Fibor ³⁾⁴⁾
Sechsmonatsgeld Fibor ³⁾⁴⁾
Kapitalmarktzinsen ⁵⁾								
Umlaufrendite festverzinslicher								
Wertpapiere inländischer								
Emittenten	5,3	5,3	5,5	5,4	4,8	4,9	5,1	5,0
dar. Anleihen der öffentlichen								
Hand	5,2	5,2	5,4	5,2	4,7	4,8	5,0	4,9
Sollzinsen der Banken ⁶⁾								
Kontokorrentkredite ⁷⁾	9,14	9,26	9,34	9,59	10,03	10,07	10,09	10,13
Wechseldiskontkredite ⁸⁾	5,86	5,95	6,21	6,42	7,00	6,96	6,86	6,91
Hypothekarkredite auf Wohn-								
grundstücke ⁹⁾								
Festzinsen 5 Jahre	6,19	6,15	6,42	6,41	5,80	5,78	5,87	5,84
Festzinsen 10 Jahre	6,64	6,54	6,73	6,64	6,12	6,11	6,20	6,22
Gleitzinsen	6,22	6,26	6,49	6,56	6,67	6,64	6,66	6,64
Habenzinsen der Banken ⁶⁾								
Festgelder (1 – 3 Monate) ¹⁰⁾ ..	2,85	2,96	3,23	3,49	3,95	3,91	3,85	3,73
Spareinlagen (dreimonatige								
Kündigungsfrist ¹¹⁾	1,24	1,24	1,24	1,24	1,24	1,23	1,24	1,21

¹⁾ Ungewogener Durchschnitt aus den Zinssätzen der pro Monat getätigten Wertpapierpensionsgeschäfte mit einmonatiger bzw. ab Oktober 1992 mit zweiwöchiger Laufzeit; einheitlicher bzw. ab September 1988 marginaler Zuteilungssatz (Zinstender) und Festsatz (Mengentender).

²⁾ Ungewichtete Monatsdurchschnitte der täglichen Angaben vom Frankfurter Bankplatz.

³⁾ Frankfurt Interbank Offered Rate.

⁴⁾ Seit 2. Juli 1990 von Telerate auf breiterer Basis als früher ermittelter und nach der Zinsmethode 365/360 Tage berechneter Satz.

⁵⁾ Tarifbesteuerte Schuldverschreibungen mit längster Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, sofern die mittlere Restlaufzeit noch mehr als 3 Jahre beträgt. Gewogen mit den Umlaufsbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen.

⁶⁾ Ungewichtetes arithmetisches Mittel von 90 % der gemeldeten Zinssätze; jeweils 5 % der Meldungen mit den höchsten und niedrigsten Zinssätzen werden ausgeklammert.

⁷⁾ Bis einschl. Oktober 1996: unter 1 Mio. DM. Ab November 1996: von 200 000 DM bis unter 1 Mio. DM.

⁸⁾ Bundesbankfähige Abschnitte bis unter 100 000 DM.

⁹⁾ Effektivverzinsung.

¹⁰⁾ Von 100 000 DM bis unter 1 Mill. DM.

¹¹⁾ Bei vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten. Es wird lediglich ein Mindest-/Grundverzinsung aber kein Bonus gewährt.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Presse und Information
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de
Berlin, August 2001

Gestaltung:

trafodesign, Düsseldorf

Satz und Druck:

MuK. Medien- und Kommunikations GmbH, Berlin

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinaahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.